



NATIONALE
STADT
ENTWICKLUNGS
POLITIK



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung



Stadt im Fokus | Perspektiven der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Positionen des Kuratoriums



Impressum

Herausgeber

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR)
Deichmanns Aue 31–37
53179 Bonn

Wissenschaftliche Begleitung

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)
Referat I 2 – Stadtentwicklung
Stephan Willinger
stephan.willinger@bbr.bund.de

Ansprechpartner im

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und
Reaktorsicherheit
Referat SW I 1
Dr. Oliver Weigel
Tilman Buchholz

Auftragnehmer und Autoren

Arbeitsgemeinschaft
Prof. Dr. Franz Pesch
pp a|s pesch partner architekten stadtplaner GmbH
pesch@pesch-partner.de
und
Prof. Peter Zlonicky
Büro für Stadtplanung und Stadtforschung
info@zlonicky.de

Redaktion

Elke Wendt-Kummer
Holger Everz

Layout

Doris Fischer-Pesch, Dortmund

Stand

Juni 2017

Druck

Domröse GmbH, Hagen

Bezugsquelle

silvia.wicharz@bbr.bund.de
Stichwort: Stadt im Fokus

Nachdruck und Vervielfältigung

Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck nur mit genauer Quellenangabe gestattet.
Bitte senden Sie uns zwei Belegexemplare zu.

Die vom Auftragnehmer vertretene Auffassung ist nicht
unbedingt mit der des Herausgebers identisch.

ISBN 978-3-87994-123-4

Bonn 2017

Stadt im Fokus

Perspektiven der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Positionen des Kuratoriums

GRUSSWORT

Foto: Harald Franzen



In diesem Jahr feiert die Nationale Stadtentwicklungspolitik in Deutschland ihren 10. Geburtstag. Wir nehmen dieses Jubiläum zum Anlass, mit der vorliegenden Publikation nicht nur auf erfolgreiche Pilotprojekte zurückzublicken, sondern vor allem einen Ausblick auf die nächste Dekade zu werfen: Haben sich die Aufgaben geändert? Wo müssen wir nachjustieren? Was muss in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik künftig besonders berücksichtigt werden?

Es lag nahe, hierzu die über 40 Expertinnen und Experten unterschiedlicher Fachrichtungen und Institutionen zu befragen, die vom Bundesbauministerium ins Kuratorium der Nationalen Stadtentwicklungspolitik berufen wurden. Zwei Mitglieder des Kuratoriums, Franz Pesch und Peter Zlonicky, haben es übernommen, diese Meinungen zusammenzutragen und die Nationale Stadtentwicklungspolitik in einer Projektübersicht anschaulich zu machen. Denn in den realisierten Projekten zeigt sich, welche Rolle der Bund für die künftige Entwicklung der Kommunen spielen kann und muss. Ergänzend hierzu wurden Interviews und Statements aus dem Gründerkreis der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sowie der nächsten Generation von Planern und Wissenschaftlern aufgenommen.

Wir wissen, dass der Schlüssel für eine nachhaltige und klimagerechte Welt in den Städten liegt. Die Mehrzahl der Menschen lebt in urbanen Räumen, die ein Magnet für Zuwanderer sind und deren Ressourcenverbrauch immer weiter ansteigt. Für diese Räume muss eine Antwort darauf gefunden werden, wie eine lebenswerte städtische Umwelt gestaltet werden kann, ohne das globale Ökosystem zu gefährden.

Im Jahr 2007 haben sich die Staaten der Europäischen Union mit der Leipzig-Charta dieser Verantwortung gestellt. Sie haben sich darauf verständigt, durch eine integrierte Stadtentwicklungspolitik und die Stärkung benachteiligter Stadtquartiere eine stabile Entwicklung der Städte zu befördern. Um die ambitionierten Ziele der Charta in die politische Praxis umzusetzen, hat die Bundesregierung vor zehn Jahren die Nationale Stadtentwicklungspolitik als Gemeinschaftsinitiative von Bund, Ländern und Kommunen ins Leben gerufen. Sie bietet eine Plattform für die ressortübergreifende Kooperation und führt zahlreiche Akteure in den Städten und Gemeinden zusammen. In den Pilotprojekten arbeiten zivilgesellschaftliche Akteure und Initiativen an innovativen Konzepten für eine nachhaltige Entwicklung.

Zwei Aspekte möchte ich dabei besonders hervorheben: Zum einen ist der gewachsene internationale Austausch in Fragen der Stadtentwicklungspolitik bemerkenswert. Ein Höhepunkt war hier die Habitat III-Konferenz in Quito und die Verabschiedung der „New Urban Agenda“ als Richtschnur für die urbane Entwicklung. Die Konferenz hat gezeigt, wie positiv die Erfahrungen unserer Städte und Gemeinden in den internationalen Diskurs aufgenommen werden und dass auch unsere Kommunen von diesem Austausch profitieren. Die Bundesregierung wird deshalb die internationale Dimension der Stadtentwicklungspolitik weiter ausbauen.

Auf der anderen Seite steht die Frage, wie die Kommunen auf die großen Herausforderungen unserer Zeit reagieren: Vom demografischen Wandel über die Integration zugewanderter Menschen bis hin zur Digitalisierung. Ich bin beeindruckt, was die Projektaufträge der Nationalen Stadtentwicklungspolitik an Ideen und Engagement freigesetzt haben. Zivilgesellschaftliche Initiativen und neue Allianzen unter Mitwirkung von Wirtschaft, Kultur, Kirchen und Sportverbänden haben Bemerkenwertes geleistet, um das Leben in den Quartieren besser zu gestalten und neue Bürgerinnen und Bürger in die Nachbarschaft zu integrieren.

Der zehnte Geburtstag der Leipzig-Charta ist ein guter Anlass, über eine Fortschreibung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik nachzudenken. Wir wollen auf dem Bundeskongress in Hamburg im Juni dieses Jahres die Ergebnisse unserer Evaluierung zur Diskussion stellen. Ich freue mich auf eine rege Debatte und danke den Autorinnen und Autoren sowie allen Mitwirkenden herzlich für ihre Beiträge.



Dr. Barbara Hendricks
Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

VORWORT

Foto: Milena Schlösser



Ein Rückblick auf zehn Jahre Nationale Stadtentwicklungspolitik zeigt eine Vielzahl von Erfolgen und macht auch stolz auf das Erreichte. Ich erinnere mich an viele interessante, überraschende und inspirierende Momente und den wichtigen Austausch auf den jährlichen Bundeskongressen. Das BBSR hat mittlerweile mehr als 100 Pilotprojekte wissenschaftlich begleitet und die Akteure fachlich beraten. Die Projekte machen die Bedeutung integrierten Handelns in einer kooperativen Stadtentwicklung konkret. Die Vorhaben weisen auf die Bedeutung von Experimentierräumen hin, in denen neue Ideen entstehen und erprobt werden. In den vergangenen Jahren wurden besonders viele zivilgesellschaftlich getragene Projekte als Teil unserer Stadtentwicklungspolitik anerkannt und gefördert. Das war vor einem Jahrzehnt durchaus keine Selbstverständlichkeit und ist insofern auch ein Verdienst der Nationalen Stadtentwicklungspolitik als Impulsgeber.

Der Rückblick hinterlässt aber zugleich auch eine Reihe offener Fragen, die in die Zukunft weisen: War es zu einfach gedacht, die Nationale Stadtentwicklungspolitik als ein Dach auch für andere Tätigkeiten des Bundes in diesem Feld zu konstruieren? Warum ist es nur so selten gelungen, mit dem Thema Stadt nicht nur die Fachöffentlichkeit, sondern auch die Bürger selbst zu erreichen? Oder kann man das auch als eine Art Bestätigung von Stadtentwicklung begreifen, die erfolgreich für Ausgleich sorgt und Ungerechtigkeiten verhindert? Und zuletzt: Wie kann man diejenigen Akteure noch stärker in die Aktivitäten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik einbeziehen, die in der ersten Dekade noch skeptisch waren und sich zurückgehalten haben?

Die Mitglieder des Kuratoriums der Nationalen Stadtentwicklungspolitik stellen in diesem Band ähnliche Fragen. All diese Fragen sind berechtigt. Ja, sie sind sogar notwendig, um anschließend gemeinsam eine Nationale Stadtentwicklungspolitik für die nächsten zehn Jahre zu entwerfen, die den aktuellen Anforderungen gerecht wird und weiterhin wirkungsvolle Impulse für eine kooperative, nachhaltige Stadtentwicklung setzen kann.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihr

Harald Herrmann

Direktor und Professor des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

INHALT

GRUSSWORT	4
Dr. Barbara Hendricks Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	
VORWORT	7
Prof. Harald Herrmann Direktor und Professor des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung	
KURZFASSUNG	10
1 NATIONALE STADTENTWICKLUNGSPOLITIK – EIN PORTRAIT	13
1.1 Die Akteure	13
1.2 Die Quellen – die Leipzig-Charta und das Memorandum zur Stadtentwicklungspolitik 2007	13
1.3 Schwerpunkte der Stadtentwicklungspolitik in den Handlungsfeldern	14
1.4 Fortschreibungen im Memorandum „Städtische Energien – Zukunftsaufgaben der Städte“ 2012	15
1.5 Ausgestaltung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik	15
1.6 Einbettung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in die Urban Agenda for the EU	17
1.7 Nationale Stadtentwicklungspolitik heute	19
INNOVATION IN DER STADTPOLITIK ALS POLITISCHES PROGRAMM	20
Prof. Peter Zlonicky Prof. Dr. Franz Pesch	
2 URBANE ZUKUNFT GESTALTEN – AUSGANGSPUNKTE UND REFLEXIONEN	25
LEIPZIG-CHARTA UND NATIONALE STADTENTWICKLUNGSPOLITIK	25
Wolfgang Tiefensee (26), Prof. Dr. Engelbert Lütke Daldrup (28), Dr. Ulrich Hatzfeld (30) Prof. Dr. Christiane Thalgot (34), Prof. Dr. Harald Bodenschatz (36), Dr. Bernd Hunger (38)	
Pilotprojekte: Innovative Stadt – Motor der wirtschaftlichen Entwicklung	32
DISKURS 1 NEUE WEICHENSTELLUNGEN IN DER KOMMUNALEN PLANUNG	41
Dr. Eva Lohse (42), Thomas Weibel (44), Axel Gedaschko (45), Norbert Portz (48)	
Pilotprojekte: Regionalisierung	46
DISKURS 2 ROLLENVERSTÄNDNIS UND KREATIVE VERFAHREN	51
Johannes Dragomir (52), Regula Lüscher (54), Prof. Dr. Elisabeth Merk (58), Prof. Martin zur Nedden (60)	
Pilotprojekte: Zivilgesellschaft	56
DISKURS 3 BAUKULTUR ALS VERPFLICHTUNG	63
Barbara Ettinger-Brinckmann (64), Heiner Farwick (66), Reiner Nagel (70), Till Rehwaldt (72)	
Pilotprojekte: Baukultur	68

DISKURS 4 STADT UND WIRTSCHAFT: SYNERGIEN	75
Dirk Binding und Tine Fuchs (76), Josef Sanktjohanser (78), Eckard Schindler (80)	
DISKURS 5 SOZIALER ZUSAMMENHALT IN STÄDTEN UND GEMEINDEN	83
Dr. Christoph Beier (84), Prof. Dr. Ilse Helbrecht (86), Ralf Meister (88), Ulrich Müller (92)	
Dr. Michael Vesper (94)	
Pilotprojekte: Soziale Stadt	90
DISKURS 6 STADT UND UMWELT IM KLIMAWANDEL	97
Dr. Brigitte Dahlbender (98), Maria Krautzberger (100), Prof. Dr. Dr. h. c. Hans Joachim Schellnhuber (104)	
Prof. Dr. Miranda Schreurs (106), Petra Wesseler (108)	
Pilotprojekte: Klimaschutz	102
DISKURS 7 EINE ZUKUNFT FÜR BEZAHLBARES WOHNEN	111
Prof. Harald Herrmann (112), Franz-Georg Rips (114), Hans-Georg Wagner (115), Dr. Marc Weinstock (116)	
DISKURS 8 ZUKUNFTSFÄHIGE STADTQUARTIERE	119
Prof. Dr. Klaus J. Beckmann (120), Frauke Burgdorff (122), Prof. Dr. Angela Million (126)	
Prof. Christa Reicher (128)	
Pilotprojekte: Innovative Stadt – Motor der wirtschaftlichen Entwicklung	124
DISKURS 9 AUFGABE UND BEITRÄGE DER HOCHSCHULEN	131
Prof. Dr. Martina Löw (132), Prof. Dr. Silke Weidner (136), Prof. Julian Wékel (138)	
Pilotprojekte: Denkraum Hochschule	134
DISKURS 10 INTERNATIONALE STIMMEN ZUR NATIONALEN STADTENTWICKLUNGSPOLITIK	141
Andreas Kipar (142), Prof. Rudolf Scheuven (144), Dr. Emmanuel Moulin (146), Mart Grisel (148)	
3 NEUE AUFGABEN FÜR DIE NATIONALE STADTENTWICKLUNGSPOLITIK	151
Prof. Dr. Vanessa Miriam Carlow (152), Prof. Dr. Philipp Misselwitz (154), Prof. Klaus Overmeyer (156)	
Prof. Stefan Rettich (158), Tim von Winning (160)	
4 ZUR WEITERENTWICKLUNG DER NATIONALEN STADTENTWICKLUNGSPOLITIK	163
4.1 Nationale Stadtentwicklungspolitik – Orientierungen zur Fortschreibung	163
4.2 Die großen Aufgaben der Nationalen Stadtentwicklungspolitik	164
4.3 Zur inhaltlichen Ausrichtung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik	167
5 EMPFEHLUNGEN FÜR EINE FORTSCHRIBUNG DER NATIONALEN STADTENTWICKLUNGSPOLITIK	175
Bildnachweis	180

Zehn Jahre Nationale Stadtentwicklungspolitik stehen für eine Öffnung der Städtebaupolitik für Ideen und Experimente aus der Zivilgesellschaft. Die Intensität des Diskurses über nachhaltige Städte und Gemeinden, die Vermittlung der guten Praxis in die Kommunen hinein, die Offenheit der Projektausschreibungen und die fachpolitischen Akzente der jährlichen Bundeskongresse sind eine durchweg positiv kommentierte Ererungenschaft des letzten Jahrzehnts. Auch in den Kommunen wird die Freiheit bei der Wahl der Themen und bei der Ausgestaltung der Pilotprojekte als eine Stärke wahrgenommen; insbesondere dort, wo es gelingt, die Akteure in Governance-Strukturen einzubinden, die in der Tradition der europäischen Bürgerstadt Verantwortung für die Nachbarschaft, das Quartier und den Stadtteil übernehmen. Es ist unbestritten: Die Nationale Stadtentwicklungspolitik erfüllt ihren Anspruch, einen Innovationsraum für die Umsetzung der Leipzig-Charta anzubieten. Sie steht für Transparenz, Bürgernähe und lokales Engagement.

Mit den großen Aufgaben, die sich national wie international in den Städten stellen, wachsen die Anforderungen an zukunftsorientierte Strategien, politische Teilhabe und lokale Verantwortung. In der Auseinandersetzung mit den globalen Herausforderungen ist das Verständnis für die Bedeutung der Städte gewachsen. In der Bundesrepublik wetteifern Institutionen und Verbände um neue Konzepte – aus dem jeweiligen Blickwinkel stehen einmal die Local Governance, dann wieder die Chancen der Digitalisierung im Vordergrund. Dieser Wettstreit ist anregend. In der Stadtentwicklungspolitik jedoch müssen die Stränge zusammenlaufen, müssen die drei Säulen der Nachhaltigkeit – die ökologische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung – in eine ressortübergreifende Balance gebracht werden. Der Mehrwert einer koordinierten Politik liegt auf der Hand: Nur die Umsetzung integrierter Konzepte zur nachhaltigen Stadtentwicklung macht die Städte lebenswerter und kann die internationale Nachfrage nach innovativen Lösungen für die nachhaltige Entwicklung der Städte bedienen.

Das setzt zwingend voraus, dass die Nationale Stadtentwicklungspolitik stringenter in die Politik des Bundes und der Länder und in politische Wirkungsketten eingebunden wird.

Aus dem Diskurs mit Mitgliedern des Kuratoriums und Stadtforschern lassen sich folgende Empfehlungen für die Fortschreibung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ableiten:

- Die Nationale Stadtentwicklungspolitik organisiert ein Netzwerk, das die Stadtforschung, die gute Praxis und die Städtebauförderung in einem durchgängigen System zusammenführt und die Ergebnisse in den Städten und Gemeinden wirksam werden lässt.
- Die Nationale Stadtentwicklungspolitik bildet einen Rahmen für die raumbezogenen Programme des Bundes und der Länder, um eine effektive Wirkungskette von der Wissenschaft über den politischen Diskurs in die kommunale Praxis hinein aufzubauen, die fachlichen Diskurse und Pilotprojekte auszuwerten und in Vorgaben für Richtlinien und Förderprogramme zu übersetzen.
- Dieses erweiterte Aufgabenverständnis wahrzunehmen setzt ein Mandat für die Nationale Stadtentwicklungspolitik voraus, in dem die Kompetenzen und die Formen der fachübergreifenden Zusammenarbeit auf Bundesebene definiert werden.
- Mit der Wiederbelebung der ursprünglich intendierten Ausrichtung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sollte eine Revision der Förderprogramme initiiert werden: Eine gebündelte Förderlandschaft vereinfacht Organisation und Antragstellung, fördert Transparenz und Übersichtlichkeit.
- Der Wert der Projektauftrufe hat sich bestätigt. Der bunte Strauß der geförderten Projekte lotet Möglichkeitsräume aus, fördert lokales Engagement und ermutigt zum Experiment. Mehr Aufmerksamkeit muss der Auswertung der Projekterfahrungen gewidmet werden, damit die Pilotprojekte als Reallabore nachhaltiger Stadtentwicklung in der Praxis wirksam werden können.

- Die jährlich stattfindenden Kongresse und die Fachkonferenzen reichen für die Transmission der gewonnenen Erkenntnisse in die Kommunen noch nicht aus. Neue Formate wie dezentrale Symposien, eine Urban Task Force oder ein Projektradar können dazu beitragen, die Kommunikation zwischen den Akteuren zu intensivieren und Reaktionszeiten zu verkürzen.
- Die Schnittstelle zwischen der Stadtforschung an den Hochschulen und der kommunalen Praxis muss intensiviert werden. Dazu bedarf es neuer Formate des Austauschs von Wissenschaft und Praxis, die auf Kontinuität angelegt sind – etwa eine „Leipzig-Akademie“, in der Wissenschaftler und Praktiker projektbezogen zusammenarbeiten.
- Im Kuratorium Nationale Stadtentwicklungspolitik besteht Interesse, sich in der Diskussion um die Gestaltung der Programme und Projekte stärker zu engagieren. Dazu bedarf es kürzerer Sitzungsintervalle oder ergänzender Arbeitskreise, die zwischen den jährlichen Treffen zu Runden Tischen oder Symposien zusammenfinden.
- Anlass für die Nationale Stadtentwicklungspolitik war nicht zuletzt die Übertragung der europäischen Programmatik der Leipzig-Charta auf die Entwicklungspolitik der Städte in Deutschland. Programme wie URBACT, der Pakt von Amsterdam und die Urban Agenda for the EU unterstützen inzwischen die nationalen Anliegen im Sinne einer europäischen Stadtentwicklungspolitik.

„Wir alle kennen die Zukunft nicht. Oder präziser: Wir wissen heute nur von wenigen Ereignissen, dass sie mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit eintreten werden. Das gilt z. B. für den Klimawandel und für den Trend zu einem längeren gesunden Leben. Deshalb müssen wir bei der Gestaltung unserer Städte berücksichtigen, dass wir auch morgen noch Gestaltungspotenziale haben. Wir müssen uns Entwicklungsmöglichkeiten erhalten – und dabei zugleich Rahmenbedingungen für die Stadtentwicklung definieren“.

*Staatssekretär Gunther Adler
5. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik*

Als Gemeinschaftsinitiative von Bund, Ländern und Kommunen setzt die Nationale Stadtentwicklungspolitik die Inhalte der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt in der Bundesrepublik um. Im Zentrum stehen integrierte fachübergreifende Strategien zur Lösung der ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen in Städten und Gemeinden. Experimentelle Projekte und Verfahren führen Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen, um innovative Ideen in praktische Politik zu übertragen und die Städtebauförderung weiterzuentwickeln.

1.1 DIE AKTEURE

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland basiert auf den Grundsätzen der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt, beschlossen von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Beteiligte sind das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, die Konferenz der für Städtebau, Bau- und Wohnungswesen zuständigen Minister und Senatoren der Länder sowie der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund.

Ziel der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ist es, einen möglichst breiten *Diskurs über Zukunftsfragen* der Stadtentwicklung zu führen, Politik und Verwaltung mit Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft ins Gespräch zu bringen und Kooperationen für nachhaltige Stadtentwicklung anzuregen.

1.2 DIE QUELLEN – DIE LEIPZIG-CHARTA UND DAS MEMORANDUM ZUR STADTENTWICKLUNGSPOLITIK 2007

Seit der Jahrtausendwende wird immer deutlicher, dass unsere Gesellschaft vor sehr komplexen Aufgaben steht, die eine Bündelung aller Kräfte erfordern: Globalisierung, Digitalisierung und Arbeit, Migration und demografischer Wandel sowie der Klimawandel – das sind die großen sozial-, wirtschafts- und damit auch stadtentwicklungspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die Folgen dieser Entwicklungen werden in den Städten besonders deutlich. Aus diesem Grund haben sich die Mitgliedstaaten der Europäischen Union erstmals auf gemeinsame Leitlinien der Stadtentwicklung verständigt, um die Kommunen zukunftsfähig zu entwickeln.

Konkret verhandelt wurden diese gemeinsamen Leitlinien während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007. Nach intensiver Vorbereitung kamen im Mai 2007 die für Stadtentwicklung und territorialen Zusammenhalt zuständigen Minister der Mitgliedstaaten in Leipzig zusammen. In der dort verabschiedeten *Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt* verpflichten sich alle 27 Staaten der Europäischen Union auf das Leitbild der europäischen Stadt, die mit ihrer baulichen Dichte und Funktionsvielfalt ein urbanes Zentrum für Integration, Wirtschaft, Bildung und Kultur bildet. Die Minister sprachen Empfehlungen aus, wie eine nachhaltige Entwicklung gefördert werden könnte. Als Handlungsschwerpunkte wurden die integrierte Stadtentwicklungspolitik und die Stärkung benachteiligter Stadtquartiere festgelegt.

Eine nachhaltige Entwicklung öffentlicher Räume, der Infrastruktur und der Energieversorgung sowie von Bildungseinrichtungen und die Förderung von Innovationen kann nur über eine integrierte Stadtentwicklungspolitik gelingen, die Entscheidungen mehrerer Politikfelder steuert und darauf abzielt, die Bürgerinnen und Bürger stärker in politische Entscheidungen einzubinden. Um benachteiligte Stadtquartiere zu stabilisieren und den sozialen Zusammenhalt zu stärken, ist ein Maßnahmenpaket notwendig, das städtebauliche Aufwertung mit Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung, Bildungs- und Ausbildungsinitiativen und einer Verbesserung der Verkehrsanbindung kombiniert. Eine zentrale Rolle spielt die Wohnungsversorgung. Ein internationaler Erfahrungsaustausch soll dazu beitragen, die Wirksamkeit der Erneuerungsstrategien zu erhöhen und private Investitionen in die Stadtentwicklung zu erleichtern.

Die Mitgliedstaaten haben unterschiedliche politische Initiativen ergriffen, um die Inhalte der Charta national zu verankern. Ergänzend zu den rechtlich vorgeschriebenen Instrumenten wurden zusätzlich Bürgerdialoge und informelle Planungsprozesse initiiert, um auch bisher unbeteiligte Akteure für die Stadtentwicklung zu gewinnen.

In Deutschland übernahm das Memorandum 2007 „Auf dem Weg zu einer nationalen Stadtentwicklungspolitik“ die Aufgabe der Übertragung der Inhalte der Leipzig-Charta auf die nationale Ebene. Dazu schlägt das Memorandum zwei Ebenen vor. Zum einen geht es um eine kontinuierliche Weiterentwicklung „guter

Praxis“ in einer Allianz mit den Akteuren der Stadtentwicklung und einer Förderung innovativer Projekte. „Die Stadt zum öffentlichen Thema machen“ ist das zweite Anliegen des Memorandums: Dazu sollen Stadtforen, Kongresse und Initiativen für „Stadt und Urbanität“ gefördert werden. Eine wichtige Rolle hat von Anfang an das Kuratorium übernommen. Es soll Raum und Stimme für die Akteure der Stadtentwicklung bieten. Seine Vertreterinnen und Vertreter sollen wichtige gesellschaftliche Anliegen in die Debatte um die Entwicklung der Städte einführen, aber auch die Rolle von Botschaftern der Stadtentwicklungspolitik in der Öffentlichkeit übernehmen.

Konkreter Anlass für das Memorandum war die Diskussion um die Neubestimmung der Rolle des Bundes nach der Föderalismusreform 2006 sowie der Ergänzung des § 104b Grundgesetz mit der Verpflichtung des Bundes zu problembezogener Förderung. Beim Bund waren Zweifel an der Wirksamkeit der bisherigen Förderung gewachsen, aber auch an der tradierten Trennung von Raumordnung, Landesplanung und Stadtentwicklung. Vom Bund wurde erwartet, *Programme und Ressourcen zu bündeln* und einen kontinuierlichen Dialog mit den Ländern und Kommunen, mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft einzurichten.

Eine Chance bot die Europäische Ratspräsidentschaft 2007 mit der Verabschiedung der Leipzig-Charta. Nach fünf Jahren praktischer Politik hat das Memorandum „Städtische Energien – Zukunftsaufgaben der Städte“ 2012 die Nationale Stadtentwicklungspolitik fortgeschrieben. Wiederum fünf Jahre später geht es heute um Orientierungen für eine neue Fassung des Memorandums.

1.3 SCHWERPUNKTE DER STADTENTWICKLUNGSPOLITIK IN DEN HANDLUNGSFELDERN

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik ist im Memorandum 2007 auf sechs Handlungsfelder ausgerichtet. Hinzu kommt die Einbindung in Forschung und Lehre an den Hochschulen.

Bürger für ihre Stadt aktivieren – Zivilgesellschaft: Die Zukunftsaufgaben der Stadtentwicklung erfordern eine Öffnung der Planungs- und Entscheidungsprozesse in die Bevölkerung hinein. Stadtentwicklung muss als Kooperationsprojekt verstanden werden, Adressaten sind

insbesondere Nachbarschaften, informelle Gruppen und zivilgesellschaftliche Organisationen.

Chancen schaffen und Zusammenhalt bewahren – Soziale Stadt: Teilhabe und Chancengleichheit verbessern die Aussicht auf Integration. Dazu gehören vor allem Bildungseinrichtungen, die für alle zugänglich sind, sowie eine inhaltliche und konzeptionelle Weiterentwicklung des Städtebauförderprogramms „Soziale Stadt“.

Innovative Stadt – Motor der wirtschaftlichen Entwicklung: Die Transformation zur Wissensgesellschaft findet in den Städten statt. Ziel ist es, die wirtschaftliche Dynamik von Städten und Gemeinden zu erhalten und zu stärken, auch durch die Verknüpfung von Forschungsaktivitäten mit der Produktion und Vermarktung neuer Produkte.

Die Stadt von morgen bauen – Klimaschutz und globale Verantwortung: Die Maßnahmen in diesem Handlungsfeld zielen auf eine umfassende Strategie, Klimaschutz und Klimaanpassung mit anderen, die Lebensqualität fördernden Maßnahmen zu verbinden wie dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs oder neuen Formen der Mobilität und Sport und Bewegung im Wohnumfeld.

Städte besser gestalten – Baukultur: Die gebaute Umwelt soll sich wieder stärker an den Menschen und ihren Bedürfnissen orientieren. Dazu gehören hohe Gestaltqualität, sparsamer Ressourcenverbrauch und praktischer Nutzen, aber auch kluge Verfahrensqualität. Diese Anforderungen sind mit der kulturellen Bedeutung des baulichen Erbes in Einklang zu bringen. Identitätsprägende Stadt- und Ortsbilder sind zu erhalten und angemessen weiterzuentwickeln.

Die Zukunft der Stadt ist die Region – Kooperation als Selbstverständnis: Mit der Vernetzung ihrer Funktionen können die Städte ihrer Rolle für soziale Integration, für Wachstum und Innovation nur noch als Teil einer Region erfüllen. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik fördert in diesem Sinne regionale Partnerschaften und praxisorientierte Zusammenarbeit.

Denkraum Hochschule – Austausch aktivieren: In Deutschland forschen und lehren mehr als 400 Hochschulen zum Thema Stadt. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik will dieses Potenzial aktivieren und gemeinsam mit Bund, Ländern, Kommunen, Wissenschaft und Forschung neue Erkenntnisse zu den urbanen Herausforderungen gewinnen. Dazu dienen der Hochschultag und eine Datenbank mit Informationen zu laufenden Dissertationen im Kontext der Nationalen Stadtentwicklungspolitik.

Diese Schwerpunkte haben über die letzten zehn Jahre hinweg ihre Bedeutung erhalten. Unabhängig von den Themen sind es jedoch die Strukturen der nationalen Stadtentwicklungspolitik, die nach wie vor ihre Gültigkeit behalten. Bei der Fortschreibung der Stadtentwicklungspolitik sind ihre Inhalte jeweils überprüft und erweitert worden. Neue Akzente werden auch für die aktuelle Fortschreibung 2017 erwartet.

1.4 FORTSCHREIBUNGEN IM MEMORANDUM „STÄDTISCHE ENERGIEN – ZUKUNFTSAUFGABEN DER STÄDTE“ 2012

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik wurde in den zehn Jahren ihres Bestehens immer wieder veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Dazu wurde stets ein diskursiver Rahmen gewählt, um dem Anspruch einer offenen Plattform gerecht zu werden. So konnte im Rahmen des Kongresses „Städtische Energien/Urban Energies“ im Oktober 2012 in Berlin das Memorandum „Städtische Energien – Zukunftsaufgaben der Städte“ verabschiedet werden. „Energie“ ist hier bewusst im doppelten Wortsinn zu verstehen – in der physikalischen Bedeutung, um den sparsamen Umgang mit den Ressourcen zu betonen, und in der übertragenen Bedeutung als Freisetzen gesellschaftlicher Prozesse in Städten und Gemeinden.

Inhaltlich bestätigt das Memorandum zunächst die *Aktualität* der in der Leipzig-Charta und im Memorandum 2007 beschriebenen Herausforderungen, verweist aber auch auf den sich verändernden Handlungsbedarf infolge der Beschleunigung des Klimawandels, der fortschreitenden ökonomischen und sozialen Polarisierung der Gesellschaft und der weltweiten Finanzmarktkrise, welche die fiskalischen Möglichkeiten eingeschränkt hat.

Die Handlungsschwerpunkte des Memorandums 2007 werden im Memorandum von 2012 auf vier Schlüsselaufgaben konzentriert:

1. Behutsamer ökologischer Umbau von Gebäuden und Quartieren. Dazu gehört vor allem eine Verringerung des Gesamtenergieverbrauchs und eine Deckung des Energiebedarfs aus regenerativen Quellen.
2. Technologische Erneuerung der stadttechnischen Infrastrukturen, insbesondere der Energieversorgung und des Verkehrs.
3. Entwicklung einer neuen Mobilität durch Nutzung technischer Innovationen und Förderung emissionsarmer Verkehrsmittel.
4. Soziale und interkulturelle Integration.

Nachhaltige Stadtentwicklung, so hebt das Memorandum noch einmal hervor, ist eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft. Nicht Verwaltung und Politik in Bund, Ländern und Gemeinden allein, sondern alle Bürgerinnen und Bürger und gesellschaftlichen Institutionen sind aufgerufen, sich für die Stadtentwicklung zu engagieren. Das Memorandum zeigt auf, wie diese Zusammenarbeit konkret aussehen kann, wie wichtig private Investitionen zur Stabilisierung und Entwicklung der Städte und Gemeinden sind und wie ein synergetisches Zusammenwirken aller Akteure im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung aussehen kann. Mit der Verbindung städtebaulicher, sozialer und wirtschaftlicher Themen steht das fortgeschriebene Memorandum 2012 in Kontinuität mit den zentralen Aussagen der Leipzig-Charta und des ersten Memorandums. Die Handlungsfelder Infrastruktur und Mobilität werden nun deutlich stärker betont.

1.5 AUSGESTALTUNG DER NATIONALEN STADTENTWICKLUNGSPOLITIK

Um die Entwicklung von Städten und Gemeinden als gemeinschaftliche Aufgabe zu verankern, legt die Nationale Stadtentwicklungspolitik besonderen Wert auf einen breiten gesellschaftlichen und fachlichen Diskurs. Das von der Bundesregierung im Jahr 2008 eingesetzte Kuratorium hat die Aufgabe, diesen Diskurs zu verstetigen und inhaltlich zu strukturieren, die bisherigen Ergebnisse der Nationalen Stadtentwicklungspolitik zu bewerten sowie neue Handlungsfelder und Pro-

jekte anzustoßen. Die 40 Mitglieder des Gremiums sind für jeweils drei Jahre berufen. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik organisiert ihre Arbeit konkret in *drei Schwerpunktbereichen*: in der Förderung guter Praxis, in einer Projektreihe für Stadt und Urbanität und im Angebot einer Plattform für Stadtentwicklung.

Gute Praxis

Hier geht es um die Veränderung langfristig wichtiger Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung wie Anpassungen des Planungsrechts, um Forschung zu Grundlagenthemen und vor allem die Weiterentwicklung der Städtebauförderung nach dem Grundsatz integrierter, kooperativer und partizipativer Planung. Bund, Länder und Gemeinden fördern gemeinsam integrierte Stadtentwicklungskonzepte, die sektorale Aussagen miteinander verknüpfen und konkrete Handlungsempfehlungen ableiten. In die Planungen werden neben Verwaltung und Politik auch Bewohner, Gewerbetreibende, Eigentümer, Initiativen und Vereine eingebunden.

Die *Städtebauförderung* wird seit ihren Anfängen stetig neuen Entwicklungen angepasst. Heute bilden die vom Bund und den Ländern aufgelegten Programme die Aufgaben in den Kommunen differenziert ab: Städtebaulicher Denkmalschutz (Ost seit 1991, West seit 2009), Soziale Stadt (seit 1999), Stadtumbau Ost (seit 2002) und West (seit 2004), Aktive Stadt- und Ortsteilzentren (seit 2008) und Kleinere Städte und Gemeinden (seit 2010). Die Förderung Städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen, die 1971 auf Grundlage des Städtebauförderungsgesetzes eingeführt wurde, ist 2012 ausgelaufen.

Die Evaluierung der Programme hat gezeigt, dass die eingesetzten Fördermittel vor Ort erhebliche Folgeinvestitionen anstoßen. Das gilt nicht zuletzt für das Programm Soziale Stadt, bei dem investive Maßnahmen nicht im Vordergrund stehen.

Zusätzlich werden Projekte über *Wettbewerbe und Aktionen* gefördert. So wird seit dem Jahr 2011 jährlich der Wettbewerb „Menschen und Erfolge“ ausgeschrieben. Damit prämiiert das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zusammen mit mehreren Partnern innovative Konzepte für die Daseinsvorsorge und Entwicklung in ländlichen Regionen. Projekte von übergeordneter Bedeutung für die Stadtentwicklung werden im Rahmen des Bundesprogramms „Nationale Projekte des Städtebaus“ geför-

dert. Gegenstand sind national und international wahrnehmbare, größere städtebauliche Projekte mit deutlichen Impulsen für die jeweilige Gemeinde. Die Wettbewerbe und Aktionen richten besondere Aufmerksamkeit auf einzelne Projekte. So kommt es zum Austausch zwischen Fachwelt und Öffentlichkeit, aus dem auch neue Impulse für die Förderprogramme hervorgehen.

Projektreihe für Stadt und Urbanität

Die Projektreihe für Stadt und Urbanität fasst Pilotprojekte zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik zusammen, die neue Inhalte und kreative Verfahren der Zusammenarbeit erproben. Die Projekte sind auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt – vom Quartier über die Gesamtstadt oder die Region bis hin zu Netzwerken verschiedener Städte – und binden unterschiedliche Beteiligte partnerschaftlich ein. Wichtig ist die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere Städte. So können die Ergebnisse auch in die Weiterentwicklung der Instrumente des Städtebaurechts und der Städtebauförderung Eingang finden.

Plattform für Stadtentwicklung

Damit die Nationale Stadtentwicklungspolitik ihren Anspruch erfüllen kann, den Austausch zwischen Politik, Verwaltung, Fachleuten und Zivilgesellschaft zu fördern, wurden für die Kommunikation verschiedene Formate eingerichtet. Sie sollen die Initiative als Plattform für Urbanität etablieren.

Einmal im Jahr lädt das Ministerium zum Bundeskongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ein, der jeweils etwa 1.000 Teilnehmende zur Diskussion aktueller Themen und zur Vorstellung vorbildlicher Projekte zusammenführt. Darüber hinaus organisieren die Länder und kommunalen Spitzenverbände Fachveranstaltungen, auf denen regionale Themen behandelt werden. Die kontinuierlich stattfindenden Projektkonferenzen sind dem Austausch zwischen Kommunen und Projektbeteiligten vor Ort gewidmet.

Seit dem Jahr 2009 erscheint mehrmals jährlich das Magazin *stadt:pilot*, mit dem Pilotprojekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik über die Fachwelt hinaus einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt werden. In den redaktionellen Beiträgen wird die Projektreihe für Stadt und Urbanität transparent dargestellt. Ein weiteres Element der Plattform für Stadtentwicklung und Urbanität ist der Bürgerstiftungs-Preis, der ge-

meinnütziges Engagement im Bereich Stadtentwicklung, aber auch Baukultur würdigt. Er wurde bislang zweimal vergeben, 2011 und 2013, vom damals zuständigen Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in Kooperation mit den Ländern, den kommunalen Spitzenverbänden und dem Bundesverband Deutscher Stiftungen.

Begleitend zu den Projekten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik wertet das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Rahmen seiner Ressortforschung die Ergebnisse aus. Damit will man Entscheidungshilfen aus Projekten gewinnen und Lösungsmodelle für besondere Probleme der Stadtentwicklung erproben.

Ein Projekt der Ressortforschung zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik behandelt das Thema Internationale Kooperation. Neben Kooperationsvereinbarungen zur Stadtentwicklung und Wohnungspolitik des damals zuständigen Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung mit dem U.S. Department of Housing and Urban Development und mit dem Department of Cooperative Governance and Traditional Affairs of the Republic of South Africa wurden auch mit China, Indien und Brasilien Vereinbarungen getroffen. Im Fokus des Austauschs steht die Frage, welche Ansätze integrierter Stadtentwicklung vor Ort umgesetzt werden und wie bei vergleichbaren Aufgaben kooperiert werden kann. Der Erfahrungsaustausch zwischen deutschen und US-amerikanischen Städten erfolgte konkret im Forschungsprojekt „Dialogues for Change“ in den Jahren 2012 bis 2015. Es ging um die unterschiedlichen kommunalen Erfahrungen in Beteiligungsmethoden zu Planungsverfahren. Die teilnehmenden Städte etablierten ein Netzwerk „D4C“ zum Austausch von Lösungsstrategien. Die beteiligten Kommunen haben die Strategien versuchsweise in ihren Projekten angewandt und den Erfolg analysiert. In Wechselwirkung zum Handlungsansatz „Gute Praxis“ wurden die Ergebnisse in regionalen und bundesweiten Förderprogrammen berücksichtigt.

Anlässlich des fünfjährigen Jubiläums der Leipzig-Charta wurde zwischen 2011 und 2012 ebenfalls im Rahmen der Ressortforschung das Projekt „5 Jahre Leipzig-Charta – Integrierte Stadtentwicklung als Erfolgsbedingung einer nachhaltigen Stadt“ durchgeführt. Diesem Projekt verdanken Wissenschaft und Praxis eine Bilanz der Impulse, die von der Charta auf

Stadtentwicklungsvorhaben in den Mitgliedstaaten der EU und ihren Beitrittskandidaten ausgegangen sind. Ein weiterer Beitrag der Ressortforschung zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik ist das Projekt „Social Media – Integration in den Referenzrahmen für nachhaltige Stadtentwicklung (RFSC)“ 2013. Die Ergebnisse dokumentieren, wie Soziale Netzwerke integrierte Stadtentwicklung unterstützen können. Die besonders erfolgversprechenden Instrumente sind in den Referenzrahmen für nachhaltige Stadtentwicklung eingebunden. Dabei handelt es sich um eine internetbasierte Plattform für Kommunen aus EU-Mitgliedsstaaten, die mit Nachhaltigkeitsindikatoren eine nachhaltige Stadtentwicklung unterstützen.

1.6 EINBETTUNG DER NATIONALEN STADTENTWICKLUNGSPOLITIK IN DIE URBAN AGENDA FOR THE EU

Ein europäischer Austausch zur Stadtentwicklung, wie er in der Leipzig-Charta vorgesehen ist, fügt sich auch in die Konzeption der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ein.

Aus zahlreichen Kooperationsvereinbarungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union entwickelt, fördert die Urban Agenda for the EU ein gemeinsames Verständnis integrierter Stadtentwicklung. Dazu gehört das Marseille Statement aus dem Jahr 2008, das eine integrierte Stadtentwicklung mit Blick auf Klimaschutz und sozialen Zusammenhalt anstößt. Auch die Toledo-Deklaration aus dem Jahr 2010 betont die Bedeutung integrierter Stadtentwicklung für eine nachhaltige Entwicklung. Die Prinzipien der Urban Agenda for the EU wurden erstmals konkret in der Riga-Deklaration von 2015 beschlossen. Im Pakt von Amsterdam von 2016 ist schließlich die Arbeitsweise zur Kooperation in der Stadtentwicklung im Rahmen der Urban Agenda for the EU beschrieben.

Die Urban Agenda for the EU befasst sich mit integrierter Stadtentwicklungspolitik auf den unterschiedlichen Ebenen von der Stadt über die Region und die Mitgliedstaaten bis hin zur Europäischen Kommission. Dabei knüpft sie an vorhandene Strukturen an. Ziel ist es, in der Kommission die Belange der Städte besser zu koordinieren, Netzwerke und Wissenstransfer zwischen den Städten zu fördern und die Bedeutung kleiner und mittlerer Städte stärker zu berücksichtigen. In der Priorität der Urban Agenda for the EU stehen

Projektübersicht der Nationalen Stadtentwicklungspolitik



Quelle: BBSR

Themen wie Gesellschaft, Umwelt, Wirtschaft, Verkehr, Technik und Politik. Inhaltlich geht es vor allem um die frühzeitige Berücksichtigung städtischer Belange in Verordnungen und Richtlinien und einen einfacheren Zugang zu Fördermitteln. Jedes Thema wird in Partnerschaften bearbeitet, dabei kooperieren Mitgliedsstaaten, Städte, Städtenetzwerke, die Generaldirektionen der Europäischen Kommission, zivilgesellschaftliche Akteure und Wissensnetzwerke.

Die zentrale Stelle für den Wissenstransfer zur Stadtentwicklung in Europa, auch im Rahmen der Urban Agenda for the EU, ist das Programm „URBACT – Netzwerk für den europäischen Erfahrungsaustausch“. Über URBACT halten die Städte Kontakt und tauschen sich aus. Hauptziel des Programms ist es, die Erarbeitung und Umsetzung einer integrierten Stadtentwicklungspolitik zu unterstützen. Beteiligen können sich Netzwerke von acht bis zwölf Städten. Im Rahmen der Bundeskongresse der Nationalen Stadtentwicklungspolitik kommen die deutschen Teilnehmer am URBACT-Programm im Sinne der Plattform für Urbanität zusammen und nehmen neue Impulse für ihre Netzwerke auf.

1.7 NATIONALE STADTENTWICKLUNGSPOLITIK HEUTE

Seit der Veröffentlichung der Leipzig-Charta sind mittlerweile zehn, seit der Verabschiedung des Memorandums „Städtische Energien“ fünf Jahre vergangen. In dieser Dekade haben sich die Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung zum Teil dramatisch verändert.

Vor allem infolge der anhaltenden militärischen Konflikte im Nahen Osten ist die Zahl der Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten Jahren deutlich angewachsen. Viele Asylsuchende wollen dauerhaft in Deutschland bleiben und brauchen Wohnungen. Daher setzt die Projektreihe für Stadt und Urbanität einen Akzent auf Vorhaben, die die Integration der Zugewanderten zum Ziel haben. Auf dem Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik im Jahr 2016 zum Thema „Städtische Energien – Zusammenhalt gestalten“ betonte Ministerin Dr. Barbara Hendricks, dass die Integration als Langzeitaufgabe den sozialen Zusammenhalt ins Zentrum stellen müsse. Dazu brauche es Sprachförderung, preiswerte Wohnungen und funktionierende soziale Netzwerke. Die

Förderprogramme der Europäischen Union und der Bundesregierung seien deshalb so zu verknüpfen, dass sowohl bauliche als auch soziale Voraussetzungen für die Integration geschaffen werden können.

Als Antwort auf den großen Bedarf an preiswerten Wohnungen – vor allem in den Wachstumspolen – hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit 2014 das „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ ins Leben gerufen. Daran beteiligt sind Bund, Länder, Kommunen, Immobilien-, Wohnungs- und Bauwirtschaft, Mieterbund, Gewerkschaften sowie weitere Akteure. Es geht dabei in erster Linie um Energieeffizienz und Klimaschutz im Gebäudebestand sowie um nachhaltigen Neubau. Eine ausgewogene Mischung geförderter und frei finanzierter Wohnungen soll die Integration zugewanderter Neubürger in die Stadtgesellschaft erleichtern und die soziale Balance in den Quartieren fördern. Für die Nationale Stadtentwicklungspolitik hat das Bündnis Bedeutung, weil es neue Ansätze für den Wohnungsbau erprobt, die in die Praxis einfließen können.

Die Veränderung der stadtentwicklungspolitischen Rahmenbedingungen spiegelt sich auch in der intensivierte internationalen Kooperation, etwa in der Urban Agenda for the EU oder den Ergebnissen der UN-Habitat III-Konferenz für Wohnen und nachhaltige Stadtentwicklung in Quito im Jahr 2016. Nach zehn Jahren haben sich die Strukturen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik bewährt, Akzente sind zu aktualisieren. Zukünftige Themenschwerpunkte, das klang bereits auf dem 9. Bundeskongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik an, werden Innovationen in der Stadt sein, Nutzungsmischungen in urbanen Gebieten und die Integration von Zuwanderern. Nachhaltiges Leben in einer urbanisierten Welt ist eine drängende Herausforderung. Die Projekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sind daher ein Laboratorium für die Stadtgesellschaft der Zukunft.

Es gilt, das Memorandum zum 11. Stadtentwicklungskongress 2017 fortzuschreiben. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr des Jahres 2020 bietet die Chance, eine aktualisierte Nachfolgevereinbarung der Leipzig-Charta zu verabschieden.

INNOVATION IN DER STADTPOLITIK ALS POLITISCHES PROGRAMM

Peter Zlonicky: Als die Nationale Stadtentwicklungspolitik 2007 an den Start ging, nahmen die Initiatoren sich vor, das Erreichte nach 10 Jahren zu sichten und auf neue Perspektiven auszurichten. In diesem Sinn fragen wir 2017: Was hat die Nationale Stadtentwicklungspolitik in Bewegung gesetzt? Was hat sie erreicht? Wo braucht sie nach einer Dekade aktiver Politik neue Perspektiven? Die wichtigsten Orientierungen haben uns die Gespräche mit dem Kuratorium der Nationalen Stadtentwicklungspolitik vermittelt. Die persönliche Sicht der Stadtakteure und die Sicht der von ihnen vertretenen Institutionen haben es uns ermöglicht, Anregungen für die Weiterentwicklung der nationalen Stadtentwicklungspolitik zu formulieren und über Werte nachzudenken.

Auch wenn die Leipzig-Charta nicht überall das Maß aller Dinge nationaler Stadtentwicklung geworden ist – die Verpflichtung zur Einführung einer integrierten Stadtentwicklung ist in Europa angekommen.

Franz Pesch: Mit den Anregungen des Kuratoriums schlagen wir die Brücke zur Publikation „Urbane Energien – Positionen des Kuratoriums“ aus dem Jahr 2012. In Gesprächen mit Dr. Oliver Weigel, Tilman Buchholz und Stephan Willinger und dem Wissenschaftlichen Beirat hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, auch die Gründergeneration und die nächste Generation von Stadtforschern und Planern zu Wort kommen zu lassen.

Peter Zlonicky: Aus den persönlichen Gesprächen und den dokumentierten Beiträgen ist ein großes Interesse an Raum für Experimente und Innovationen herauszulesen. Aber auch die Erwartungen sind hoch.

Franz Pesch: Werfen wir zuerst einen kurzen Blick zurück. Mit etwa 1.000 Bewerbungen und 150 Projektförderungen kann die Nationale Stadtentwicklungspolitik eine beachtliche Resonanz verbuchen. Wie kam es vor 10 Jahren zu dieser neuen Politik? Warum wurde sie in die deutsche Planungslandschaft gesetzt?

Peter Zlonicky: Mit der Verfassungsreform hatte der Bund die Kompetenzen für die Stadtentwicklung an die Länder abgegeben, ist aber seinerseits in der Pflicht, strukturwirksame Projekte zu fördern. Da war es zumindest interessant, Leitlinien zu formulieren und zu beobachten, zu welchen Qualitäten die Förderung beiträgt.

Es gab einen weiteren Anlass – die Formulierung der Leipzig-Charta und ihre Unterzeichnung durch die Minister der 27 Mitgliedstaaten. Um den Anspruch der Charta zu vermitteln, schien es wichtig, die nationale Position für Deutschland zu klären.

Franz Pesch: In welchem Kontext spielte sich das ab?

Peter Zlonicky: Die Vorzeichen der großen Finanz- und Bankenkrise standen 2007 im Raum, die Folgen der neoliberalen Politik – im Wesentlichen ein Rückzug des Staates aus der Verantwortung für das Gemeinwohl – waren europaweit auf kommunaler Ebene spürbar. Die Ost-Erweiterung der EU löste eine Migrationswelle aus, die den Wohnungsmarkt verändert hat. Die Digitalisierung, die wichtigste technische Innovation der Gegenwart, setzte sich nach und nach im Konsumgüterbereich durch. Ein Meilenstein war hier sicherlich das iPhone von Apple, vorgestellt 2007, das erste wegen seines intuitiven Benutzerkonzepts massenkompatible Smartphone, das für einen Umbruch der gesellschaftlichen Kommunikation steht. Das alles hat die Städte verändert.

In der Bundesrepublik gab es eine neue Chance für eine integrierte Stadtentwicklungspolitik: Nach den Wahlen 2005 wurden Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in einem Ministerium, dem BMVBS, gebündelt. Die Leitung dieses Ministeriums hatte Wolfgang Tiefensee übernommen, der erfolgreiche Oberbürgermeister der Stadt Leipzig. Mit ihm konnte ein Stab jüngerer Mitarbeiter Erfahrungen aus Leipzig und aus anderen Bundesländern in die Nationale Stadtentwicklung übertragen.

Franz Pesch: Die Idee ist immer noch lebendig – ist sie heute noch wirksam?

Prof. Peter Zlonicky, geboren 1935, seit 1964 Inhaber des Büros für Stadtplanung. Er lehrte als Universitätsprofessor am Institut für Wohnbau der RWTH Aachen, am Fachgebiet Städtebau und Bauleitplanung der TU Dortmund, am Fachbereich Städtebau und Quartiersplanung der TU Hamburg-Harburg und am Fachbereich Städtebau der TU Wien. Gastprofessuren an der ETH Zürich, an den Universitäten Trento und Venedig, am Technion Haifa und am Pratt Institute, New York University, Brooklyn NY.

Prof. Dr. Franz Pesch, geboren 1947, ist Gründer und Mitinhaber des Planungsbüros pesch partner architekten stadtplaner mit heutigem Sitz in Dortmund und Stuttgart. Franz Pesch war von 1994-2014 Inhaber des Lehrstuhls für Stadtplanung und Entwerfen am Städtebau-Institut der Universität Stuttgart. Von 2000-2002 war er Dekan der Fakultät, 2006-2009 Mitglied des Universitätsrats. Seine Arbeitsschwerpunkte sind städtebaulicher Entwurf, Stadterneuerung, Innenstadtentwicklung und öffentlicher Raum.



Foto: Elke Wendt-Kummer
Foto: Jürgen Landes

Peter Zlonicky: Das gilt zuallererst für die Leipzig-Charta. Kollegen aus europäischen Ländern stellen immer wieder ihre Bedeutung heraus. Auch wenn sie nicht überall das Maß aller Dinge nationaler Stadtentwicklung geworden ist – die Verpflichtung zur Einführung einer integrierten Stadtentwicklung ist in Europa angekommen. Meine persönlichen Erfahrungen bestätigt Mart Grisel in seiner internationalen Vergleichsforschung.

Franz Pesch: Weit über den kleinen Kreis der Architekten und Städtebauer hinaus beginnt fast jeder städtebauliche Diskurs heute mit dem Hinweis, dass die Stadt im 21. Jahrhundert die dominierende Lebensform der Menschheit sein wird. Dabei gerät aber leicht in Vergessenheit, dass die Urbanisierung stets von Krisen, sozialen Konflikten und Armut begleitet wird. Und das gilt nicht nur für stagnierende oder schrumpfende Städte, sondern auch für Wachstumspole. Vor diesem Hintergrund wird die Bedeutung einer tragenden Rolle der öffentlichen Hand in der Stadtentwicklung besonders deutlich.

Die Leipzig-Charta zur nachhaltigen Europäischen Stadt hebt zurecht die einzigartigen architektonischen und kulturellen Qualitäten unserer Städte, ihre soziale Integrationskraft und wirtschaftliche Innovationsfähigkeit hervor. Diese Werte politisch zu sichern und mit neuen Möglichkeiten gemeinschaftlich weiterzuentwickeln, fordert der Stadtgesellschaft viel ab.

Peter Zlonicky: Wenn es um die zukünftige Stadtentwicklung geht, dürfen wir uns aber nicht allein auf das von uns geschätzte Modell der europäischen Stadt fixieren. Die europäische Stadt hat sicher Eigenschaften, die auch in anderen Regionen der Welt geschätzt werden, wie etwa ihre Fähigkeit, sich permanent weiterzuentwickeln und dabei doch ihre Identität zu erhalten.

Die globalen Herausforderungen gelten jedoch für alle Länder und alle Formen der Stadt. Es gibt gute Gründe, auch diese internationalen Orientierungen in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik zu berücksichtigen.

Franz Pesch: Ja, auch ich halte es für wichtig, dass die Fortschreibung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik dem internationalen Austausch und gemeinsamen Lernprozessen besondere Aufmerksamkeit widmet. Ich verstehe die europäische Stadt als einen Stadttyp, dessen Qualitäten in einer europäischen Charta zukunftsfähig gestaltet werden müssen. Die Offenheit für internationale Erfahrungen findet sich bereits in den ersten Skizzen zu einer neuen Charta.

Am Ende ist die Charta nur so gut wie ihre Umsetzung. Wie fallen die Erfahrungen mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik als Instrument zur Umsetzung der Leipzig-Charta aus?

Was die Bundesregierung mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik leistet, wird auch im internationalen Vergleich geschätzt.

Peter Zlonicky: Lag es an Konkurrenzen in den Zuständigkeiten, an der späteren Verteilung der Aufgabenfelder auf verschiedene Ministerien oder auch an neuen Programmen für sektorale Aufgaben – der integrative Ansatz der Stadtentwicklungspolitik ist nicht so wirksam geworden, wie es für die immer komplexer werdenden Aufgaben der Städte notwendig wäre.

Franz Pesch: Wir können aber festhalten: Was die Bundesregierung mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik leistet, wird auch im internationalen Vergleich geschätzt. Der wissenschaftliche Diskurs und das Experiment sind als politisches Instrument anerkannt. Innovation wird zum Teil des politischen Programms. Warum hadern viele Kollegen mit der begrenzten Wirkung?

Peter Zlonicky: Beginnt das nicht schon bei der Wahrnehmung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik? Sicher, mit ihrem Programm, mit den großen nationalen Kongressen findet sie Resonanz in der Fachwelt und kommt in der Öffentlichkeit an. Im kommunalen Alltag des Planungshandelns gewinnen dann doch die sektoralen Konkurrenzen mehr Gewicht.

INNOVATION IN DER STADTPOLITIK ALS POLITISCHES PROGRAMM

Das finde ich bedenklich. Wachsende Aufgaben und verschärfte Krisen dulden keinen Aufschub. Angesichts des Klimawandels, der ökonomischen und sozialen Spaltungen der Gesellschaft, der ungelösten Bodenfrage, des unzureichenden Wohnungsangebots brauchen die Städte mehr denn je eine integrative Stadtentwicklungspolitik ...

Franz Pesch: ... und konsequentes politisches Handeln. In seinem Hauptgutachten bringt der Wissenschaftliche Beirat zu den Globalen Umweltveränderungen das auf den Punkt. Die Botschaft an die Bundesregierung lautet: Ein „Weiter so wie bisher“ kann sich die Weltgemeinschaft nicht leisten. Die humane und umweltverträgliche Stadt erfordert größte Anstrengungen. Aus der Zuspitzung der Probleme ergibt sich fast arithmetisch die Forderung nach mehr Wirkung der nachhaltigen Politik. Konkret heißt das: Die Diskurse und Experimente, die von der Nationalen Stadtentwicklungspolitik angestoßen werden, müssen schnell in der Praxis wirksam werden.

Peter Zlonicky: Reicht es aus, allein den programmatischen Anspruch zu formulieren? Die Stadtentwicklungspolitik steht ständig in der Konkurrenz zu anderen Handlungsfeldern des Bundes. Da laufen einfach zu viele Aktivitäten und Förderprogramme parallel – Tag der Städtebauförderung, nationale Projekte des Städtebaus und der Städtebauförderung, Experimenteller Wohnungs- und Städtebau, Plattform Zukunftsstadt. Die große Vielfalt erzeugt Unübersichtlichkeit. Im Ergebnis wird die Nationale Stadtentwicklungspolitik nicht als integrierendes Dach wahrgenommen, ihre Beziehung zu den Fachpolitiken erschließt sich wirklich nur Insidern, und es fehlt ihr an Durchschlagskraft. Heute geht es mehr als bisher darum, sie als integrative Politik in Wert zu setzen. Dazu bedarf es der Bündelung der einzelnen Programme in einer Strategie.

Die Diskurse und Experimente, die von der Nationalen Stadtentwicklungspolitik angestoßen werden, müssen schnell in der Praxis wirksam werden.

Franz Pesch: Auch für mich geht die Stärkung des Profils und der Wirkungen nur über eine Bündelung und Strukturierung der gesamten Stadtentwicklungs- und Städtebauförderungspolitik. Die Lösung ist meiner Ansicht nach bereits im bestehenden System angelegt – es müssen aber die Übergänge optimiert werden: Die Nationale Stadtentwicklungspolitik stellt in dieser Lesart eine innovative Plattform für den offenen Diskurs von Wissenschaft, Politik und Planungspraxis zur Verfügung. Mit den Pilotprojekten bietet sie eine experimentelle Schnittstelle zur Praxis in den Kommunen an, um Konzeptideen unter realen Bedingungen auszuprobieren. Der große Praxistest für erfolgreiche Pilotprojekte könnte dem Experimentellen Wohnungs- und Städtebau übertragen werden. Damit wäre die Voraussetzung für um die Umsetzung in die Städtebauförderung und in die kommunale Praxis geschaffen. Alle Bausteine für eine Fortschreibung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sind bereits vorhanden. Es geht im Kern weniger um eine Hierarchisierung als um eine integrierende Sicht und eine abgestimmte Arbeitsteilung.

Peter Zlonicky: Mit der horizontalen Koordination auf Bundesebene ist das nicht so einfach. Aber: Gelingt die vertikale Koordination, die Übersetzung der Stadtentwicklungspolitik über die Länder in die kommunalen Dezernate nicht deutlich besser?

Franz Pesch: Entwicklungskonzepte und Rahmenplanungen glänzen durch ressortübergreifendes Denken. Auf der Umsetzungsebene werden immer wieder – ohne Rücksicht auf Verluste – sektorale Ziele durchgesetzt: Um das an einem Beispiel zu verdeutlichen: Die Straßenbahn fährt über einen neu gestalteten Stadtplatz, wie es sich gehört. Soweit alles in Ordnung. Aus Sicht der Verkehrsbetriebe wird ein beidseitiger Schutzzaun gefordert, weil die Tram mit 60 km/h über einen Platz fahren soll. Die Idee des Platzes wird auf dem Altar eines scheinbar fortschrittlichen Ressortdenkens geopfert. Beispiele dieser Art gibt es viele.

Integriert zu denken ist die notwendige Bedingung, integriert zu handeln die hinreichende Bedingung zukunftsweisender Planung. Stadtentwicklungspolitik muss sich in Zukunft stärker der kooperativen Umsetzung zuwenden und der Abwägung der unterschiedlichen Belange wieder mehr Raum geben.

Peter Zlonicky: Was ist nun die Nationale Stadtentwicklungspolitik des Bundes? Ist sie Impulsgeber? Motor? Ist sie eine Nische in einer unübersichtlichen Programmlandschaft?

Franz Pesch: Mit Blick auf die anstehenden Aufgaben in den Kommunen sehe ich die Nationale Stadtentwicklungspolitik vor allem als Impulsgeber für die nächste Generation von Förderprogrammen und für neue Strategien in der kommunalen Praxis. Sie wird diese Rolle jedoch nur spielen können, wenn alle Akteure diese Arbeitsteilung mittragen. Konkret bedeutet das: Experimente müssen ausgewertet werden, Erfolge müssen in reale Politik transportiert werden. Ich will es an Beispielen verdeutlichen: Im Handlungsfeld Wohnungsbau könnte ich mir vorstellen, dass innovative Projekte unterschiedliche Themen verbinden. In der Wohnungspolitik könnten zum Beispiel in der Schnittmenge von Flächenpools, gemeinschaftlichen Wohnformen, urbanem Holzbau und neuen Trägermodellen neue Dimensionen preiswerten Wohnens erschlossen werden. Oder nehmen wir die Digitalisierung: Da könnte man in Zusammenarbeit mit den Technologieunternehmen neue Wege erproben, wie in dünn besiedelten ländlichen Gebieten mit smarten Technologien die Vernetzung von Unternehmen und Haushalten vorangetrieben werden und Versorgungsengpässe abgebaut werden könnten.

Peter Zlonicky: Um diese grenzüberschreitenden Projekte voranzubringen, ist die Zusammenarbeit mit den Hochschulen wichtig. Mit dem Hochschultag hat das Ministerium ein Format für den Austausch von Wissenschaft und Forschung mit Politik und Praxis unterstützt, das noch seine Identität sucht und weiter auszubauen ist. Nicht weniger wichtig ist die Beteiligung der Hochschulen an der Formulierung und Auswertung von Pilotprojekten, an einer begleitenden Forschung, am internationalen Austausch.

Franz Pesch: Wenn über die Fortschreibung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik diskutiert wird, kommen immer wieder inhaltliche Forderungen ins Spiel.

Peter Zlonicky: Das ist gut verständlich, stand aber vor 10 Jahren und steht auch heute nicht im Vordergrund. Es ging von Anfang an nicht um wechselnde

Themen, sondern um den Aufbau tragfähiger Strukturen einer nachhaltigen Politik. Am Beispiel des Wohnungsbaus haben wir gesehen, wie sich in den letzten zehn Jahren die Verhältnisse – damals Leerstand, heute Mangel – verändert haben. Dagegen gilt das Angebot einer Plattform zur Debatte der Akteure, die Initiative zur Entwicklung von Pilotprojekten, der Aufbau internationaler Netze nach wie vor. Diese Strukturen müssen wir stabilisieren, die integrierenden Qualitäten müssen wir neu in Wert setzen. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik bleibt ein lernendes Programm. Ein funktionierender Bogen von der wissenschaftlichen Forschung über Experimente bis zur Förderung und Umsetzung in der Praxis ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Politik.

Das Kuratorium unterstreicht die Bedeutung dieser Politik für die Gestaltung der Lebensverhältnisse in den Städten. In allen Gesprächen gibt es ein gemeinsames Anliegen: die nationale Stadtentwicklungspolitik muss erhalten und weiter entwickelt werden. Sie braucht Botschaften, die auch in der Gesellschaft ankommen, sie braucht Werthaltungen. Es gibt in den individuellen Positionen der Kuratorinnen und Kuratoren einen roten Faden: die Überzeugung, dass – im umfassenden Sinne – die Gestaltung der Stadt die wichtigste kulturelle Aufgabe ist. „Die Utopie der Stadt ist die Integration des Fremden“ steht stellvertretend für das neue Nachdenken über die Stadt.



LEIPZIG-CHARTA UND NATIONALE STADTENTWICKLUNGSPOLITIK

In dieser Veröffentlichung reflektieren Verfasser des ersten Memorandums 2007 die Entwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Neben ihnen waren Klaus Beckmann, Wolfgang Christ, Michael Krautzberger, Folkert Kiepe, Norbert Portz, Stefan Reiß-Schmidt und Julian Wékel in der ersten Arbeitsgruppe beteiligt.

Die Gemeinschaftsinitiative Nationale Stadtentwicklungspolitik ist eine Plattform, die explizit der politischen Debatte Bedeutung verschaffen will. Das Jahr 2007 bot die einmalige Chance, Stadtentwicklung politisch zu thematisieren und strukturell zu verankern. Denn um Inhalte voranzubringen, muss man entsprechende Strukturen schaffen, Gremien ins Leben rufen, Gesprächsrunden etablieren. Nur so kann sich ein lebendiger Dialog mit der Öffentlichkeit, mit allen Akteuren, die sich um Stadt kümmern, und mit der Politik entfalten.

Nationale Stadtentwicklungspolitik ist in diesem Sinne nicht nur eine inhaltliche Verpflichtung, sondern auch eine Verpflichtung zu dauerhaftem Dialog und zur Zusammenarbeit.

- Wolfgang Tiefensee
Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft des Landes Thüringen
- Prof. Dr. Engelbert Lütke Daldrup
Staatssekretär für Strategien für Berlin, Vorsitzender der Geschäftsführung der Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH
- Dr. Ulrich Hatzfeld
Leiter der Unterabteilung Grundsatzangelegenheiten, Planungsrelevante Rechtsetzung im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Berlin
- Prof. Dr. Christiane Thalgott
Honorarprofessorin für Städtebau, Stadtentwicklung und Projektplanung an der Technischen Universität München
- Prof. Dr. Harald Bodenschatz
Assoziierter Professor am Center for Metropolitan Studies der Technischen Universität Berlin
- Dr. Bernd Hunger
Referent für Stadtentwicklung, Wohnungsbau beim GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V., Berlin

BÜRGERBETEILIGUNG IST KEINE ALIBIVERANSTALTUNG

Herr Minister Tiefensee, Sie waren vor zehn Jahren Initiator der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, eines Politikfelds, das sich ständig weiterentwickelt und heute noch große Zustimmung findet. Was war damals der Anlass für diese Initiative?

Ich erinnere mich: Schon beim Zuschnitt und bei der inhaltlichen Ausrichtung des Bundesministeriums habe ich bis hin zum Titel – Ministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung – unterstreichen wollen, dass es auch eine nationale Aufgabe ist, die nachhaltige Entwicklung von Städten zu befördern. Gespeist war das natürlich aus der Fülle meiner Erfahrungen als Oberbürgermeister der Stadt Leipzig. Die andere Dimension war die europäische: Als Präsident des Städtetzwerks EUROCITIES haben mir unzählige Besuche in europäischen Städten die Vielfalt der Problemstellungen, aber auch der Lösungsansätze vor Augen geführt. Und schließlich gab es eine globale Dimension: Was geschieht eigentlich in den bestehenden und entstehenden Megacities rund um den Erdball? Wie lösen diese Städte ihre gravierenden sozialen und umweltpolitischen Probleme?

Eine Nationale Stadtentwicklungspolitik kann nur in einer vertikalen Zusammenarbeit aller Akteure gelingen, sie muss die Entscheider in den Kommunen, den Ländern, im Bund und möglichst auch auf der europäischen Ebene zusammendenken.

Mir war darüber hinaus durchaus bewusst, dass eine nationale Stadtentwicklungspolitik nur in einer – wenn Sie so wollen – vertikalen Zusammenarbeit aller Akteure gelingen kann, sie muss die Entscheider in den Kommunen, den Ländern, im Bund und möglichst auch auf der europäischen Ebene zusammendenken. Es brauchte zwangsläufig einen Dialog, um die Fragestellungen auf ein höheres Qualitätsniveau zu heben: Nachhaltigkeit, neue Formen des Zusammenlebens, hochwertige Baukultur, was heißt das konkret? Wie kann man gemeinsam ein so übergreifendes Thema bearbeiten

und moderne Lösungen bieten, maßgeschneiderte Programme für eine nachhaltige, lebenswerte Stadt entwickeln?

Hier einige Antworten: Zuerst haben wir beispielsweise das Programm „Soziale Stadt“ neu justiert und deutlich aufgestockt. Zusätzlich wurde das Wohngeld mit einer energetischen Komponente versehen und gleichfalls erhöht, damit Menschen mit sozialen oder finanziellen Schwierigkeiten besser leben können – Stichwort bezahlbares Wohnen. „Best practices“ für eine integrierte und integrierende Entwicklung der Stadtquartiere wurden beispielsweise anhand nordrhein-westfälischer Programme diskutiert, gefördert und zur Nachahmung empfohlen, die Initiative zur Effizienzsteigerung des Bauens und zur Nachhaltigkeit im Lebenszyklus von Gebäuden gestartet, die Innovation der Energieträger und Antriebssysteme in der Automobilindustrie vorangetrieben. Fragen des Klimaschutzes spielten eine große Rolle: Die Ziele, die sich die Europäische Union, die sich Deutschland gesetzt hatte – energieeffizienter zu werden, den CO₂-Ausstoß signifikant zu senken und den Anteil grüner Energien zu erhöhen – all das stand im Fokus nationaler Stadtentwicklung. Wir haben die Stiftung Baukultur belebt und neu ausgerichtet.

Auf europäischer Ebene galt es, über eine neue Charta der europäischen Stadt nachzudenken. Auf einer Reihe von Kongressen bis hin zu Architekturbienalen in Venedig wurde problematisiert, endlich die Charta der europäischen Stadt von Athen aus den 1930er Jahren neu zu schreiben – 2007 wurde in Leipzig die neue Charta verabschiedet. Wie Sie sehen, auf allen Ebenen und mit einer großen Themenvielfalt wollten wir neue Akzente setzen. Und ich denke, wir waren ziemlich erfolgreich damit.

Nationale Stadtentwicklungspolitik – europäisch gedacht?

Ja, unbedingt! Wir mussten in enger Verbindung mit den Kooperationspartnern in den Ländern und Kommunen auch die europäische Dimension neu in den Blick nehmen, weg vom Kirchturmdenken, hin zum weiten Horizont. Dieser Aufgabe ging die Überlegung voraus, welchen Problemstellungen der Städte zu begegnen

Wolfgang Tiefensee, geboren 1955, seit 2014 Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und digitale Gesellschaft des Landes Thüringen. 2009 bis 2014 Mitglied des Deutschen Bundestages. 2005 bis 2009 Bundesverkehrsminister in der großen Koalition. 1998 bis 2005 Oberbürgermeister der Stadt Leipzig.



Foto: TWWWDG

sei, welche mehrdimensionalen, sich verschärfenden Herausforderungen die Zukunft bereithält: Wie stellt man sich der unaufhaltsamen Globalisierung, der unüberschaubaren Komplexität, ohne die Identifikation mit dem Stadtteil, mit der Heimatstadt zu vernachlässigen? Notwendig war ein strukturierter, hochqualifizierter Dialog im Europäischen Rat, hier haben wir die Ratspräsidentschaft Deutschlands im Jahr 2007 genutzt.

Was sollte die Nationale Stadtentwicklungspolitik Ihrer Einschätzung nach in nächster Zeit leisten? Welche Schwerpunkte würden Sie setzen?

Die Mega-Herausforderung ist die digitale Stadt. Wir werden uns weit mehr mit der Digitalisierung beschäftigen müssen, als in weiten Teilen der Akteure angenommen wird. Smart Home, Smart City sind nicht nur Schlagworte: WLAN-Verfügbarkeit und Glasfaser sind die Voraussetzungen für diskriminierungsfreie Teilhabe, E-Mobility und Carsharing revolutionieren den Verkehr, E-Commerce stellt unser Kaufverhalten auf den Prüfstand und verlangt neue Logistikkonzepte, die Energie-Autarkie der Quartiere und Stadtteile ist greifbar nah und hilft beim Klimaschutz, E-Government und E-Democracy verändern Verwaltungen und Parlamente, E-Health macht die medizinische Versorgung auf dem Lande möglich. All das muss zusammengedacht werden, darf kein Stückwerk bleiben und verlangt daher auch in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts, uns um diesen integrativen Gedanken der nachhaltigen Stadtentwicklung zu kümmern.

Heute stehen wir in Deutschland und Europa vor größer werdenden sozialen Herausforderungen. Das Thema des Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen und Ethnien beherrscht zunehmend die Tagesordnung. Es wird verschärft durch die Tendenz des Auseinanderdriftens von Arm und Reich, Verlierern und Gewinnern. Nationale und europäische Stadtentwicklungspolitik muss einen Beitrag zu Chancengleichheit und Inklusion leisten. Sie muss mitwirken, die drohende Prekarisierung und Ausgrenzung von Teilen der Bevölkerung zu verhindern, muss dem Niedergang ganzer Stadtteile entgegenwirken. Die Integration unterschiedlicher Gruppen von Menschen gehört stärker in

den Fokus, sie ist auch eine Herausforderung für die ländlichen Räume. Das Rollback in die Stadt verlangt integrierte Regionalpolitik in gegenseitiger Verantwortung: Je attraktiver die Stadt wird, desto weniger darf sie ihr Umfeld aus dem Blick verlieren. Städte sind in der Pflicht, über den Tellerrand hinaus die Daseinsvorsorge auch im ländlichen Raum zu ermöglichen.

Wie können die Städte den Bürgern ein Verständnis für diese Verantwortung vermitteln?

Wir erleben dieser Tage weit schärfer als vor zehn Jahren, wie die Gräben zwischen Bürgerschaft und Politik breiter werden, wie mittlerweile selbst die Rolle der Medien in Frage gestellt wird. Oft ist zu hören: „Die da oben machen sowieso, was sie wollen. Wir sind bloß ihr Feigenblatt“, oder „Die sprechen eine Sprache, die ich nicht verstehe“. Nationale Stadtentwicklungspolitik fordert ausnahmslos von allen Akteuren, mit der Bürgerschaft ernsthaft, partnerschaftlich und auf Augenhöhe in den Dialog zu treten. Wollen wir die Bürger in die Entscheidungsfindung einbeziehen, müssen wir umdenken, die Sache vom Kopf auf die Füße stellen. So sollten wir weniger von Bürgerbeteiligung als vielmehr von aktiver Bürgerverantwortung sprechen: „Wie wollen wir leben?“ Sicher nicht als von den Umständen Getriebene, sondern als aktive Gestalter der Zukunft von Regionen, Städten und Stadtteilen. Eine kluge und weitsichtige Stadtentwicklungspolitik schärft den Blick für das Komplexe genauso wie fürs Detail, forciert ein über die politischen Ebenen hinweg abgestimmtes Handeln und ist gleichermaßen flexibel und offen für neue Ideen und Projekte.

Nationale Stadtentwicklungspolitik fordert ausnahmslos von allen Akteuren, mit der Bürgerschaft ernsthaft, partnerschaftlich und auf Augenhöhe in den Dialog zu treten.

INTEGRIERTE STADTENTWICKLUNG IST EINE DAUERAUFGABE

Vor zehn Jahren haben Sie – gemeinsam mit Minister Tiefensee und einer Expertengruppe – das neue Politikfeld Nationale Stadtentwicklungspolitik entwickelt. Was war damals Ihre Motivation?

Zuallererst die besondere Situation, dass im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ein Minister saß, der aus der kommunalen Familie kam und Interesse an den Themen der Stadtentwicklung hatte. Ich war zum Staatssekretär berufen worden, nachdem ich zehn Jahre in Leipzig als Baubürgermeister und Baudezernent gearbeitet hatte – eine in der Politik seltene Konstellation. Wir waren von fachlichem Interesse geleitet und nahmen das Thema Stadtentwicklung ernst. Zweitens haben wir damals im Ministerium die Abteilung Stadtentwicklung aufgebaut, haben uns Leute von außen dazu geholt, zum Beispiel Uli Hatzfeld und Oliver Weigel, die beide eine ganz besondere Stadtentwicklungs-Erfahrung im kommunalen und im Landesbereich hatten.

Die europäische Stadt in ihren vielfältigen Dimensionen programmatisch zusammendenken – diese Debatte ist noch heute aktuell.

Der dritte sehr wichtige Grund war, dass wir mit der EU-Ratspräsidentschaft im Frühjahr 2007 in Europa eine Diskussion zur Stadt befördern und prägen konnten. Schon im Vorfeld der EU-Ratspräsidentschaft hatten wir 2006 die Leipzig-Agenda mit europäischen Kolleginnen und Kollegen diskutiert. Wir haben ein Dokument in die Welt gesetzt, das die europäische Stadt in ihren vielfältigen Dimensionen programmatisch zusammendenken. Diese Debatte ist, wie ich gerade auf der Habitat III-Konferenz in Quito sehen konnte, noch heute aktuell. Unser Interesse war, das Thema Stadtentwicklung auf die politische Landkarte zurück zu bringen. Deshalb haben wir die europäische Debatte und den Drive der Leipzig-Charta genutzt, um unmittelbar anschließend die Nationale Stadtentwicklungspolitik aus der Taufe zu heben. Da waren nicht gleich alle

Länder begeistert, weil das eigentlich in ihrer Zuständigkeit lag. Aber am Ende haben wir sie dann überzeugt.

Wir haben eine Gemeinschaftsinitiative gestartet mit dem Bund, dem Deutschen Städtetag, dem Städte- und Gemeindebund und der Bauministerkonferenz der Länder. Mit dieser Plattform konnten wir unserem Thema in der politischen Debatte Bedeutung verschaffen. Wir haben es in den verschiedensten Formaten vermittelt und meine Nachfolger haben das auch weiter entwickelt – eine Idee, die Früchte getragen hat.

Die Leipzig-Charta gilt im europäischen Ausland und wird als Verpflichtung wahrgenommen, zumindest aber als gültige Leitlinie. Das gilt in Deutschland auch für die Nationale Stadtentwicklungspolitik. Sie sollte ja in erster Linie eine Plattform für den Dialog mit der Öffentlichkeit bieten, den Dialog mit allen Akteuren, die sich um Stadt kümmern. Nun gibt es in Ministerien auch unterschiedliche Zuständigkeiten und Interessen. Wie sieht es auf der Regierungsebene mit Dialog und Zusammenarbeit aus?

Die Stadtentwicklungspolitik hat zu meiner Zeit dazu beigetragen, dass beispielsweise Programme wie BI-WAQ gelungen sind – wir haben das Arbeitsministerium gewonnen, bei Projekten in benachteiligten Stadtquartieren mitzuwirken, um die ökonomische Situation zu verbessern. Es gab auch gemeinsame Projekte mit dem Familienministerium. Selbst auf die Länder hat das ausgestrahlt, auch da sind Kooperationen in Gang gekommen. Trotzdem ist und bleibt es ein Feld, das noch viel mehr Kooperation vertragen könnte. Wir haben es mit einem grundsätzlichen Problem zu tun, dass die integrierende gesamtstädtische Sicht sich immer in Konkurrenz mit der Ressortorientierung der Ministerien auf Bundes- und Landesebene befindet. Das ist ein dickes Brett, das mit Ausdauer gebohrt werden muss. Es ist eine Daueraufgabe, diese integrierte, sozialräumlich orientierte Sicht vom Quartier bis zur Region in die sektoralen Fachpolitiken zu integrieren. Hilfreich sind Formate wie nationale Kongresse, mit denen man sich eine Plattform schafft. Auch internationale Aufmerksamkeit hilft.

Prof. Dr. Engelbert Lütke Daldrup, geboren 1956, Staatssekretär für Strategien für Berlin, seit 2017 Geschäftsführer der Flughafen Berlin-Brandenburg GmbH, zuvor Staatssekretär für Bauen und Wohnen in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin, Geschäftsführer der Internationalen Bauausstellung IBA Thüringen GmbH, Geschäftsführer der Afs Agentur für Stadtentwicklung GmbH sowie Honorarprofessor für Nationale und Europäische Raumentwicklung an der Universität Leipzig.



Foto: Sandra Hermannsen

Als ich jetzt in meinen Notizen nachlas, war ich ganz erstaunt, wieviel von den heute drängenden Problemen wir schon in den ersten Runden zum Memorandum vor zehn Jahren diskutiert haben: Zuwanderung, Mobilität, Klima, Wohnen. Auch wenn die Wohnungsfrage heute unter anderem Vorzeichen läuft: Aus dem Leerstandsproblem von damals ist heute die Frage des Neubaus bezahlbarer Wohnungen geworden. Auf welche Themen müsste die Nationale Stadtentwicklungspolitik heute besonderes Augenmerk richten?

Erst einmal kann man da auf den Erfolg verweisen, dass wir heute ein viel kräftigeres Programm „Soziale Stadt“ haben als vor zehn Jahren. Das ist sicher auch dieser Plattform zu verdanken. Aktuell spielen die generellen Wohnungsfragen eine herausragende Rolle. Das Thema hatten wir vor zehn Jahren nicht in dieser Dimension. Damals gab es Wachstum und Schrumpfung zur gleichen Zeit. Wir haben diese Gleichzeitigkeit zwar noch immer in der Republik, aber in größeren Städten sind die Wachstumsprobleme inzwischen das dominante Thema. An Bedeutung gewonnen haben Themen wie Migration und Integration in der Dimension, die wir im letzten Jahr erlebt haben, und die sich mit dem Familiennachzug und den globalen Problemen weiter verschärfen werden. Wie unsere Gesellschaft besser mit der Migration zurechtkommt, sowohl mit der physischen Herausforderung, angemessenen Wohnraum bereitzustellen, als auch mit der sozialen Herausforderung, die Menschen aufzunehmen und in unseren Gesellschaften ankommen zu lassen, das ist eine Dimension, über die wir heute viel mehr reden müssen als noch vor einigen Jahren.

Wir haben uns beim Kongress „Urbane Energien“ 2012 mit der Frage beschäftigt, was wir mit unseren Netzen in den Städten machen. Ob der starke Trend zur Rekommunalisierung der Netze greift und welche Verantwortung die Städte für ihre Netzsysteme neu übernehmen – von der Informations- und Kommunikationstechnik über die Elektronetze, Wassernetze: Was gewinnen sie an Gestaltungskraft für die Mobilität und das Leben in der Stadt? Das sind Fragen, die uns in Zukunft stärker beschäftigen werden. Ob sich internationale Stabilität und Mobilität organisieren lässt, war

im Habitat-Prozess ein großes Thema, von dem ich annehme, dass es auch künftig oben auf der Agenda stehen wird.

Sie waren in Quito dabei. Welche Verpflichtungen kommen jetzt auf die Städte zu?

Unser Beitrag in Quito war das Instrument der kommunalen Selbstorganisation der Verwaltung, die Möglichkeit, Probleme auf lokaler Ebene zu lösen. Für viele Länder bedeutet das, ihre kommunalen Kompetenzen so zu organisieren, dass sie vor Ort besser funktionieren. Das haben wir auch in den Diskursen mit anderen Bürgermeistern gesehen, zum Beispiel im Metropolis-Netzwerk oder in EuroCity. Natürlich stehen wir global weiterhin vor den großen Themen des Klimawandels, den daraus resultierenden Migrationsprozessen, und natürlich vor dem gewaltsamen Weiterlaufen des Verstädterungsprozesses. Das ist ein globales Phänomen, das hinsichtlich der Entwicklungspolitik gewaltige Herausforderungen birgt.

Als Deutsche sind wir da immer ein bisschen demütig, wenn wir die Perspektiven sehen, die andere Regionen und andere Ländern zu erwarten haben. Insofern ist es manchmal auch ganz lehrreich, unsere eigenen Probleme im globalen Kontext anzuschauen und in den Problemlagen zu denken, mit denen andere große Städte auf anderen Erdteilen sich beschäftigen müssen. Klimawandel, Globalisierung, sozialer Zusammenhalt und soziale Organisation, das sind die großen Themen, die wir global diskutieren müssen.

Die integrierende gesamtstädtische Sicht in Konkurrenz mit der Ressortorientierung – das ist ein dickes Brett, das mit Ausdauer gebohrt werden muss.

KOMPETENZEN FÖRDERN, ZUSTÄNDIGKEITEN UND VERBINDUNGEN HERSTELLEN

Sie sind einer der Vordenker der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Was hat Sie 2006 veranlasst, dieses Politikfeld in Gang zu setzen?

Anlässe gab es verschiedene. Formal waren wir durch die EU-Ratspräsidentschaft gefordert, politische Impulse zu setzen. Hinsichtlich der verschiedenen Ansätze europäischer Stadtentwicklungspolitik haben wir sehr viel Energie investiert, mit den anderen 26 Ländern Gemeinsamkeiten herzustellen.

Natürlich hatten wir auch eine politische Motivation. Der Städtebau ist ein Bereich, in dem sehr viel Geld investiert wird. Mit dem vielen Geld wurden damals relativ geringe Wirkungen erzeugt: Die Städtebauförderung programmierte und programmierte und stockte lautlos auf, der politische Ertrag aber blieb aus und die gesellschaftliche Debatte bewegte sich überhaupt nicht. Unsere Intention war, die kommunale Debatte über die Stadtentwicklung zu befruchten und zu verbreitern, indem wir ihr auf Bundesebene einen sicheren Rahmen gaben. Das war auch der Wunsch der politischen Hauspitzen im Umfeld von Wolfgang Tiefensee und Engelbert Lütke Daldrup, die das darin enthaltene politische Potenzial erkannten.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik kann nur politisch wirksam bleiben, wenn sie sich unentwegt verändert.

Wir hatten damals die politische Chance, Stadtentwicklung zu thematisieren. Der Rest war Handwerk: Wenn ich Inhalte voranbringen will, muss ich dafür Strukturen schaffen. Wir haben unterschiedliche Gremien ins Leben gerufen und Gesprächsrunden etabliert. Wir haben systematisch nach Leuten gesucht, die unsere Vorhaben mittragen, wollten zu Inhalten kommen, zu Konflikten, zu einer Diskussion, die andere mitnehmen konnte wie Stiftungen, Wissenschaft und viele andere potenzielle Diskussionspartner.

Ist Nationale Stadtentwicklungspolitik damit zum Tagesgeschäft geworden?

Nein, sie war und ist immer wieder gefährdet. Die ganze Zeit über war unser zentrales Motiv, Stadtpolitik zum

öffentlichen Thema zu machen, mit aufklärerischem Ansatz. Wir haben überrascht festgestellt, dass vieles noch nicht in Strukturen eingebunden war. So konnten wir, vom BBSR betreut, über 600 Modellvorhaben fördern. Wir haben eine Hochschullandschaft, vielfältig wie nirgends sonst auf der Welt. Wir haben Stiftungen, die sich um Stadt kümmern, Leute, die den künstlerischen Zugang und Leute, die den sozialen Zugang zu Städten suchen und Handlungsräume ausfindig machen. Sehr viel lag quasi „auf der Straße“, das haben wir in Strukturen eingebunden und Rituale geschaffen.

Wie haben Sie das vermittelt?

Wir hatten drei Fachkommissionen, die sich mit Städtebauförderung und dem Verhältnis von Bund und Ländern befassten. Das ist keine Politik, das ist Bürokratie. Zu Politik wird es erst durch eine öffentliche Debatte, die fragt: „Brauchen wir das? Brauchen wir zum Beispiel das Denkmalpflegeprogramm? Brauchen wir die Soziale Stadt?“ Auch das will geplant sein.

Das Feld Soziale Stadt hat sich ja erst allmählich im Bauministerium entwickelt und ist heute eines der wichtigen integrierenden Programme.

Das Programm gab es zwar vorher, aber bei uns wurde die Soziale Stadt zum Leitprogramm für verschiedene Aufgaben, die auf mehreren Ebenen zu bewältigen sind.

Gibt es aus heutiger Sicht andere thematische Schwerpunkte? Die Fragen nach Klima und Wohnungspolitik, nach Migration und Integration sind drängender geworden. Eignen sich die bisherigen Programme dafür?

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik hatte nie die vorrangige Absicht, Themen inhaltlich voranzubringen. Ihre Hauptintention war, eine Basis zu schaffen, auf der wichtige Themen diskutiert werden und aufgrund dieser Diskussionen Anforderungen an die Förder- und Forschungspolitik zu stellen. Das ist der Plattform-Gedanke.

In der Stadtentwicklungspolitik wechseln die Themen ununterbrochen. Vor zehn Jahren hat kein Mensch über Wohnungsneubau geredet, vorrangiges Thema war der Abbau der Leerstände. Folglich geht es im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik weniger darum, einzelne Handlungsbereiche weiterzuent-

Dr. Ulrich Hatzfeld, geboren 1955, seit 2014 Leiter der Unterabteilung Grundsatzangelegenheiten, Planungsrelevante Rechtsetzung im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Zuvor war er u. a. Gruppenleiter Stadtentwicklung im Ministerium für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Geschäftsführer verschiedener Stadtplanungsbüros und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Dortmund.



Foto: Ulrich Hatzfeld

wickeln, sondern vielmehr darum, Kompetenzen zu fördern, Zuständigkeiten und Verbindungen herzustellen. Gelingt es uns zum Beispiel, die Kirchen in die Diskussion einzubeziehen, erhalten wir kompetente Aussagen zu sozialen Fragen. Schaffen wir es, Stiftungen und viele zivilgesellschaftliche Initiativen vor Ort einzubeziehen, erreichen wir eine Aktualisierung der Diskussion über Bürgerbeteiligung.

Dagegen steht der Eindruck von Zersplitterung: Spezielle Anliegen werden zwar herausgearbeitet, aber das Zusammenwirken der Beteiligten und die integrierende Sicht fehlen.

Zunächst muss man zugeben, dass Professionen und politische Handlungsweisen ihre eigene Logik haben, ihre eigene Geschwindigkeit, ihre Szenen, die sie bedienen müssen, kurz unterschiedliche Kulturen. Wenn sich aus politischer Einsicht Synergien zeigen, die zwei politische Handlungsweisen zusammenbringen, dann ist das kein Prozess, der von alleine gelingt, sondern da muss man nach Überschneidungen suchen. Es gibt Versuche, verschiedene Ebenen in unterschiedlicher Konkretisierung – in diesem Fall Umwelt und Stadtentwicklung – zusammenzubringen. Das neue Umweltprogramm, das die Ministerin vorgestellt hat, denkt viele Aufgaben der Verkehrsplanung mit der Stadtentwicklung zusammen. In vielen Bereichen sind diese Synonyme weder entdeckt noch bespielt.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik ist ein Angebot des Hauses, Politikfelder zusammenzudenken und sich ohne Gesichts- und Autoritätsverlust auszutauschen. Wird das Angebot angenommen?

Man muss Geduld und Konsequenz aufbringen, weil unser Handeln für andere nicht immer unmittelbar plausibel ist, besonders wenn der methodische Ansatz darin besteht, Stadtentwicklung nicht als Fachpolitik in Säulen von oben nach unten zu sehen, sondern den Raum, das Quartier als entscheidenden Handlungsbezug zu nehmen. Diese Diskussion muss man führen und Angebote machen, die sich für die Beteiligten lohnen. Warum sollen Kollegen anderer Ressorts ihre Ziele aufgeben, ohne dabei auch etwas zu gewinnen? Das zu vermitteln und in Projekten zu konkretisieren ist entscheidend für alle Beteiligten.

Das gilt auch für die Hochschulpolitik, die Sie näher an die Stadtentwicklungspolitik herangebracht haben.

Verbindungen zum Hochschulbereich, zur Forschung haben wir aufgenommen, weil wir Verbündete brauchen, um die Stadt vermittels der Wissenschaft mit ihrer relativ hohen Wertschätzung zum gesellschaftlichen Thema zu machen.

Wenn es um Perspektiven geht – was erwarten Sie von den anstehenden Debatten?

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik kann nur politisch wirksam bleiben, wenn sie sich unentwegt verändert. Sie muss immer die relevanten Fragen der Gesellschaft thematisieren und manchmal auch überraschende Verbindungen herstellen, zum Sport oder zur Gesundheit, sogar zu Kunst und Kultur.

In ihren organisatorischen Strukturen muss sie immer nah an der Planungswirklichkeit bleiben. Läuft es vor Ort nicht mehr, lässt sich die Verbindung zu den Prozessen in den Quartieren nicht mehr herstellen, wird sie zur politischen Leerformel. Das wäre das Ende.

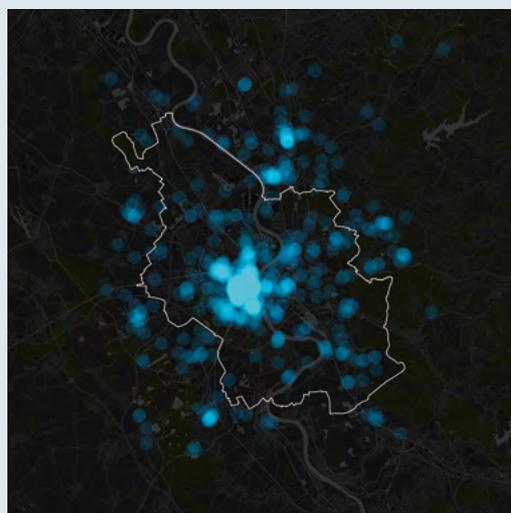
Wir brauchen Projekte, die unseren fachlichen Ehrgeiz auf sich vereinen und mit ihrer außergewöhnlichen Struktur und fachlichen Qualität eine Debatte unter Nicht-Fachleuten auslösen. Ich spreche von ähnlichen Konstruktionen wie den Internationalen Bauausstellungen, wo wir all das, was wir für die wichtigen Probleme unserer Gesellschaft halten, in politische Diskussionszusammenhänge bringen konnten.

Fachpolitik nicht mehr in Säulen von oben nach unten sehen, sondern den Raum, das Quartier als entscheidenden Handlungsbezug nehmen.

stadtnacht – Management der urbanen Nachtökonomie



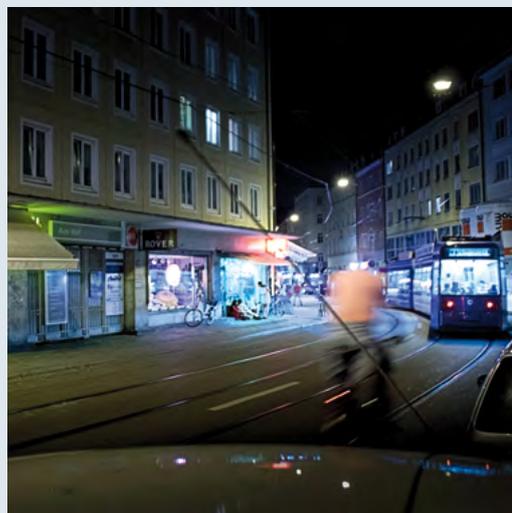
Fotos: Jakob F. Schmid



Karte: Jakob F. Schmid/Patrick Storz



Großstädtisches Nachtleben hat eine Ökonomie ganz eigener Art hervorgebracht. Im Rahmen des Projekts „stadtnacht“ wurde untersucht, wie die planerische Auseinandersetzung mit dem lokalen Nachtleben in ausgewählten deutschen Großstädten aussieht. Neben Planungsaspekten rückten auch die konkreten wirtschaftlichen Potenziale einer urbanen Nachtökonomie sowie ihre Wechselwirkungen mit anderen Wirtschaftsbereichen in den Fokus der Untersuchung. Aus den Erkenntnissen der Studie wurden konkrete stadtplanerische und stadtmärktebezogene Handlungsempfehlungen formuliert, die seither in Publikationen und auf Veranstaltungen kommuniziert werden.



Fotos: Jakob F. Schmid

WIR BRAUCHEN BILDER, UM VON DEN MENSCHEN VERSTANDEN ZU WERDEN

Nationale Stadtentwicklungspolitik: Warum war es vor zehn Jahren wichtig, im europäischen Zusammenhang eine eigene Position zu formulieren?

Vor dem Hintergrund eines spürbar zunehmenden Nationalismus in europäischen Staaten entstand auch in unserem Land plötzlich etwas, das bis dahin nicht zu spüren oder zumindest nicht gesellschaftsfähig war, nämlich ein ausgesprochener Ausländerhass. Der ist vor zehn Jahren zum ersten Mal thematisiert worden. Ich glaube, das war einer der Beweggründe für die Nationale Stadtentwicklungspolitik. Uns im europäischen Kontext dazu zu äußern, war gut.

Unter der Europäischen Ratspräsidentschaft 2007?

Ja, da hatten wir die Möglichkeit, uns zu positionieren vor dem Hintergrund der nationalen Entwicklung anderer Länder und ihrer Unterschiedlichkeit. Das war die Zeit, als Dänemark plötzlich nach rechts rutschte und der Nationalismus wieder aufkam ...

... in Hamburg, in Wilhelmsburg

Ja, Schill – plötzlich war dieses Thema wieder auf dem Tisch. Da war es immer, aber vorher nicht gesellschaftsfähig. Insofern war es wichtig, sich die Nationale Stadtentwicklung genauer anzusehen und die Ziele so zu formulieren, dass alle sich darin wiederfinden konnten.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik hat politische Ziele im Raum definiert und damit auch der Demokratie aufgeholfen.

Was haben Sie sich als Münchner Stadtbaurätin davon versprochen, an der Nationalen Stadtentwicklungspolitik mitzuarbeiten?

Ich habe in mehreren Städten Stadtentwicklung betrieben und oft Unterschiedlichkeiten wahrgenommen. Mir war die Betonung der sozialen Themen und der Themen Naturschutz und Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklung wichtig, und dass diese für alle Städte schwierigen Themen jetzt ausgesprochen und formuliert wurden – das war und ist besonders wich-

tig. Die Themen sind da, aber sie müssen in Worte, in Sätze gefasst werden, um sie zu vermitteln. Neu an der Leipzig-Charta war, dass sie diese Themen an den Raum gebunden hat, dass sie einen Ort bekommen haben und gesehen werden können.

Ich denke, das gilt bei der Leipzig-Charta für die Verpflichtung, eine Stadtentwicklungspolitik zu betreiben und sich vorrangig um benachteiligte Quartiere zu kümmern.

Das Dilemma liegt im Raum, aber die meisten Politiker wissen das nicht. Sie merken zwar plötzlich, dass es Orte gibt, wenn in einem Stadtteil von Brüssel die traurigsten Dinge passieren, aber im politischen Diskurs gibt es eigentlich keine Orte. Da gibt es diese Thematik nur allgemein. Ich finde bei der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ganz wesentlich, dass sie politische Ziele im Raum definiert und damit auch der Demokratie aufgeholfen hat.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik will von Anfang an besonders gute Projekte als Beispiele heranziehen und sie im allgemeinen Austausch erfahrbar machen. Aus Ihrer Sicht: Ist die Nationale Stadtentwicklungspolitik in München angekommen?

Die Münchner sind erstens provinziell und zweitens selbstzufrieden, aber sie sind auch immer um den sowohl räumlichen als auch sozialen Ausgleich bemüht. Insofern braucht man eigentlich keine Beispiele von außen. Aber wir brauchen gute Beispiele, wenn wir etwa erläutern wollen, worum es eigentlich bei der Stadtentwicklung geht. Oder bei Ökonomen, die immer ihre Systeme haben, sich aber wundern, wenn die Systeme nicht in die Realität passen. Da ist es ausgesprochen hilfreich, Bilder und Beispiele zu haben.

Nationale Stadtentwicklung wollte von Anfang an Bewusstsein schaffen und Stadtentwicklung auch mit guten Projekten in den öffentlichen Diskurs bringen.

Mit guten Beispielen kann man sehr schön Inhalte transportieren und sie Menschen vermitteln, die sich mit diesen Themen sonst überhaupt nicht befassen. Alle Diskurse über eine bessere Welt führen wir ja immer ohne Bilder. Nicht umsonst gibt es eine Bibel, die

Prof. Dr. Christiane Thalgott, geboren 1942, ist Honorarprofessorin für Städtebau, Stadtentwicklung und Projektplanung an der Technischen Universität München. Sie war als Stadtbaurätin bei der Stadt München, als Stadtbaurätin der Stadt Kassel und als Stadtplanerin bei der Stadt Kassel tätig. Zudem hatte sie verschiedene Lehraufträge inne und war Präsidentin der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung.



Foto: Lilli Thalgot

mit Bildern nachhilft. Die Formulierungen, die wir in der Bibel finden, sind höchst bildmächtig.

„Sie hatten keinen Raum in der Herberge ...“

Die Menschen wissen oft gar nicht, was wir da reden. Natürlich sind Beispiele ausgesprochen hilfreich, wenn sie an die Wahrnehmung von Otto und Ottilie Normalverbraucher andocken. Vielleicht ist es für Politiker besonders schwierig, sich Bilder von der Welt zu machen, weil sie ja immer nur mit Worten umgehen.

Frau Thalgot, Sie haben in den verschiedenen Rollen, die Sie als Stadtbaurätin und auch als Präsidentin der Akademie für Städtebau und Landesplanung innehatten, viele Einblicke gewinnen können in das, was sich in den Städten mit Hilfe der Nationalen Stadtentwicklungspolitik entwickelt. Wo ist diese Politik gut angekommen?

Ich glaube, in den Städten, weil hier die Mannigfaltigkeit der Probleme und der Themen Alltag ist. Da ist jeder, der in der Stadt Verantwortung hat, froh, wenn er Verbündete findet, die sich an den Themen mit Beispielen beteiligen.

Was wirklich eine Rolle spielt, ist die Tatsache, dass die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Städten intensiviert wurde. Dass man etwas über die Unterschiedlichkeiten der Systeme gelernt hat und die ihnen zugrunde liegenden historischen Entscheidungen. Dass man heute weiß, dass die Engländer zentralistisch sind und die Franzosen noch zentralistischer, aus ganz unterschiedlichen Gründen. Man hat durch die Nationale Stadtentwicklungspolitik besser begriffen, woher manche Entwicklungen kommen.

Auch dass man im Nebeneinander von unterschiedlichen Kulturen durchaus die eigenen Stärken entdecken kann.

Also die Art, wie man mit Widrigkeiten umgeht, ist sehr unterschiedlich. Man sieht, dass sich politische Setzungen auch verändern. Das ist ja auch trostreich, wenn sie sich nicht nur verschlechtern.

Welche Botschaften sollte eine Stadtentwicklungspolitik heute vermitteln? Welche Aufgaben sehen Sie für die Fortschreibung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik?

Ich denke, jetzt geht es noch viel mehr als vor zehn Jahren um den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wie kann man Menschen, die sich abgehängt fühlen, wieder in die Gesellschaft hineinbringen? Und wie kann man erreichen, dass es mit denjenigen, die von anderswo kommen, ein gutes Zusammenleben gibt. Welche Strukturen braucht es dazu – im sozialen Bereich und auf dem Arbeitsmarkt, aber auch im alltäglichen Leben? Da sind die Fragen von Bildung und Arbeit ganz wesentlich, aber auch Sport und Erholung. Dafür, glaube ich, braucht es schon ganz spezielle Anstrengungen.

Fällt Ihnen ein Beispiel dazu ein, wie Nationale Stadtentwicklungspolitik diese Aufgaben verorten kann?

Ein Ort ist immer der Fußballplatz. Taugt im wesentlichen aber nur für kleine Jungs, Mädchen sind immer in der Minderzahl. Im Grunde geht es darum, eine andere Form von Bildungs- und Arbeitspolitik zu machen, die darauf Rücksicht nimmt, dass nicht alle gleich sind, aber gleiche Chancen haben sollen und auch Raum haben müssen. Wir haben viel zu lang in Deutschland behauptet, wir sind keine Einwanderungsgesellschaft. Die Stadt München hat nur nicht darüber geredet, dass

Noch viel mehr als vor zehn Jahren geht es jetzt um den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

sie Einwandererpolitik machen muss. Aber in vielen Städten hat es überhaupt keine Auseinandersetzung damit gegeben. Da Bildung Ländersache ist, war da auch der Druck nicht so groß. Wenn die Städte etwas zum Thema machten, mussten sie eigene Schulen unterhalten und sich neben der normalen Versorgung positionieren. Ich denke, bei der Arbeit ist das ähnlich. Man braucht Arbeitsplätze, die nicht nur verbales Können erfordern. Das ist auch nicht so einfach.

Ich glaube, dass wir über diese Fragen mehr nachdenken und da mehr tun müssen. Und dann braucht es noch viel Geduld.

IST ES NOCH ZEITGEMÄSS, DEN LÄNDERN DIE KOMPETENZ FÜR DIE STÄDTEBAULICHE POLITIK ZU ÜBERTRAGEN?

Mit welchen Erwartungen haben Sie Ihre Position zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik formuliert?

Beim Thema Stadtentwicklung gab es immer schon eine Anmaßung unserer Profession. Sind wir, ausgebildete Städtebauer, in der Lage, in großen Zusammenhängen interdisziplinär zu arbeiten?

Es war schwierig, dem neuen Programm einen Namen zu geben: Nationale Stadtentwicklungspolitik sollte ja nicht heißen, dass wir an unseren Landesgrenzen zu denken aufhören.

Was bei uns in der Stadtentwicklung passiert, ist vorzeigbar, aber wir haben weitgehend versäumt, das auch international zu vermitteln.

Auf der Ebene der Stadt ist das, glaube ich, ganz gut gelungen. So etwas wie die Städtebauförderung gibt es in anderen europäischen Ländern nicht. Es ist uns allerdings schwer gefallen, unsere Erfolge international zu vermitteln (im Gegensatz zum Beispiel zu den Engländern). Was bei uns in der Stadtentwicklung passiert, ist vorzeigbar, aber wir haben weitgehend versäumt, das auch international zu vermitteln.

Zunächst war es wichtig, überhaupt einen eigenen Standpunkt zur Stadtentwicklungspolitik zu formulieren. Die internationale Orientierung war von Anfang an da, hat sich im Laufe der Diskussionen immer stärker entwickelt und wurde in der Leipzig-Charta dann fest verankert. Aber wie sieht es mit der nationalen Orientierung aus?

Ich weiß nicht, ob unser System, das den Ländern die Kompetenz für die städtebauliche Politik überträgt, noch zeitgemäß ist. Werden die Regionen nicht allzu sehr eingeeengt zwischen Landes- und Stadtpolitik? Die regionale Politik kann sich zwischen den beiden Polen ganz offensichtlich nicht angemessen entfalten. Wenn die Nationale Stadtentwicklungspolitik eine Plattform

bietet, auf der sich die an der Stadtentwicklung Beteiligten verständigen können – wer sind dann diese Beteiligten? Das ist doch schon in unserer Disziplin nicht so einfach, wo sich ausgeprägte Lager – Architekten auf der einen, Stadtplaner auf der anderen Seite – bilden und die Verständigung zwischen den Lagern eher schwierig ist.

Damals ging es uns darum, Stadtentwicklung und Urbanität zum öffentlichen Thema zu machen und vermittels einer guten Praxis herausragende Projekte zu fördern. Rückblickend: Ist das Thema im Verlauf der letzten zehn Jahre in der Öffentlichkeit angekommen? Sind gute Projekte entsprechend bekannt geworden?

Wir tun uns schwer, die Inhalte dieser Politik zu vermitteln. In Berlin gibt es zwar das anspruchsvolle Programm „Berlin 2030“, aber kaum ein Spitzenpolitiker hat sich bisher öffentlich dafür engagiert. Unsere Botschaften sind zu allgemein, zu wenig konkret. Sobald sie konkret sind – wie etwa die Forderung, nicht mehr als 30 ha/Tag zu versiegeln – werden sie auch wahrgenommen. Vielleicht wäre es gut, sich auf wenige konkrete Botschaften zu konzentrieren und die Themen zuzuspitzen.

In unseren Diskussionen spielte die Frage der Verfahren der Stadtentwicklung eine große Rolle. Wie sehen Sie die Entwicklung der Verfahren der Bürgerbeteiligung?

Das Thema ist komplexer geworden – was bedeutet Bürgerbeteiligung heute? Das Interesse wird doch erst geweckt, wenn das Vertrauen in Politik und Verwaltung gestört ist und wenn Entscheidungen nicht transparent gefällt werden. Auch hat ein guter Prozess nicht unbedingt ein gutes Produkt zur Folge.

Das Problem liegt eigentlich woanders. Heute diskutiert man kaum noch über grundsätzliche Fragen, zum Beispiel über das Bodenrecht, über die Bodenvorratspolitik der Kommunen, über das Steuerrecht. Wie kann man eine öffentliche Verfügbarkeit von Grund und Boden in einem demokratischen Prozess erreichen?

Prof. Dr. Harald Bodenschatz, geboren 1946, seit 2011 assoziierter Professor am Center for Metropolitan Studies der Technischen Universität Berlin. Zuvor war er Universitätsprofessor für Planungs- und Architektursoziologie an der Technischen Universität Berlin, Gastprofessor und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Technischen Universität Berlin und der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen sowie freiberuflicher Stadtplaner.



Foto: Philipp Dase

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik kann eine Plattform sein, auf der die unterschiedlichen Disziplinen kooperieren, Städte und Gemeinden, Regionen und Länder zusammenarbeiten. Welche wären heute die wichtigsten neu zu diskutierenden Themen?

Im Augenblick ist es vor allem der Wohnungsbau. Lange vernachlässigt, stehen die Defizite der Wohnungspolitik heute im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Im Vordergrund stehen Fragen des Klimas, die über nationale Grenzen hinausreichen und doch lokaler Lösungen bedürfen. Die Stadt, mit der wir uns beschäftigen, was ist das genau? Sehen wir sie nur in den Grenzen der kompakten, europäischen Stadt? Wie entwickeln sich vorhandene, wie bilden sich neue Zentren? Wie sieht ihre Qualität als Ort der Nahversorgung, als sozialer Ort aus? Programme zur Optimierung von Zentren greifen zu kurz. Die Grundlage für eine nachhaltige Stadt ist ein entwickeltes System von Zentren.

Damit ist auch eine städtebauliche Frage verbunden: Was wird aus dem öffentlichen Raum, aus unseren Straßen und Plätzen? Was passiert zum Beispiel mit den Radialstraßen, mit Hauptverkehrsstraßen, mit deren Funktion und Entwicklung sich zahlreiche Lobbygruppen befassen? Wie gehen wir mit den großen Infrastrukturen um, zum Beispiel mit dem Netz der Bahnen, mit den großen Flughäfen? Das sind Jahrhundert-Entscheidungen. Wie sieht es bei den Zuständigkeiten der Verwaltungen und der Politik aus, wie steht es um ihre Fähigkeit, zu kooperieren?

Wie lassen sich die Stärken der Städte entwickeln?

Wichtig war, dass das Memorandum die Rolle des Bundes in der Stadtentwicklung neu definiert hat – der Wert dieser Grundsatzdiskussion ist nicht hoch genug einzuschätzen. Dieses Politikfeld muss der Bund unbedingt kontinuierlich weiterentwickeln.

Heute diskutiert man kaum noch über grundsätzliche Fragen, zum Beispiel über das Bodenrecht, über die Bodenvorratspolitik der Kommunen, über das Steuerrecht. Wie kann man eine öffentliche Verfügbarkeit von Grund und Boden in einem demokratischen Prozess erreichen?

GROSSE SCHWERE TANKER UMSTEUERN

Sie erinnern sich an unsere ersten Gesprächsrunden im Städtebauministerium vor zehn Jahren – was haben Sie damals von einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik erwartet?

Na ja, wir hatten in den letzten Zeiten der DDR unseren Anspruch an eine integrierte Stadtentwicklungspolitik schon deutlich formuliert. Ich hatte unter dem nebelhaften Titel „Städtebauprognose“ eine Studie verfasst, die die Grundlagen einer integrierten Stadtentwicklung beschrieb.

Nach der Wiedervereinigung haben Tiefensee und Lütke Daldrup darüber nachgedacht, wie man integrierte Stadtentwicklung formulieren kann. Ich fand es spannend, wie man mit dem Namen Nationale Stadtentwicklungspolitik ganz bewusst einen ressortübergreifenden Anspruch formulierte.

Das Programm „Soziale Stadt“ funktioniert tatsächlich ressortübergreifend, und es ist interessant zu sehen, wie sich Programme anderer Ministerien, vor allem aus dem sozialen Bereich, daran angedockt haben.

Im Rückblick auf die letzten Jahre war bei mir Enttäuschung programmiert: Die Ressorts sind ja eigentlich alle eingebunkert und arbeiten mehr oder weniger unabhängig voneinander. Guckt man allerdings genauer hin, hat sich in einigen Bereichen doch etwas getan. Das Programm „Soziale Stadt“ funktioniert tatsächlich ressortübergreifend. Es ist interessant zu sehen, wie sich andere Programme anderer Ministerien, vor allem aus dem sozialen Bereich, daran angedockt haben.

Was so gut wie überhaupt nicht funktioniert, ist die Integration des Umweltbereichs in das Bauen. Und ganz schlecht funktioniert, vielleicht mit Ausnahme der Wohnungswirtschaft, die Integration des Wirtschaftsbereichs. Dabei muss man sich darüber im Klaren sein, dass diese sektoralen Ministerien einfach große schwere Tanker sind. Hinter der ressortmäßigen Gliederung steckt die Logik, dass Querdenken immer schwieriger wird – das ist einfach ein immanenter Widerspruch.

Einzelne Branchen haben dieses komplexe Denken sogar vorangetrieben. Programme wie „Soziale Stadt“ oder auch „Stadtumbau“ – ich hatte für den GdW „Überforderte Nachbarschaften“ geschrieben – waren schon integrativ gedacht. Das integrierte Denken ist heute auf der unteren Ebene angekommen, zum Beispiel im Quartiersmanagement.

Bei der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ist schon einiges gut gelaufen. Ich halte den Ansatz für wichtiger denn je, weil in der gesellschaftlichen Praxis genau die entgegenlaufenden Prozesse zu beobachten sind. Die Gesellschaft wird immer komplexer und müsste eigentlich immer integrierter handeln – tatsächlich handelt sie aber immer mehr aus divergierenden, sich ausweitenden Interessenlagen heraus. Fast alle gesellschaftlichen Teilbereiche arbeiten an ihrer Perfektionierung, die Ansprüche driften auseinander und kommen auf lokaler Ebene dann nicht mehr zusammen.

Ist die Notwendigkeit des Zusammendenkens nicht unter dem Druck der Entwicklung der letzten Jahre – Stichworte Klima, Wohnungsbedarf, Migration – viel stärker geworden, als sie es in den luxurierenden Jahren der Jahrhundertwende noch war?

Absolut. Das ist wie bei einem Topf, der unter Dampf steht, aber der Deckel wird weiter draufgehalten. Wir tun uns wahnsinnig schwer mit der Novellierung des Baugesetzbuchs, weil sich die widerstreitenden Interessen schwer aushandeln lassen. Der Umweltbereich besteht darauf, dass normative Anforderungen erhöht werden und das beschleunigte Bebauungsverfahren geschwächt wird – genau das Gegenteil erwarten aber die Leute, die zügig bauen wollen. So wird die Notwendigkeit zur Kooperation immer größer. Aber der Leidensdruck im gesellschaftlichen Diskurs ist wahrscheinlich noch nicht groß genug.

Wenn diese Politik sich nun weiterentwickelt – auf welche Schwerpunkte sollte das Programm setzen? Bei der Wohnungsfrage, der Frage der Sozialen Stadt und den Nachbarschaften: Welche Verstärkung würden Sie sich wünschen, die Sie in Ihrer Arbeit unterstützen könnte?

Dr. Bernd Hunger, geboren 1953, seit 1999 Referent für Stadtentwicklung, Wohnungsbau beim GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V., Bernd Hunger war bis 2007 Leiter und Inhaber eines Büros für Stadtforschung und -planung. Zuvor war er Abteilungsleiter am Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie der DDR und Assistent am Lehrstuhl für Stadtsoziologie an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar.



Foto: Urban Rütins, GdW

Man müsste faktisch so eine Art von interministerieller Arbeitsgruppe haben, die wirklich was verändert – nicht nur interministeriell, sondern auch mit den Ländern und der Zivilgesellschaft. Methodisch war das Bündnis für Bauen und Wohnen ein toller Ansatz. Nur hat der Berg groß gekreißt und herausgekommen ist ein Mäuschen. Wir haben weder an den Normen etwas verändert noch an der Energiesparverordnung. Es ist offensichtlich wahnsinnig kompliziert, das auf die Reihe zu kriegen.

Und in der Wohnungsfrage?

Bei dem Bündnis gibt es etwa dreißig Punkte, die man umsetzen müsste. Wie kann man zum Beispiel die Belange des Umweltschutzes mit den Belangen des Bauens wesentlich mehr zukunftsorientiert abwägen? Von einem bestimmten Maß an Wachstum an kann das Bauen auf grüner Wiese kein Tabu mehr sein. Das ganze Normenwesen ist so eine Geschichte, die das Bauen extrem behindert. Das hat auch damit zu tun, dass die Subsysteme extrem ausgereizt sind und nicht bereit, auch nur einen Schritt zurück zu gehen. Wir haben eine Summe von Anforderungen an den Wohnungsbau, die in keiner Relation zum Einkommen der Bevölkerung stehen. Da ist heute ein riesengroßes Loch, das es in den 50er/60er Jahren überhaupt nicht gab. Da hat man für breite Schichten der Bevölkerung gebaut und jedem war klar, dass man das bezahlen musste. Die soziale Polarisierung hat zugenommen, die Kostenargumente drängen, aber trotzdem hält man an alten Normen fest. Daher der Stillstand im Wohnungsbau. Unsere Fertigstellungszahlen sind weit entfernt von dem, was wir brauchen.

Es gibt eine ganze Reihe von Aktivitäten, die weit über den Tellerrand hinaus integrierend arbeiten und ein Gewicht haben in der Öffentlichkeit. Dazu zählen Aktivitäten, hinter denen Sie stehen. Zum Beispiel der Preis Soziale Stadt?

Eigentlich sogar vorher schon der Deutsche Bauherrenpreis. Der Bauherrenpreis wird aus dem Ressort Nationale Stadtentwicklungspolitik mitfinanziert, weil hinter diesem Bauherrenpreis schon integrierende zivilgesellschaftliche Institutionen stehen: der Deutsche Städtetag und der Gesamtverband der Woh-

nungswirtschaft, Architektenverbände, der Bund Deutscher Landschaftsarchitekten und die Deutsche Stiftung Denkmalschutz. Das heißt, man zeichnet Projekte aus, die an sich schon hoch integrativ sind und als Bausteine zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik beitragen.

Ein zweites großes ähnlich gedachtes Projekt ist der Preis Soziale Stadt, an dem neben dem Städtetag und der Wohnungswirtschaft auch der Deutsche Mieterbund beteiligt sind, die Schader-Stiftung, der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt und damit alle sozialen Träger. 2017 setzen wir noch eins drauf, da wird es einen Integrationspreis geben: „Zusammen leben mit neuen Nachbarn“. Der Preis wird am Abend des Kongresses der Nationalen Stadtentwicklungspolitik durch die Bundesministerin vergeben.

Das heißt, es gibt schon Anlässe, ressortübergreifendes Zusammenwirken zu stärken. Wir haben mehrfach angestrebt, dass der Preis Soziale Stadt von mehreren Ministerien getragen wird. Ein einziges Mal war das Familienministerium dabei, ansonsten klappt das einfach nicht. Ein Ministerium muss zuständig sein, sonst kommen die anderen gar nicht erst. Wir haben es noch nicht geschafft, bei so einer Preisverleihung Minister oder Staatssekretäre von zwei oder mehr Ministerien zu beteiligen. Das wäre eine tolle Sache!

Das ganze Normenwesen ist so eine Geschichte, die das Bauen extrem behindert.

Aber spannend ist ja, dass sich da etwas von unten nach oben bewegt und ganzheitliches Denken inzwischen zu einem öffentlichen Selbstverständnis wird.

Von einem bestimmten Punkt an machen alle mit. Jeder Bundestagsabgeordnete fragt vorher, ob denn ein Projekt in seinem Wahlkreis einen Preis erhält. Aber dann treten alle Beteiligten an, setzen sich in die erste Reihe und freuen sich.



Nationale Stadtentwicklungspolitik
Kuratoriumssitzungen

... 2017 Heilig-Kreuz-Kirche, Berlin



... 2016 Stadtmission, Berlin



Fotos: Andreas Kaufmann

NEUE WEICHENSTELLUNGEN IN DER KOMMUNALEN PLANUNG

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik tritt an, neue Weichenstellungen in der kommunalen Planung zu fördern. Als Dachmarke stärkt sie die Rolle der Kommunen in der integrierten Stadtentwicklung durch Förderprogramme, Austausch zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis und die Erprobung neuer planerischer Ansätze, vor allem in der Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ebenen und den verschiedenen Ressorts. Denn nur koordiniertes Handeln kann den Herausforderungen der Stadtentwicklung gerecht werden. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Klein- und Mittelstädte. Sie werden gegenüber den Metropolräumen oftmals vernachlässigt, nehmen aber im regionalen Gefüge eine wichtige Funktion zur Entlastung angespannter Wohnungsmärkte oder als Arbeitsort im Zuge der Digitalisierung ein.

- Dr. Eva Lohse
Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen am Rhein, Präsidentin des Deutschen Städtetags
- Thomas Webel
Minister für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt
- Axel Gedaschko
Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V.
- Norbert Portz
Beigeordneter für Gemeinde- und Stadtentwicklung, Wohnungswesen, Raumordnung, Vergaberecht, Abfallwirtschaft und Wasserversorgung des Deutschen Städte- und Gemeindebunds

EIN SIGNAL DER BUNDESREGIERUNG WÄRE HILFREICH

Welche Bedeutung hat die Stadtentwicklungspolitik des Bundes für die Städte?

Die Frage will ich gerne annehmen – aber schon im Vorhinein deutlich machen, dass es für die Städte keine solitäre Stadtentwicklungspolitik des Bundes gibt. Natürlich wäre es falsch zu behaupten, die Stadtentwicklungspolitik des Bundes würde kommunales Handeln kaum tangieren. Aber genauso falsch wäre es, sich allein der Begriffswahl nach von dem Mehrebenenansatz der Nationalen Stadtentwicklungspolitik abzuwenden und ausschließlich von einer Stadtentwicklungspolitik des Bundes auszugehen.

Wichtig ist für uns zweierlei: Erstens, dass die Nationale Stadtentwicklungspolitik auf der Basis der Leipzig-Charta und im Ergebnis ebenenübergreifender Definitionsbemühungen für eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik in der Europäischen Stadt den Rahmen für die Entwicklung der Städte und Gemeinden bildet. Dabei legen Bund, Länder und Kommunen besonderen Wert auf die Verantwortung für benachteiligte Quartiere.

Das Memorandum „Städtische Energien“, das von den kommunalen Spitzenverbänden mitgetragen wird, präzisiert seit 2012 die Schlüsselaufgaben der nachhaltigen Stadtentwicklung:

- den behutsamen ökologischen Umbau von Gebäuden und Quartieren,
- die technologische Erneuerung der stadttechnischen Infrastrukturen,
- die Entwicklung einer neuen Mobilität sowie
- die gesellschaftliche Integration.

Und zweitens, dass aus dieser Rahmensetzung ausfinanzierte Programme und Projekte abgeleitet werden, die uns wiederum ebenenübergreifend in die Lage versetzen, unsere kommunalpolitischen Zielsetzungen auf Grundlage integrierter Stadtentwicklungskonzepte weitestgehend selbstbestimmt umsetzen zu können.

Es geht darum, den integrierten Ansatz der Nationalen Stadtentwicklungspolitik seitens der Bundesregierung tatsächlich auch ressortübergreifend zu leben.

So verstehen wir die Nationale Stadtentwicklungspolitik als eine „Dachmarke“ gemeinsamen Handelns. Darüber hinaus wird die hohe Bedeutung einer integrierten Stadtentwicklungspolitik mit bundesweiter Perspektive sowie einer europäischen und internationalen Einbettung von allen Partnern geschätzt. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik ist für uns eine Politik für die Kommunen mit dem Ziel der Stärkung der Städte und Gemeinden und damit auch des Bundes und der Länder insgesamt.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik, seit 2007 eine Plattform für das Gespräch aller Akteure – was könnte ihre Wahrnehmung verstärken?

Die jährlichen Bundeskongresse mit durchschnittlich 1.000 Teilnehmenden erreichen einen großen Teil der planenden Professionen, greifen als ressortübergreifende Plattform raumrelevante Themen auf und leisten den direkten Austausch zwischen Politik und Praxis. Und auch die Mitglieder des Präsidiums des Deutschen Städtetags und ich selber wirken gerne an den Bundeskongressen mit und wollen zu einem regen Forum des Austauschs, der Nachjustierung von Themen und womöglich auch zur Findung neuer Politikansätze beitragen.

Wir müssen aber auch offen miteinander ein wenig Defizitanalyse betreiben: Trotz weitreichender Akzeptanz und hohem Bekanntheitsgrad der Nationalen Stadtentwicklungspolitik konnte die Wirkung und Wahrnehmbarkeit als Dach gemeinsamen Handelns noch nicht erreicht werden. Zwar nehmen städtische Themen wie Integration, sozialer Wohnungsbau, Zusammenleben im Quartier, Teilhabe, steigende Mieten in den Großstädten, demografischer Wandel oder Digitalisierung (Smart City) in der aktuellen Diskussion einen großen medialen Raum ein, werden aber nicht mit einer integrierten Stadtentwicklungspolitik oder urbanen Handlungsstrategien der verschiedenen Ebenen in Verbindung gebracht. Dies wird verstärkt durch eine Reihe von parallelen, nicht verbundenen bundespolitischen Aktivitäten im selben Handlungsfeld wie dem Tag der Städtebauförderung, den national bedeutsamen Projekten oder der Nationalen Plattform Zukunftstadt des BMBF. Auf der Ebene der Länder dominieren

Dr. Eva Lohse, geboren 1956, seit 2015 Präsidentin des Deutschen Städtetages und seit 2005 Mitglied des Präsidiums. Seit 2002 ist sie Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen am Rhein, seit 2006 Vorsitzende des Verbandes Region Rhein-Neckar und stellvertretende Vorsitzende des Vereins Zukunft Metropolregion Rhein-Neckar e. V.



Foto: Stadt Ludwigshafen am Rhein

trotz der Papenburger Erklärung der Bauministerkonferenz zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik von 2007, die einen umfassenderen Ansatz verfolgt, die Umsetzung der Städtebauförderung sowie aktuelle Einzelthemen (Flüchtlingswohnen, BauNVO) die politische Abstimmung.

Was erwarten wir also auf der kommunalen Ebene? Zum einen wäre für eine Stärkung der gemeinsamen Initiative des Bundes, der Länder und der Städte und Gemeinden gewiss ein deutliches Bekenntnis und eine Positionierung der Bundesregierung für die Nationale Stadtentwicklungspolitik als Signal ausgesprochen hilfreich. Zum anderen geht es darum, den integrierten Ansatz der Nationalen Stadtentwicklungspolitik seitens der Bundesregierung tatsächlich auch ressortübergreifend zu leben. Als Impuls für alle Partner der Initiative wäre womöglich die Bildung einer regelmäßigen Staatssekretärs- und Leitungsrunde von Bund, Ländern und Kommunen nach dem Vorbild der interministeriellen Arbeitsgruppe „Stadt“ wünschenswert. Diese ist vom Bundeskanzleramt mandatiert und arbeitet – wenn auch nicht sonderlich außenwirksam – immerhin ressortübergreifend zusammen. Das würde gemeinsames Lernen, Entwickeln von neuen Programmsätzen und Weiterführen bewährter Programme auf eine andere Ebene heben und Ressourcen der unterschiedlichen Ressorts und Handlungsebenen im Sinne eines integrierten Ansatzes für eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik bündeln helfen.

Welche Botschaften sollte die Stadtentwicklungspolitik heute vermitteln?

Das Profil der Nationalen Stadtentwicklungspolitik als innovative und ressortübergreifende Plattform der integrierten Stadtentwicklung kann durchaus noch weiter geschärft werden. Vielleicht sollte sie noch programmatischer, konzeptioneller und auch ein wenig politischer werden. Sie soll wichtige Themen finden, setzen und weiterentwickeln, Positionen formulieren und Folgeprozesse anstoßen. Dazu könnten wir uns die Einrichtung einer interdisziplinären Denkwerkstatt vorstellen, die z. B. neue Themen in das Kuratorium zur Diskussion einbringen kann. Der Schwerpunkt sollte dabei auf der Vernetzung und Integration der verschiedenen

Aspekte der Stadtentwicklung liegen. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik könnte sich so zur handlungsleitenden Strategie für Forschung, Förderung und Kommunikation in der Stadtentwicklung weiterentwickeln.

Um ihrem Anspruch an eine integrierte Stadtentwicklung gerecht zu werden, sollte die Nationale Stadtentwicklungspolitik einen Schwerpunkt auf die Vernetzung und Integration der unterschiedlichen fachlichen Aspekte der Stadtentwicklung legen und das überwirkende Thema Nachhaltigkeit einbeziehen. Dies gilt sowohl innerhalb des Ministeriums zwischen den Referaten, Abteilungen und Ministerien als auch außerhalb mit weiteren Akteuren der Stadtentwicklung. Der integrierende Ansatz ist natürlich nicht mit einer übergeordneten Funktion der Stadtentwicklung gleichzusetzen. Vielmehr zielt er auf einen Austausch auf Augenhöhe. Dem sollte das Thema Nachhaltigkeit in allen seinen Dimensionen beigelegt werden.

Eine Stärkung der gemeinsamen Initiative des Bundes, der Länder, Städte und Gemeinden und ein deutliches Bekenntnis der Bundesregierung für die Nationale Stadtentwicklungspolitik wären als Signal ausgesprochen hilfreich.

Die Kernfrage auf allen Ebenen und im Zusammenwirken mit Öffentlichkeit und Wirtschaft lautet: Was muss auf nationaler, Landes- und kommunaler Ebene getan werden, um über integrierte Programme, Planungen und Projekte zu mehr Nachhaltigkeit zu gelangen? Hierfür erscheint es uns durchaus überlegenswert, das eingeführte Format des Interministeriellen Arbeitskreises Stadt mit seiner ressortübergreifenden Wirkungsweise auf die Nationale Stadtentwicklungspolitik zu übertragen.



Thomas Webel, geboren 1954, seit 2011 Minister für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, seit 2016 Vorsitzender der Konferenz für Städtebau, Bau- und Wohnungswesen der zuständigen Minister und Senatoren der Länder. Er war Mitglied des Landrates von Sachsen-Anhalt, Landrat und Kreistags- sowie Gemeinderatsmitglied. Zuvor war Thomas Webel Dezernent der Hauptverwaltung beim Landkreis Wolmirstedt und Leiter der Materialversorgung bei der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft Dahlenwarleben.

Thomas Webel im Gespräch mit Franz Pesch

DIE NACHHALTIGE STADT ALS POLITISCHE AUFGABE

Mit Blick zurück: Wie beurteilen Sie das Erreichte seit der Initiierung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik im Jahr 2007?

Mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ist es gelungen, Vertreter aus Politik und Planungspraxis sowie aus Wirtschaft und Gesellschaft zusammenzuführen. Die Projektreihe ist ein wertvoller Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung. Die Nationale Stadtentwicklung fördert kreative Ansätze, um komplexe Planungsherausforderungen zu bewältigen. Beispielhaft sei auf den Wettbewerb „Mut zur Lücke – Mut zu Neuem“ in Sachsen-Anhalt verwiesen. Bei diesem Projekt geht es darum, baukulturell hochwertige Lösungen für schwierig zu entwickelnde Baulücken zu erarbeiten, und dabei Bestehendes verträglich mit Neuem zu verbinden. Neben dem städtebaulichen Fortschritt vor Ort können wir darüber hinaus sehr viel über wegweisende Prozesse in der Stadtentwicklung lernen. Diese Erkenntnisse werden wiederum in die Weiterentwicklung der Förderpraxis einfließen.

Was sehen Sie als drängendste Herausforderungen einer integrierten Stadtentwicklung für die nahe Zukunft an?

Im Mittelpunkt steht die Anpassung unserer Städte und Gemeinden an die demografische Entwicklung. Das betrifft sowohl die Entwicklung der Einwohnerzahlen im Ganzen als auch die Veränderung der Bevölkerungsstruktur. Auf der einen Seite führt der anhaltend starke Zuzug zu einem Bevölkerungswachstum und einer starken Bautätigkeit in Großstädten und Metropolregionen, wie wir es seit Jahren nicht gesehen haben. Auf der anderen Seite konstatieren wir in den übrigen Regionen, insbesondere im ländlichen Raum, einen beachtlichen Wohnungsleerstand, der mittelfristig weiter zunehmen wird. Deshalb gibt es zum praktizierten Stadtumbau in Sachsen-Anhalt keine Alternative. Er bietet uns die Chance, dass unsere Städte auch zukünftig attraktiv bleiben. Ganzheitliche Konzep-

te sind hier gefragt, die alle Bereiche des Städtebaus berücksichtigen. Dabei geht es nicht nur um Rückbau, sondern vor allem um die Anpassung und Aufwertung städtischer Strukturen. Die Aufwertung umfasst etwa die Sicherung und Herrichtung von Gebäuden sowie die Erneuerung und den Erhalt der sozialen und der technischen Infrastruktur. Auch die Wiederbelebung und Nutzung alter Industrie- und Verkehrsbrachen sowie die Schaffung eines barrierearmen städtischen Umfelds sind große Herausforderungen der integrierten Stadtentwicklung.

Welche Wünsche haben Sie für eine Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik?

Aller gesellschaftlichen Pluralisierung und Differenzierung der Wohn- und Lebensstile zum Trotz: Stadtpolitik berührt alle Bürger. Deshalb muss es der Anspruch aller Beteiligten sein, Strategien zu entwickeln, die die Vitalität und Zukunftsfähigkeit der Städte langfristig sichern. Die Menschen fühlen sich heute intensiver mit ihrer Stadt verbunden und engagieren sich stärker als je zuvor bei stadtentwicklungsrelevanten Fragestellungen. Das Instrument der integrierten städtebaulichen Entwicklung muss in diesem Zusammenhang noch konsequenter auf die kommunale Ebene ausgerichtet werden. Der Interessensausgleich muss weiter verstärkt und die bereits vorhandenen Beteiligungsverfahren besser genutzt werden. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik kann hier sicherlich dazu beitragen, ein integriertes Vorgehen zu fördern und die Prozessgestaltung zu verbessern. Weltweit behauptet sich die Stadt nicht zuletzt als wichtigste Siedlungsform. Das sich permanent wandelnde städtische Leben erfordert schon immer entsprechende Anpassungsprozesse der baulich-räumlichen Umwelt. Insoweit sind die integrativen und interdisziplinären Initiativen eigentlicher Gegenstand einer nachhaltigen, nach vorn blickenden Stadtentwicklung. Das ist nicht die alleinige Aufgabe eines Ressorts, vielmehr sind hier alle Politikbereiche gefragt, um am Umbau unserer Städte mitzuwirken.

Axel Gedaschko, geboren 1959, ist Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e. V. und in dieser Funktion seit 2011 im Amt. Zuvor war er Wirtschaftssenator und Präses der Behörde für Wirtschaft und Arbeit in der Freien und Hansestadt Hamburg, Senator der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Staatsrat in der Freien und Hansestadt Hamburg, Landrat beziehungsweise Erster Kreisrat des Landkreises Harburg sowie juristischer Dezernent des Landes Niedersachsen.



Foto: Urban Rutins, GdW

Axel Gedaschko

RESSORTÜBERGREIFENDES DENKEN UND HANDELN

Der Politikansatz der Nationalen Stadtentwicklungspolitik hat in den letzten Jahren Wesentliches geleistet, um ressortübergreifendes Denken und Handeln zu fördern. Bei dem Erreichten darf nicht stehengeblieben werden, zumal die Aufgaben der Integration in den Stadtquartieren und der notwendige Schub im Wohnungsbau eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung darstellen. Die vom GdW vertretene Wohnungswirtschaft wird die notwendigen Initiativen als zuverlässiger Partner der öffentlichen Hand weiter wie bisher unterstützen.

Dialog Zukunft und Region Hannover

Die Verfahren und Inhalte eines regionalen Raumordnungsprogramms sind in der Regel wenig bürgernah formuliert. Unter dem Titel „Zukunftsbild Region Hannover 2025“ stellte sich die Region Hannover der Herausforderung, das Aufstellungsverfahren beteiligungsorientiert durchzuführen und über den vorgeschalteten Leitbildprozess eine breit angelegte, öffentliche Diskussion anzuregen. Die eher abstrakten Inhalte wurden beteiligungsfreundlich aufbereitet und es wurden neue Instrumente und Verfahren der Beteiligung erprobt. Die Ergebnisse des Verfahrens flossen in das Raumordnungsprogramm ein.



Foto: IWS

MetroLab in der Metropolregion Nürnberg



Foto: Simeon Jahnke

Auf bestehenden Initiativen gründend, soll in der Metropolregion Nürnberg ein europaweit einzigartiges Netzwerk innovativer Technologiellabore aufgebaut werden. Diese „FabLabs“ sind kreative Orte zur Ideenent-

wicklung, die allen Bevölkerungsgruppen offenstehen. Zugleich stehen die Förderung der regionalen Wirtschaft, die Bindung von Fachkräften sowie neuartige Bildungsangebote in Stadtquartieren im Fokus.



Fotos: Chris Herrmann

koopstadt – Ein Kooperationsprojekt zur Stadtentwicklung in Bremen, Leipzig, Nürnberg



Foto: Nils A. Petersen

Mit- und voneinander lernen – das haben sich die drei Städte Bremen, Leipzig und Nürnberg auf die Fahnen geschrieben und gemeinsam das Pilotprojekt „koopstadt“ entwickelt. Von 2007 bis 2015 pflegten die Städte einen intensiven Austausch zu Themen der Stadtentwicklung und erprobten innovative Lösungen für die zentralen Herausforderungen der

Stadtentwicklung. Sie verstanden sich gleichermaßen als Anschauungsobjekt, Werkstatt und Impulsgeber für einen angeregten Dialog über Stadtentwicklung, in den auch Öffentlichkeit einbezogen wurde. Über die Projektlaufzeit hinaus verstetigten die Städte ihren Austausch mit neuen inhaltlichen Schwerpunkten.



Foto: H. Jürgen Lürfner

Daseinsvorsorge im dünn besiedelten Raum – Mittelzentrale Aufgaben und Funktionen gemeinsam gestalten



Fotos: Reiner Blank



Wie lassen sich die Lebensbedingungen in der Region mit ihren schrumpfenden Bevölkerungszahlen stabilisieren und verbessern? Die vier benachbarten Kommunen Pritzwalk, Wittstock/Dosse, Heiligengrabe und Meyenburg schlossen im Dezember 2007 einen Kooperationsvertrag ab, um die überörtlichen Versorgungsfunktionen gemeinsam zu sichern und weiterzuentwickeln. Dafür schufen die Kommunen einen Kooperationsrat als gemeinsames Gremium und vereinbarten die Einrichtung eines Kooperationsfonds. Mehrere Vorhaben der Kooperation des Mittelbereichs wurden umgesetzt. Eine Erweiterung um zwei Gemeinden ist angedacht.

FÜR EINE POLITIK DER NÄHE

Welche Botschaften erwarten Sie von einer Fortschreibung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik?

Die Botschaften liegen nach zehn Jahren auf der Hand. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik muss die aktuellen Herausforderungen, Chancen und Lösungsmöglichkeiten für die Städte und Gemeinden der kommenden Jahre darstellen und die Kommunen als maßgebliche Akteure unterstützen. Strukturwandel, Zuwanderung, demografischer Wandel, Umwelt und Klimaschutz sind nicht nur Probleme von Großstädten, sondern auch von vielen Klein- und Mittelstädten. Wir wollen eine Politik der Nähe aufbauen, für eine kompakte Stadt.

Wir stellen immer wieder fest, dass kleinere Städte mit einer guten Baukultur, mit attraktiven Gebäuden, mit Aufenthaltsqualitäten auf öffentlichen Plätzen Vorteile haben, weil sie ihr eigenes unverkennbares Profil prägen.

Finden die kleineren Städte und Gemeinden sich in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik wieder? Werden sie angesichts der Probleme großer Städte nicht an den Rand gedrängt?

Das ist schon wahr, Deutschland schaut insgesamt eher auf die Großstädte, die Metropolen. Da sind die Politikebenen angesiedelt, da sind die großen Konzerne der Wirtschaft und da wird ein Stück weit vernachlässigt, dass maßgebliche Potenziale für Deutschland in den Klein- und Mittelstädten liegen. Deutschlands starke Dezentralität, diese besondere Qualität der Republik, kommt in aktuellen Leitlinienpapieren nicht im-

mer ausreichend zur Geltung. Wir werden auf Kongressen zwar eingebunden, was gut ist, aber ich glaube, das Potenzial der Klein- und Mittelstädte könnte hier noch mehr ausgeschöpft werden im Sinne des allgemeinen Ziels, die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu stärken.

Gibt es da nicht ein Umdenken? Allgemein sind Klein- und Mittelstädte doch attraktiv für Zuwanderer, die Nähe zu Freiräumen und gute Nachbarschaften suchen und sich in den großen Städten nicht so wohl fühlen. An diesem Thema arbeitet der neue Baukulturbericht, wenn er fragt: Wie kann man kleinere Gemeinden und kleinere Städte baukulturell in Wert setzen? Wie lässt sich die Aufmerksamkeit auf deren eigene Fragestellungen lenken? Wie kann man Baukultur auch als Verfahrenskultur verstehen? Ist Baukultur bei der Entwicklung von kleineren Städten und Gemeinden ein Thema?

Ja, Baukultur ist ein Dauerthema, weil wir glauben, dass gute Gestaltung auch Lebensqualität für die Bürger bedeutet. Insofern ist Baukultur für uns eine ständige Herausforderung. Sie geht über das bebaute Umfeld hinaus und bezieht sich auch auf die Gestaltung der Landschaft, auf den Umgang mit Verkehr und insgesamt auf den Umgang mit der Energiewende und den erforderlichen Energietrassen – ein sehr weites Feld. Im Großen und Ganzen schätzen wir baukulturelle Qualitäten hoch ein, wohl wissend, dass sie immer wieder in Gefahr sind. Das gilt auch im Hinblick auf den Einzelhandel in der Innenstadt und den Online-Handel, auf Wachstum und Schrumpfung: Wir schauen, ob die Städte und Gemeinden gut oder nicht gut aufgestellt sind. Wir stellen immer wieder fest, dass kleinere Städte mit einer guten Baukultur, attraktiven Gebäuden, und Aufenthaltsqualitäten auf öffentlichen Plätzen

Norbert Portz, geboren 1955, seit 1998 Beigeordneter für Gemeinde- und Stadtentwicklung, Wohnungswesen, Raumordnung, Vergaberecht, Abfallwirtschaft und Wasserversorgung im Dezernat für Stadtentwicklung, Raumordnung, Planungsrecht, Umwelt, Vergaberecht, Land- und Forstwirtschaft des Deutschen Städte- und Gemeindebunds. Zuvor hatte er einen Lehrauftrag für öffentliches Baurecht an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Köln inne.



Foto: DStGB

Vorteile haben, weil sie ihr eigenes unverkennbares Profil prägen.

Ein anderes Stichwort ist die regionale Kooperation. Großstädte fühlen sich in der Lage, ihre Entwicklungen selbst zu steuern, sind aber doch in hohem Maß auf regionale Kooperationen angewiesen. Das gilt für alle zwölf Metropolregionen der Republik. Wie kann man erreichen, dass eine regionale Kooperation allen Partnern zu Vorteilen verhilft?

Das gelingt konkret, wenn Stadt und Gemeinden sich auf Augenhöhe begegnen und nicht erst dann aufeinander zugehen, wenn sie ein Problem haben. Das klassische Beispiel ist die Wohnungsnot – es gibt nur noch sehr teuren, nicht mehr bezahlbaren Wohnraum. Da entsteht der Drang, mit den Umlandgemeinden zusammenzuarbeiten. Wir würden uns wünschen, dass sehr viel stärker in Kooperationen und regionalen Zusammenhängen gedacht wird – also nicht nur, wenn es um Probleme geht, sondern auch angesichts von Chancen. Da ließe sich bestimmt noch so manches verbessern. Wir glauben, die Zukunft liegt in interkommunalem Handeln. Darüber wird nach wie vor mehr geredet als tatsächlich gehandelt – und wenn gehandelt wird, dann eher aus der Not heraus. Da muss es dauerhafte, feste Strukturen geben, wo Kooperation zur Selbstverständlichkeit wird. Überall wird zurecht gesagt, dass Verkehrsbelastungen und Umweltschutz, Feinstaub und Hochwasser nicht an bestimmten Ortsgrenzen Halt machen, trotzdem wird leider weiter viel zu sehr in den eigenen Grenzen gedacht. Da ist die Nationale Stadtentwicklungspolitik gefragt, sich fördernd für regionale Kooperationen einzusetzen.

Wir würden uns wünschen, dass sehr viel stärker in Kooperationen und regionalen Zusammenhängen gedacht wird – also nicht nur, wenn es um Probleme geht, sondern auch angesichts von Chancen.



DIE SELBSTGEMACHTE STADT

DIE SELBSTGEMACHTE STADT

DIE SELBSTGEMACHTE STADT

ROLLENVERSTÄNDNIS UND KREATIVE VERFAHREN

Das Aufgabenspektrum und das Selbstbild der Stadtplanung unterliegen einem stetigen Wandel. Wie hat die Nationale Stadtentwicklungspolitik Rollenverständnis und kreative Verfahren geprägt? Zunächst hat die Nationale Stadtentwicklungspolitik im Sinne der Leipzig-Charta bekräftigt und sich dazu bekannt, dass die Kommunen die zentrale Handlungsebene einer integrierten Stadtentwicklungspolitik sind. Zugleich hat sie aber deutlich gemacht, dass integrierte Stadtentwicklungspolitik eine Gemeinschaftsinitiative ist, die Zusammenarbeit mit Bund und Ländern ein entscheidender Erfolgsfaktor. Auch die Kooperation verschiedener Stellen auf den einzelnen Ebenen trägt zum Erfolg bei. Dies reicht von Fachämtern in den Kommunen bis hin zu den Bundesministerien, die Einfluss auf die Stadtentwicklung nehmen. Über Politik und Verwaltung hinaus nehmen aber auch Zivilgesellschaft und Wirtschaft eine wichtige Rolle in der Stadtentwicklung ein. Neue Ansätze fördern Bürgerbeteiligung und nutzen Entwicklungspotenziale. Der Erfolg nationaler Stadtentwicklungspolitik bemisst sich somit wesentlich danach, inwieweit solche Kooperationen gefördert und Hindernisse für die Zusammenarbeit abgebaut werden.

- Johannes Dragomir
Vorsitzender des Bundesvorstands der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL), Berlin
- Regula Lüscher
Senatsbaudirektorin und Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin
- Prof. Dr. Elisabeth Merk
Stadtbaurätin der Landeshauptstadt München, Leiterin des Referats für Stadtplanung und Bauordnung
- Prof. Martin zur Nedden
Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik gGmbH, Berlin

DEN DIALOG FÖRDERN: KURATORIUM, KONGRESSE, KLAUSUR

Sie arbeiten seit mehreren Jahren im Kuratorium für die Nationale Stadtentwicklungspolitik mit. Wie nehmen Sie diese Politik wahr und was ist Ihnen daran wichtig?

Auf zwei Ebenen. Zum einen auf der Ebene der Stadtentwicklungspolitik an sich, die sich hauptsächlich durch die großen Kongresse repräsentiert, die ich sehr eifrig wahrgenommen habe. Zum anderen auf der Ebene des Kuratoriums, wo ich den Eindruck habe, dass es eher um punktuelle Fragen wie zum Beispiel die Migration geht. Da spüre ich einen gewissen Informations-Rückstand gegenüber Kuratoren, die von Anfang an dabei sind.

Ich möchte Sie einerseits als Person mit Ihren Erfahrungen in der Stadtentwicklung und andererseits als Vorstand der Vereinigung der Stadt-, Regional und Landesplaner fragen: Was hat diese Politik für eine Bedeutung für Sie, für die Planungs-Community?

Ich würde mir mehr Zeit wünschen, dass einem bei vielen Themen, mit denen man konfrontiert wird, genügend Zeit bliebe, zu sortieren, zu suchen und zu finden. Ideal in meinen Augen wäre eine Klausur. Ein Tag ist leider recht wenig, wenn man die interessanten Themen gemeinsam weiterentwickeln will.

Ich sehe in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik mehr als eine gesellschaftliche Weichenstellung, weil man sich wirklich mit Zukunftsthemen auseinandersetzt.

Das ist eine gute Anregung, dass man Kuratoriumsmitglieder zu bestimmten Themen einlädt, damit sie etwas erarbeiten, was von der Politik dann auch wahrgenommen wird. Ihrer Einschätzung nach arbeitet die Stadtentwicklungspolitik mit den großen Kongressen öffentlichkeitswirksam, im Kuratorium eher verhalten

und sie müsste Kuratorinnen und Kuratoren eigentlich mehr Mitarbeit in Workshops oder Arbeitskreisen ermöglichen?

Ja. Ich sehe nur keinen Zusammenhang der Kuratoriumsarbeit mit den Kongressen, die dann stattfinden. Die Kongresse selbst dienen ja eigentlich der politischen Weichenstellung. Ich denke da gerade an den Leipziger Kongress. Das Flüchtlingsthema war gerade brandneu und der Kongress hat trotzdem sofort mit sehr guten Referaten und Referenten aufgewartet. Das hat mich sehr beeindruckt. In der Kuratoriumssitzung dagegen fehlt mir der Dialog. Jeder einzelne sondert da sein Statement ab, selten in einer inhaltlich zusammenhängenden Folge. Mir fehlt einfach der Dialog.

Ist es richtig, die jeweils aktuellen Themen aufzugreifen, oder besser, die grundsätzlichen Fragen zu stellen, etwa was Wohnen oder gemischte Quartiere angeht: Unter welchen Bedingungen lassen sich gemischte Strukturen herstellen? Da wurde beschworen, dass das Quartier der Lebensraum ist, in dem alle Belange der Bürgerinnen und Bürger sich treffen. Wäre es richtig, solche Themen zu setzen und über längere Zeit daran zu arbeiten, oder sollte man eher aktuelle Dinge diskutieren?

Ich sehe in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik mehr als eine gesellschaftliche Weichenstellung, weil man sich wirklich mit Zukunftsthemen auseinandersetzt. Beim Flüchtlingsthema wird es während des Kongresses bestimmt zentrale Weichenstellungen geben. Ich denke aber nicht, dass die Nationale Stadtentwicklungspolitik sich mit Tagesthemen befassen sollte, weil die viel zu schnell wieder in einem ganz anderen Licht gesehen werden können.

Ja, als vor zehn Jahren die Nationale Stadtentwicklungspolitik erfunden wurde, war immer nur von Schrumpfung die Rede, und die Frage zum Thema Wohnen hieß: Wie füllen wir die leeren Strukturen auf?

Johannes Dragomir, seit 2014 Vorsitzender des Bundesvorstands der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL). 1990 gründete er das Büro DRAGOMIR STADTPLANUNG, für das er weiterhin tätig ist. Johannes Dragomir war zudem Sachgebietsleiter Rahmenplanung und Bebauungsplanung im Planungsreferat der Landeshauptstadt München.



Foto: DRAGOMIR STADTPLANUNG GmbH

An Wohnungsneubau war kaum zu denken. Dasselbe Thema wird zehn Jahre später spiegelverkehrt zu einer der drängendsten tagespolitischen Fragen: Wie schaffen ich neuen Wohnraum? Wünschen Sie sich, dass bestimmte Themen in den nächsten Jahren mehr Bedeutung in der Nationalen Stadtentwicklung erhalten?

Es wäre eine Aufgabe der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, sich gezielt mit der Reaktivierung ländlicher Räume zu befassen. Wir haben nicht belegte Wohnungen, Raum in leerstehenden Schulen, leere Gewerbebetriebe, lauter Möglichkeiten. Ich gehe jetzt sehr ins Detail, aber ich will hier nur das Potenzial aufzeigen, mit dem man Zuwanderern die Möglichkeit geben könnte, ihr eigenes Geschäft oder einen eigenen Gewerbebetrieb zu gründen. Man sollte das Potenzial, das in solchen Menschen liegt, viel mehr nutzen.

Da haben Sie zwei Anliegen miteinander verknüpft. Sie bieten Zuwanderern in den schrumpfenden, aber kulturell durchaus interessanten Regionen Raum an und ermutigen sie, mit ihren Fähigkeiten und erlernten Formen Arbeit aufzunehmen und bieten ihnen damit die Chance, eine wirtschaftliche Existenz aufzubauen. Das Problem scheint mir die Frage der Arbeit und die Frage des sozialen Zusammenhalts zu sein. Natürlich ziehen die Leute gern in große Städte, wo sie Freunde und Familien finden, die früher zugewandert sind und bei denen sie auch die sozialen Kontakte leichter als vereinzelt auf dem Land finden.

Ja, es geht weit über die Wohnungsfrage hinaus darum, die in den Menschen liegenden Potenziale zu nutzen, die zu uns kommen und zum Teil eine hervorragende Ausbildung mitbringen. Darüber, dass das Potenzial in den Räumen und in den Kräften liegt, müsste man mal eine Tagung machen und die Politik dahin lenken, dass sie Wege findet, wie man so etwas fördert.

Ich möchte noch ein Thema nennen: Wer plant Stadt? Ich habe heute Unterlagen erhalten von TÜV Süd, Smart City Services, die ein breites Angebot vor-

legen, was sie alles machen können. Aber ich weiß nicht, ob der TÜV unbedingt Stadtplanung machen muss und kann. Für mich wäre die Frage zu diskutieren: Wer plant Stadt, Region, Bund?

Wir brauchen Strategien für die Bewältigung der Migration und der Integration, aber auch für die Reaktivierung sich entleerer Räume – da sehe ich einen Zusammenhang.

Kommen wir noch mal auf die Rolle der SRL zurück: Wieweit spielt bei Ihnen die Stadtentwicklungspolitik in die Verbandsarbeit hinein?

Wir sind als Stadtplanungsverband sehr gut vernetzt. In ganz vielen Gremien sind wir entweder fest verankert oder über die übrigen Kammern vernetzt. Diese Vernetzung auf allen Ebenen herzustellen, ist uns wichtig: auf den politischen Ebenen, aber natürlich auch auf allen fachlichen Ebenen. Stadtplanung ist bei uns nicht begrenzt auf den sogenannten Stadtplaner, sie ist vielmehr ein Thema, das sehr viele Berufsgruppen und Wissensstände integrieren muss.

Wenn die Nationale Stadtentwicklungspolitik weiterentwickelt wird, welche Botschaften sollte sie hier und heute nach außen tragen?

Eigentlich die der politischen und gesellschaftlichen Weichenstellung. Die großen Themen, die uns in Zukunft beschäftigen werden – wir brauchen Strategien für die Bewältigung der Migration und der Integration, aber auch für die Reaktivierung sich entleerer Räume – da sehe ich einen Zusammenhang.

DIGITALISIERUNG, GEMEINWOHL, MIETERSCHUTZ IN DER WACHSENDEN STADT

Wie kommt die Nationale Stadtentwicklungspolitik bei Ihnen und bei Ihrer Arbeit in Berlin an?

Gut. Es ist eine hervorragende, gute Initiative des Bundes. Aus unterschiedlichen Gründen. Primär ist es eine Akteursvernetzung durch die – ich sage immer – „jährlichen Klassentreffen“ der Planungsakteure. Das ist ein zielorientiertes Klassentreffen, in dem man sich austauschen kann und in dem der Bund jeweils abfragt, was für uns Akteure an der Front vor Ort die wesentlichen Herausforderungen sind und an welcher Stelle wir auch Unterstützung wünschen vom Bund. Das ist sehr gut.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik sollte mehr Mittel zur Verfügung haben, damit sie eine größere Sichtbarkeit bekommt.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik ist aber auch eine Art Forschungsplattform, oder wir nehmen sie so wahr mit ihren Programmen und Projekten – Forschung, die wir in unserem Alltag einfach nicht leisten können. Entwicklung bedeutet auch immer, dass man einen Teil Forschungsarbeit leisten muss.

Drittens ist die Nationale Stadtentwicklungspolitik mit Städtebauförderprogrammen untersetzt, bringt also auch Geld. Man diskutiert und tauscht sich darüber aus, wie diese Mittel am besten eingesetzt werden und was jeweils die drängenden Fragen sind, weil sich ja auch die Stadtentwicklungsfragen verändern.

Ich empfinde die Nationale Stadtentwicklungspolitik, so wie sie umgesetzt wird, als anregend, weil manchmal Themen, die in der eigenen Stadt, in der man tätig ist, gerade nicht so brennend sind, angesprochen werden. Man wird bei Kolleginnen und Kollegen

daran erinnert, an welchen Themen man selber arbeiten sollte.

Da haben Sie schon die wichtigen Schwerpunkte genannt. Sie haben begonnen mit der Plattformidee – im Kuratorium sitzen die Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Institutionen oder Gruppen zusammen und tauschen sich aus und regen sich gegenseitig an und hören einander zu, was ich auch ganz wichtig finde. Das zweite ist die Förderung, die ist ja ein bisschen schwach mit dem, was die Nationale Stadtentwicklungspolitik allein leisten kann. Dagegen sind ganz andere schwere Tanker wie die Städtebauförderung viel stärker unterwegs. Sollte man versuchen, diese beiden Programme besser miteinander zu koordinieren?

Das Thema Städte braucht nach wie vor mehr Sichtbarkeit, deshalb wäre es natürlich wünschenswert, dass die Nationale Stadtentwicklungspolitik mehr Mittel zur Verfügung hätte, damit sie eine größere Sichtbarkeit bekommt. Es gibt den Denkmaltag, es gibt den Tag der Städtebauförderung, aber den Tag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, den sehe ich noch nicht.

Reichen die Kongresse, die jedes Jahr veranstaltet werden, aus? Oder müsste man mehr dafür tun, dass ein solcher Tag ins Bewusstsein der Öffentlichkeit dringt?

Ja, da sehe ich das Problem. Ich finde, es ist immer noch eine In-Veranstaltung. Diejenigen, die am Kongress teilnehmen, die nehmen was mit, aber er ist noch kein wirkliches Kommunikations-Instrument. Wenn man sich den Denkmaltag vorstellt, der jetzt eine lange Tradition hat, dann hat man mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik noch einen längeren Weg vor sich.

Regula Lüscher, geboren 1961, seit 2007 Senatsbaudirektorin und Staatssekretärin in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin. Zudem ist sie seit 2011 Honorarprofessorin am Fachgebiet Stadterneuerung der Universität der Künste Berlin. Bis dahin war Lüscher als stellvertretende Direktorin des Amtes für Städtebau in Zürich sowie als Bereichsleiterin Architektur und Städtebau beziehungsweise als Gesamtleiterin Stadtplanung in der Behörde tätig. Sie war Mitinhaberin eines Architekturbüros und Mitarbeiterin in verschiedenen Architekturbüros.



Foto: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin

Ja, das ist schon mal eine wichtige Anregung. Wie sehen Sie das Kuratorium selbst? Das tagt einmal im Jahr, und dazu wird gesagt, das muss reichen: Eine solche Gruppe mehr als einmal im Jahr zusammen zu holen, wäre eine Überforderung. Sehen Sie eine Chance, sich zu bestimmten Themen mal gezielt zusammenzusetzen?

Ja, würde man das Kuratorium stärker in Richtung Erarbeiten von Instrumenten weiterentwickeln, dann müsste man sich im Grunde genommen während der jährlichen Treffen auf maximal drei Themen verständigen, die man in dem Jahr voranbringen will. Dann müsste man Gruppen von Städten oder Interessenvertretern bilden, die sich dann noch ein-, zweimal im Jahr ein Thema vornehmen. Das würde den Austausch unter den Kollegen und Kolleginnen intensivieren. Die Sitzungen des Kuratoriums sind ja auch immer ein wenig ein Schaulaufen, jeder hat mal was gesagt und das war's. Das ist einfach so. Aber wenn man das Ganze etwas stärker Richtung Arbeitsatmosphäre lenkt, würde es ja schon reichen, wenn man gut vorbereitet für drei sehr gut moderierte Stunden zusammenkäme. Wenn der Bund dann die Vorbereitung leisten würde, damit die Kolleginnen und Kollegen zielgerichtet arbeiten können, das wäre schon ein Fortschritt.

Das ist eine gute Anregung, dieses Kuratorium zum Arbeiten zu bringen. Sie sagten, man sollte dann zu drei Themen im Jahr einladen. Was wären zurzeit aus Sicht Ihrer Senatsverwaltung, aus Sicht des Landes Berlin die wichtigen Themen, über die man sich vorrangig verständigen sollte?

Die wichtigsten Themen sind für uns die Digitalisierung und dann die Gemeinwohlorientierung, vor allem jetzt in der wachsenden Stadt, der Mieterschutz. Im Mo-

ment ist das Thema, das uns wirklich auf den Nägeln brennt, natürlich die Verbesserung des Mietrechts. Das ist ganz schwierig: Mieterschutzverbesserung, Mieterschutzwirksamkeit, Verbesserung der Mietpreisbremse, die jährliche Modernisierungumlage, also die 11 % herabsetzen, die Härtefallregelung verbessern ...

Wenn ich jetzt mal in die Tiefen steige, brennt uns sehr viel auf den Nägeln. Ich finde bei der Großstadtstrategie sind wir einen Schritt vorwärts gekommen. Aber die Digitalisierung, die Gemeinwohlorientierung und der Mieterschutz, das sind die brennenden Themen. Wenn wir über Digitalisierung sprechen, dann geht es schon auch um das Thema der veränderten Mobilität. Da haben wir großen Diskussionsbedarf, aber auch Informations- und Lernbedarf. Da müssen wir richtig aktiv werden, damit Deutschland vorne bleibt, an der Spitze der Bewegung. Ja, und die konsequente Verbesserung des Mieterschutzes in den Stadtquartieren gegen die Verdrängung. Nicht nur im Neubau. Das ist bei uns ein ganz wichtiges Thema.

Die wichtigsten Themen sind für uns die Digitalisierung und dann die Gemeinwohlorientierung, vor allem jetzt in der wachsenden Stadt, der Mieterschutz.

Öffentlichkeitsarbeit der „Bürgergruppe für den Erhalt der Wanfrieder Häuser“

Wie weckt man bei den Bürgerinnen und Bürgern Verständnis für einen angemessenen Umbau denkmalwerter Bausubstanz? Eine engagierte Bürgergruppe und die Verwaltung des hessischen Fachwerkstädtchens Wanfried haben im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik erfolgreich daran gearbeitet, Bürger und Handwerker von der baukulturellen Qualität historischer Gebäude zu überzeugen, z. B. durch Vermittlung wichtiger handwerklicher Bautechniken. Auch über die Projektlaufzeit hinaus berät die Bürgergruppe Kaufinteressierte oder bietet Seminare zur sachgerechten Sanierung von Fachwerkhäusern an.



Fotos: Christoph Hoffmann

We mokken dat tosammen – Soziale Stadt für alle Generationen in Gnoien



Der Stadt Gnoien am Rande der Mecklenburgischen Schweiz geht es wie vielen Kleinstädten in strukturschwachen Regionen: weniger Industrie, weniger Gewerbe, weniger und ältere Menschen. Die langfristige Sicherung der Daseinsvorsorge wird für die gut 6.500 Einwohner in dieser Situation zu einer Kernaufgabe, an der Vereine, Institutionen und soziale Einrichtungen der Stadt zusammenarbeiten. Ziel des Pilotprojekts war ein regionales Entwicklungskonzept, das sich auf eine Aktivierung des Bürgersinns stützt. Alle Bewohnerinnen und Bewohner wurden aktiv in die Stadtentwicklung einbezogen.

Fotos: Hans-Georg Schörner

Honorary Hotel und HAL Residency – Ein Netzwerk unterstützt Städte



Foto: Martin Neuhof



Der Leipziger Osten ist Anknüpfungsraum für internationale Zuwanderer, die Bevölkerung entsprechend einkommensschwach. Im Fokus des Projekts stand die niedrigschwellige Entwicklung innerstädtischer Immobilien als gemeinsame Initiative von Kunstschaffenden, sozialem Unternehmertum und der umgebenden Nachbarschaft. Dabei wurden von einer zivilgesellschaftlichen Gruppe zwei leerstehende Häuser im Osten Leipzigs gemeinschaftlich umgebaut und saniert. Seit 2015 sind das Honorary Hotel und die HAL Residency in der Nutzungsphase. Sie sollen durch ein vielfältiges Programm und durch ihre Bewohner impulsgebend auf das umgebende Quartier wirken.

What'sUB Stuttgart: Kreative Stadt gestalten – Subkultur erhalten



Foto: Anna Sautter

What'sUB Stuttgart untersucht, welche Rolle Subkulturen in einer wachsenden Stadt wie Stuttgart spielen. Welche Räume werden genutzt und wie können diese Räume auch in Stadterneuerungsgebieten erhalten werden? Welche Wirkung haben Subkulturen auf Quartiere und ihre Bewohner? Es wurden Strategien, Instrumente und Kommunikationsstrukturen erprobt, mit denen offene, temporäre und experimentelle Räume für die Subkultur erhalten sowie Gruppen der Jugendkultur und der Alternativszene eingebunden werden können.

RAUM FÜR AUSTAUSCH

Was bedeutet die Nationale Stadtentwicklungspolitik der Stadtbaurätin von München?

Aus meiner Sicht hat die Nationale Stadtentwicklungspolitik mit ihren verschiedenen Formaten in den vergangenen zehn Jahren das Versprechen erfüllt, eine gute Reflexionsebene für die Städte zu werden. Zu allererst eine andere Form von Austausch, wo man sich Anregungen holen und auch als große Stadt München lernen kann von anderen Projekten. Dass der Schwerpunkt unterschiedliche Disziplinen integriert, erscheint mir als ein besonderer Wert.

Die zweite ist eine ganz andere Betrachtungs- oder Erfahrungsebene: Man kann sich als Kommune gegenseitig unterstützen. Wir treten ja oft als Rivalen auf, wenn wir uns um Programme beim Bund bewerben. Aber bei der Nationalen Stadtentwicklungspolitik erlebe ich das weniger als Verteilungskampf, vielmehr als eine positive Konkurrenz der Ideen, der guten Projekte, des Erfahrungsaustauschs.

Bei uns in München haben wir zum Beispiel das große Projekt Freiham, die Entwicklung eines energiegerechten Stadtteils – ein Thema, das wir gut verankern konnten. Nicht, dass es vollkommen neu aufgetaucht wäre, aber wir konnten es mit dieser nationalen Bedeutung sowohl vor Ort mit Bürgern und Politik als auch in der Münchner Fachöffentlichkeit anders platzieren.

Nach dem großen Schwerpunkt Wohnen brauchen wir mehr Projekte, die sich mit qualifizierten, neuen Ideen von Gewerbeentwicklung auseinandersetzen.

Nochmal auf München bezogen. In einer Ausstellung im Rathausfoyer „mehr wohnen“ – ist zu sehen, wieviele Projekte Sie im „größten Wohnungsbauprogramm der Republik“ entwickeln. Meine Frage: Ist es mehr die Vielfalt unterschiedlicher Programme, aus der Sie schöpfen, oder gibt es bestimmte Leitideen, die sich über alle Programme erstrecken können?

In München ist die SOBON, die Soziale Bodenordnung einfach gesetzt. Sie ist wirksam wie der Paragraph 34 oder irgendeine andere Wahrheit in unserem Geschäft. Das Selbstverständnis in München ist einfach gegeben, die SOBON ist etwas Wichtiges. Ich glaube, dass es in der Ausstellung fast kein Projekt gibt, das ohne SOBON läuft.

Was kann man im Hinblick auf die Nationale Stadtentwicklung über das hinaus, was sie in der ganzen Landschaft der Städtebau- und Stadtentwicklungsprogramme schon bewirkt, auf Bundesebene reflektieren? Wo bräuchten wir Unterstützung, weil wir es vielleicht selber nicht schaffen? Da gibt es Themen, die sich tatsächlich nur aus einer nationalen Perspektive gut beurteilen lassen.

Für unseren Raum, die Stadt München, wäre zum Beispiel ein Thema die regionale Entwicklung. Wir haben zwölf Metropolregionen in der Bundesrepublik, die alle sehr unterschiedlich sind. Raumstrukturell sind diese Metropolregionen sehr unterschiedlich. Da gibt es welche im Wachstumsdruck und solche, wo Schrumpfen und Wachsen gleichzeitig betrachtet werden müssen. Ich könnte mir schon vorstellen, dass nach zehn Jahren Nationaler Stadtentwicklungspolitik und dem guten Einüben der Kooperation der Fokus mal auf dem Thema Metropolregionen liegt, den Interaktionen von Kommunen, großen und kleinen, schrumpfenden und wachsenden. Dass man Projekte generiert, die das ans Tageslicht bringen. Für diese Themen wäre eine nationale Plattform schon hilfreich. Und die gibt es meines Wissens nicht.

Das deckt sich mit der allgemeinen Einschätzung, dass Regionalplanung eine immer geringere Rolle spielt, Raumordnung sich vor Ort kaum bemerkbar macht.

Es gibt in letzter Zeit vermehrt die Forderung, die „produktive Stadt“ wieder in den Vordergrund zu rücken, die auch produzierendes Gewerbe im Quartier, sogar im engeren Wohnbereich anbietet mit Arbeitsplätzen, die einen niedrighwelligen Zugang auch für weniger gut ausgebildete Leute haben, zum Beispiel für Zuwanderer. Dafür wäre die SOBON ein wunderbares Modell. Im Augenblick ist es Wohnen, Wohnen, Wohnen. Wird dabei nicht das Arbeiten hintangestellt?

Prof. Dr. Elisabeth Merk, geboren 1963, seit 2007 als Stadtbaurätin der Landeshauptstadt München Leiterin des Referats für Stadtplanung und Bauordnung. Seit 2009 Honorarprofessorin an der Hochschule für Technik Stuttgart. Zuvor war sie als Professorin für Städtebau und Stadtgestaltung an der Hochschule für Technik Stuttgart, als Leiterin des Fachbereichs Stadtentwicklung und Stadtplanung in Halle (Saale) und bei den Städten Regensburg und München tätig.



Foto: Franz-Josef Maier

Ich glaube schon, dass Instrumente gut sind, wenn sie auch den Fokus auf die Mischung legen. Bebauungspläne, für die die SOBON zur Anwendung kommt, haben nicht nur Wohnen, sie haben in der Regel zu einem Drittel auch Gewerbe vorgesehen. SOBON ist nicht nur für Wohnen zuständig, sondern sie meint auch soziale Infrastruktur, sie meint Freiraumversorgung. Das kommt auch der Arbeit und dem Gewerbe und der produktiven Stadt zugute. Wenn ich Grün- und Freiflächen erzeuge und soziale Infrastruktur in den Quartieren sichere, dann bedeutet das a) auch Arbeitsplätze und b) auch ein Backup für gute Arbeitsplätze. Man müsste – und das könnte ein Thema für die Nationale Stadtentwicklungspolitik sein – nach dem großen Schwerpunkt Wohnen wieder mehr Projekte in den Fokus nehmen, die sich mit qualifizierten, neuen Ideen von Gewerbeentwicklung auseinandersetzen.

Wir sind in München jetzt gerade dabei, das Gewerbeflächen-Entwicklungsprogramm fortzuschreiben. Man muss die Flächen, auf denen Gewerbe noch existiert, auch wenn es nicht mehr marktgängig ist, umbauen, umstrukturieren. Man muss ähnlich wie beim Wohnungsbau auf der gleichen Fläche mehr machen, was ja auch mit den neueren Ideen von Arbeitsplätzen geht, und die Konflikte an den Rändern besser lösen.

Da kommen wir dann ganz schnell zur Baugesetzbuchnovelle und zu den „Urbanen Gebieten“ und hoffen, dass die Lärmschutzgrenzen etwas erleichtert werden. Wir denken auch über Förderprogramme im Gewerbebereich nach und über das verträgliche Miteinander von produktivem Arbeiten und Wohnen. Das wäre auch mal ein Thema für die Städtebauförderung, da den Fokus stärker drauf zu legen. Ich meine, bei der Sozialen Stadt sind ja die nicht investiven Maßnahmen stark auf die sozialen Aspekte gerichtet. Es wäre auch mal denkbar, dass man sich stärker auf die Gewerbe-geschichten fokussiert. Da finde ich, gäbe es ein breites Feld zu diskutieren.

Ich glaube, der springende Punkt ist der räumliche Zusammenhang. Das ist ja unsere Fähigkeit und Kompetenz, die andere Fachressorts nicht haben. Ob es das kleine Nachbarschaftsthema ist, das größere Quartiersthema, das gesamtstädtische oder mehr das Metropolthema – immer sind es räumliche Zusammenhänge, in denen die verschiedenen Fachaspekte be-

handelt werden können. Ich finde, das muss der Fokus von Nationaler Stadtentwicklungspolitik sein. Also mit einem Satz: Wo kann ich durch räumliche Zusammenhänge einen Mehrwert erzielen im Verhältnis zu sektoralen Handlungsoptionen?

Ich versuche, zusammenzufassen: Zuerst ist die Nationale Stadtentwicklungspolitik eine Plattform des Austauschs, des Lernens voneinander, des Sichverständigens. Zweitens kann sie Zusammenhänge über die jeweilige Stadt hinaus mit der Region herstellen, hier insbesondere mit der Metropolregion. Drittens gilt es, neben den Wohnungsprogrammen auch Arbeitsplätze als wichtigen Bestandteil der Stadtentwicklung aufzunehmen. Viertens ist in der Erwartung der Urbanen Gebiete die notwendige Voraussetzung Lärmschutz so zu regeln, dass ein verträgliches Nebeneinander möglich wird. Und fünftens: Wir sind zuallererst diejenigen, die verschiedene Dinge im Raum betrachten und zusammenbringen können.

Stadtentwicklungspolitik sollte den Fokus einmal auf das Thema regionale Entwicklung und Metropolregionen legen – auf Interaktionen von großen und kleinen, schrumpfenden und wachsenden Kommunen.

Das erscheint mir zentral, je länger ich darüber nachdenke. Für mich wichtig ist auch das Thema Genossenschaften. Sie bauen nicht nur Wohnungen, sondern zum Beispiel auch Coworking Spaces – die neuen Arbeitsräume haben ja auch manchmal Genossenschaftscharakter. Ich glaube, viele Städte unterstützen dieses Genossenschaftsmodell. Das national zu reflektieren finde ich spannend. Das würde uns in München auch noch mal einen Impuls geben.

Kommt als sechste Botschaft: Die neuen Genossenschaften unterstützen, Raum für Austausch geben.

Ansonsten muss die Stadt schön sein!

Da bin ich sehr einverstanden!

KONTINUITÄT, VERTRAUEN, VERLÄSSLICHKEIT

Ihre Arbeit im Deutschen Institut für Urbanistik ermöglicht Ihnen einen Überblick über die Planungspolitik der Gemeinden. Wie kommt das Politikfeld Nationale Stadtentwicklung bei den Gemeinden an?

Die Gemeinden betrachten die Nationale Stadtentwicklungspolitik durchaus als Unterstützung für ihre lokale Planungspolitik. Sie hat sich seit ihrem Start zu einem wichtigen Bestandteil im Bemühen um integrierte, innovative und den Zielen der Baukultur verpflichtete Planung entwickelt. Drei mir in diesem Zusammenhang wesentlich erscheinende Gründe sind:

- Sich auf eine nationale Orientierung berufen zu können hilft bei der Lösung lokaler Probleme.
- Die Projekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik geben – vom Bund unterstützt und dokumentiert – wichtige Impulse. Oft helfen sie zu realisieren, was die Gemeinden ohne die Unterstützung des Bundes nicht hätten leisten können.
- Es trägt zum Renommee bei, wenn ein Projekt sich auf die Unterstützung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik berufen kann.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik hat sich von Anfang an als eine fachübergreifende, integrierende Politik verstanden. Sehen Sie eine solche Bereitschaft zur Kooperation auch in anderen Ministerien?

Es gibt positive Ansätze, z. B. die Kooperation von BMUB und Bundesforschungsministerium im Rahmen des Projekts „Zukunftsstadt“. Auch die Zusammenarbeit zwischen BMUB und dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bei den Vorarbeiten für die „New Urban Agenda“ ist aus meiner Sicht positiv. Darüber hinaus lassen zum einen die Verabschiedung der ressortübergreifenden Strategie „Soziale Stadt“

durch das Bundeskabinett im August 2016 und zum anderen der im September 2015 eingerichtete interministerielle Arbeitskreis „Nachhaltige Stadtentwicklung in nationaler und internationaler Perspektive“ für die Zukunft eine verstärkte Kooperation auf Bundesebene erhoffen.

Die Einsicht in die Notwendigkeit kooperativen Handelns angesichts der Herausforderungen, vor denen die Stadtentwicklung aktuell steht, scheint also erfreulicherweise zuzunehmen. Nur so werden sich die unvermeidbaren Zielkonflikte zwischen einzelnen Handlungsfeldern erkennen, abwägen und schließlich zu einer sachgerechten Lösung bringen und ein optimaler, nachhaltiger Ressourceneinsatz erreichen lassen. Vor diesem Hintergrund gibt es sicher trotz der skizzierten positiven Entwicklungen auch noch einen Weiterentwicklungsbedarf.

Im Vordergrund der Diskussionen des Kuratoriums standen aktuelle Themen wie Zuwanderung, Wohnungsbau, Integration. Wenn die Nationale Stadtentwicklungspolitik jetzt fortgeschrieben wird: welche Botschaften soll sie heute vor allem vermitteln?

Zunächst ist festzuhalten, dass diese Themen natürlich von ganz zentraler Bedeutung sind. Gleichzeitig stehen wir aber vor der Aufgabe, bei unseren Bemühungen um die Bewältigung der mit diesen Themen verbundenen Herausforderungen die anderen wichtigen Fragen nicht außer Acht zu lassen, sondern, im Gegenteil, sie bei der Entwicklung integrierter Strategien in die Überlegungen ihrem Stellenwert entsprechend einzubeziehen.

So kommt dem Thema Klima natürlich hohe Priorität zu. Gerade auch auf der kommunalen Ebene stellen die Ziele, die die Bundesregierung in Paris unterschrieben hat, wichtige Vorgaben und damit Rahmensetzungen für die lokale Planung dar. Die Umsetzung der Ziele wird nur mit Unterstützung der Städte zu realisieren sein. Nehmen wir nur das Thema CO₂ – der größte Anteil der Emissionen wird global betrachtet doch in den Kommunen verursacht. Sie sind damit einerseits Mitverursacher der Probleme, weisen aber auch anderer-

Bei der CO₂-Reduktion muss sich jeder einzelne Bürger und jede Bürgerin neu orientieren, wenn es zu einer wirksamen Einsparung kommen soll.

Prof. Martin zur Nedden, geboren 1952, seit 2013 Direktor und Geschäftsführer des Deutschen Instituts für Urbanistik gGmbH und seit 2014 Honorarprofessor für Stadtentwicklung und Regionalplanung an der Fakultät Architektur und Sozialwissenschaften der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur in Leipzig. Er war u. a. Bürgermeister und Beigeordneter für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig.



Foto: David Ausserhofer

seits zahlreiche Potenziale zur Minderung bzw. im besten Fall sogar Lösung der Probleme auf. Sparsamer Flächenverbrauch und Optimierungsmöglichkeiten bei Infrastruktursystemen sind nur zwei Aspekte von vielen weiteren, die man in diesem Zusammenhang nennen kann.

Außerdem zeigen inzwischen viele Erfahrungen, dass die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger ausschlaggebend für den Erfolg ist. Jeder einzelne Bürger und jede Bürgerin muss sich neu orientieren, wenn es zu einer wirksamen Einsparung kommen soll. Die Ebene, auf der sie am wirkungsvollsten anzusprechen sind, sind die Städte und hier insbesondere die Quartiere. Auch in dieser Hinsicht kommt also integrierten Quartierskonzepten in der Zukunft eine noch stärkere Bedeutung zu. Hier besteht in besonderem Maß die Chance, Synergien zu entwickeln.

Eine weitere Aufgabe, die auf kommunaler Ebene nach wie vor zu bewältigen ist, ist die demografische Entwicklung mit ihren Folgen für die gesamte Infrastruktur der Städte und für das soziale Miteinander. Auch die unterschiedlichen Entwicklungstendenzen in der Bundesrepublik mit der Gleichzeitigkeit von Wachstum in einer Reihe von Städten und Rückgang der Bevölkerung in anderen stellt uns u. a. in instrumentaler Hinsicht vor besondere Anforderungen. So müssen sie einerseits eine ausreichende Flexibilität aufweisen, um passgenaue Lösungen vor Ort zu ermöglichen, dürfen andererseits aber auch nicht Anreize zu Fehlentwicklungen geben, wie wir sie beispielsweise in den neunziger Jahren bei der Immobilienentwicklung in den neuen Bundesländern erlebt haben.

Wie gehen wir mit der New Governance um, z. B. mit der Einbindung bürgerschaftlicher Initiativen und Institutionen? Sie bindet zweifelsohne Ressourcen in personeller, zeitlicher und auch finanzieller Hinsicht. Gleichzeitig sind damit aber auch neue Chancen für die Städte und ihre Entwicklung verbunden. Beim Thema Flüchtlinge hat sich besonders deutlich gezeigt, wie wichtig zivilgesellschaftliches Engagement ist.

Andererseits müssen wir aber sicher auch noch weiterhin das Verhältnis von bürgerschaftlicher Meinungsbildung auf der einen und den Entscheidungen in

den entsprechend den Regularien unserer repräsentativen Demokratie legitimierten politischen Gremien auf der anderen Seite immer wieder deutlich machen. Immerhin haben wir auf dem Gebiet von Stadtentwicklung und Stadtplanung 40 Jahre Erfahrung in der Bürgerbeteiligung. Darauf kann man meines Erachtens aufbauen.

Wichtig bleibt nach wie vor auch das Thema kommunale Finanzen. Die Kommunen so auszustatten, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können, ohne ständig auf Fördermittel angewiesen zu sein – das ist trotz aktuell guter Steuereinnahmen ein zentrales Anliegen. Für eine erfolgreiche Bewältigung all dieser Themen ist Kontinuität im Handeln zentrale Voraussetzung. Das gilt auch und gerade für die Nationale Stadtentwicklungspolitik. In der Wohnungspolitik war ja gerade beispielhaft zu beobachten, zu welchen fatalen Folgen Diskontinuitäten führen. Demzufolge ist aus meiner Sicht eine Fortführung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik verbunden mit einer Fortschreibung nicht nur wünschenswert, sondern zwingend erforderlich.

Die Kommunen so auszustatten, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können, ohne ständig auf Fördermittel angewiesen zu sein – das ist nach wie vor ein zentrales Anliegen.



Kleine Maingasse

ZONE
Bewohner
mit Kennzeichen
24h

BAUKULTUR ALS VERPFLICHTUNG

In der Nationalen Stadtentwicklungspolitik wird Baukultur als Verpflichtung begriffen. Die historisch gewachsene Ästhetik der gebauten Umwelt und qualitätsvolle zeitgenössische Ergänzungen sind zentral für die Attraktivität der Städte. Alle planerischen Maßnahmen sind daher auf ihren baukulturellen Mehrwert zu prüfen. Eine wichtige Aufgabe der Stadtplanung auf jeder Ebene ist es, die Bürgerinnen und Bürger für Baukultur zu sensibilisieren. Einen Beitrag dazu können städtebauliche Wettbewerbe und Architekturwettbewerbe leisten. Gerade im ländlichen Raum bieten sich viele baukulturelle Potenziale. So können durch Wiedernutzung Entwicklungsimpulse gesetzt und die lokale Identität gestärkt werden. Auch im Wechselspiel mit dem Freiraum lässt sich hohe Gestaltqualität eines Orts- oder Stadtbilds verwirklichen.

- Barbara Ettinger-Brinckmann
Präsidentin der Bundesarchitektenkammer e. V.,
Berlin
- Heiner Farwick
Präsident des Bundes Deutscher Architekten,
Berlin
- Hans-Ullrich Kammeyer
Präsident der Bundesingenieurkammer, Berlin
- Reiner Nagel
Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung
Baukultur, Potsdam
- Till Rehwaldt
Präsident des Bundes Deutscher Landschafts-
architekten, Berlin

STANDARDS ÜBERPRÜFEN, STANDARDS ÄNDERN

Was zeichnet ein urbanes Quartier aus? Was erwarten Sie an Unterstützungen vom Bund, um gemischte Quartiere bauen zu können?

Zunächst ist es gut, dass nach so langer Zeit darüber nachgedacht wird, mehr Dichte und mehr Nutzungen in die Quartiere zu bringen. Durch mehr Dichte können mehr Bewohner auf einer Fläche zusammen leben, eine Voraussetzung, auch andere Nutzungen anbieten zu können. Zu genügender Nachfrage gehört, dass möglichst viele Leute in so einem Quartier wohnen können. Da ist der Ansatz, meine ich, sehr gut, wenngleich wir noch lange nicht an die Dichte der Quartiere der Gründerzeit herankommen. Als die Häuser damals gebaut wurden, lebten auf diesen Flächen viermal so viel Menschen. Wir aber scheuen uns vor Dichte und denken, diese Dichte-Vorgaben seien sicherlich wegen der sozialen Probleme entstanden,

Quartiere bilden, die einen gemeinsamen Mittelpunkt haben, mit Platz für Läden oder Dienstleistungen, für öffentliche Funktionen – wenn man das wirklich will, sollte man über diese Konzepte nicht mehr lange nachdenken, sondern sie umsetzen.

aber von diesen Dichten sind wir weit weg. Ja, wie kriegt man gemischte Quartiere hin? Sicherlich, indem man sich zunächst mal verträgliche Arbeitsplätze vornimmt. Wenn ich ein Wohnquartier mit Arbeitsplätzen verknüpfe, können die Leute zu Fuß gehen und brauchen kein Auto. Dann geht es weiter: „Wie kriege ich jetzt noch mehr Leben ins Quartier?“ Das sind dann immer die berühmten Läden, die Cafés und Restaurants, die sich aber nicht verordnen lassen. Da nützt es uns auch nichts, wenn wir solche guten Einrichtungen in den Erdgeschossen planen. Planen kann man das alles. Aber wollte ich überall in den Erdgeschossen ein wunderbares Café vorsehen, müsste es dafür eine entsprechende Nachfrage geben und das wird nicht in allen urbanen Quartieren funktionieren. Das war ja auch in der Gründerzeit nicht so, da geht man auch an Vorgärten vorbei, ohne dass dahinter gleich ein Laden ist. Es gab jedoch schon immer die Konzentration auf Plätze, wo sich dann die entsprechenden Angebote finden.

Es wäre gut, wenn man wieder Quartiere bilden könnte, die einen gemeinsamen Mittelpunkt haben, mit Platz für Läden, Dienstleistungen, öffentliche Funktionen. Dann entsteht ja auch Bewegung. Da gehen die Leute zu Fuß hin, da sitzen sie auf dem Platz bei ihrem Kaffee – übrigens eine wunderbare Folge des Rauchverbots. Die Leute gehen nach draußen und die Gastronomen treffen Vorkehrungen, sie stellen Stühle raus, und manchmal liegen auch Decken da – die Jahreszeit im Außenraum ist sehr viel ausgedehnter als früher. Fast all das ist, denke ich, dem Rauchverbot zu verdanken.

Stichwort Erdgeschosse: In Wien ist es so, dass die Erdgeschosse in der ganzen Stadt seit langem intensiv untersucht werden. Und jetzt gibt es eine Internationale Bauausstellung für Wien mit einem Programm, das von Qualitäten der Erdgeschosse handelt, die Quartiere insgesamt beleben können. Und in Frankreich bauen große Wohnungsbaugesellschaften zunehmend große Häuser und lassen die Erdgeschosse frei, weil die Frage der Nutzung der Erdgeschosse auch für die jeweiligen Eigentümer erst interessant wird, wenn Leute im Haus wohnen und arbeiten und Nachfrage da ist. Was bremst eigentlich bei uns, dass wir so einfache Konzepte nicht übernehmen?

Das finde ich sehr interessant. Ich war vor kurzem in Wien und hab mir das neue Wohnquartier Aspern angeguckt. Da war Vorgabe, im Erdgeschoss öffentlichkeitsbezogene Nutzungen vorzusehen, angefangen von der Fahrradwerkstatt bis hin zu Läden und Treffpunkten. Ich finde die Ansätze, die Sie von Frankreich schildern, spannend. Warum das hier nicht funktioniert? Das hat wohl damit zu tun, dass man befürchtet, die Erdgeschosse nicht voll nutzen zu können. Das denke ich auch, wenn ich den Leerstand in der Innenstadt sehe: Warum sind die Eigentümer nicht bereit, den Raum preiswert abzugeben und eine Miete zu verlangen, die umsatzabhängig ist? Also erst mal nur ganz wenig verlangen, und erst wenn es wirklich läuft, entsprechend mehr, damit die Erdgeschosse einfach belebt sind. Die Hinderungsgründe für die unzureichende Ausnutzung der Erdgeschosse zu untersuchen wäre ein interessantes Projekt. Und zu fragen, was man hier als Anreiz setzen könnte, wäre auch ein interessantes Projekt.

Barbara Ettinger-Brinckmann, geboren 1950, seit 2013 Präsidentin der Bundesarchitektenkammer e. V. Sie war Vizepräsidentin und Präsidentin der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen. Seit 2008 ist Barbara Ettinger-Brinckmann geschäftsführende Gesellschafterin der ANP Architektur- und Planungsgesellschaft mbH, Kassel. Zuvor war sie Mitarbeiterin in verschiedenen Architekturbüros und wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Stuttgart und an der Gesamthochschule Kassel.



Foto: ANP

Was würden Sie sich von einer Nationalen Stadtentwicklungspolitik an Unterstützung wünschen, um solche Themen mehr in die Öffentlichkeit zu bringen, stärker auch in die Arbeit von Architektinnen und Architekten, und Verständnis dafür in der Immobilienwirtschaft zu wecken?

Das wäre ja mein erster Ansatzpunkt, diejenigen zu erreichen, die Wohnungsbau machen. Aber auch die, die Gewerbeimmobilien betreiben. Da haben wir ja eine relativ strikte Trennung. Wir haben hier die Wohnungsunternehmen und da die Gewerbeimmobilien-Vertreter, und beide kommen wenig zusammen.

Ja, was könnte die Nationale Stadtentwicklungspolitik dazu beitragen? Ich denke, man muss erst mal genereller über die Hinderungsgründe nachdenken und wenn man die kennt, in einen öffentlichen Dialog treten. Es gibt natürlich die Möglichkeit, im B-Plan Nutzungen festzuschreiben. Das macht Frankfurt zum Teil so, dass ein bestimmter Anteil der Erdgeschossnutzungen öffentlichkeitsbezogen sein muss. Dieses Instrument hat eigentlich jede Stadt, aber es gibt eben stärkere Städte, die sich besser durchsetzen können. Die Städte, bei denen der Druck seitens der Investoren hoch ist, können natürlich ganz andere Anforderungen stellen als Städte, die die Investoren herbei bitten, zwischen den beiden ist die Diskrepanz groß. Wir müssen ernsthaft wieder zurückkommen wollen zu den gemischt genutzten Quartieren, die ja in jeder Beziehung bessere Lebensqualitäten bieten, weil die Trennung der unterschiedlichen Nutzungen nur dazu führt, dass viel zu viel Autos in Bewegung sind. Schlafstätten hier und abends leere Bürostätten dort, das kann ja nicht der Sinn sein. Wie man gemischte Quartiere kriegt? Wenn man die wirklich will, sollte man nicht mehr lange über vorhandene Konzepte nachdenken, sondern sie umsetzen.

Ich möchte gern abschließend nochmal auf das Thema Wohnen zurückkommen. Sie haben eine Ausstellung hier in Kassel initiiert, „Zehn Thesen zum Wohnen“, das ist eine Initiative im Rahmen Ihrer Arbeit für die Stadt?

Das ist ein Ergebnis aus dem Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen und aus der Kostensenkungskommission. Der BDA hat die Idee aufgegriffen und hat die

Ausstellung daraus gemacht. Kuratoren sind Olaf Barner und Matthias Böttger, die zehn junge Architekten befragt und Workshops mit ihnen veranstaltet haben zu der Frage: „Was habt ihr für Ideen, um den Wohnungsbau anders anzugehen, als das heute der Fall ist?“ Dazu gibt es zehn Thesen, die in zehn Standards übersetzt wurden, weil das Bündnis für bezahlbares Wohnen und die Kostensenkungskommission sich immer mit der Thematik auseinandersetzen mussten:

„Sind unsere Standards daran schuld, dass das Wohnen so teuer geworden ist?“ Wir machen solche Ausstellungen im „Kasseler Architekturzentrum im Kulturbahnhof“, so heißt das, seit achtzehn Jahren. Damals habe ich mich in unserem ehemaligen Hauptbahnhof umgeguckt, der heißt zwar immer noch Hauptbahnhof, obwohl er es nicht mehr ist, weil er zum Kulturbahnhof umgebaut wurde. Da gab es damals – das war einfach ein Kairos – freie Räume der Bahnmissionsmission und da habe ich gesagt, daraus machen wir die Planungsmission. Wir haben einen gemeinnützigen Verein gegründet, zu dem auch Nicht-Architekten dazugehören, weil wir unsere Botschaft und die Planungsmission in die interessierte Öffentlichkeit bringen wollen. Dieses KAZimKUBA ist einfach eine Plattform zum Austausch über Fragen der Architektur und Stadtplanung. Wir sagen: Es geht Euch alle an!

Sind unsere Standards daran schuld, dass das Wohnen so teuer geworden ist?

Das bringt uns in einem großen Bogen zurück zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik, die sich erklärtermaßen als eine Plattform versteht: Eine Plattform für den Austausch der Akteure, die Stadt entwickeln, in großen oder in kleinen Maßstäben. Sie machen das exemplarisch mit Ihrer Einrichtung. Glückwunsch, dass aus der Bahnmissionsmission jetzt eine Planungsmission geworden ist!

DIE STADT DER ZUKUNFT BRAUCHT MEHR GESTALTQUALITÄT UND WERTIGKEIT

Herr Farwick, als bekannter Architekt und BDA-Vorsitzender sind Sie ein gefragter Preisrichter. Ist die große Anzahl an Wettbewerben, die in Deutschland durchgeführt werden, eine Voraussetzung für Qualität?

Wettbewerbe stellen ein gutes Instrument dar, um zu herausragenden städtebaulichen und architektonischen und zugleich wirtschaftlich attraktiven Lösungen zu kommen. Die Teilnehmenden geben in der Konkurrenz ihr Bestes, das Ergebnis ist entsprechend hochwertig und facettenreich. Zudem sind Wettbewerbe auch immer eine Art baukultureller Fortbildung: für die Preisrichter, die in einen Diskurs treten, aber auch für die Bauherren und Kommunen, denen deutlich wird, dass hochwertige Architektur nicht beliebig ist, sondern sich aus den Rahmenbedingungen vor Ort konkret herleiten lässt. Insofern gewährleisten Wettbewerbe eine hohe Gestaltqualität und später auch eine höhere Akzeptanz des Gebauten. Denn ein Büro,

Wettbewerbe stellen ein gutes Instrument dar, um zu herausragenden städtebaulichen und architektonischen und zugleich wirtschaftlich attraktiven Lösungen zu kommen.

das einen Wettbewerb gewonnen hat, verfügt über ein starkes Mandat und wird in der Regel auch von einer breiten politischen Unterstützung getragen.

Gibt es in dieser Beziehung einen Unterschied zwischen Hochbauprojekten und städtebaulichen Projekten? Lässt sich die Gestaltqualität, die Schönheit, beim einen besser als beim anderen vermitteln, polarisiert das eine mehr als das andere?

Die Frage ist, was Gestaltqualität, was Schönheit bedeutet. Nicht nur in Wettbewerben kommt dieses Thema oft zu kurz, da wird oft zu viel über funktionale Konzepte und zu wenig über die Gestalt und die Wertigkeit der Architektur diskutiert. In der Öffentlichkeit wird das Thema höher angesiedelt, da kommt es häufiger zu einer Polarisierung. Hochbauprojekte polarisieren definitiv mehr als städtebauliche Projekte, weil städtebauliche Konzepte nicht so einfach nachvollziehbar sind

und man sich in sie hineindenken muss. Das einzelne Gebäude ist dagegen vermeintlich schneller verständlich. Das kann zum Problem werden, wenn Architektur auf Renderings reduziert wird und sich die Diskussionen daran entzünden, obwohl die Konzepte darüber hinaus gehen.

Wenn man sich in Architektenkreisen bewegt, ist die Bedeutung der Baukultur unstrittig. Wird dem Thema auch in der Öffentlichkeit genug Raum gegeben?

In den letzten Dekaden hat sich in der Öffentlichkeit schon eine Diskussion über Baukultur entwickelt, das Thema ist präsenter, auch durch die Gründung der Bundesstiftung Baukultur und die Nationale Stadtentwicklungspolitik. In den einzelnen Kommunen, insbesondere in den Klein- und Mittelstädten, besteht jedoch noch Nachholbedarf. Die Menschen haben zwar ein Gespür für Baukultur, dennoch entstehen vielerorts keine Diskussionen darüber. Das hat verschiedene Gründe. Zum einen besetzen die Kommunen ihre Behörden nicht mehr mit Fachleuten, wodurch es auf dieser Seite einfach an Expertise fehlt. Zum anderen ist Baukultur auch immer subjektiv, die Positionen müssen ausdiskutiert werden, dafür gibt es keine festgelegten Kriterien. Die Menschen sind durchaus sensibel für ihr gebautes Umfeld, aber es muss mehr dafür getan werden, sie zu mündigen Teilnehmern an öffentlichen Diskussionen zu machen.

Derzeit werden besonders viele städtische Strukturen neu geschaffen. Wie sieht es dabei mit der Gestaltqualität aus und wie ließen sich Verbesserungen erzielen?

Meine Befürchtung ist, dass oft voreilig unter Investitionsdruck gehandelt wird, und zu viele wenig nachhaltige Strukturen entstehen, die bereits mittelfristig den Anforderungen nicht mehr genügen. Dieses Dilemma betrifft sowohl den geförderten als auch den frei finanzierten Wohnungsbau. Das ist bedenklich, weil meiner Ansicht nach ein direkter Zusammenhang zwischen Wohnungsbau und dem durch die Wohnung vermittelten Lebensgefühl der Bewohner besteht. Der Bund könnte da über seine Förderschwerpunkte Impulse setzen. Derzeit spielt Gestaltqualität in der sozialen Wohnraumförderung keine Rolle, vielmehr geht es ausschließlich um quantitative Parameter. Vielleicht

Heiner Farwick, geboren 1961, seit 2013 Präsident des Bundes Deutscher Architekten. 1991 Gründung des Büros farwick + grote Architekten und Stadtplaner, Ahaus. Von 1996 bis 2006 verschiedene Lehraufträge in Dortmund und Bochum.



Foto: Till Budde

wären Wettbewerbe an dieser Stelle auch öfter das Instrument der Wahl, um städtebauliche Qualität zu schaffen. Weniger entscheidend ist dagegen meiner Ansicht nach die Frage, in welcher Größenordnung Städtebau zielführender ist. Es bestehen für die verschiedensten Maßstäbe Beispiele von hoher Qualität. Diesen ist gemeinsam, dass sie immer durch gute Architektur geprägt sind, die das Gebäude und den Stadtraum in enger Relation zueinander betrachtet.

Wie können Planen und Bauen ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten und in welcher Beziehung steht er zur Baukultur?

Der Aufwand, der derzeit zur Energieeinsparung betrieben wird, muss auf jeden Fall kritisch hinterfragt werden. Entscheidend ist, dass wir hochwertige Bauten schaffen, die möglichst lange auch wechselnden Anforderungen genügen. Erst dann wird das Bauen nachhaltig, weil die graue Energie, die für Errichtung und Abriss von Gebäuden nötig ist, eingespart wird. Zudem müssen wir von der Betrachtung des Einzelhauses wegkommen hin zur Betrachtung des Quartiers, weil die Energieeffizienz dadurch deutlich erhöht werden kann. Aber natürlich ist das auch schwieriger, weil die Prozesse auf Quartiersebene komplexer sind.

Wie nehmen Sie die Nationale Stadtentwicklungspolitik mit ihren Pilotprojekten auf lokaler Ebene und dem initiierten Diskurs auf Bundesebene in Ihrer Verbandsarbeit und Ihrer persönlichen Tätigkeit wahr?

In meiner Funktion beim Bund Deutscher Architekten habe ich unmittelbar mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik zu tun. Die Debatte wird im Verband weitergeführt, da geben sich Politik und Architektur gegenseitig neue Denkanstöße und reflektieren ihre Positionen. Als praktizierender Architekt und Stadtplaner komme ich damit weniger in Berührung. Einerseits fehlen in den einzelnen Kommunen die Kapazitäten zur Auseinandersetzung mit diesen Themen. Andererseits handelt es sich ja generell um ein großes Problem, dass die richtigen und wichtigen Themen nur auf Expertenebene wahrgenommen werden, der Austausch mit den unteren Ebenen jedoch fehlt. Da sehe ich alle Multiplikatoren, die auch im Kuratorium vertreten sind, in der Verantwortung. Unter Berücksichtigung unserer

föderalen Struktur erscheint es mir auch sinnvoll, sich unterhalb der Bundesebene mit dem Bundeskongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in einzelnen Städten und Regionen mit bestimmten Themenfeldern auseinanderzusetzen.

Welche neuen Aspekte sollten bei einer Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik herausgearbeitet werden?

Noch einmal betonen möchte ich das Thema der Wertigkeit im Bauen. Dabei geht es mir nicht so sehr um herausragende Einzelprojekte, weil die Debatte dazu ohnehin schon stattfindet, sondern vielmehr um eine breite Diskussion zur Weiterentwicklung des Städtebaus. Ein weiteres wichtiges Anliegen ist mir die integrierte Betrachtung von Stadtplanung und Architektur, weil diese Schnittstelle sehr wichtig für die Gestaltqualität unserer Städte ist. Und ein drittes wichtiges Thema ist die Diskussion über die Dichte des Bauens. Wir haben nun das Urbane Gebiet als neuen Baugebietstypus: Wenn jetzt geklärt werden muss, wie die höhere mögliche Dichte in städtebauliche Qualität übersetzt werden kann, geht es um das richtige Maß der Dichte. Wir beobachten auf der einen Seite die hö-

Entscheidend ist, dass wir hochwertige Bauten schaffen, die möglichst lange auch wechselnden Anforderungen genügen. Erst dann wird das Bauen nachhaltig.

here Verdichtung, auf der anderen Seite entsteht ein erheblicher Anteil der neu gebauten Wohnungen noch immer in Ein- und Zweifamilienhäusern. Das führt zu einem enormen Flächenverbrauch. Das Dilemma liegt zwischen den Ansprüchen der Stadtplaner und der individuellen Nachfrage. Auch hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit der Bestände, die wir heute schaffen, ist es wichtig, die städtebauliche Dichte auszutarieren.

Bürgerbeirat für eine bürgernahe Stadtentwicklung auf dem Weg zur Landesgartenschau 2017

Zur Vorbereitung der Landesgartenschau Thüringen im Jahr 2017 wurden in Apolda zwei innerstädtische Kernzonen umgestaltet und zahlreiche städtebauliche Begleitmaßnahmen initiiert. Über einen Bürgerbeirat wurde eine kontinuierliche Beteiligung der Bürger organisiert. Er begleitet und bewertet die Planungen, um

Beteiligungsprozesse zu verfestigen und wirksamer in die bestehenden Verfahren einzubringen und bietet dem Stadtrat Entscheidungshilfen an. Auch über den Abschluss der Planungsphase hinaus begleitet der Bürgerbeirat das Projekt bis zur Durchführung der Landesgartenschau in Apolda im Jahr 2017.



Fotos: StadtStrategien

Fachwerktriennale



Historische Fachwerkstädte haben ganz besondere Problemlagen in der Stadtentwicklung. Ein turnusmäßiger interkommunaler Austausch kann hier wesentlich zur Problemlösung beitragen. Im Rahmen des Pilotprojekts „Fachwerktriennale“ wurden daher die erste Fachwerktriennale der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Fachwerkstädte e. V. im

Jahr 2009 vorbereitet, ein Internetportal eröffnet und Workshops, Präsentationen, Ausstellungen und Führungen durchgeführt. In den Jahren 2012 und 2015 fanden weitere Fachwerktrienalen statt, das Format hat sich als wichtiges Forum für Stadtentwicklung in den historischen Fachwerkstädten Deutschlands etabliert.



Fotos: Diana Wetzelstein

Interdisziplinärer Ideenwettbewerb „OPEN SCALE young + local ideas“

Im Ideenwettbewerb „Open Scale“ ging es um zukunftsweisende Ideen in der Stadtentwicklung aus der Sicht einer jungen Generation, die aktiv ihre Stadt gestalten will und gerade dabei ist, sich in ihrem Berufsfeld zu etablieren: Gefragt waren keine baulichen Einzel-

lösungen, sondern unkonventionelle und innovative Ansätze, die gewöhnliche Erwartungen durchbrechen, sich nicht ausschließlich am Machbaren orientieren, dabei bislang übersehene Probleme thematisieren und neue Bewertungskriterien hervorbringen.



Fotos: Edward Beterle

ZwischenZeitZentrale Bremen



Foto: Daniel Schmier

Zwischennutzungen können dabei helfen, Leerstände zu vermeiden und die Potenziale von Räumen und Flächen aufzuzeigen. Um Zwischennutzungen in diesem Verständnis als innovatives Instrument der Stadtentwicklung zu etablieren und die Weiterentwicklung vom experimentellen Einsatz zur passgenauen Regelanwendung zu fördern, wurde im Rahmen des Bremer Pilotprojekts die Einrichtung einer Agentur für Zwischen-

nutzung gefördert. Die „ZwischenZeitZentrale“, die auch nach Ablauf der Förderung durch die Nationale Stadtentwicklungspolitik tätig ist, ist zentrale Anlaufstelle für alle an Zwischennutzung Interessierten. Sie vermittelt zwischen Eigentümern, die Immobilien für eine Zwischennutzung zur Verfügung stellen, und Nutzern, die ihre Idee zu einem Konzept verwirklichen und umsetzen möchten.

RÄUMLICHE KOMPETENZEN HERAUSSTELLEN

Herr Nagel, Sie beteiligen sich an den Beratungen im Kuratorium. Da sind Sie als Person und als Vertreter der Stiftung Baukultur gefragt. Die Diskussionen der Kuratoriumssitzung sind geprägt von der Wohnungsfrage, von Migration und Integration. Sind das auch baukulturelle Herausforderungen?

Auf jeden Fall. Wir haben sie in unserem neuen Baukulturbericht gerade für kleinere Mittelstädte und ländliche Räume bearbeitet. Ich finde wichtig, auch auf die Themen zu gucken, die nicht gerade Konjunktur haben – zum Beispiel das Thema „Neue Arbeit in der Stadt“, die „Produktive Stadt“. Wo werden die Menschen arbeiten, die wir integrieren wollen und die jetzt Wohnungen in den großen Städten suchen? Wir wissen, dass das Arbeitsstättenpotenzial großer Städte verglichen mit kleinen Städten gar nicht gut ist. Zwei Drittel der Bevölkerung lebt in kleinen Mittelstädten und in ländlichen Räumen auf 93 % der Fläche der Republik: Die Frage ist, wie wir diese Zahlen auf den Zettel der aktuellen Aufgaben kriegen.

Mit unserem Baukulturbericht versuchen wir, diesem Thema Konjunktur zu geben. Dafür wäre es wichtig, dass so ein Kuratorium nicht nur die Architektur, sondern auch die Stadtentwicklung in den Blick nimmt. Meines Erachtens gehört dazu auch das Thema Raumordnung und Regionalplanung auf der höchsten Ebene der Stadt: darüber muss wieder nachgedacht werden.

Auch auf die Themen gucken, die nicht gerade Konjunktur haben – zum Beispiel das Thema „Neue Arbeit in der Stadt“, die „Produktive Stadt“.

Wo sehen Sie in Zukunft Chancen für ländliche Räume und kleinere Mittelstädte, sich baukulturell neu in Wert zu setzen?

Über die Kostengruppe 100, nämlich den Grundstückspreis, findet ja gerade eine Renaissance von kleineren Mittelstädten im Umland großer Städte statt. Die Umlandförderung ist aber weitgehend ungerichtet, wenn

überhaupt ist sie noch an Einfamilienhausgebieten orientiert. Über die Hälfte der Wohnungen, die wir derzeit bauen, sind Einfamilienhäuser. Unter stadtentwicklungspolitischen und planerischen Gesichtspunkten ist das eine Fehlentwicklung.

Die Chance besteht darin, die Identität, den Charakter kleiner Mittelstädte weiterzuentwickeln und leerfallende Häuser zu reaktivieren. Über die Teilhabe der Bevölkerung an diesem Prozess entsteht Identifikation, die eine nachhaltige Siedlungsentwicklung befördert. Gebraucht wird auch der Bürgerstolz, an der eigenen Stadt mitzuwirken. Wenn uns das gelingt, ist wahrscheinlich für die Gesellschaft mehr erreicht, als wenn wir uns auf die sieben Hotspots der Immobilienwirtschaft der großen Städte stürzen und überzüchteten Plänen noch zusätzlich den Weg ebnet.

Was müsste eine weiterentwickelte Nationale Stadtentwicklungspolitik leisten? Welche Botschaften müssten von dieser Politik ausgehen, die Sie in Ihrer Arbeit für die Baukultur unterstützen würden?

Aus meiner Sicht wäre eine Weiterentwicklung schon gegeben, wenn man kontinuierlich die Themen bearbeiten könnte, die das Format fasst, indem man Stadtentwicklung nachhaltig im besten Sinne des Wortes immer wieder überprüft. 2017 haben wir zehn Jahre Leipzig-Charta, aber obwohl wir alle inzwischen integrierte Stadtentwicklung fließend aussprechen können, glaube ich, ist das ein reines Lippenbekenntnis geblieben. In Wirklichkeit haben die Ressortegoismen in den zehn Jahren sogar noch zugenommen.

Eine Weiterentwicklung der integrierten Stadtentwicklung müsste konsequent fragen: Sind die wichtigen Akteursgruppen von Anfang an in den Prozess eingebunden? Und was bedeutet das für ein positives Ergebnis? Es gilt, das Interdisziplinäre ganz konsequent herauszuarbeiten und immer weiter umzusetzen.

Wenn man in dieser Weise integrierend denkt, bekommt man ein erweitertes Themen-Portfolio. Dann reagiert man nicht nur tagespolitisch, sondern sagt: „Gut, wir haben im Moment das Thema von wachsenden Großstädten und verstärktem Wohnungsbedarf, aber wir wollen als Nationale Stadtentwicklungspolitik jetzt

Reiner Nagel, geboren 1959, seit 2013 Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Baukultur. Seit 2009 Lehrbeauftragter im Bereich Urban Design an der Technischen Universität Berlin. Zuvor war er Abteilungsleiter für Stadtentwicklung, Stadt- und Freiraumplanung in der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Geschäftsleiter der HafenCity Hamburg GmbH und in verschiedenen Funktionen in den Bezirken und für den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg tätig, sowie freier Architekt und Planer.



Foto: Till Budde

mal darüber reden, dass es 1,8 Millionen leerstehende Wohnungen gibt und einen hohen Wertverlust an Baub substanz besonders in kleinen Orten. Wie können wir darauf reagieren? Bieten unsere hohe Raum-Konnektivität und neue Mobilitätsangebote nicht die Chance für metropol-regionale Konzepte, die zwingend sind für große Städte? Bis hin zum Thema der integrierten Regionalplanung: Könnte man damit nicht eine aktive Gestaltungsperspektive für Deutschland entwickeln?

Wie lässt sich über integrierende Politik mehr für die Baukultur in den Städten erreichen?

Vielleicht muss man das zum Thema im Kuratorium machen: Soll man Taskforces bilden? Projektgruppen, zum Beispiel zur sozialen Raumorientierung? In der Realität sind solche Ansätze ja immer wieder abgestorben. Es gibt weiterhin Ressortbindung. Manchmal wird darüber nachgedacht: Brauchen wir überhaupt noch räumliche Kompetenz in Stadtregierungen? Kann das nicht alles der Finanzdezernent oder der Bürgermeister selber machen? Da könnte dieses Kuratorium doch sagen: Wenn wir nicht nur auf der Meta-Ebene wissenschaftlich und beratend tätig sein, sondern auch projektbezogene Schwerpunkte setzen wollen, dann soll dieses Projekt jetzt mal beweisen, dass es integriert bessere Ergebnisse produzieren kann. Damit könnte sogar eine bessere Erkennbarkeit der Wirkweise dieses Kuratoriums verbunden sein.

Ein weiteres Thema, das mich umtreibt, sind abgehängte Regionen. Ich finde wichtig, dass Sie Stadt und Land zum Thema machen und damit die Chancen nicht nur der Metropolregionen und ihrer Peripherien, sondern auch der kleinen Mittelstädte und ihrer angrenzenden Bereiche im Blick haben. Aber wie sieht es aus in der Lausitz, wie sieht es aus im nördlichen Ruhrgebiet, wie sieht es aus im nördlichen Bayern? Wie sieht es überall da aus, wo fern von vitalen Stadtbereichen Leute sich nur noch abgehängt fühlen, weil irgendeine Art von Aufmerksamkeit und Förderung an ihnen vorbeigeht? Mit der Folge von Rückzug, Populismus, dem Verteidigen vermeintlicher Ansprüche, die nur sie und nicht etwa Zuwanderer stellen können? Hängt das räumliche Abgehängtsein mit politischem Verhalten

zusammen? Welche Politik ist in der Lage, Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen auch in abgehängten Regionen herzustellen?

Ja, das ist ein gesellschaftlich höchst relevantes Thema. Die Problembeschreibung trifft zu, sogar bezogen auf das Thema Baukultur: Was bedeutet das Abgehängtsein für die gebauten Lebensräume, vielleicht Baudenkmale, die auf dem Land viel gefährdeter sind als in der Stadt?

Es gibt Chancen, aber keine Garantie, dass man da eine Umkehr erreichen kann. Es gibt hoffnungsvolle Entwicklungen von kleineren Städten und Gemeinden in ländlichen Räumen, die es interessanterweise schaffen, sich wieder eine Zukunftsperspektive aufzubauen, indem sie sich auf ihren Ortskern konzentrieren, oder sich auf identifikationsbildendes Bauen und auf Infrastruktur besinnen. Wir wissen aus Umfragen, dass den Menschen Schönheit zwar wichtig ist, aber das Vorhandensein von Infrastruktur sowie die Pflege und der Zustand sozialer Einrichtungen eigentlich noch wichtiger.

Über die Hälfte der Wohnungen, die wir derzeit bauen, sind Einfamilienhäuser: Unter stadtentwicklungspolitischen und planerischen Gesichtspunkten ist das eine Fehlentwicklung.

Vor allem muss man die positiven Beispiele auffinden, wo ein Dorfladen mal wieder eine Zukunftsperspektive bietet, wo eine kleine Kneipe oder ein kleines Café im Ort die Menschen zusammen und mit Durchreisenden in Verbindung bringt. Das werfe ich auch der Raumordnung vor, wenn sie sagt: „Die Leute erreichen in zwanzig Minuten das nächste große Krankenhaus. Sie haben durchaus soziale Kontakte, indem sie sich mit dem Auto besuchen. Wo ist das Problem?“ Das ist unhaltbar.

STRATEGISCHE STADTENTWICKLUNG ÜBER GESETZE UND INSTRUMENTE EFFEKTIV STEUERN

Herr Rehwaldt, Sie begleiten die Entstehung des Weißbuchs „Grün in der Stadt“. In welcher Beziehung stehen Ihrer Einschätzung nach die Themen Innenentwicklung und Klimaanpassung?

Bei der Freiraumentwicklung im Zuge der Innenentwicklung geht es nicht allein um Klimaanpassung, sondern um viele weitere, auch soziale Belange. Als Landschaftsarchitekten sprechen wir lieber von einer doppelten Innenentwicklung, wenn vorhandener Freiraum für bauliche Verdichtung genutzt wird und gleichzeitig eine Qualifizierung des verbleibenden Freiraums für verschiedene Funktionen erfolgt. Klimaschutz und Klimaanpassung wirken dabei als Katalysatoren. Diese Ziele haben eine verstärkende Wirkung – die Dringlichkeit der Freiraumqualifizierung erhält einen neuen Akzent.

Doppelte Innenentwicklung: Wenn vorhandener Freiraum für bauliche Verdichtung genutzt wird, folgt gleichzeitig eine Qualifizierung des verbleibenden Freiraums.

Ein zweiter Aspekt sind die Potenziale des Freiraums in der Peripherie. Über neue Formen umweltfreundlicher Mobilität lässt sich die Erreichbarkeit verbessern, sodass Freiräume in der Wahrnehmung wie der tatsächlichen Erreichbarkeit näher zusammenrücken. So könnten mittelgroße Städte Strategien zur Entlastung ihrer innerstädtischen Grünflächen entwickeln. Im Zusammenhang mit dem Thema Innenentwicklung stellt sich darüber hinaus die Frage nach den Grenzen der Nachverdichtung. Wenn Innenentwicklung nicht mehr akzeptiert wird, verlagert sich die Entwicklung ins Umland. Die Aufgabe besteht dann darin, im Umland attraktive Lebensbedingungen anzubieten.

Ein weiteres wichtiges Thema sind Brachflächen als Freiräume der Zukunft. Wie kann die Planung die inhaltlichen Anforderungen aus der Fachdebatte praktisch umsetzen?

In der Regel werden zwar für die Freiraumplanung räumliche Konzepte entwickelt. Wenn jedoch baulich genutzte Flächen, die außerhalb dieser Konzepte liegen, zu Brachen werden, ist dort automatisch wieder eine bauliche Nutzung vorgesehen. Zu wenig wird die Gelegenheit genutzt, neuen Freiraum zu schaffen – insbesondere auch für die informelle Aneignung durch die Bewohner dicht bebauter Gebiete.

Eine Chance, verschiedene Freiraumfunktionen zu kombinieren und so die Resilienz, also die Stabilität des städtischen Gemeinwesens gegenüber Umwelteinflüssen, zu erhöhen?

Das Ziel sollte sein, neuen Freiraum, insbesondere auch am Wasser, zu gewinnen. Natürlich bestehen auch Zielkonflikte, etwa zwischen Hochwasserschutz und der Zugänglichkeit öffentlicher Räume, aber das ist ein stetiger Aushandlungsprozess. Viele Funktionen lassen sich kombinieren, darunter Gewässerrenaturierung, Hochwasser- und Klimaschutz, Biotop-, Fuß- und Radwege, Spielplätze oder auch Gastronomie. Damit können die Flächen wieder in den Stadtraum integriert und funktionale Verknüpfungen zwischen Innenstadt und Außenbereich geschaffen werden. Wäre es nicht erfolgversprechend, ein Investitionsprogramm für „Grüne Infrastruktur“ aufzulegen? Denn wer seine Freizeit im Wohnumfeld verbringen kann, braucht keine Straßen, um sich im Umland zu erholen!

Wo haben aus Ihrer Sicht in den letzten zwei Dekaden wichtige Innovationen stattgefunden? Mir kommen als Thema der Konversion Parks auf ehemaligen Eisenbahnflächen in den Sinn.

Da stimme ich Ihnen zu, die Umwidmung von Teilen der Verkehrsinfrastruktur in Freiraum unter dem Gesichtspunkt der Verknüpfung ist in letzter Zeit ein bestimmendes Thema. Auch an der Frage, wie dicht die Stadt wird und wie Freiräume und Wohnräume miteinander verzahnt werden können, wird seit einiger Zeit intensiv

Till Rehwaldt, geboren 1965, seit 2014 Präsident des Bundes Deutscher Landschaftsarchitekten. 1993 Gründung des Büros Rehwaldt Landschaftsarchitekten. 1999 bis 2006 Lehraufträge an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden und der Westsächsischen Hochschule Zwickau. 2006 bis 2008 Gastprofessur „Objektplanung und Entwerfen“ an der TU Berlin, Institut für Landschaftsarchitektur und Umweltplanung. Till Rehwaldt ist Mitglied in den Gestaltungsbeiräten mehrerer Kommunen.



Foto: Andrea Fabry

gearbeitet. Das sehe ich aber weniger als Innovation an, sondern mehr als Suche nach dem rechten Maß, weil bislang unter dem Leitbild der europäischen Stadt eine stärkere Verdichtung forciert wurde. Interessanter aus Sicht des Freiraums ist die Frage, inwieweit sich die Stadt auf die Klimaveränderung einstellen kann. Ein gutes Beispiel sind Gebäudefassaden, die auch als Habitat für Tiere und Pflanzen dienen können. Nicht nur der Freiraum erhöht die Wohnqualität, auch die Gebäude selbst können so qualifiziert und weiterentwickelt werden, dass sie Freiraumfunktionen erfüllen.

Vor dem Hintergrund Ihrer Tätigkeit in Ostdeutschland mit seinen schrumpfenden Regionen: Kann Freiraumentwicklung dort nach wie vor zur Bewahrung der Lebensqualität beitragen oder überträgt sich die Dynamik der Wachstumsregionen auch auf die dortige Praxis?

Der Osten kann zwar nach wie vor als Experimentierfeld für den Umgang mit schrumpfenden Regionen gesehen werden. Mittlerweile findet man Schrumpfung aber in den unterschiedlichsten Regionen Deutschlands, teilweise direkt neben den Wachstumspolen. Folglich wirkt die Freiraumentwicklung einerseits kompensatorisch und stärkt Qualitäten für die verbliebenen Bewohner, bereitet andererseits jedoch auch eine potenzielle spätere Entwicklung vor und ermutigt Engagement.

In Bezug auf die Nationale Stadtentwicklungspolitik: Sehen Sie das Thema Freiraumversorgung angemessen widergespiegelt?

Nein. Der Eindruck hat sich noch verstärkt, da mit der Polarisierung zwischen verdichteten Städten und schrumpfenden Regionen der Kontrast in der Freiraumversorgung stärker sichtbar wird. Eventuell lassen sich Regionen fördern, die integriert denken und zusammenarbeiten. Defizite sehe ich auch bei der Informationslage über den Zugang zu Freiräumen. Beispielweise könnte im BauGB festgeschrieben werden, dass sich Bauvorhaben nicht nur städtebaulich einfügen, sondern auch die Freiraumentwicklung fördern sollen. Ein anderes Beispiel ist die Rolle der Bundeseinrichtungen wie zum Beispiel der Deutschen Bahn. Sie könn-

ten über ihre Liegenschaften erheblichen Einfluss ausüben. Dazu müssten dort auch Kompetenzen für Stadtplanung und Freiraumgestaltung entwickelt werden, wie in einer Stadtverwaltung. Derzeit ist dies in ihren Aufgaben nicht vorgesehen.

Wenn Sie die großen Herausforderungen der Stadtentwicklung betrachten, wie beurteilen Sie die Wirksamkeit der Pilotprojekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik?

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik sehe ich als demokratischen Kontrapunkt zu einer dirigistischen Steuerung der Stadtentwicklung. Daraus ergibt sich dennoch die Frage, ob der Bund strategische Stadtentwicklung nicht forcieren kann? Insgesamt wäre eine stärkere Steuerung über Gesetze und Instrumente sicherlich effektiv.

Also lieber einige große weichenstellende Projekte als viele kleine?

Einige typische Probleme ließen sich gut exemplarisch untersuchen, zum Beispiel das Freiraumgefüge in Stadt-Umland-Beziehungen. Häufig fehlen die finanziellen und personellen Ressourcen, oder es mangelt an Koordination mit dem Umlandkommunen. Der Bund kann dann steuernd tätig werden, etwa durch die Förderung von Masterplänen und Strategien.

Nicht nur der Freiraum erhöht die Wohnqualität, auch die Gebäude selbst können so qualifiziert und weiterentwickelt werden, dass sie Freiraumfunktionen erfüllen.

Haben Sie zum Abschluss noch ein spezielles Anliegen, das Sie der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ins Stammbuch schreiben würden?

Mein besonderer Wunsch wäre es zu untersuchen, wie die aktuelle Diskussion über grüne Infrastruktur in der Praxis der Stadtentwicklung ankommt. Mir ginge es darum, das Thema Freiraumentwicklung mit anderen Themen zu verknüpfen.



STADT UND WIRTSCHAFT: SYNERGIEN

Wie kann die Nationale Stadtentwicklungspolitik dazu beitragen, dass sich zwischen Stadt und Wirtschaft Synergien entfalten? Wie lassen sich Stadtentwicklung und ökonomische Entwicklung des Gemeinwesens koppeln, wie können beide voneinander profitieren? Städte bieten Arbeitsplätze, Freiraum für Gründer und Entwicklungsmöglichkeiten für Innovationen. Wichtig für funktionierende urbane Strukturen ist die Verbindung von Wohnen und Arbeiten auf Quartiersebene, dies gilt insbesondere für den Klimaschutz: Die nachhaltige Stadt entsteht im Quartier. Ein fundamentaler Wandel der Stadt steht durch die Digitalisierung bevor, die vielfältige Anwendungsmöglichkeiten in der Stadtentwicklung bietet. Digitale Kommunikation verändert das städtische Leben, auch im Bereich des Handels. Der Strukturwandel im Einzelhandel und der zunehmende Anteil des Online-Handels gefährdet die Funktion der Städte als Knotenpunkte des Handels.

- Dirk Binding/Tine Fuchs
Deutscher Industrie- und Handelskammertag,
Berlin
- Josef Sanktjohanser
Präsident des Handelsverbands Deutschland,
Berlin
- Eckard Schindler
IBM Deutschland, Vertrieb Öffentlicher Sektor,
Strategische Geschäftsentwicklung

WIRTSCHAFT UND NACHHALTIGE STADTENTWICKLUNG GEHÖREN ZUSAMMEN

Aus den Klimazielen des Pariser Abkommens ergibt sich für die Gesellschaft: Sie soll zukünftig grundlegend anders produzieren und konsumieren. Das sind Themen, die seit mehr als einem Jahrzehnt auf der Agenda stehen. Dennoch hört man aus dem Bereich der Wirtschaft eher kritische Töne: Wie kann nachhaltiges Wirtschaften in der notwendigen Geschwindigkeit umgesetzt werden?

Der Wirtschaftsstandort Stadt steht vor großen Herausforderungen: Nicht nur die demografische Entwicklung mit einer alternden, vielfältigeren Gesellschaft führt zu veränderten Ansprüchen an das Einkaufen, die Dienstleistungen und das Erlebnis Innenstadt. Die Digitalisierung formt die Gesellschaft neu und verändert auch die Innenstädte und Ortszentren maßgeblich. Davon betroffen ist die gewerbliche Wirtschaft insgesamt, nicht nur der Einzelhandel, den der Online-Handel fordert, sondern auch beispielsweise das neue Mobilitätsverhalten mit dem ÖPNV oder durch Car-sharing per App. Weiterhin wirkt der Strukturwandel im Einzelhandel. Es entstehen immer noch neue Shopping-Center, aber auch sehr große Möbelmärkte von 40.000 qm Verkaufsfläche in den Innenstädten und auf der sogenannten „grünen Wiese“ – alles Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Stadt.

Die Digitalisierung formt die Gesellschaft neu und verändert auch die Innenstädte und Ortszentren maßgeblich.

Als IHK-Organisation setzen wir uns im Namen der Wirtschaft für eine nachhaltige Stadtentwicklung ein. Das bedeutet erstens, dass für uns die Innenentwicklung der Städte Vorrang vor der Außenentwicklung hat. Und das bedeutet zweitens, dass wir dafür sind, Bahn-, Militär- oder Industriebrachen zu entwickeln, bevor neue Flächen in Anspruch genommen werden. Wir meinen allerdings auch, dass eine Neufächchenanspruchnahme möglich sein soll. Warum? Weil wir gerade in den Ballungszentren von Hamburg, Köln bis nach München sehen, dass es wenig bis gar keine innerstädtischen Flächen mehr zu entwickeln gibt. Dabei besteht in diesen wachsenden Agglomerationsräumen eine starke Nachfrage einerseits nach bezahlbarem Wohnraum und andererseits auch nach entwickelba-

ren Gewerbe- und Industrieflächen. Beides muss für die Wirtschaft weiterhin möglich sein und so setzen wir uns für ein behutsames Wachstum von wachsenden Städten in Kooperation mit dem Umland ein.

Die Städte und Agglomerationen produzieren heute mehr als 80 % der Treibhausgase. Ist die Stadt, ihre Anpassung an die neuen Herausforderungen als wirtschaftliches Aktionsfeld im Bewusstsein der Unternehmen angekommen?

Die kleinen und mittelständischen Unternehmen engagieren sich seit mehr als fünf Jahren stark im Themenfeld von Smart Cities, Smart Grid, Smart Living etc. Was meinen wir damit? Smart Cities steht für eine intelligente Stadtentwicklungspolitik, die Städte und Stadtquartiere auf der Basis digitaler Vernetzung zwischen Gebäuden, Energie, Verkehr in offenen Kreisläufen neu entwickelt. Gute Beispiele sind die Innovation City Ruhr in Bottrop oder auch die Smart City Cologne. Hier entwickeln kleine und große Unternehmen der unterschiedlichen Fachdisziplinen neue Lösungsansätze für eine energie- und klimagerechtere Stadt. Und das ist in den unterschiedlichen Regionen von Oldenburg bis nach Kaiserslautern oder im Schwarzwald ein großes Thema für die mittelständische Wirtschaft. Insofern können wir Ihre Frage bejahen, das Thema ist in der Wirtschaft längst angekommen.

Ein Großteil der Innovationen entsteht in neu gegründeten Unternehmen. Wie können Rahmenbedingungen für Gründer im Rahmen der Stadtentwicklung verbessert werden?

Von den Hightech-Standorten, wie Berlin-Adlershof oder dem Gelände im Technologiepark Carl-Zeiss-Jena, wissen wir, dass die Start-ups die Nähe zu den Universitäten, aber auch zu den großen Industrieunternehmen suchen sowie gern innerstädtisch arbeiten, also in der Nähe zum Wohnort und zur Szene, die sich in Cafés oder Clubs trifft. Als IHK-Organisation unterstützen wir deshalb beispielsweise Industrie- und Gewerbeflächenkonzepte, um diese Standortentwicklungen voranzutreiben. Also Flächen bereitzustellen, wo diese Synergien zwischen Hochschule, Industrie, Wohnen und Clubbing entstehen können. Für lebendige Städte ist es wichtig, dass die Start-ups auch at-

Dirk Binding, geboren 1976, Dipl.-Kaufmann/ Dipl.-Volkswirt, seit 2016 Leiter des Bereichs Dienstleistungen, Infrastruktur und Regionalpolitik beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag in Berlin.



Tine Fuchs, Volljuristin, Referatsleiterin Stadtentwicklung, Planungsrecht, Bauleitplanung, nationale Verbraucherpolitik beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag in Berlin



Foto: Jens Schicke
Foto: Maria Conradi

traktive Ladenlokale und Büroflächen in innerstädtischen Lagen zu bezahlbaren Preisen finden können, um ihre Ideen zu verwirklichen. Deshalb haben wir bereits 2007 die „IHK Gründungsinitiative für Innenstädte“ entwickelt. Sie setzt maßgeblich auf ein kooperatives Netzwerk aus Banken, Eigentümern, Gewerbetreibenden und den Städten. Sie fragt danach, was benötigt die innerstädtische Lage für einen bunten Branchenmix und wie können die entsprechenden Existenzgründer hier ihre Idee verwirklichen? Das ist noch ein zartes Pflänzchen, auch wenn es Projekte von Flensburg bis nach Gera gibt, aber diese kooperative Stadtentwicklung mit neuen Akteuren wie Banken und der Immobilienwirtschaft kann noch viel stärker vorangetrieben werden.

Ist die Zusammenarbeit mit den Kommunen gut entwickelt, um die nachhaltige Stadtentwicklung mit dem nachhaltigen Wirtschaften zusammenzubringen?

Das ist von Stadt zu Stadt, von Gemeinde zu Gemeinde sehr unterschiedlich. Es gibt gute Beispiele für Kooperationen von Stadt und Wirtschaft, die sehr fruchtbar zusammenwirken. Das wird sehr deutlich am Beispiel der Business Improvement Districts (BID) in Deutschland. Es sind Unternehmensinitiativen von Gewerbetreibenden und Grundeigentümern, die gemeinsam mit der Stadt Aufwertungsmaßnahmen in der eigenen Einkaufsstraße oder dem Stadtquartier entwickeln, privat finanzieren und durchführen. Hier gibt es erfolgreiche Projekte von Flensburg bis nach Saarbrücken, von Görlitz bis nach Wuppertal, die beispielgebend sind für gute privat-öffentliche Kooperationen in der Stadtentwicklung und nachhaltig positiv für die Standorte wirken, wie Evaluationen belegen. Andernorts gibt es allerdings auch große Berührungsängste mit der Wirtschaft, sodass keine BID entstehen, weil einfach keine Kommunikation auf Augenhöhe möglich ist.

Haben Sie den Eindruck, dass die Nationale Stadtentwicklungspolitik mit ihren Projekten für die Wirtschaft Vorteile gebracht hat?

Pulsierende, attraktive Städte sind ein Standortvorteil nicht nur für den Einzelhandel, die Dienstleistungen oder den Tourismus, sondern auch für die Industrie. Um Fachkräfte für die Region zu begeistern, ist nicht

nur ein gutes Wohnraumangebot interessant, ebenso wichtig sind vielfältige Angebote in der Stadt, beispielsweise attraktive Gastronomie-, Hotel- und Kulturangebote, Parks oder Zoos und selbstverständlich Schulen. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik setzt sich auf verschiedenen Ebenen für diese nutzungsgemischte, europäische Stadt ein und wirkt damit positiv auf Wirtschaftsstandorte.

Welche Stärken und Schwächen hat die Nationale Stadtentwicklungspolitik? Welche neuen Aspekte sollten bei der Weiterentwicklung herausgearbeitet werden?

Smart Cities steht für eine intelligente Stadtentwicklungspolitik, die Städte und Stadtquartiere auf der Basis digitaler Vernetzung zwischen Gebäuden, Energie, Verkehr in offenen Kreisläufen neu entwickelt.

Die Stärke der Nationalen Stadtentwicklungspolitik besteht darin, die unterschiedlichen Akteure der Stadtentwicklung zu einer gemeinsamen Diskussion einzuladen.

Für die Zukunft wünschen wir uns, dass der Megatrend der Digitalisierung im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik einen größeren Stellenwert erhält. Es gilt digitale Prozesse in den Städten anzustoßen und digitale Plattformen für die Stadtentwicklung der Zukunft anzubieten. Dann können auf der Basis der digitalen Vernetzung im Rahmen von privat-öffentlichen Kooperationen – von Bürgern, Städten, Wirtschaft und Wissenschaft – neue Lösungen für die öffentlichen Infrastrukturen gemeinsam entwickelt werden. Es gilt den Gedanken der digitalen Vernetzung auch bei den Städtebauförderprogrammen viel stärker zu berücksichtigen, um die Städte fit zu machen für das 21. Jahrhundert.

MIT MEHR SONNTAGSÖFFNUNGEN MEHR FAIRNESS UNTER DEN VERTRIEBSKANÄLEN

Die Handelsbranche erlebt derzeit den größten Strukturwandel seit Einführung der Selbstbedienung. Wie sehen Sie die Zukunft des stationären Handels?

Der stationäre Handel wird auch in Zukunft der wesentliche Vertriebskanal des gesamten Handels sein. Dabei erleben wir schon heute eine immer stärkere Verzahnung von On- und Offline-Handel, sodass beides nur zusammen gedacht werden kann.

Wir werden von den Medien immer wieder gefragt, wo der individuelle inhabergeführte Handel geblieben ist. Und – als Anschlussfrage – wie man wieder Vielfalt in die monotonen Fußgängerzonen und Shopping-Malls hineinbekommen kann. Was würden Sie als Vertreter des Handels antworten?

Im individuell inhabergeführten Handel, insbesondere dem Fachhandel, kämpfen viele Unternehmen seit Jahrzehnten mit Schwierigkeiten. Um sich besser gegen die starken Filialsysteme behaupten zu können, haben sich daher viele Händler zu Kooperationen zusammengeschlossen. Denn im Verbund sind sie eher in der Lage, Größenvorteile der Filialisten auszugleichen. Zugleich erleben wir seit Jahren eine stetig zunehmende Vertikalisierung und Technologisierung im Handel. Beides führt zu mehr Konzentration und setzt mittelständische Unternehmen zusätzlich unter Druck. Händler werden zu Produzenten und verkaufen immer mehr Ware an Endverbraucher. Dieser Wandel ist mit erheblichen Investitionen und Netzwerkarbeit verbunden, die dem nicht filialisierten Handel schwerere fallen.

Andererseits profitieren alle Händler an einem Standort von starken Filialunternehmen und Marken, weil viele Kunden sich deshalb auf den Weg in die Städte machen. Am Ende kommt es auf die gesunde Mischung an. Auch in Zukunft wird es inhabergeführte, durch starke Kooperationssysteme gestützte Geschäfte geben, die das Besondere und das Alleinstellungsmerkmal eines Handelsstandorts ausmachen.

Die Polarisierung zwischen Standorten mit zu viel und zu wenig Einzelhandel wird zunehmen.

Haben Sie ein Bild vor sich, wenn Sie über die Zukunft des Stadthandels nachdenken? Können Sie sich lebendige Innenstädte und Stadtteilzentren mit weniger Handelsfläche vorstellen?

Es gibt bereits heute an manchen Standorten zu viel Fläche. Das wird in Zukunft – wenn die Kaufkraft und Kaufbereitschaft im rein stationären Handel weiter abnimmt – ein zunehmendes Problem. Dann wird es insbesondere in den Mittelstädten im Einzugsgebiet prosperierender Großstädte zu Flächenaufgaben kommen. In diesen Städten gilt es, die Handelsfläche zu verdichten. Das können die Kommunen im Dialog mit den örtlichen Handelsverbänden hinbekommen. So können durch Einzelhandelskonzepte die Handelsflächen der Zukunft in diesen Städten herausgearbeitet werden. Das kann vielerorts ein schwieriger, schmerzhafter Prozess sein, da wir zunehmend Schrumpfungprozesse planen müssen. Auf der anderen Seite gibt es aber auch weiterhin viele Standorte mit einem enormen Ansiedlungsdruck und einer von den Kommunen nicht zu erfüllenden Flächennachfrage. Die Polarisierung zwischen Standorten mit zu viel und zu wenig Einzelhandel wird zunehmen.

Wenn es um stabile Stadt- und Ortsteilzentren geht, sitzen die Kommunen und der Handel in einem Boot. Blicken Sie in den letzten Jahren auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Stadtverwaltungen und der Kommunalpolitik zurück? Sehen Sie neue Felder für die Kooperation?

Diese Herausforderungen müssen Handel und Stadt abgestimmt und gemeinsam angehen. Hierzu haben wir als HDE in den letzten Jahren den guten Dialog mit den Kommunen intensiviert. So führen wir gerade mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund die Veranstaltungsreihe „Allianz für Innenstädte“ durch, in der wir in allen Bundesländern Fragen der Digitalisierung sowie der Nahversorgung mit Entscheidern aus den Kommunen, der Kommunal- sowie Landespolitik sowie aus dem Handel diskutieren. Daneben erarbeiten wir gerade mit dem Deutschen Städtetag ein gemeinsames Positionspapier zur Zukunft von Stadt und Handel. Darüber hinaus arbeiten wir in der Initiative der Bundesregierung zur Dialogplattform Einzelhandel seit 2015 mit verschiedenen Stakeholdern aus allen gesell-

Josef Sanktjohanser, geboren 1950, seit 2006 Präsident des Handelsverbands Deutschland. Außerdem ist er geschäftsführender Gesellschafter der Petz Rewe GmbH. Zuvor war Sanktjohanser Mitglied des Vorstands der Rewe-Zentral AG und der Rewe-Zentralfinanz eG, Geschäftsführer der Rewe-Handelsgesellschaft Koblenz sowie Leiter der Rewe West.



Foto: Die Hoffphotografen GmbH Berlin

schaftlich relevanten Bereichen an Fragen des Handels der Zukunft. Diese Plattform unterstützt das Verständnis aller Beteiligten für die Notwendigkeiten des Einzelhandels. Am Ende wird es darauf ankommen, die Ergebnisse in politisches Handeln zu überführen.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik hat im Handlungsfeld „Innovative Stadt“ die Stabilisierung der Stadt- und Ortsteilzentren als wichtiges Ziel ausgerufen. Profitiert der Handel von diesen Anstrengungen?

Damit Städte und der Handel vor Ort innovative Angebote machen können, müssen insbesondere Innenstädte für das Zeitalter der Digitalisierung gerüstet werden. Dazu muss die notwendige technische Infrastruktur in den Städten durch Breitband und WLAN weitergedacht werden. Der Stand der Kommunen ist dabei höchst unterschiedlich. Wenn wir vom Kunden bzw. Bürger aus denken, gehört diese Infrastruktur zu den unabdingbaren Mitteln, um die Innenstädte als Orte der Kommunikation zu erhalten. Für den Handel bedeutet diese Infrastruktur die notwendige Basis für digitale Services.

Städte müssen Orte mit hoher Attraktivität und Aufenthaltsqualität sein. Dazu gehört ein guter Branchenmix ebenso wie eine ansprechende Gestaltung der öffentlichen Räume und der Gebäude. Das Thema Baukultur wird eine zunehmend größere Rolle spielen.

Welche Konzepte würden die Zukunft des Stadthandels positiv beeinflussen? Können Stadtplanung und lokale Zusammenarbeit einen Beitrag leisten?

Stadt muss Handel denken. Das bedeutet, dass bei allen planerischen Maßnahmen die Auswirkungen auf den Handel berücksichtigt werden müssen, etwa wenn es um temporäre Baustellen oder die Standortwahl für hochfrequente kommunale Einrichtungen mit positiven Effekten auf den Handel geht. Außerdem stehen hier die Dauerthemen der Sauberkeit und der Sicherheit auf der Agenda. Beides beeinflusst die Atmosphäre in den Innenstädten maßgeblich. Einen hohen Stellenwert in der Stadtplanung muss die Erreichbarkeit der Innenstädte mit allen Verkehrsträgern besitzen.

Bei allen neuen Konzepten müssen wir den Online-Handel mitdenken. Die Kunden sind für den Einkauf nicht mehr auf den Weg in die Innenstädte angewie-

sen. Deshalb muss das Einkaufen in den Innenstädten zunehmend einen starken Erlebniswert bekommen. Das Einkaufserlebnis ist das stärkste Pfund des stationären Händlers. Eine besondere Rolle kommt dabei den Sonntagsöffnungen zu. Leider erleben wir immer wieder, dass Gerichte Genehmigungen für Sonntagsöffnungen kurzfristig kippen, weil der im Antrag angeführte Anlass als nicht ausreichend beurteilt wird. Zehn Sonntagsöffnungen lösen sicher nicht alle Herausforderungen des stationären Handels im Wettbewerb mit dem E-Commerce. Auch das Bundesverfassungsgericht hat zehn verkaufsoffene Sonntage im Jahr als mit der Verfassung vereinbar angesehen. Die Verweigerung der Gewerkschaft, konstruktiv über Sonntagsöffnungen zu sprechen, wirkt angesichts des 24 Stunden an sieben Tagen die Woche geöffneten Online-Handels wie aus der Zeit gefallen. Es geht um die Frage des fairen Wettbewerbs. Die jüngsten Klagen von Verdi gegen Sonntagsöffnungen haben zu beträchtlichen Planungsunsicherheiten und Umsatzverlusten im stationären Handel geführt. Deshalb muss der Anlassbezug entfallen.

Haben Sie den Eindruck, dass die Nationale Stadtentwicklungspolitik mit ihren Projekten für die Wirtschaft Vorteile gebracht hat?

Für die Wirtschaft sind insbesondere Projekte von Vorteil, bei denen es um Standortverbesserung und Erreichbarkeit, aber auch um Kommunikation und Vernetzung aller Akteure geht.

Welche Stärken und Schwächen hat die Nationale Stadtentwicklungspolitik aus Ihrer Sicht? Welche neuen Aspekte sollten bei einer Weiterentwicklung herausgearbeitet werden?

Zu den Stärken aus meiner Sicht gehört der Wissens- und Informationstransfer über die Plattform der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. So kann das in einer Stadt gewonnene Wissen einen Nutzen für alle bringen. Dazu gehört übrigens auch, das Scheitern von Projekten darzustellen und daraus Empfehlungen abzuleiten. Denn auch aus Misserfolgen können wichtige Erkenntnisse abgeleitet werden, die den Erfolg für die Zukunft sichern.

DIE DIGITALISIERUNG UND DIE GESTALTUNG DER URBANEN ZUKUNFT

Kaum ein Einflussfaktor hat das Leben und Arbeiten in den Städten in den letzten 10 Jahren so sichtbar verändert wie die Digitalisierung. Man denke nur an eine gut gefüllte S-Bahn in einer Großstadt am frühen Morgen – kaum ein Mitfahrer, der nicht ein Smartphone in der Hand hat, um „connected“ und „always on“ zu sein, um sich mit seinen Freunden zu vernetzen, Online-Einkäufe zu tätigen, Musik von Online-Portalen zu hören, mit der Arbeit bereits zu beginnen etc. Kaum ein Ort, wo man es so sichtbar erfährt, wie gut sich der Mensch der Digitalisierung anzupassen vermag und seinen Nutzen daraus zieht.

Wie sieht es dagegen mit der Stadt aus und ihrer Fähigkeit sich anzupassen zu einer Smart City? Noch sehen wir z. B. keine

- Straßenlaternen, die ihr Licht verändern, je nach Witterungsverhältnissen und der Art und Anzahl der Straßennutzer,
- Ampeln an Straßenkreuzungen, die mit ankommenden PKW kommunizieren, um sie auf kreuzende Radfahrer hinzuweisen, die sich hinter nicht einsehbaren Häuserecken nähern,
- selbstfahrende Mini-Busse, die im Minutentakt auf Hauptverkehrsstraßen Personen transportieren, die auf- und abspringen und ihre Fahrt mit dem Handy bezahlen.

Die Digitalisierung setzt ihr Zeichen im städtischen Raum.

Sie ist nicht aufzuhalten und der Mensch wird sich ihr nicht entgegenstellen, sondern sie weiter vorantreiben und adaptieren – oder von ihr getrieben oder gar überrannt werden.

Die Stadt, die städtische Infrastruktur ist beharrlich und ihre Anpassungsfähigkeit offenbar stark eingeschränkt. Doch die Vorbote grundlegender Veränderungen gewohnter räumlicher Strukturen in der Stadt sind nicht zu übersehen:

- Orte mit freiem WLAN entwickeln sich zu Orten der Begegnung – für gemeinsame Online-Spiele, zum Videos schauen, Public Viewing der neuen Art.
- Lebensraum und Arbeitsraum verschmelzen in Quartieren – work where you want, Online-Business von zuhause.
- Der Handel erfindet sich neu und passt sich dem Internet-Business an, Showrooms, Pop-up-Shops und aus Tankstellen werden Online-Einkauf-Abholstops.
- Autos sind nicht mehr so wichtig – Hauptsache Mobilität.

Die Digitalisierung setzt ihr Zeichen im städtischen Raum. Sie ist nicht aufzuhalten und der Mensch wird sich ihr nicht entgegenstellen, sondern sie weiter vorantreiben und adaptieren – oder von ihr getrieben oder gar überrannt werden. Die nationale wie regionale Stadtentwicklungspolitik hingegen, die Gestaltung der urbanen Zukunft hat einen anderen Anspruch, sie will gestalten.

Mehr denn je ist es jetzt erforderlich, die Digitalisierung nicht als externen Trend zu verstehen, sondern als Gestaltungsmittel der Stadtentwicklung, als raumverändernde Dimension. Digitalisierung hört nicht bei Breitband, überall zugänglichem WLAN und dem Tablet für jeden Schüler auf, sondern fängt dort erst an. Digitalisierung verändert Verkehrswege, Wohnen, Arbeiten und Zusammensein, Umgang mit Umwelt, Natur und Energie, Sicherheit im öffentlichen Raum und die Versorgung mit öffentlichen Gütern. Unsere urbane Zukunft wird maßgeblich von einer neuen Anpassungsfähigkeit der Stadt abhängen.

In den nächsten 10 bis 15 Jahren wird die Digitalisierung in eine Hochphase kommen, in der kognitive Systeme erwachsen werden, die den Handlungsspielraum für Automatisierung, Self-Services und „Intelligence everywhere“ grundlegend erweitern.

Eckard Schindler, Diplom-Ökonom, IBM Deutschland (seit 2001), Leiter Geschäftsentwicklung Public Sector DACH und Senior Strategy Advisor Public Sector innerhalb des Vertriebs. Unterschiedliche Führungsrollen im Public Sector: Aufbau des Strategie-/Prozessberatungsgeschäfts für die Bundes-/Landesverwaltung; Führung des Markteintritts von Smarter Cities-Lösungen für die Kommunalverwaltung in Deutschland. Referent und Autor zahlreicher Fachveröffentlichungen zu den Themen Verwaltungsmodernisierung, Smarter Cities und ÖPPs im Bereich der IT.

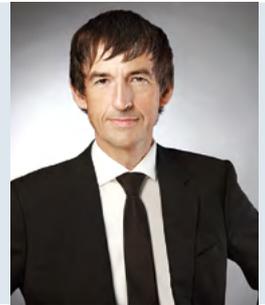


Foto: Inga Sommer

Die Stadtentwicklung ist gefragt, diesen neuen Freiraum zu nutzen und die urbane Zukunft mit Hilfe der Digitalisierung zu gestalten. Dazu sind drei Handlungsempfehlungen zu beachten:

1. Digitalisierung ist bei allen Akteuren der Stadtentwicklung zur Chefsache zu machen – und weil es Chefsache ist, muss es sich nicht nur auf der politischen Agenda und Tagesordnung, sondern angemessen in Umsetzungsplänen, Investitionsmitteln und Ergebnisberichten wiederfinden.
2. Eine Stadtentwicklung, die mit der Digitalisierung gestalten will, braucht digitale Fähigkeiten in ihrem interdisziplinären Team; eine Verwaltung, die zu Smarter Cities werden will, braucht spezifische IT-Kompetenzen in den zentralen gestaltenden Fachbereichen; ein Standort Deutschland, der auf Digitalisierung setzt, wird nicht ohne Smarter-Cities-Kompetenzcenter mit spezialisierten, interdisziplinären Fähigkeiten auskommen, welche Städte bei der digitalen urbanen Transformation unterstützen.
3. Die öffentliche Hand muss ihre Verantwortung, Rolle und Aufgabe mit einer zunehmend „digitalen öffentlichen Infrastruktur“, mit einem wachsenden „Internet der öffentlichen Dinge“ und einem massiv steigenden Big Open Data neu definieren und in eine Betriebsverantwortung hineinwachsen, in der sie sichere Datenplattformen aufbaut und betreibt, insbesondere dort, wo Industrie und Markt aufgrund von fehlenden Geschäftsmodellen und Partikularinteressen nicht dazu in der Lage sind. Damit wird der Digitalisierungsfortschritt deutlich gefördert und individuelle Geschäftsmodelle und neue Geschäftsideen können entstehen.

Ein solches Vorgehen räumt der Digitalisierung die richtige Bedeutung und Rolle im Rahmen der strategischen Stadtentwicklung ein. Dies ist die Wegstrecke für eine nachhaltige und wertstiftende Gestaltung der urbanen Zukunft.

Mehr denn je ist es jetzt erforderlich, die Digitalisierung nicht als externen Trend zu verstehen, sondern als Gestaltungsmittel der Stadtentwicklung, als raumverändernde Dimension.

SOUVENIR SHOP



16 20 16

16

WANN sent

BOSTON MA
EST. 1866

SOZIALER ZUSAMMENHALT IN STÄDTEN UND GEMEINDEN

Wie kann sozialer Zusammenhalt in Städten und Gemeinden durch die Nationale Stadtentwicklungspolitik gefördert werden? Die Gesellschaft wird immer vielfältiger und stellt die Städte vor die zunehmend schwierigere Aufgabe, trotz Ausdifferenzierung den Zusammenhalt in der Kommune zu bewahren. Der für alle Menschen zugängliche öffentliche Raum bildet das Fundament der europäischen Stadt, auf seiner Weiterentwicklung als Begegnungs- und Aufenthaltsraum liegt daher ein Hauptaugenmerk. Da die Stärkung benachteiligter Quartiere ein Kernthema der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ist, gilt es, diese Quartiere zu Orten besserer Chancen für alle zu entwickeln. Akteure der Zivilgesellschaft, wie Bürgerinitiativen, Religionsgemeinschaften und Bildungseinrichtungen, spielen dabei eine wichtige Rolle.

- Dr. Christoph Beier
Stellvertretender Vorstandssprecher der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Bonn/Eschborn
- Prof. Dr. Ilse Helbrecht
Direktorin des Georg-Simmel-Zentrums für Metropolenforschung und Direktorin des Geographischen Instituts der Humboldt-Universität Berlin
- Ralf Meister
Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers
- Ulrich Müller
Geschäftsführender Vorstand des Katholischen Siedlungsdienstes e. V., Berlin
- Dr. Michael Vesper
Vorstandsvorsitzender des Deutschen Olympischen Sportbundes, Frankfurt

ZUR INTERNATIONALEN DIMENSION DER NATIONALEN STADTENTWICKLUNG

Was kann man von Ihren Erfahrungen in den großen Städten – sei es in Afrika, Südamerika oder Südostasien – für die deutsche Stadtentwicklung lernen? Und was bedeutet für Ihre internationale Arbeit die deutsche Nationale Stadtentwicklungspolitik?

Wir waren bei der Habitat-Konferenz, weil ich von meiner Ausbildung her Stadt- und Regionalplanung im Blick habe und dafür kämpfe, entsprechende Aufträge von unseren Finanziers zu kriegen. Für manche ist es offenbar nicht ganz einfach nachzuvollziehen, wie wir mit multi-sektoriellen, raumbezogenen Ansätzen umgehen. Da ist es schon einfacher, wenn jemand sagt, so, wir schließen die Leute jetzt einfach ans Wasser an.

Was die Agenda 2030 angeht: Wir werden all diese hehren Ziele zur nachhaltigen Entwicklung weltweit nur erreichen, wenn wir die kommunale Ebene deutlich stärken; weil ja fast alles, was da vereinbart wurde, lokal umgesetzt werden muss. Das kann nur mit starken Kommunen gelingen, wo die Menschen können, was sie können sollen. Um ihre Dezentralisierungs-Ziele zu erreichen müssen sie auch über die Finanzen verfügen

Wichtig ist uns eine inklusive Stadtentwicklung, bei der es darum geht, vor allem sozial schwächeren und benachteiligten Bevölkerungsgruppen oder Stadtquartieren im gesamtstädtischen Kontext stärkere Aufmerksamkeit zu widmen.

und über die Mandate. Denkt man das alles zusammen, kommt man der politischen Dimension von Dezentralisierung und kommunaler Selbstverwaltung schon sehr nahe. Deshalb sagen wir immer: Ohne eine politische, administrative, funktionale, finanzielle, kapazitäre Stärkung der Kommunen ist das nicht zu machen.

Was bedeutet für Sie die deutsche Nationale Stadtentwicklungspolitik im Kontext internationaler Stadtentwicklungspolitiken?

Starke Kommunen brauchen einen Rahmen der Nationalregierung, der es ihnen erlaubt, so zu handeln, wie sie handeln sollten. Deswegen brauchen wir eine intelligente Nationale Stadtentwicklungspolitik und setzen uns weltweit sehr für eine Stadtentwicklungspolitik ein, die aber nicht – wie in den meisten Ländern – eher zu tief in das eingreift, was Hoheitsgebiet der Städte bleiben sollte. Wir brauchen keine Nationale Stadtentwicklungspolitik, die den Städten vorschreibt, was sie zu tun haben. Wir brauchen Nationale Stadtentwicklungspolitiken, die einen Rahmen dafür bieten, dass Städte ihre Aufgaben gut bewältigen können. Hier in Deutschland ist der Rahmen so definiert, dass es gemeinschaftliche Aufgaben gibt, die nationale und kommunale Ebenen gemeinsam haben. Wir plädieren sehr dafür, weil wir finden, dass die meisten Länder keine Politik haben, die diesem Aspekt gerecht wird.

Wir werden zunehmend danach gefragt, wie so eine Nationale Stadtentwicklungspolitik denn aussehen könnte. Da gibt es inhaltliche und instrumentelle Dinge, die wir für unsere Partner weltweit besonders interessant finden: Inhaltlich ist es die Forderung nach integrierten Stadtentwicklungs-Ansätzen. Ohne einen multi-sektoriellen und integrierten Ansatz kommt man einfach nicht weiter. Eine inklusive Stadtentwicklung ist uns wichtig, bei der es darum geht, sozial schwächeren, benachteiligten Bevölkerungsgruppen oder Stadtquartieren stärkere Aufmerksamkeit zu widmen.

Damit benennen Sie die beiden Schwerpunkte der Leipzig-Charta. Das sind wahrscheinlich Themen, auf die Sie bei der GIZ ständig treffen, egal wo Sie gerade arbeiten.

So ist es. Zwar können wir von deutschen Ansätzen nicht immer so einfach profitieren, aber in diesem Fall ist der Bezug zur Agenda klar und unsere Beziehung zu den meisten Städten sehr gut. Deshalb machen wir auf die Schwerpunkte, die Deutschland in seiner Nationalen Stadtentwicklungspolitik formuliert, aufmerksam, und es ist schon beeindruckend, wie die Leute nach Deutschland schauen.

Dr. Christoph Beier, geboren 1962, seit 2011 stellvertretender Vorstandssprecher der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH. Er war in der Geschäftsführung und als Bereichsleiter der Vorgängerorganisation, der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, tätig und lehrte und forschte am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeographie der Ruhr-Universität Bochum. Seine Laufbahn begann er bei der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung des Saarlandes beziehungsweise im Ministerium für Wirtschaft des Saarlandes.



Foto: Paul Hahn, GIZ

Wir haben uns im Ministerium darüber verständigt, dass die Nationale Stadtentwicklungspolitik im Wesentlichen einen Rahmen für die unübersichtliche Vielfalt von Einzelprogrammen bieten kann. Ich kann mich darauf berufen, dass Sie das auch im internationalen Kontext so sehen?

Sehr gern. Wir können die Nationale Stadtentwicklungspolitik gut dafür nutzen, unsere Beratungsansätze inhaltlich mit diesem Modellcharakter zu füllen. Wenn wir uns andererseits die Entwicklung weltweit ansehen, gerade auch vor dem Hintergrund des WBGU-Gutachtens zum „Umzug der Menschheit“, wie es so schön heißt, dann sollte es jetzt um die Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik gehen, so etwas wie ein Review?

Ja, genau.

Mir wäre die Erkenntnis sehr wichtig, dass die Probleme, mit denen wir uns befassen, globalen Charakter haben. Wir finden die internationale Dimension, die eine nationale Stadtentwicklungspolitik auch in Deutschland haben kann und sollte, bisher noch nicht stark genug ausgeprägt – beim Thema Umwelt beispielsweise. Der WBGU hat sehr eindrücklich aufgezeigt, dass, wenn man die Wucht der weltweiten Urbanisierung ungesteuert laufen lässt, wir bei dem, was gebaut wird, allein beim Thema CO₂ ein Riesenproblem kriegen. Im Grunde genommen wird ein großer Teil der CO₂-Emissionen allein durch Bauen verursacht – das ist aber noch niemand irgendwohin gereist und da hat auch noch keiner etwas gegessen. Das hat eine globale Dimension, wie man ja auch beim Thema Migration sieht.

Und weil Sie mich gefragt haben, ob man vielleicht auch mal umgekehrt was lernen könnte? Das betrifft glaube ich, ein klassisches Thema, an dem alle Städte immer wieder herumexperimentieren, nämlich die Frage: Wie beteilige ich meine städtische Bevölkerung an Entwicklung und Planung? Darüber habe ich neulich mit dem Regierenden Oberbürgermeister von Berlin gesprochen: Wenn ihn ein Thema besonders interessiert, dann sind es die weltweiten Erfahrungen mit der Beteiligung heterogener, ethnisch ausdifferenzierter Bevölkerungsgruppen. Das fände ich sehr spannend

neben klassischen Themen wie Mobilität, Energie usw. Das interessiert auch die Städte, da kann man international lernen. Das zweite Thema haben Sie vorhin schon angesprochen: Wenn es um soziale Inklusion geht, wäre es – gerade jetzt im Zuge der Migrationsbewegungen – natürlich spannend zu schauen, welche Erfahrungen wir international bei der Integration von Migranten in die städtische Lebens- und Arbeitswelt haben.

Heißt das auch Erfahrungen in Amman oder Banjoul?

Jedenfalls gibt es umfängliche Erfahrungen in den Ländern, die die meisten Flüchtlinge aufnehmen. Das ist ja nicht Europa, sondern im Wesentlichen tun das ganz stark Jordanien, die Türkei, der Irak, aber auch andere. Da ließen sich vielleicht wechselseitig interessante Erfahrungen austauschen, wie man damit umgehen kann. Wir haben globale Vernetzungen und Interdependenzen, und wir haben als deutsche Städte auch eine Mitverantwortung dafür, dass nachhaltige Stadtentwicklung weltweit gelingt, weil auch wir von nicht nachhaltiger Stadtentwicklung weltweit betroffen sind in unserem eigenen Glück und unserem eigenen Wohlergehen. Darauf könnte man nämlich auch noch mal mit stärkeren internationalen Austauschprogrammen aufbauen, wie wir sie schon mit den USA und Südafrika machen. Das ist eigentlich das einzige, was ich in den ansonsten hervorragend gelungenen Leitlinien vermisste.

Internationale Dimension der Nationalen Stadtentwicklungspolitik stärker ausprägen – beim Thema Umwelt beispielsweise.

Es gibt eine andere Arbeitsgruppe im BMUB, die diskutiert, wie die Leipzig-Charta weiterentwickelt werden könnte. Dafür wäre mir wichtig, dass wir von den Erfahrungen anderer Ländern lernen könnten: bei den Themen Migration, Integration, Arbeit, Beteiligung und Aushandlung divergierender Positionen. Von Ländern lernen, die es viel härter trifft als uns.

UMWELTGERECHTIGKEIT MITDENKEN

Frau Helbrecht, was interessiert Sie an der Arbeit im Kuratorium?

Ich war erst bei einer Kuratoriumssitzung dabei, weil ich frisch berufen wurde. Nach einer Sitzung kann ich über die Arbeit noch nicht viel sagen, aber ich finde, das Kuratorium tagt leider zu selten.

Meine Wahrnehmung ist, dass wir zu wenig gearbeitet haben und zu wenig gefordert wurden, wir Menschen, die da im Kuratorium sitzen. Prinzipiell bin ich als Stadtforscherin an der Entwicklung von Städten und am Transfer der Wissenschaft in die Gesellschaft sehr interessiert und arbeite gern daran mit. Ich sehe die Stadt als Handlungsfeld für die Entwicklung einer Gesellschaft. Insofern bin ich sehr interessiert an der Nationalen Stadtentwicklungspolitik und finde ausgesprochen wichtig, dass es sie gibt und sie sich etabliert hat.

Bei jeder Planungsentscheidung ist mitzudenken, welche Folgen veränderte Umweltbedingungen für unterschiedliche soziale Statusgruppen in der Stadt haben und wie gerecht oder ungerecht planerische Interventionen für unterschiedliche soziale Statusgruppen sind.

Ich bedauere auch, dass wir uns so selten treffen und eine Diskussion in dieser großen Runde bei der eng begrenzten Zeit kaum zustande kommen kann. Dabei ist die Nationale Stadtentwicklungspolitik doch als Plattform für den Dialog auf unterschiedlichen Bezugsebenen gedacht. Auf der einen Seite vertikal – der Bund verständigt sich mit den Ländern und mit den Gemeinden. Auf der anderen Seite horizontal – sie sollte als Plattform dienen, die über die Grenzen der jeweiligen ministeriellen Zuständigkeiten hinaus Kooperationen ermöglicht. Wie schätzen Sie die Wirksamkeit eines solchen Politikfeldes ein?

Potenziell hoch. Stadt ist prinzipiell ein effektiver Politikgegenstand. In Deutschland ist da, glaube ich, aber noch Luft nach oben. Es hat ja viel Kraft gekostet, die

Nationale Stadtentwicklungspolitik überhaupt zu etablieren und zu legitimieren, damit der Bund auf einem Feld tätig werden kann, das qua Grundgesetz nicht seins ist. Ich glaube, dass im positiven Sinne einer Symbolpolitik viel erreicht worden ist. Ich finde Symbole sehr wichtig: Symbole, Zeichen, Leuchttürme, Beispiele, Vorbilder. In diesem Sinn ist die Nationale Stadtentwicklungspolitik in der Fachwelt als Kommunikationsplattform sehr gut angekommen. Ich glaube, dass die Chance in die Ressortpolitiken hineinzuwirken das ist, was man sich für die nächste Phase vornehmen muss.

Ihre Kolleginnen und Kollegen im Kuratorium verweisen darauf, dass es zumindest im Bereich Soziale Stadt, im Programm BIWAQ Kooperationen der Ministerien gibt, bedauern aber immer wieder, dass die Kooperation selbst im Hause des BMUB nicht so richtig wirksam und öffentlich nicht sichtbar genug wird. Wie steht es um die Erwartungen, die wichtigen Fragen nach Klima, Mobilität und Ressourcen in Stadt und Umwelt wirksam zu bearbeiten?

Genau das ist einer der Punkte, um die es mir geht: Die Chance, dass Umwelt und Stadt jetzt in einem Ministerium sind und konzeptionell wie planerisch zusammengedacht werden können, das ließe sich ja unter dem Begriff Umweltgerechtigkeit fassen. Das heißt, bei jeder Planungsentscheidung ist mitzudenken, welche Folgen veränderte Umweltbedingungen für unterschiedliche soziale Statusgruppen in der Stadt haben und wie gerecht oder ungerecht planerische Interventionen aus dieser Perspektive sind. Das ist noch kein Praxisfeld in Deutschland: Bisher gab es ein kleines Modellprojekt beim DIFU, erste Debatten und in Berlin einen kleinen Ansatz. Dabei ist das konzeptionell eine der idealen Schnittstellen, um Stadt und Umwelt nochmal anders zusammenzudenken und zu schauen, welche Befruchtung auf beiden Seiten möglich wäre.

Wie sieht es mit der Migration, wie sieht es mit den Fragen der Integration, des Wohnens und des Zusammenlebens aus? Soll die Nationale Stadtentwicklungspolitik diese Themen stärker fördern?

Prof. Dr. Ilse Helbrecht, seit 2009 Professorin für Kultur- und Sozialgeographie an der Humboldt-Universität zu Berlin, seit 2014 Direktorin des Georg-Simmel-Zentrums für Metropolenforschung und seit 2015 Direktorin des Geographischen Instituts der Humboldt-Universität zu Berlin. Zuvor war sie als Professorin für Humangeographie an der Universität Bremen und als Privatdozentin und wissenschaftliche Assistentin an der Technischen Universität München tätig, an der sie promovierte.



Foto: M. Heyde

Ich finde die Schwerpunktsetzung konsequent und richtig, auch die Botschaften, die da ausgesprochen wurden.

Aus Sicht der Stadtforschung muss Stadtentwicklung auch ein Schwerpunkt sein. Ich halte gerade die Erstsemester-Vorlesung für die Bachelor-Studenten in Kultur- und Sozialwissenschaften und fange da mit Stadtentwicklung an. Was hat die Chicagoer Schule 1900, 1915 und 1920 diskutiert? Zuwanderung, Integration, sozialräumliche Gliederung der Stadt. Die Feststellung, dass Städte durch Zuwanderung definiert sind und Stadtwachstum nur über Zuwanderung läuft, ist in der Wissenschaft das kleine Einmaleins der Entwicklung von Städten.

Insofern ist die aktuelle Entwicklung gar nicht überraschend und auch kein brandneues Thema – wir wissen viel darüber. Im politischen Diskurs wundert mich immer, dass man so tut, als müsste man ganz neu überlegen, wie das funktioniert. Tatsächlich ist zu diesem Feld unglaublich viel Wissen und Kompetenz vorhanden. Zur Segregation in Städten beispielsweise: da gibt es wahrscheinlich kaum ein zweites Untersuchungsgebiet, das so langanhaltend und intensiv beforscht wurde und wird.

Eine Diskussionsteilnehmerin, Regula Lüscher, die Berliner Senatsbaudirektorin, hat einen Aspekt formuliert, den ich gern noch etwas verstärken würde. Sie wünscht sich, dass wir Zuwanderung und Integration nicht nur als Problem diskutieren. Wir sollten die Perspektive verändern und sehen, was für ein Gewinn die Zuwanderung für uns ist. Vor dem Hintergrund – und das finde ich einen spannenden Ansatz –, dass mit diesen Hunderttausenden von Zuwanderinnen und Zuwanderern, die bisher bei uns halboffiziell angekommen sind und weiterhin ankommen werden, ja auch andere kulturelle Hintergründe, andere Vorstellungen von Stadt, andere Vorstellungen von Zusammenleben bei uns im Alltag sichtbar werden. Das können ja auch Chancen sein.

Das ist auch meine Erfahrung. Ich habe 34 Jahre im Ruhrgebiet gearbeitet, wo der ganze Raum nur von Zuwanderung lebt. Davon, dass man wechselseitig voneinander lernt, gegenseitig auch Rücksicht nimmt, ein anderes Verständnis von Zusammenleben entwickelt

und daraus etwas Neues entsteht. Da geht es nicht nur um Gemüsehändler und Fußballvereine, da sind auch im Zusammenleben von Nachbarschaften ganz andere Qualitäten entstanden, als die der Pöhlbürger des Münsterlands, solange sie allein den Raum bevölkerten. Es ist ein Raum, der seine besonderen Qualitäten gerade durch die Zuwanderung erhalten hat.

Auf einer anderen Ebene sehe ich das auch in München, wo ich seit zwanzig Jahren wohne: das ist durch Zuwanderung eine so internationale Stadt geworden, wenn auch auf einer anderen Ebene der Zuwanderung. Aber ohne ginge es nicht.

Das Modell der europäischen Stadt, unsere Vorstellungen von Öffentlichkeit und Privatheit, von Handel, Wohnen und Arbeiten sind nicht die einzigen weltweit. Dass Menschen mit anderen Hintergründen kommen und andere Vorstellungen von Stadt mitbringen, dass wir von ihnen auch etwas lernen können, das finde ich eine wichtige Perspektive. Mir wäre wichtig, das als Bereicherung zu sehen und zu versuchen, es auch planerisch zu nutzen.

Das wäre die Chance eines notwendigen Perspektivwechsels: Zuwanderer als Menschen zu betrachten, die deutschen Städten – auch wenn sie sich zunächst nicht als Einwanderungsstädte betrachtet haben – zu einem vielfältigeren urbanen Leben verhelfen.

Genau, in diesen Chancen-Diskurs einzusteigen und die Zuwanderung nicht nur als eine fast technokratische Aufgabe zu betrachten – wo kommt der Wohnraum her und wann sind die Turnhallen frei? – sondern die Anforderungen wirklich auch tiefer und fundamentaler zu begreifen: Was für Stadtvorstellungen haben wir? Uns zu unseren Grundvorstellungen von Stadt befragen zu lassen, kann eine sehr große Bereicherung sein.

Dass Menschen mit anderen Hintergründen kommen und andere Vorstellungen von Stadt mitbringen, dass wir von ihnen auch etwas lernen können, das finde ich eine wichtige Perspektive.

STADT FINDET KIRCHE

Welche Erwartungen haben Sie an die Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik? Was kann sie tun, damit das Zusammenleben in den Städten, die Akzeptanz des Fremden gestärkt wird?

Bei den Integrationsleistungen, der Quartiersentwicklung, dem Knüpfen sozialer Netzwerke, den Integrationsangeboten – immer sind wir weit vom Ziel entfernt.

Aber wir dürfen keine Parallelgesellschaften akzeptieren, denn dann verabschieden wir uns von der Utopie der Stadt, und das ist im Kern Verrat an der Stadt. Da hätte ich keine Toleranz. Interessant ist natürlich, dass es gerade von den anti-aufklärerischen Kräften Versuche gibt, Theorien des Verschiedenen zu skizzieren, in denen das Verschiedene bejaht wird, aber strikt voneinander getrennt. Das ist Apartheid.

Eine dieser Tendenzen erleben wir unter dem Stichwort Sicherheit – der Staat muss Sicherheit garantieren, innen wie außen. Wir reden auch über Sicherheit innerhalb der Stadt, über sichere und unsichere Quartiere und Maßnahmen, die zu ergreifen sind: Absicherung des Wohnraums, des öffentlichen Raums, des Quartiers, Gated Communities. Ich empfinde das als Preisgabe der Grundidee der Stadt. Deswegen stelle ich mich immer hartnäckig dagegen, wenn die Utopie aufgegeben wird, dass Stadt die Integration des Fremden ist. Oder einfacher: das faire und gerechte Miteinander mit Menschen, die mir völlig unbekannt sind und auch bleiben werden. Wenn wir diese Utopie aufgeben, verliert die Stadt ihren Geist.

In den USA gab es jetzt eine Wahl gegen die Stadt. Wo kommen die Stimmen für den neuen Präsidenten her? Aus den Landkreisen, nicht aus New York, nicht aus L. A.: Die kommen nicht von da, wo sich Emanzipation durchgesetzt hat, wo die Freiheit des Bürgers im Mittelpunkt steht, wo die Grundwerte akzeptiert wer-

den. Die Stimmen kommen von Orten, wo man sich in Abgrenzung und Ausgrenzung gegen den anderen formuliert.

Das ist für mich unter dem Dach Nationale Stadtentwicklungspolitik die wichtige Querschnittsaufgabe. Wenn wir über Raumentwicklung nachdenken, über Architektur, über Durchmischen und Integrieren, taucht für mich überall die Frage nach dem sozialen Miteinander auf.

Kommunen, Länder und Bund unter dem Stichwort „national“ einzuladen zu interdisziplinärem Denken, inklusive Theorie und Praxis – das ist, glaube ich, der richtige Weg. Das erlebe ich auch direkt vor Ort: Wir können die Probleme und Verheißungen, die in der Stadt liegen, nicht in einer einzigen Sparte lösen, sei sie politisch, architektonisch, raumplanerisch, soziologisch oder sozialpolitisch. Wir werden sie nur gemeinsam lösen können.

Dass es hier vor zehn Jahren den Auftakt gab, dass wir alle eingeladen wurden, uns zusammensitzend um einen Tisch auszutauschen, dass es gewollt war, dass wir voneinander lernen, uns gegenseitig informieren und das Gelernte mitnehmen in unsere Verantwortungsbereiche, um uns dort weiter auszutauschen, das geht ja nur mit starken Allianzen vor Ort. Wie gelingt uns das zwischen kommunalpolitischen, regional- oder landespolitischen oder bundespolitischen Programmen, Vorgaben, Förderpolitiken und zivilgesellschaftlichen Akteuren? Das kann nur zusammen gelingen – darin liegt die Chance des Kuratoriums.

Stichwort Allianzen: Sie machen Erfahrungen unmittelbar vor Ort, die Kirche arbeitet mit verschiedenen Gruppen. Wenn Sie das Kuratorium als eine Gruppe betrachten, die versucht, verschiedene Akteure zusammen zu führen – was ist da unsere Aufgabe?

Darin liegt, das ist heute deutlich geworden, schon eine Herausforderung an uns:

- Wie definierst du deine Rolle? Also für welchen Verband, für welche Institution, für welchen Interessenbereich sprichst du eigentlich? Und:
- Welche Möglichkeiten hast du, die hier gewonnenen Erfahrungen und Informationen in deine Kreise einzubringen?

Bei den Integrationsleistungen, der Quartiersentwicklung, dem Knüpfen sozialer Netzwerke, den Integrationsangeboten – immer sind wir weit vom Ziel entfernt.

Ralf Meister, geboren 1962, seit 2011 Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers. Er war Generalsuperintendent des Sprengels Berlin in der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, Propst des Kirchenkreises Lübeck der Nordelbischen Kirche und Leiter der Redaktion Kiel des Evangelischen Rundfunkrates der norddeutschen Kirchen am Landesfunkhaus Schleswig-Holstein in Kiel.



Foto: Elke Wendt-Kummer

Der zweite Punkt lässt sich noch deutlich ausbauen, denn die Umsetzung dessen, was wir hier andenken oder austauschen, findet vor Ort statt, weitestgehend.

Ich sehe das hier eher als eine Initialisierung: Was hier geschieht, sollt ihr vor Ort, in eurem Verband, eurer Institution, so weiter tragen und fruchtbar machen, dass es wirkt! Das halte ich für die Funktion des Kuratoriums. Die ließe sich vielleicht manchmal durch eine andere Arbeitsweise noch vertiefen. Eine moderne Methodenvielfalt könnte den Austausch intensivieren, dass man nicht nur die Karte oder Telefonnummer des Nachbarn einsteckt, um ihn vielleicht mal einzuladen. Vielmehr könnte man da doch fragen: Welches Projekt würdest du mir empfehlen, umzusetzen, jetzt, wo du meine Situation kennst? Was könnte ich machen oder welche Möglichkeiten siehst du in dieser Frage? Also das ließe sich vielleicht noch vertiefen,

Man sollte sich nochmal klar machen, was heute hier passiert. Hier öffnet sich Politik, hier öffnet sich die Ebene der Mitentscheider für einen Dialog mit den unterschiedlichsten Interessengruppen. Das ist kein Add-on im Sinne von „das nehmen wir gern noch mit“, das Ministerium beabsichtigt vielmehr, Erkenntnisse und Ergebnisse in seiner Politik zu implementieren, und das ist sehr wichtig. So ein Austausch ist ja in unserer politischen Landschaft relativ neu, dass ein Ministerium diesen Dialog fördert und die Ergebnisse dann tatsächlich in seine Entscheidungsfindung aufnimmt, also nicht nur Klientelpolitik macht, sondern die gesamte Breite von Interessen und Gemengelagen für die Stadtentwicklung einlädt, sich zu beteiligen. Die Stärke unseres Kreises liegt doch darin, dass es neben dem hohen Lobby-Interesse von Gruppen und Personen, die hier für ihre Institutionen und Verbände reden, einen sehr breiten, offenen und zuweilen kontroversen Austausch gibt. Das ist unsere eigentliche Stärke, wenn wir beieinandersitzen. Die ließe sich noch ein bisschen ausbauen.

Das Programm „Kirche findet Stadt“ wird als Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik gefördert. Sind die Kirche und kirchliche Interessen ausreichend vertreten? Wie sieht es mit der Wahrnehmung dieses Programms aus? Was müsste sich da noch weiter entwickeln?

Ich finde es sehr gut, dass es dieses Programm gibt. Die Stärke des Akteurs Kirche wird in den unterschiedlichsten Bereichen der Zivilgesellschaft, in den Regionen und Nachbarschaften genutzt, um Quartiersentwicklung oder soziale Gemengelagen zu befördern oder zu stärken. Ich wünsche mir sehr, dass es an der Stelle eine Fortsetzung gibt, gar keine Frage. Es gibt nichts, was ich mir mehr wünsche. Was in „Kirche findet Stadt“ passiert, ist sehr stark sozial-diakonisch. Der Faktor, dass die Kirche auch Ressourcen bietet, als Mediator für religiöse Konflikte zu agieren, wird vermutlich zunehmend wichtiger, um den Frieden in der Stadt zu erhalten.

Darin liegt die Chance des Kuratoriums: Was hier geschieht, sollt ihr vor Ort, in eurem Verband, eurer Institution, so weiter tragen und fruchtbar machen, dass es wirkt!

Man sollte mal prüfen, ob sich das Themenfeld „Kirche findet Stadt“ nicht verbreitern lässt. Da muss man nicht weit laufen. In den Großstädten kommt es zunehmend zu Konfliktlagen, die religiösen Ursprungs sind und das Zusammenleben mit dem Fremden auf die absolute Probe stellen. Die Kirchen sind da in einer besonderen Verantwortung für den Frieden zwischen den Religionen. In der Verantwortung, jetzt gerade nicht missionarisch tätig zu sein. Vielmehr hat die Kirche als die älteste, nach wie vor größte Religionsgemeinschaft, die noch tief verankert ist in den Regionen, in den Quartieren, in den Städten, eine besondere Verantwortung für diesen Friedensauftrag.

Grüne Insel Kirchberg



Fotos: Klaus Kuntz

Ein Jahr lang haben Akteure aus 21 Institutionen an einem Gestaltungs- und Entwicklungskonzept für die „Grüne Insel Kirchberg“ im Saarbrücker Stadtteil Malstatt gearbeitet, um einen lebendigen Freiraum für alle Generationen und Ethnien zu entwickeln. Die Potenziale der unterschiedlichen Eigentümer, Institutionen und Bewohner wurden verknüpft, sodass ein ebenso attraktives wie vielfältiges Nutzungsspektrum entstand. Über Netzwerke zwischen den beteiligten Akteuren wird das Angebot dauerhaft aufrechterhalten.



New Hamburg – Gemeinschaft leben im Quartier



Das Projekt New Hamburg entstand in Kooperation des Deutschen Schauspielhauses Hamburg, der Evangelisch-lutherischen Kirche und vielen Akteuren und Bewohnern des Hamburger Stadtteils Veddel. Neue Begegnungsmöglichkeiten sollen dabei helfen, das Zusammenleben von Bewohnern und den Flüchtlingen aus der örtlichen Wohnunterkunft zu fördern. Es wurden ein Café als Begegnungszentrum eingerichtet, soziale und kulturelle Angebote geschaffen und Bewohnergruppen miteinander vernetzt. Ein Komitee bringt alle Interessierten zusammen und ist für die Organisation des Programms zuständig.



Fotos: Christian Bartsch

Neue Nachbarschaften im Landkreis Lindau – ein Gewinn



Foto: Gabriele Zobel

Der Landkreis Lindau verfolgt eine dezentrale und kleinräumige Strategie für die Unterbringung von Flüchtlingen. Im Rahmen des Projekts „Neue Nachbarschaften im Landkreis Lindau – ein Gewinn“ haben Flüchtlinge und Nachbarn in modellhaft ausgewählten Quartieren gemeinsam Ideen für das Zusammenleben entwickelt. Neue kreative Formen der Begegnung



Foto: Milena Schläpfer

und Unterstützung wurden initiiert und unterstützt. Ziel des Projekts ist eine von allen gemeinsam getragene Strategie zur Integration von Flüchtlingen in das Quartier, Mittel dazu sind ein Veranstaltungs- und Begegnungsprogramm, Patenschaften von Bürgern und Institutionen sowie die Schaffung von Zugängen zu Ausbildung und Arbeit.

Bildungslandschaft Altstadt Nord Köln – Motor für Stadtentwicklung

Sechs Bildungseinrichtungen in der nördlichen Kölner Altstadt arbeiten unter Federführung der Stadt Köln und der Montag Stiftungen daran, ein dem gemeinschaftlichen Lernen verpflichtetes innovatives Bildungsumfeld zu schaffen, die „Bildungslandschaft Altstadt Nord Köln“. Die pädagogischen Konzepte der Bildungseinrichtungen sowie

die jeweiligen Raumbedarfe wurden funktional und gestalterisch bestmöglich aufeinander abgestimmt und sinnvoll in den Stadtteil integriert. Nach einem kooperativen und offenen Planungsprozess befinden sich zur Zeit einige Gebäude, die im Rahmen des Projekts konzeptioniert wurden, im Bau. Sie werden im Jahr 2018 fertiggestellt.



Fotos: Michael Gräbener



Foto: Stadt Köln (THUS / HauptwegNebenwege.de)

SOZIALE STADTENTWICKLUNG SETZT NICHT NUR AUF BETON

Herr Müller, Sie arbeiten im Kuratorium Nationale Stadtentwicklungspolitik mit – welche Verbindung gibt es zwischen dem Katholischen Siedlungsdienst, den Sie als Geschäftsführer leiten, und der Nationalen Stadtentwicklungspolitik?

Städte sind Orte, wo die Menschen sind, und Kirche will bei den Menschen sein. Da sind wir ganz schnell bei der Verbindung, warum Kirche sich auch den Fragen der Stadtentwicklung widmet. Am Kuratorium interessiert mich vor allem, dass es interdisziplinär ist. Ich bewege mich sonst entweder unter Kirchenmenschen oder unter Wohnungswirtschaftlern, und habe diesen Rundumblick viel zu selten. Insofern ist das Kuratorium eine gute Einrichtung, die allen Beteiligten einen interdisziplinären Blick ermöglicht. Für mich ist das natürlich eine Chance: Kirche ist ja ein großer Erklärer der Zivilgesellschaft und Zivilgesellschaft findet ihre praktische Ausprägung in den Städten. Insofern ist es mir wichtig, mit den anderen an einem Tisch zu sitzen und zu versuchen, unsere Kenntnisse und Fähigkeiten einzubringen. Das Kuratorium ist für mich, ehrlich gesagt, auch eine gute Plattform zum Netzwerken: Kontakte zu knüpfen, neue Ideen zu sammeln, und etwas Neues einzubringen.

Das große Thema bei der letzten Kuratoriumssitzung war das Thema Wohnen – Wohnung, Wohnungsbau und im Zusammenhang damit Zuwanderung und Integration. Sind das nicht auch für Sie die zentralen Themen, mit denen Sie sich befassen?

Ja, das Wohnungsthema ist brandheiß, das merken wir besonders auf zwei Ebenen. Einerseits betätigt sich die Kirche über die Siedlungswerke als aktiver Anbieter von Wohnraum: die Leute kommen zu uns, weil sie Wohnraum brauchen, bezahlbaren Wohnraum. Da spüren wir ganz deutlich, dass Wohnen wieder zu einem drängen-

den gesellschaftlichen Thema geworden ist. Andererseits sind wir eng verbunden mit unseren Einrichtungen der Wohlfahrt – Caritas, Sozialdienst katholischer Frauen und wie sie alle heißen. Da stellt sich am finanziell unteren Rand der Gesellschaft die Wohnungsfrage mit Vehemenz und bringt die Menschen in existenzielle Nöte.

Damit wären wir bei der sozialen Spaltung unserer Gesellschaft. Trägt die Politik der Kirche zum gesellschaftlichen Miteinander bei, hilft sie, die Spaltungen abzubauen?

Wir haben eine Gemeinwohl-Verpflichtung und sehen uns auch in der Solidaritätspflicht. Was können wir tun? Das Eine ist: rein materiell zu helfen versuchen, indem wir Wohnraum zur Verfügung stellen, bezahlbaren Wohnraum. Die Siedlungswerke sind unisono nur noch Träger des sozialen Wohnungsbaus. Wir haben über die Jahre nie zu bauen aufgehört, zugegebenermaßen nicht in der Größenordnung, in der wir hätten bauen müssen. Da sind wir aber nicht die einzigen, die den Bedarf unterschätzt haben. Zu unserem Bedauern haben die Länder zu spät darauf reagiert, dass sie die Förderung wieder in die Hand nehmen konnten. Ehrlich gesagt haben sich zu viele Länder davor gedrückt.

Wir können materiell helfen, auch in der Hinsicht, dass wir nicht einfach nur versuchen, Häuser hin zu setzen, sondern dass wir auch offene Quartiere bauen. Was wir nicht brauchen, sind Gated Communities, mit denen wir die Spaltung verschärfen. Wir brauchen offene Quartiere, offen zum Umfeld, aber auch offen untereinander. Wir vermeiden, monolithische Quartiere zu bauen. Wir bauen gern in einer Mischung aus Eigentum, gefördertem Wohnraum, freiem Wohnraum. Wir nehmen gern noch andere Akteure mit ins Boot, sei es eine Kita, sei es eine Sozialstation der Caritas oder ein örtlicher Trägerverein, der auch Quartiersmanagement betreibt. Das gehört für uns schon bei einem Gesamtpaket dazu. Also das ist die materielle Dimension. Als Kirche sehen wir uns auch in der Verantwortung, den Menschen jenseits des Materiellen zur Seite zu stehen, Ihnen Bera-

Die Wohnungsfrage bringt die Menschen am unteren Rand der Gesellschaft in existenzielle Nöte.

Ulrich Müller, geboren 1967, seit 2004 geschäftsführender Vorstand des Katholischen Siedlungsdienstes e. V., für den er zuvor als Referent arbeitete. Vorher war er als Referent der Europäischen Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung – Deutsche Sektion, als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei einem Abgeordneten des Europaparlaments, als stellvertretender Geschäftsführer eines mittelständischen Unternehmens und als Referent im Bundestag tätig.



Foto: KSD

tungsangebote, aber auch geistliche Angebote mit ins Quartier zu bringen. Das muss jetzt nicht eine große Kirche sein. Es gibt auch niederschwellige Angebote, wo Menschen einen Zugang finden können, einfach zusammenfinden und miteinander kommunizieren.

Zurück zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik: Was brauchen Sie an Unterstützung? Was würden Sie sich für eine Fortschreibung des Programms wünschen?

Was ich mir wünschen würde? Mir fehlen so ein bisschen Klarheit und Stringenz. Ich empfinde die Vielfalt der Themen als ein bisschen zu unsortiert. Die stehen wie Säulen nebeneinander, mir fehlt das Zusammenfassende, Klärende. Ich würde mir da einen roten Faden wünschen. Was ich gut finde, ist, dass die soziale Stadtentwicklung nicht nur auf Beton setzt. Ich finde das Thema Soziale Stadt wichtig, wobei wir darauf achten müssen, dass die Gleichung „Mehr Sozialarbeiter machen weniger Probleme“ nicht aufgeht. Wenn man sagt, wir geben jetzt hundert Millionen mehr in die Soziale Stadt, dann werden die Städte besser, weil sie mehr Sozialarbeiter haben, ist das zu einfach. Da muss man nochmal gucken, wie sich das im Einzelfall optimieren lässt. Mein größter Wunsch wäre einfach, die Dinge mehr miteinander zu verbinden und zusammenfließen zu lassen. Im Ministerium, wo alle Bereiche getrennt sind, ist das ja auch wahnsinnig schwierig.

Die Botschaft nehme ich gern auf: sollte man eine stärker integrierte und stärker integrierende Politik betreiben und sie über die Grenzen eines Ministeriums hinaus so vermitteln, dass sie öffentlich mehr bekannt wird?

Ja!

Sind da die Kirchen mit ihrer Tradition nicht auch in der Pflicht?

Sie können ruhig von Verpflichtung reden, man darf uns ruhig auch in die Pflicht nehmen!

Was ich mir wünschen würde? Mir fehlen so ein bisschen Klarheit und Stringenz. Ich empfinde die Vielfalt der Themen als ein bisschen zu unsortiert. Die stehen wie Säulen nebeneinander, mir fehlt das Zusammenfassende, Klärende. Ich würde mir da einen roten Faden wünschen.

STARKER SPORT – STARKE STÄDTE

Als Vorstandsvorsitzender des Deutschen Olympischen Sportbundes verfolgen Sie die Nationale Stadtentwicklungspolitik von Beginn an. Wie fällt ihre Bilanz aus?

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik führt Vertreter der Politik und der Planungspraxis sowie Repräsentanten aus Wirtschaft und Gesellschaft in einem gemeinsamen Diskurs zusammen. Dieser Austausch ist elementar vor dem Hintergrund, dass Nachhaltigkeit nur gelingen kann, wenn wir eine integrierte Perspektive einnehmen. Dies erfolgte in der Stadterneuerung, mit der ich als Minister zu tun hatte, schon vorher. Neu war jedoch die Bereitschaft, den experimentellen Projekten einen Raum zu geben. Der Austausch im Kuratorium und die Erfahrungen in der Praxis haben in den vergangenen zehn Jahren viel bewirkt. Vieles, was damals noch neu war, gehört heute zum Standardrepertoire der Stadtentwicklungspolitik. Aber viele Probleme sind nach wie vor ungelöst, neue sind hinzugekommen. Insofern stehen wir heute mehr denn je vor der Aufgabe, unsere Städte nachhaltig zu entwickeln.

Die Betrachtung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik als Dach ist der richtige Ansatz, aber es sollte kein additiver, sondern ein noch integrativerer Ansatz gewählt werden, der die Stadt ins Zentrum stellt und dabei die Quartiere als entscheidende Ebene fokussiert.

Die Betrachtung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik als Dach ist der richtige Ansatz, aber es sollte kein additiver, sondern ein noch integrativerer Ansatz gewählt werden, der die Stadt ins Zentrum stellt und dabei die Quartiere als entscheidende Ebene fokussiert.

In welchen Bereichen haben sich die Anforderungen aus Ihrer Sicht geändert?

In den vergangenen Jahren sind Klimawandel und Klimaanpassung, die krisenbedingte Zuwanderung, regional unterschiedliche Bevölkerungsentwicklungen, sozialräumliche Polarisierungen ins Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung gerückt. Gleichzeitig sind die Themen, die uns seit langem beschäftigen, nicht aus der Welt. Ich denke zum Beispiel an die älter werdende Gesellschaft und die zunehmenden gesundheitlichen Probleme durch die Zunahme lebensstilbedingter Erkrankungen.

Diese und weitere Entwicklungen gefährden vor dem Hintergrund einer strukturellen Unterfinanzierung kommunaler Kassen die politische Handlungsfähigkeit. Um die Lebensqualität in den Kommunen zu sichern bzw. auszubauen, ist eine aktivere Stadtentwicklungspolitik notwendig. Die klassischen Formen der politischen Steuerung werden hierfür künftig nicht mehr ausreichen. Staatliche Interventionen, die ausschließlich auf die bekannten Instrumente und Akteure der Stadtentwicklung setzen, greifen häufig zu kurz. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik des Bundes formuliert daher: „Weder Staat und Politik noch Wirtschaft können die anstehenden gesellschaftlichen und urbanen Veränderungsprozesse in den Städten bewältigen. ... Ohne bürgerschaftliches Engagement und private Initiativen laufen öffentliche Projekte und Maßnahmen der Stadtentwicklung oft genug leer.“ Diesen richtigen Satz sollte man im politischen Berlin täglich zitieren! Daraus folgt jedenfalls: Stadtentwicklung in Deutschland benötigt neue Partner, Partner wie den Sport!

Warum sehen Sie den Sport als sozialen Stabilisator in den Kommunen?

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Bedeutung der Organisationen des so genannten „Dritten Sektors“ weiter zunehmen wird. Der gemeinwohlorientierte Sport ist hierbei der größte Akteur. Durch das flächendeckende System von mehr als 90.000 Sportvereinen leistet er mit seinen vielfältigen Innovationspotenzialen einen zentralen Beitrag zum Gemeinwohl in Deutschland. Der organisierte Sport unter dem Dach des DOSB leistet angesichts eines beschleunigten so-

Dr. Michael Vesper, geboren 1952, seit 2014 Vorstandsvorsitzender des Deutschen Olympischen Sportbundes. Dr. Vesper war Landtagsvizepräsident, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Bauen und Wohnen beziehungsweise für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport in Nordrhein-Westfalen. Für den Deutschen Olympischen Sportbund begleitete Dr. Vesper die deutsche Olympiamannschaft als Chef de Mission zu den Olympischen Sommerspielen 2008 und 2012 und zu den Olympischen Winterspielen 2014.



Foto: Torsten Silz

zialen Wandels einen zentralen Beitrag zum Gemeinwohl in Deutschland – er hat entsprechend sein Angebotsspektrum stark ausgeweitet, seine Leitbilder modernisiert und auf eine differenzierte Gesellschaft hin ausgerichtet, Qualifizierungskonzepte weiterentwickelt und an vielen Stellen Instrumente des Qualitätsmanagements eingeführt.

Sportvereine sind nicht nur Anbieter von Sport, sondern der größte nicht-staatliche Bildungsanbieter und vieles mehr. Neben außerschulischer Ganztagsbetreuung konzipieren Sportvereine Programme für Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Familien oder auch speziell für ältere Menschen. Ein Top-Produkt sind die bundesweit mehr als 18.000 qualitätsgesicherten Gesundheitssportangebote, die wichtige Präventionsaufgaben übernehmen. Hinzu kommt ein starker inklusiver Auftrag zur Teilhabe und Integration von Menschen mit Behinderung. Spezielle Zielgruppenprogramme wenden sich an Frauen und Mädchen sowie an Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete.

Darüber hinaus engagiert sich eine zunehmende Anzahl von Vereinen für den Natur-, Umwelt- und Klimaschutz. Die deutschen Sportvereine erreichen wie keine andere Freiwilligenvereinigung in Deutschland Kinder und Jugendliche aus allen sozialen Gruppen. Dank seines niedrighwelligen Zugangs ist der Sport gerade angesichts der zunehmenden Multikulturalität unserer Gesellschaft wichtig: „Starker Sport – starke Städte!“ Sportvereine bilden den Kitt unserer Gesellschaft.

Sehen Sie diesen Beitrag des Sports und der Sportvereine in der Stadtentwicklung angemessen wahrgenommen?

Sportvereine machen Städte und Gemeinden zu Orten mit hoher Lebensqualität und wirken den Spaltungstendenzen in den Städten entgegen. Vor diesem Hintergrund verwundert es, dass die Projekte und Interventionen von Stadtentwicklung und Kommunalpolitik die deutschen Sportvereine und ihre Potenziale nicht schon längst umfassender berücksichtigen. Häufig verliert sich bisher die Berücksichtigung des Sports in isolierten Einzelvorhaben. Stattdessen können und sollten Bund, Länder und Kommunen sowie die Nationale Stadtentwicklungspolitik die Strukturen des or-

ganisierten Sports systematischer nutzen. Weitere Zukunftsfaktoren sind eine kreative und stärker mit anderen politischen Handlungsfeldern vernetzte kommunale Sportförderpolitik, die Überwindung einer stark „versäulten“ Kommunalverwaltung sowie eine thematisch breite und strategisch ausgerichtete Zusammenarbeit zwischen kooperationsorientierten Sportvereinen und anderen kommunalen Akteuren.

Sport und Freiraum – das ist für Sie offenbar ein ideales Feld für neue Partnerschaften in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik?

Grün- und Naturflächen in den Kommunen eignen sich gut für sportliche Betätigung und dienen so auch der Gesundheitsförderung. Die Bedeutung einer gleichermaßen sport- und präventionsfördernden und somit mehrdimensionalen Freiraumentwicklung wird häufig noch unterschätzt. Auch und gerade bei der Freiraum- und Stadtplanung brauchen wir neue Kooperationen zwischen Sportexperten bzw. -vereinen, Gesundheitsexperten und Planern. Die „gesunde Stadt“ ist nur als interdisziplinäre Aufgabe, somit als Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen vieler Akteure, insbesondere unter Berücksichtigung von Sport und Bewegung, zu verstehen. Demgegenüber macht eine verdichtete und kooperationsarme Stadt bestenfalls nicht krank – sie bietet jedoch kein gesundheitsförderndes (räumliches) Umfeld. Nur eine sportgerechte Stadt kann also eine gesundheitsfördernde Stadt sein.

Unsere Städte brauchen in Zukunft mehr hochwertige Grünflächen und urbanes Grün, nicht nur, aber eben auch, um mehr Sport und Bewegung für alle Alters- und Zielgruppen zu ermöglichen. Mehr Grün und mehr Sport sind zentrale Erfolgsfaktoren für mehr Lebensqualität, mehr Standortqualität und mehr soziale Qualität in unseren Kommunen!

Dank seines niedrighwelligen Zugangs ist der Sport gerade angesichts der zunehmenden Multikulturalität unserer Gesellschaft wichtig: „Starker Sport – starke Städte!“ Sportvereine bilden den Kitt unserer Gesellschaft.



Region/Mob?

Verkehr/ÖG & Anbindung

alternativ Ubergangsweg

Erbauung d. Ortschaft Nord-Land

Kommunale U

Handwritten note on a yellow sticky note

Handwritten note on a green sticky note

STADT UND UMWELT IM KLIMAWANDEL

Welche Handlungsansätze bietet die Nationale Stadtentwicklungspolitik für Stadt und Umwelt im Klimawandel? Städte sind einerseits die zentralen Verursacher klimaschädlicher Treibhausgase (80 % aller Treibhausgase entstehen in Städten), gleichzeitig sind sie den Folgen des Klimawandels oft am stärksten ausgesetzt. Als Orte von Innovation und Wandel sind Städte darüber hinaus gefragt, Lösungen zur Schadensbegrenzung und Anpassung zu entwickeln. Klimaschutz muss als Querschnittsaufgabe einer integrierten Stadtentwicklungspolitik verstanden werden. Auf lokaler Ebene kann ein wichtiger Beitrag zur Energiewende und zu den globalen Klimazielen geleistet werden. Strategisch gesehen dienen Innenentwicklung und Freiraumplanung ebenso der Klimaanpassung wie nachhaltige Materialien und Baustoffe. Auch – und gerade – beim Thema Verkehr steht die Reduktion klimaschädlicher Emissionen auf der Tagesordnung.

- Dr. Brigitte Dahlbender
Landesvorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) Baden-Württemberg, Stuttgart
- Maria Krautzberger
Präsidentin des Umweltbundesamtes, Dessau-Roßlau
- Prof. Dr. Dr. h. c. Hans Joachim Schellnhuber
Direktor des Potsdam-Institutes für Klimafolgenforschung, Potsdam
- Prof. Dr. Miranda Schreurs
Professorin für Environmental and Climate Policy, Hochschule für Politik der Technischen Universität München
- Petra Wesseler
Präsidentin des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Bonn/Berlin

STÄDTE BRAUCHEN KONSEQUENTE NACHHALTIGKEIT

Die Bewältigung großer Zukunftsaufgaben wie Klimaschutz, Verringerung des Ressourcenverbrauchs, Bodenschutz und Erhalt der Biodiversität kann nur durch eine nachhaltige Entwicklung unserer Städte gelingen. Die Stadt selbst und ihre Region müssen zum Zentrum nachhaltiger Entwicklung werden. Nur wenn Städte erfolgreich Klimaschutz betreiben, sich zur Drehscheibe nachhaltiger Mobilität entwickeln und das gesamte Beschaffungswesen an Nachhaltigkeitskriterien und fairem Handeln ausrichten, werden sie ihre wichtige Aufgabe erfüllen können.

In den letzten Jahren haben sich viele Städte auf den Weg gemacht. Die Handlungsfelder wurden analysiert, die notwendigen Maßnahmen beschrieben und einzelne Projekte gestartet. Vom European Energy Award über die Förderprogramme der Bundesregierung und der Landesregierungen sowie der lokalen und regionalen Energieagenturen bis zur Beratung der Bevölkerung wurde Klimaschutz öffentlichkeitswirksam thematisiert. All diesen Maßnahmen und Ansätzen fehlt jedoch die Übertragung auf das gesamte Handeln der Städte. Jede Stadt rühmt sich mittlerweile eines Baugebiets mit Passivhausstandard oder einiger vorbildlicher Sanierungsprojekte im Wohnungsbau, doch eine konsequente Umsetzung auf alle Bauvorhaben, alle Sanierungsprojekte und auf die Mobilität als wesentlichen Faktor eines gelingenden Klimaschutzes fehlt. Bei aller Anerkennung der bisherigen Bemühungen reichen die Maßnahmen, so wie sie bisher angegangen und umgesetzt wurden, nicht aus, um die Klimaschutzziele von Paris und damit einen wirksamen Klimaschutz zu erreichen.

All diesen Maßnahmen fehlt jedoch die Übertragung auf das gesamte Handeln der Städte.

In den Städten hat sich in den letzten Jahren eine Stadtkultur entwickelt, die eine gute Basis für weiterreichende Schritte und Maßnahmen im Klimaschutz und zur Entwicklung einer nachhaltigen Stadtgesellschaft sein kann: Junge Menschen mit Familien, die kein eigenes Auto mehr wollen oder sich leisten kön-

nen, aber Anspruch auf nachhaltige Mobilität erheben; vielfältige Gruppen, die mit Urban Gardening die Städte beleben, verschönern, durchgrünen und Hinweise auf ein Stadtleben unter neuen Blickwinkeln und Gemeinsamkeiten geben. In den Städten entwickelt sich zunehmend wieder eine Kultur des Tauschens und Reparierens – gerade in diesen Bereichen ist festzustellen, dass sich Menschen jeden Lebensalters mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund zu solchen Aktivitäten zusammenfinden.

Städte sollten deshalb in folgenden Bereichen konsequenter und mit mehr Nachdruck handeln: Klimaschutzmaßnahmen sollten nicht nur im Bereich Stromversorgung- und -verbrauch, sondern auch in Wärmeversorgung und -verbrauch Anwendung finden, sowohl bei der Sanierung als auch beim Neubau. Städte müssen sich als Mobilitätsdrehscheibe verstehen und offensiv Fuß- und Radverkehr fördern, den ÖPNV, Carsharing und Mobilitätskarten zum schnellen und freien Wechsel der Mobilitätsarten. Städte brauchen schnelle und eigene Fahrradstraßen, schnelle Busspuren bis hin zu eigenen Bustrassen bei gleichzeitiger Verringerung des nur durch den PKW- und LKW-Verkehr genutzten Straßenraums und den Ausbau eines Stadtlogistiksystems. Für gelingenden Klimaschutz und nachhaltige Stadtentwicklung ist das Beschaffungswesen nach wie vor von zentraler Bedeutung. Städte haben einen enormen Einfluss darauf, welche Produkte nachgefragt und produziert werden, Einfluss also auf den Energieverbrauch, den Ressourcenverbrauch und die sozialen Standards in der Produktion. Solange die Maßnahmenkataloge zum nachhaltigen Beschaffungswesen in den Kommunen nur teilweise umgesetzt werden, versäumen die Städte ihre Wirkungskraft in diesem Bereich.

Die technischen Möglichkeiten, den Verbrauch von Energie in den Kommunen zu senken, von innovativer Haustechnik bis zur Smart City, sind zahlreich. Sie gehören in das große Themenfeld „Ökologische Industrialisierung“, denn letztlich geht es darum, mit mehr und anderer Technik Klimaschutz zu betreiben und den Ressourcenverbrauch zu senken. Allerdings sind diese Maßnahmen sehr kostenintensiv und erwecken zudem bei der Bevölkerung den Eindruck, alle Probleme

Dr. Brigitte Dahlbender, geboren 1955, ist seit 1997 Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz in Baden-Württemberg. Von 2001 bis 2007 war sie stellvertretende Bundesvorsitzende des Verbandes, von 1991 bis 1997 Ulmer Kreisvorsitzende. Für den deutschen Naturschutzring ist Dr. Dahlbender Mitglied im Beirat für Raumordnung beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. Schwerpunkt ihres Engagements sind nachhaltige Siedlungs-, Stadt- und Gesellschaftsentwicklung und eine verbesserte Bürgerbeteiligung.



Foto: Frank Müller, BUND BW

seien mit Technik zu lösen; wir bräuchten unser Verhalten also nicht zu ändern, Stadtverwaltung und Politik müssten bei Energieversorgung, Mobilität und Bauen nicht grundsätzlich nach neuen Lösungen suchen. Was außer Acht gelassen wird, sind die Möglichkeiten jenseits technischer Verbesserungen. Seit vielen Jahren fordern wir immer wieder, die systematische Durchgrünung unserer Städte voranzutreiben und die Frischluftschneisen nicht weiter zu bebauen. Eine ausreichende Durchlüftung unserer Städte und mit Bäumen und Fassadenbegrünung geschaffenes kühlendes, feuchtendes Klima kann vielfach energieverbrauchende Klimaanlage ersetzen. Wohnungsgenossenschaftliche Baumodelle können in hohem Maße zum Einsparen von Energie und Wärme beitragen. Dies gilt auch für Läden und Büros. Die Notwendigkeit, den Autoverkehr in den Städten zu verringern – für den Klimaschutz, für eine gesunde Umwelt, für mehr öffentlichen Wohnraum als Straßenraum – ist so alt wie die Debatte über die nachhaltige Entwicklung unserer Städte. Sie ist immer noch richtig und bedauerlicherweise immer noch nicht umgesetzt. Es bleibt eine Notwendigkeit, den Straßenraum als Wohnraum zurückzuerobern.

All diese Maßnahmen setzen voraus, dass die Bevölkerung für diese Maßnahmen begeistert werden kann. Das wird nur dann gelingen, wenn Verwaltung und Politik Klimaschutz und Nachhaltigkeit in allen Bereichen durchdeklinieren und auch entsprechend konsequent handeln. Viel zu oft stehen auch heute noch zusammenhangslos klimasparende Projekte neben solchen, die aus Kostengründen nur wenig Klimaschutz berücksichtigen. Solange das so ist und wenn wir auf der Ebene der Modellprojekte verharren, werden wir die Bevölkerung nicht überzeugen. Alle Vorhaben einer Stadt müssten auf ihre Auswirkungen auf den Klimaschutz hin untersucht werden und die Ergebnisse öffentlich diskutiert werden. Zurzeit wird viel über preiswerten und sozial geförderten Wohnungsbau gesprochen. Die jahrelangen Versäumnisse in diesem Bereich und der zusätzliche Druck auf den Wohnungsbedarf durch Flüchtlinge veranlassen Politik und Verwaltung zu oft dazu, den Wohnungsbau unter Zurückstellung von Klima- und Umweltschutzkriterien zu befördern. Stellen wir die Frage, wie die Klimaschutzziele

von Paris unter den jetzt diskutierten Maßnahmen zur Wohnraumentwicklung erreicht werden sollen, wird schnell deutlich, dass dies nicht gelingen wird. Dieser Entwicklung müssen wir entschieden entgegenreten. Politik und Verwaltung in den Städten müssen intensiver querschnittsorientiert zusammenarbeiten – was nicht verstärkter Wohnungsbau im Außenbereich heißt, mit der Konsequenz zunehmenden Verkehrs und der Verbilligung durch Verringerung der Klimaschutzstandards. Die Alternative ist mehr Entwicklung im Bestand vor allem durch Aufstockung und Verdichtung. Verwaltung und Gemeinderäte einer Stadt müssen hier steuernd und vorausschauend wirken. Viel zu wenig werden die einzelnen Projekte nach ihren Auswirkungen auf den Klimaschutz hinterfragt. Wichtige Ansatzpunkte dieser neuen Politik sind Initiativen wie Baugruppen und verdichtete Wohnformen, die neuen „Gärtner“ in der Stadt, die Recycler und Tauscher und die Nutzer nachhaltiger Mobilitätsangebote.

Die Diskussion muss raus aus dem Inner Circle der Stadtplaner, Wissenschaftler und Politiker und die vielen guten Ideen müssen rein in die Stadtgesellschaft.

Die Projekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sollten in den nächsten Jahren umsetzungsorientierter werden und öffentlicher, direkter mit den Menschen in den Städten diskutiert werden. Die Diskussion muss raus aus dem Inner Circle der Stadtplaner, Wissenschaftler und Politiker und die vielen guten Ideen müssen rein in die Stadtgesellschaft. Dazu sollten alle Strategien und Maßnahmen zu einer zukunftssicheren Entwicklung des Wohnungsbaus, der nachhaltigen Mobilität, der städtischen Logistik und der Stadtqualität beitragen. Das zentrale Ziel des Klimaschutzes muss bei jedem städtischen Handeln thematisiert werden.

NACHHALTIGE STADTENTWICKLUNG IM ZEICHEN DES KLIMAWANDELS

Viele Städte stehen vor neuen Herausforderungen. Einerseits ziehen mehr und mehr Menschen in urbane Räume – auch in Deutschland. Andererseits werden Anforderungen an Umwelt- und Gesundheitsschutz noch immer nicht erfüllt, wie aktuell die zu hohen Stickstoffdioxid-Werte in zahlreichen Städten belegen, und im Zuge des Klimawandels kommen weitere Herausforderungen dazu.

Klimaschutz, Klimaanpassung, Luftreinhaltung, Lärminderung, Ressourcenschutz, Reduzierung des Flächenverbrauchs – das sind die Themen, bei denen Stadtentwicklungs- und Umweltpolitik noch stärker als bisher Hand in Hand gehen müssen. Das Umweltbundesamt zeigt seit seiner Gründung 1974 immer wieder auf, wie das für beide Seiten gewinnbringend funktionieren kann. Trotz der Erfolge in der Vergangenheit stellen wir aber fest, dass beide Politikfelder oftmals noch nebeneinander stehen und ihre Synergiepotenziale nicht voll ausschöpfen.

Integrierte Stadt- und Umweltpolitik macht Städte fit für den Klimawandel

Die Folgen des Klimawandels wie steigende Wärmebelastungen oder Hochwassergefahren durch Überschwemmungen oder extreme Wetterereignisse sind bereits vielerorts spürbar. Durch den hohen Versiegelungsgrad sind Städte besonders gefährdet. Die Stadtentwicklungspolitik hat darauf reagiert und die Belange von Klimaschutz und Klimaanpassung im Baugesetzbuch gestärkt.

Klimaschutz, Klimaanpassung, Luftreinhaltung, Lärminderung, Ressourcenschutz, Reduzierung des Flächenverbrauchs – das sind die Themen, bei denen Stadtentwicklungs- und Umweltpolitik noch stärker als bisher Hand in Hand gehen müssen.

Die Städte sind gefordert, dies in die Praxis umzusetzen. Dabei kommt Grün- und Wasserflächen besondere Bedeutung zu. Sie haben im Zuge des Klimawandels mehrfache Bedeutung – als Überflutungs- und Versickerungsflächen, als Frischluftbahnen, als Erholungsflächen und als Lebensraum für Fauna und Flora. Insbesondere in städtebaulich dichten Stadtstrukturen

brauchen wir Konzepte, die diesen vielfältigen Funktionen gerecht werden, zum Beispiel durch Dach- und Fassadenbegrünung. Wir empfehlen, dass der Bund solche Konzepte finanziell unterstützt. Um klimawandelbedingte Risiken zu reduzieren, sollten die Bundesländer den Aspekt der Anpassung an den Klimawandel zudem in ihren Landesbauordnungen weiter stärken.

Klein- und Mittelstädte sind bei Anpassungsaktivitäten an den Klimawandel bislang noch zurückhaltend; daher sollten sie in besonderer Weise gefördert werden. Das Umweltbundesamt unterstützt die kommunale Anpassungsplanung durch Leitfäden für Planer sowie kostenfreie Online-Werkzeuge.

Verkehrswende schafft Raum für Klimaanpassung und urbane Qualität

Leben zukünftig mehr Menschen in Städten, benötigen sie mehr Wohnraum und Infrastrukturen. Um Flächenneuinanspruchnahme zu vermeiden, müssen Städte die Potenziale der Innenentwicklung, wie die Wiedernutzung von Brachflächen und Baulücken oder die Nachverdichtung im Siedlungsbestand, nutzen. Kompakte Städte einerseits und der Bedarf an Grünflächen für Klimaanpassungsstrategien andererseits scheinen im Widerspruch zu stehen. Diesen können wir auflösen, wenn wir vorhandenen Platz in Städten nicht verschenken – beispielsweise für Straßen und Stellplätze.

Unsere Untersuchungen zeigen, dass bei einem Motorisierungsgrad von nur noch 150 PKW pro 1.000 Einwohner nahezu keine öffentlichen Stellplätze in Städten mehr benötigt werden. Es entstünde Platz für urbanes Grün, aber auch für öffentliche Freiräume und nachhaltige Mobilitätsangebote. Eine Verkehrswende mit weniger Autos hätte weitere Vorteile: geringere Lärmbelastung, weniger Emissionen und Treibhausgase, weniger Flächenverbrauch. Wir sollten daher einen Motorisierungsgrad von weniger als 150 PKW pro 1.000 Einwohner anstreben.

In der Stadt von morgen nutzen wir stärker den öffentlichen Verkehr, das Fahrrad oder Fußwege. Das eigene Fahrzeug hingegen spielt eine immer geringere Rolle. Eine aktuelle Studie des Umweltbundesamts zeigt, dass Bike- und Carsharing in Kombination mit dem ÖPNV weniger Treibhausgase und Luftschadstoffe verursachen und wertvolle Flächen einsparen. Saubere, leise und klimafreundliche Mobilität braucht neben ei-

Maria Krautzberger, geboren 1954, seit 2014 Präsidentin des Umweltbundesamtes. Davor war sie als Staatssekretärin in der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, als Beigeordnete für Planen, Bauen, Wohnen in der Stadt Oberhausen und als Umweltsenatorin der Freien Hansestadt Lübeck tätig. Krautzberger studierte Soziologie und Anglistik an der Ludwig-Maximilians-Universität in München und Verwaltungswissenschaften an der Universität Konstanz.



Foto: Photostudio D29

ner Verkehrswende eine Energiewende im Verkehr: In Städten haben nur noch elektrisch betriebene Fahrzeuge eine Zukunft. Verbrennungsmotoren müssen schrittweise aus der City und schließlich aus der gesamten Stadt verbannt werden. Um die nötigen wirtschaftlichen Anreize hierfür zu setzen, brauchen wir ein lang angelegtes Förderprogramm, das alle Verkehrsmittel einbezieht. Es trägt dazu bei, dass städtische Bus- und Carsharing-Flotten lokal emissionsfrei werden und der Umweltverbund gestärkt wird.

Mit ressourceneffizienten Gebäuden und Infrastrukturen dem Klimawandel begegnen

Gestaltungsspielräume eröffnen sich immer dann, wenn Sanierungen anstehen. Daher muss es gelingen, Sanierungszyklen für einen ökologischen Umbau der Infrastruktur und für Schritte zu einem klimaresilienten, aber auch treibhausgasneutralen und ressourceneffizienten Gebäudebestand zu nutzen.

Die Ressourcennutzung in Städten war bislang ein viel zu wenig beachtetes Handlungsfeld der Stadtentwicklungspolitik. Pro Jahr verbraucht jeder Mensch in Deutschland statistisch mehr als 16 Tonnen Metall, Beton, Holz und andere Rohstoffe, das sind 44 Kilo am Tag. Gerade der Baubereich verursacht riesige Materialströme. Pro Jahr kommen rund 190 Millionen Tonnen mineralische Bauabfälle auf. Unsere Wirtschaftsweise und unser Konsum belasten ganz erheblich die Umwelt in anderen Ländern. 70 % der bei uns verbrauchten Rohstoffe kommen aus dem Ausland, davon sind vier Fünftel nicht nachwachsende Rohstoffe.

Wir müssen unseren Umgang mit Baumaterialien radikal verändern, mehr Sekundärrohstoffe verwenden, Alternativen zu ressourcenintensiven Materialien wie Zement einsetzen und Urban Mining gezielt vortreiben. Urbane Stoffströme minimieren muss daher zukünftig ein zentrales Handlungsfeld nachhaltiger Stadtentwicklungspolitik werden.

Klimawandel als Chance verstehen

Das Beispiel der Verkehrswende zeigt, wenn Stadtentwicklung- und Umweltpolitik ihre Synergien gezielter nutzen, profitieren beide davon – und allen voran die Städte. Der ökologische Umbau der Stadt sollte auch merklich zu einer sozialverträglichen Stadtentwicklung beitragen. Bezahlbarer Wohnraum mit hoher Umwelt- und Lebensqualität und damit gesunden Lebens-

verhältnissen für alle Menschen sind gemeinsame Ziele. Der Staat muss daher die bestehenden Städtebauförderprogramme noch stärker auf eine umweltgerechte Gestaltung ausrichten. Finanzieller Spielraum für Stadtumbau ergäbe sich durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen. Allein im Jahr 2012 haben diese den deutschen Staat 57 Milliarden Euro gekostet – Geld, das auch für den ressourceneffizienten, klima- und umweltverträglichen Stadtumbau dringend benötigt wird.

Eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik muss die gesellschaftlichen Veränderungsprozesse und die den heutigen Lebensstilen und Konsummustern zugrunde liegenden Werthaltungen in die Betrachtung einbeziehen. Viele Initiativen in den Städten bieten nicht nur ein hohes ökologisches Innovationspotenzial, sondern wirken auch positiv auf das Zusammenleben unterschiedlicher Bewohnergruppen. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik sollte sich deshalb auch als Förderer von nachhaltigen Lebensstilen und Innovationen verstehen.

Stadtentwicklungspolitik soll sich als Förderer von nachhaltigen Lebensstilen und Innovationen verstehen.

Bis 2050 werden 75 % der Weltbevölkerung in Städten leben. Auch wenn die großen Urbanisierungsschübe in den Schwellen- und Entwicklungsländern stattfinden, so kann die nationale Stadtentwicklungs- und Umweltpolitik diesen globalen Wandel in den Städten in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung unterstützen, zum Beispiel durch gute Praxisbeispiele, Kooperationen und Austausch von Wissen und Erfahrungen. Sie muss sich auch dafür einsetzen, dass die ökologischen Herausforderungen der globalen Urbanisierung stärker als bisher auf die Tagesordnung internationaler Politik kommen.

Grüne Energie Region Heide



Foto: Julia Kröger

Die „Grüne Energie Region Heide“ steht für ein ganzheitliches Verständnis von regionaler Lebensmittelproduktion und regenerativer Energie. Sie verbindet die Erzeugung regionaler, insbesondere biologisch angebauter Lebensmittel mit der Produktion regenerativer Nahwärme und Strom. Mit dem Kauf regionaler Lebensmittel erhält der Kunde zusätzlich eine Prämie für den Bezug regenerativer Energie aus der Region. Machbarkeitskonzepte

zur Zusammenarbeit der Stadtwerke Heide mit den Umlandgemeinden sowie zur Etablierung eines Prämienmodells wurden erstellt und eine Marktanalyse für die Ausweitung des Bio-Lebensmittelangebotes und der Bio-Nahwärme unter der Beteiligung der Bürger durchgeführt. Über eine Regionalkonferenz wurden verschiedene Akteure in den Prozess einbezogen und schließlich wurde ein Aktionsplan für die Umsetzung erstellt.

Zero Emission Park – länderübergreifendes Projekt zur Entwicklung nachhaltiger Gewerbegebiete in Deutschland

Das Modellprojekt „Zero Emission Park“ beschäftigt sich mit der Frage, wie sich bestehende Gewerbegebiete zu nachhaltigen Standorten entwickeln können. In den Städten Bremen, Bottrop, Eberswalde und Kaiserslautern wurden Gewerbegebiete darauf untersucht, wie die Funktionalität und die CO₂-Bilanz der

Standorte kontinuierlich verbessert werden können. Das Modellprojekt erzielt bis heute eine enorm hohe Breitenwirkung in Forschung und Praxis – bundesweit wurden bereits zahlreiche Industrie- und Gewerbegebiete nach dem „Zero Emission Park-Modell“ untersucht und in Kooperation mit den ansässigen Unternehmen nachhaltig entwickelt.



Grafik: Figge Architekten PartGmbB

Grafik: Veronika Wolf

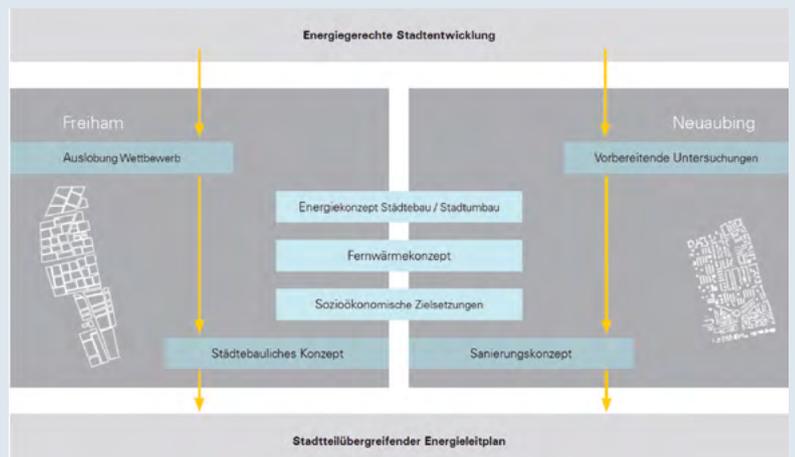
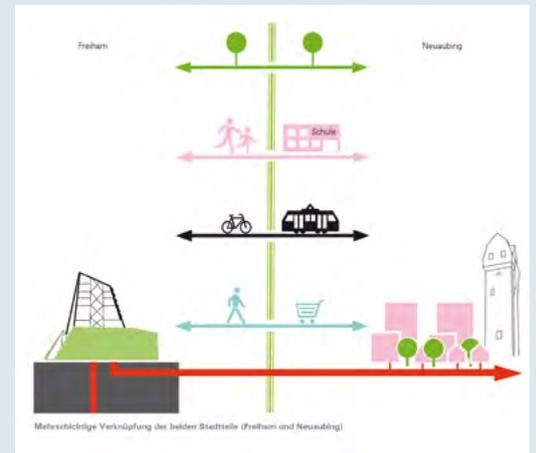
Energiegerechte Stadtentwicklung – Chancen für den Bestand durch energetisch innovative Neubaugebiete

Plan: Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung



Im Rahmen des Projekts wurde ein Energiekonzept aufgestellt, das die Versorgung sowohl des Neubaugebiets Freiam in München als auch des Bestandswohnquartiers mit Geothermie vorsieht. Dazu errichteten die Stadtwerke eine

Energiezentrale, in der Erdwärme in Nahwärme umgewandelt und den Haushalten zur Verfügung gestellt wird. Die Anlage ist seit Ende 2016 in Betrieb und deckt die Grundlast des Gebiets.



Grafiken: Hochschule für Technik Stuttgart

POLYZENTRALE SIEDLUNGSSTRUKTUREN SIND DIE ZUKUNFT

Herr Professor Schellnhuber, mittlerweile besteht ja weitgehend Konsens darüber, dass der Klimawandel eine der größten Herausforderungen für die Menschheit im 21. Jahrhundert ist. Welche Aspekte halten Sie in diesem Zusammenhang für besonders gefährlich?

Die außerordentlich stabilen Umweltbedingungen des sogenannten Holozän, unter denen wir bis heute leben, sind ein klimatischer Glücksfall für die Menschheit. Diese Stabilität erlaubte die Entwicklung der Landwirtschaft und Sesshaftigkeit vor nahezu 10.000 Jahren – und damit auch die Stadtbildung. Die modernen Eingriffe des Menschen in das Weltklima, insbesondere durch den Ausstoß von Treibhausgasemissionen seit der Industriellen Revolution, könnten nun jedoch das Holozän beenden und eine massive Erderwärmung bewirken. Je mehr Emissionen in die Atmosphäre gelangen, desto stärker steigt die globale Mitteltemperatur. Eine Überschreitung der auf dem Klimagipfel 2015 in Paris vereinbarten Obergrenze für die Erderwärmung, nämlich 2° C, würde das Klima mit teilweise unabsehbaren Folgen für die Menschheit verändern. Dies wird am deutlichsten, wenn man die sogenannten Kippelemente im Erdsystem betrachtet (der Amazonas-Regenwald, die großen Eisschilde, der Jetstream usw.), welche jenseits der 2° C in ihrer Betriebsweise oder sogar Existenz bedroht wären. Und 90 % der weltweiten Korallenriffe würden bereits bei einer Erwärmung von 1,5° C zerstört! Am australischen Great Barrier Reef oder der Sekisei Lagune in Japan ist das Ausmaß der Zerstörung übrigens schon heute sichtbar.

Insbesondere in informellen Siedlungen erfordert der zu erwartende Bevölkerungszuwachs einen radikalen Perspektivwechsel.

Welche Gefahren entstehen durch den Klimawandel konkret für unsere Siedlungsstrukturen?

Die Kombination von Meeresspiegelanstieg, Absenkung der Landmassen infolge fortschreitender Bebauung bzw. Grundwasserübernutzung sowie stärkeren Sturm- und Überflutungsereignissen machen Siedlungen in flachen Küstengebieten besonders vulnerabel. Schon heute lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten – eine Zahl, die bis zum Jahr 2050 vermutlich von 4 auf etwa 6,5 Milliarden ansteigen wird. Dieser Teil der Weltbevölkerung, der zudem häufig in informellen Siedlungen wohnt, lebt besonders riskant. Da die Städte mit über 70 % zu den weltweiten Emissionen beitragen, gelten sie ebenso als Treiber wie als Betroffene des globalen Klimawandels.

Also ist angesichts der anhaltenden Urbanisierung eine weitere Verstärkung der Prozesse zu befürchten, die den Klimawandel auslösen?

Wir müssen uns ohnehin fragen, wie 7, 9 oder gar 11 Milliarden Menschen auf der Erde leben und dabei verantwortungsvoll mit den verfügbaren Ressourcen umgehen können. Sicher ist, dass sich die globale Emissionskurve ab dem Jahr 2020 steil nach unten bewegen und die Weltwirtschaft spätestens ab der Mitte dieses Jahrhunderts komplett dekarbonisiert sein muss. Würde der Globus weiter wie bisher unter der Nutzung aller verfügbaren und profitabel förderbaren fossilen Energieträger konventionell entwickelt, wäre die Konsequenz wohl eine Erwärmung zwischen 8° C und 10° C! Ganze Regionen würden dann im physiologischen Sinne unbewohnbar. Das unterstreicht drastisch die Bedeutung des Ausstiegs aus der Nutzung fossiler Brennstoffe für die zukünftige Entwicklung des Planeten.

Welchen Beitrag kann die Stadtentwicklung dazu leisten, diese Herausforderung zu bewältigen?

Hier spielen verschiedene Bereiche wie insbesondere Infrastruktur, Energie, Mobilität und Bauen ganz entscheidende Rollen. Städtebaulich beginnt die Herausforderung bereits bei den verwendeten Materialien:

Prof. Dr. Dr. h. c. Hans Joachim Schellnhuber, geboren 1950, seit 1993 Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung und Professor für Theoretische Physik an der Universität Potsdam. 2001-2005 war er zusätzlich Forschungsdirektor des Tyndall Centre for Climate Change Research in Großbritannien und anschließend (bis 2009) Gastprofessor für Physik an der Oxford University. 2011 erhielt er die Ehrendoktorwürde der Universität Kopenhagen, 2012 der Technischen Universität Berlin.



Foto: Frederic Battier

Wir müssen weg von Beton, Stahl und Industrieglas, hin zu nachhaltigen Baustoffen wie Lehm, Stein und Holz. Bemerkenswerterweise lassen sich mit Holz, das richtig behandelt und imprägniert wird, schon Hochhäuser mit bis zu 20 Stockwerken errichten. Und Holz nimmt während seiner Produktion durch lebendige Biomasse über die Photosynthese sogar noch CO₂ aus der Atmosphäre auf, verursacht also Negativemissionen. Bei einem weltweiten Bedarf von 2,5 Milliarden neuen Wohnungen und städtischen Infrastrukturen ist die Neuorientierung zu nachwachsenden und ökologisch verträglichen Baustoffen unerlässlich. Würden die bereits geplanten Siedlungen in Schwellenländern in Asien, Afrika und Lateinamerika konventionell errichtet, also mit Beton und Stahl, würde dies allein die Hälfte des weltweit noch zur Verfügung stehenden Kohlenstoffbudgets im Einklang mit dem Pariser Klimavertrag verbrauchen. Nicht weniger wichtig ist ein Paradigmenwechsel im Bereich der Mobilität. Die Veränderung der Antriebstechnik allein reicht hier nicht aus.

Wie muss Stadtentwicklung in Zeiten des Klimawandels auf regionaler und lokaler Ebene gestaltet werden?

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen identifiziert im Wesentlichen drei große Städte- bzw. Siedlungsmuster: Das sind erstens reife Städte, wie München oder Kopenhagen, die sich in ihrer jetzigen urbanen Form voraussichtlich nur noch wenig verändern werden. Zweitens neue, oft zentral geplante Urbanisationen, vorrangig in aufstrebenden Volkswirtschaften wie China oder Indien. Und drittens informelle Siedlungen, überwiegend Slums.

Der Beirat ist der wohlbegründeten Ansicht, dass zukünftige Urbanisierung vorwiegend polyzentrisch erfolgen und so vor allem die Attraktivität von Klein- und Mittelstädten gegenüber den Metropolen erhöhen sollte. Das polyzentrische Leitbild der Stadtentwicklung steht insbesondere im Einklang mit der unaufhaltsamen Umstellung der Energiesysteme auf erneuerbare Quellen. Die erforderliche Dekarbonisierung der Welt bedeutet ja, über die Verwendung nachhaltiger Baustoffe hinaus, dass die Energieversorgung in jeder ein-

zelnen Stadt CO₂-neutral werden muss. Dies funktioniert besonders gut, wenn in unmittelbarer Nachbarschaft zur jeweiligen Baumasse Freiräume zur Verfügung stehen, die sich für die Gewinnung von nachhaltiger Energie nutzen lassen. Insofern kann Auflockerung statt Verdichtung zur urbanen Vision werden – aber ganz anders als in der Charta von Athen imaginiert. Hinzu kommt, dass polyzentrische Siedlungsstrukturen auch der rapiden Digitalisierung unserer Lebenswelt entsprechen, wo Menschen im Arbeitsalltag wegen der immer stärkeren Nutzung von Videokonferenz-Systemen und/oder zunehmender Home Office-Tätigkeiten nicht mehr beständig zu Hauptverkehrszeiten von A nach B befördert werden müssen.

Die vollständige globale Dekarbonisierung bedeutet über die Verwendung nachhaltiger Baustoffe hinaus auch, dass Energiesysteme in jeder einzelnen Stadt CO₂-neutral werden müssen.

10 Jahre Nationale Stadtentwicklungspolitik zur Umsetzung der Leipzig-Charta: Trägt dieser Ansatz heute noch oder braucht es neue Konzepte und Strategien. Wo sehen Sie konkret Bedarf zur Weiterentwicklung?

Ich glaube, dass dieser Ansatz nach wie vor richtig und wichtig ist, da er in bisher einzigartiger Form viele unterschiedliche Akteure der Stadtentwicklung zu Wort kommen lässt. Als Klimaforscher würde ich mir eine stärkere Fokussierung der programmatischen Inhalte auf die Klimafolgenanpassung wünschen. Das Memorandum „Städtische Energien – Zukunftsaufgaben der Städte“ hat hierzu bereits einige sehr gute Vorschläge gemacht. Koordinierte Plattformen wie die Nationale Stadtentwicklungspolitik sind auch zukünftig unverzichtbar, um Anstrengungen zu bündeln und die Notwendigkeit des unvermeidlichen Wandels breit zu kommunizieren.

STÄDTE MÜSSEN GLOBAL MITEINANDER KOOPERIEREN

Frau Professor Schreurs, Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf dem Gebiet der internationalen und vergleichenden Klima-, Energie- und Umweltpolitik. Nutzen Industrie und Gesellschaft in der Bundesrepublik die Chancen, die das postfossile Zeitalter bietet?

Deutschland hat sich den Ruf erworben, globaler Vorreiter im Bereich Umwelt, Energie und Klima zu sein. Unter den Bedingungen seiner industriellen Basis hat Deutschland eindrucksvolle Schritte unternommen, seinen ökologischen Fußabdruck zu reduzieren. Ein Grund meiner Entscheidung, als Akademikerin in Deutschland zu arbeiten, war eben diese Einschätzung, dass Deutschland in diesem Bereich eine international führende Kraft ist. Als ich aus den USA wegging, hatten sich die Vereinigten Staaten selbst aus dem Kyoto-Prozess verabschiedet und viele im Land stellten den Klimawandel in Frage. Im Gegensatz dazu trieb Deutschland die Anstrengungen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen in Europa voran und übernahm im Klimawandel global die Führung.

In den politischen Wissenschaften reden wir von Mehrebenen-Systemen. Die deutsche Klimawandel-Politik wird von politischen Entscheidungen der Europäischen Union, der Bundesregierung sowie der Länder und Städte bestimmt. Deutschland kann seine Klimaziele nicht ohne aktive Beteiligung der Kommunen erreichen.

Ich nehme Deutschland in vielen Bereichen als eine Kraft des Wandels zu stärkerer Nachhaltigkeit hin wahr. Besonders sichtbar wurde das im Bereich der Energiewende bei der Entwicklung erneuerbarer Energien. Da bleibt aber noch viel zu tun, beispielsweise beim Energieverbrauch im Verkehr oder bei den Bemühungen um Energieeffizienz. Sicherlich ließe sich auch für einen energieeffizienten Umbau des Gebäudebestands noch mehr tun. Es gibt so viele gute Beispiele!

In Deutschland haben Klimapolitik und -programme zu vielen industriellen, städtischen und sozialen Innovationen geführt und wichtige Anstöße für Forschung

und Entwicklung gegeben. Im industriellen Bereich zeigt sich das an den Umwelt- und Energieinnovationen. Bei den erneuerbaren Energien, der Kraft-Wärme-Kopplung, beim Wertstoff-Management und Recycling, bei der Gestaltung umweltfreundlicher Produkte ist Deutschland führend. Überall im Land werden klimafreundliche Wohnkonzepte entwickelt und Architekten experimentieren mit dem Entwurf von Passivhäusern.

Natürlich bleibt noch viel zu tun, bevor aus deutschen Städten wirklich klimaneutrale, nachhaltige Kommunen werden. Deutschland kann stolz auf der Erreichte sein, sollte sich auf seinen Meriten aber nicht ausruhen.

Wie steht Deutschland im internationalen Vergleich da? Sehen Sie die Chance, dass – wie es Ihr Kollege Prof. Schellnhuber formuliert – aus dem Wandel von der Verbrauchswirtschaft zur Kreislaufwirtschaft ein internationales Wohlstandsprogramm werden kann?

Deutschland verbraucht pro Kopf mehr Energie und Ressourcen als der globale Durchschnitt. Sicher gibt es auch Entwicklungen in Richtung Kreislaufwirtschaft. Wenngleich für das Recyceln von Papier, Plastik, Metall und Glas hohe Standards gelten, gehen noch immer wertvolle Ressourcen verloren, wenn sie schwierig zu recyceln sind. Deshalb sollte die Entwicklung von Produkten angestrebt werden, die einerseits den Verbrauch von Wertstoffen und nicht recycelbaren Ressourcen begrenzen und andererseits ein Maximum an Wiederverwendung ermöglichen. Der Begriff Abfall hat für uns meistens die Konnotation von etwas Unerwünschtem. Wenn Abfall dagegen als Wertstoff angesehen und als Ressource gesichert und wieder verwendet wird, lässt sich damit ein klima- und ressourcenfreundliches Land entwickeln. Das wäre nicht nur ein Gewinn für die Lebensqualität in Deutschland und Europa, sondern auch ein Beitrag, den ökologischen Fußabdruck europäischer Lebensformen in jenen Teilen der Welt zu reduzieren, in denen die Ressourcen abgebaut werden, die wir verbrauchen.

Luft- und Wasserverschmutzung wie Lärmbelastung sind in den Entwicklungsländern extrem. Wenn auch einige Länder in Asien, Deutschland und Europa eine Reduzierung der Belastungen und hohe Lebensqualität erreichen (Beispiele gibt es in Japan, Korea

Deutschland kann seine Klimaziele nicht ohne aktive Beteiligung der Kommunen erreichen.

Prof. Dr. Miranda Schreurs, geboren 1963, seit 2016 Professorin für Environmental and Climate Policy an der Hochschule für Politik an der Technischen Universität München. Zuvor war sie Leiterin des Forschungszentrums für Umweltpolitik und Professorin für vergleichende Politikanalyse an der Freien Universität Berlin sowie Mitglied im Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung. Bis 2007 nahm Prof. Dr. Schreurs verschiedene Lehraufträge in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Japan wahr. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Klima- und Energiepolitik.



Foto: Andreas Heideggott

und Singapur), so ist die Luftbelastung in vielen Regionen Asiens gesundheitsgefährdend. Vielleicht machen Klimaexperten den Fehler, nicht genug von den vielen zusätzlichen Vorteilen zu reden, die der Klimawandel mit sich bringt. Weniger Abhängigkeit vom Kohleverbrauch würde nicht nur zur Entlastung des Klimas, sondern auch zu besserer Luftqualität und zur Reduzierung von Lungenkrankheiten beitragen. Ein Wechsel zur Elektromobilität auf Grundlage erneuerbarer Energien würde Luftbelastung und Lärm gleichviel reduzieren. Mehr Bäume an den Straßen, grüne Dächer und Fassaden können die Stadt kühlen, die Biodiversität erhöhen und sogar Nahrungsquelle sein.

Eine der wichtigsten Forschungsaktivitäten wird in den kommenden Jahrzehnten die ökologisch orientierte, nachhaltige Stadtplanung sein. Mit Bürgerbeteiligung an der Planung, mit Energiekooperativen, urbanen Gärten und Carsharing können neue Lebenskonzepte realisiert werden. Auch in vielen anderen Bereichen können Experten, Ingenieure und andere forschend dazu beitragen, dass in Städten mehr Lebensqualität entsteht.

Viele Weichenstellungen des Pariser Klimaabkommens werden auf kommunaler Ebene umgesetzt. In welchen Staaten ist der Umsetzungsprozess aus Ihrer Sicht besonders weit fortgeschritten? Kann Deutschland von ihren Erfolgen lernen?

Das Pariser Klimaabkommen wird nicht ausschließlich, aber überwiegend in Städten umgesetzt. Auf der Graswurzel-Ebene in Städten und Gemeinden sieht man tatsächlich schon viele erste Ansätze zum Klimawandel.

Im Blick auf das Maß an Veränderungen, die in den nächsten Jahrzehnten anstehen, müssen Städte unbedingt global miteinander kooperieren und Erfahrungen austauschen – ob über erfolgreiche oder auch missglückte Experimente im Klimaschutz und in der Klimaanpassung. Deutschland kann von innovativen Konzepten anderer Länder lernen und prüfen, ob sich einige ihrer Ideen auch hier realisieren lassen. Oslo liegt in Sachen Elektromobilität verglichen mit jeder deutschen Stadt weit vorn. Peking hat mehr Elektrofahrräder als Berlin. Singapur bietet viele Beispiele für urbane „grüne“ Architektur. Delhi beweist, dass ein reduzierter Fleischverbrauch möglich ist. Die University of

British Columbia zeigt Konzepte für einen grünen Campus, die weit über das hinausgehen, was es an deutschen Universitäten gibt. Deutschland hat viel zu bieten, kann aber auch noch viel lernen.

Viel mehr Aufmerksamkeit braucht der Aufbau von Strukturen unterhalb der nationalen Ebene und die Unterstützung nachhaltiger Entwicklungen der Kommunen in Entwicklungsländern. Mut macht, wie viele Städte weltweit ihre eigenen Klima- und Nachhaltigkeits-Konzepte entwickeln.

Pilotprojekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik befassen sich mit der Gestaltung der Energiewende. Was schätzen Sie an der Nationalen Stadtentwicklungspolitik und wo sehen Sie Schwächen?

Die Pilotprojekte im Rahmen der nationalen Stadtentwicklung für die Energiewende sind hervorragende Beispiele, die Maßstäbe setzen für Kommunen in Deutschland, Europa und der Welt. Interessant an den Pilotprojekten ist, dass sie Bürger und Stakeholder zur Bewertung der Probleme einladen, die bei der Reduzierung von Emissionen, beim Entwurf alternativer Ansätze und bei der Umsetzung von Projekten zu lösen sind. Sie sind Laboratorien für Innovation und Kreativität. Wichtig ist, dass der Beteiligungsprozess an einem tiefgreifenden Wandel nur mit politischer Unterstützung und in einer kulturellen Einbettung realisiert werden kann.

Welche Stärken und welche neuen Aspekte sollten bei einer Fortschreibung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik herausgearbeitet werden?

Pilotprojekte sind geeignet, Graswurzel-Innovationen zu fördern. Es muss mehr dafür getan werden, dass höhere Maßstäbe für Projekte und Ideen über deutsche Grenzen hinaus kommuniziert werden. Dabei lernen wir, dass es nicht nur auf eine ausreichende finanzielle Unterstützung ankommt, sondern auch auf das Engagement und den langen Atem, Aktivitäten über große Zeiträume aufrecht zu erhalten.

DISKURS: STADT UND UMWELT IM KLIMAWANDEL

Als hauptamtliche Bürgermeisterin der Stadt Chemnitz mussten Sie sich intensiv mit der Zukunft einer Stadt auseinandersetzen, die ein gründerzeitliches und ein funktionalistisch-modernes Gesicht hat. Wie sieht im Spannungsfeld Ihrer konkreten Erfahrungen ein ideales Stadtquartier aus?

Eine lebendige Stadt verträgt unterschiedliche Quartierstypologien. Chemnitz ist geprägt von Stadtteilen mit sehr unterschiedlichen Baustrukturen. Gründerzeitliche Blockrandbebauungen in innenstadtnahen Quartieren, durchgrünte Quartiere mit 5- bis 6-geschossiger Zeilenbebauung, Villengebiete und in den Stadtrandlagen sowohl ländliche Siedlungsstrukturen als auch 11- bis 12-geschossige Plattenbauten. Jede Bautypologie hat ihre eigenen Qualitäten, aber auch Schwächen, die bei Transformationsprozessen im Vorfeld zu analysieren sind.

In der von Bauten der 60er/70er Jahre dominierten Innenstadt galt es, durch Nachverdichtungen und Nutzungsmischung wieder Urbanität und Identität zu schaffen. Es wurde ein Rahmenplan entwickelt, der die Ideale der europäischen Stadt widerspiegelte. Neue öffentliche Räume orientierten sich am historischen Stadtgrundriss.

Die Verpflichtung ist, die Ziele des Klimaschutzes bereits bei den Stadtentwicklungskonzepten im Blick zu haben.

Dass der Klimawandel erheblichen Einfluss auf die Lebensqualität unserer Städte haben wird, ist unstrittig. Müssen wir auch andere Städte bauen, um unsere Lebenswelt umweltgerecht zu gestalten?

Nicht andere Städte bauen, aber anders planen und bauen! Seit einigen Jahren ist es Konsens, dass integrierte Stadtentwicklungskonzepte essentiell sind, um positive Entwicklungsstrategien vorzubereiten. Mit städtischen Klimaschutzprogrammen werden in der Praxis lediglich die gleichen Fachplanungen (Verkehr, Wirtschaft, Wohnen etc.) nochmals angesprochen. Die eigentliche Verpflichtung wäre doch, die Ziele des Klimaschutzes bereits bei den Stadtentwicklungskonzepten im Blick zu haben. Die Reduzierung des Flächen-

verbrauchs zum Beispiel ist auch ein dem Klimaschutz dienendes Ziel, die Steigerung der Energieeffizienz im Quartier und in einzelnen Gebäuden unterstreicht ebenfalls ein Klimaschutzziel der CO₂-Reduzierung und muss auch kommunale Baupolitik sein. Effiziente und intelligente Mobilität ist nach Klimaschutzzielen auszurichten.

Ist die dichte und gemischte Stadt vielleicht ein Auslaufmodell, weil sie sich mit ihren versiegelten Flächen zu sehr aufheizt, oder gibt es einen Königsweg zwischen urbanem Flair und klimaaktivem Grün?

Das Grün in der Stadt wird aktuell erfreulicherweise wieder in seiner ganzen Vielfalt diskutiert. Grünanlagen und straßenbegleitendes Grün beleben nicht nur ein Stadtbild, sondern beeinflussen auch das städtische Mikroklima positiv. Im Sinne der integrierten Stadtentwicklungsplanung sind bereits auf der Ebene der Flächennutzungsplanung und Grünordnungspläne strategisch, klimatisch und ökologisch wirksame Grünzüge und zusammenhängende Freiflächen in Stadtstrukturen mitzudenken, um Kaltluftschneisen zu ermöglichen. Bei innerstädtischen Brachflächen ist abzuwägen, ob sie eher als Bauland oder als Grünfläche einen Mehrwert für das benachbarte Quartier darstellen. Einige Städte, die einen Strukturwandel bewältigen mussten, haben die Chance genutzt, aus der Not eine Tugend zu machen und dichte Quartiere um großzügige Grünflächen bereichert. In Chemnitz haben wir dieses Prinzip in Quartieren des Stadtumbauprozesses mehrfach umgesetzt, wo vom Verkehrslärm belastete Bereiche keine attraktiven Wohnstandorte mehr darstellten, aber sehr wohl Nachfrage nach attraktiven Grünflächen bestand – ob die Renaturierung des Kappelbaches am Fusse des Jugendstilviertels Kassberg oder die „Bunten Gärten“ im dicht besiedelten Gründerzeitquartier Sonnenberg. Beides sind Beispiele für Stadtteilplanungen im Kontext einer integrierten Stadtentwicklungsplanung, die auch Klimaschutzziele im Blick hatten, aber zugleich der Naherholung dienen.

Wenn man Veröffentlichungen über die Stadt der Zukunft liest, wird hierzulande immer von Hightech-Projekten geschwärmt. Smarte Technologien sollen die Umweltverträglichkeit voranbringen. Umweltforscher fordern hingegen die Rückbesinnung auf Holz und

Petra Wesseler, geboren 1963, seit Februar 2015 Präsidentin des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) in Berlin. Von 2002 bis 2015 war sie Bürgermeisterin und Leiterin des Dezernats Stadtentwicklung und Bau der Stadt Chemnitz. Zuvor war sie ab 1993 im heutigen BBR tätig, seit 1995 als Referatsleiterin. Im November 2016 wurde Petra Wesseler in den Beirat des Konvents der Bundesstiftung Baukultur gewählt. Sie gehörte von 2003 bis 2013 dem Wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Bauhaus Dessau an.



Foto: Ulf Dahl

Lehm als Baustoff und die verstärkte Förderung quartiersbezogener Lösungen, um den Bestand zu bezahlbaren Kosten auf einen neuen Stand zu bringen. Stehen wir uns mit unseren objektbezogenen Standards in Deutschland nicht selbst im Wege?

Die ständige Erhöhung gebäudetechnischer Standards ist zu hinterfragen, denn der versprochene Nutzen und die Handhabbarkeit bewähren sich im Alltag teilweise nicht. Da auch objektbezogene Standards in einem städtebaulichen Kontext wirksam werden, ist aus meiner Sicht dem Wirkungsgrad der raumordnerischen Ziele und der stadt- und quartiersbezogenen Ziele des Klimaschutzes eine wesentlich größere Bedeutung beizumessen als bisher.

Wege, die ich im Alltag nicht zurücklegen muss, verbrauchen auch keine Energie. Die Reduzierung des Flächenverbrauchs zielt auf die Eingrenzung der Zersiedlung und die Wahrung des Schutzgutes Boden. Gleichzeitig verlangt eine wirksame städtische Flächenpolitik zwingend die Kooperation mit der Region. Kooperationen sind bei der Ausweisung von Gewerbegebieten und Wohnbauflächen sowie in der Steuerpolitik der Gebietskörperschaften entscheidende Faktoren für eine positive ökonomische und ökologische Entwicklung.

Hightech-Entwicklungen zur Verbesserung von Energieeffizienz im Gebäudebereich oder bei Infrastrukturkonzeptionen sind grundsätzlich zu begrüßen. In Zeiten von Hackerangriffen und Cyberkriminalität sollte man sich jedoch auch ernsthaft mit der Resilienz, der Unabhängigkeit und der Anpassungsfähigkeit von Systemen der Infrastrukturen, befassen. Eine Energieversorgung benötigt Redundanzen im Störfall, die Versorgung mit Wasser ist essentiell, aber in der Vergangenheit gut gepflegte Systeme der Notwasserversorgung sind teilweise mangels ausreichender Wartung nicht mehr funktionsfähig. Eine zukunftsfähige Smart City muss auch resilient sein. Unter sozialen und städtebaulichen Aspekten ist die Gartenstadt, die derzeit eine Renaissance erlebt, eines der „smartesten“ Quartierskonzepte überhaupt.

Wenn man die Entwicklung von Städtebau und Architektur in Deutschland betrachtet, hat man den Eindruck, dass auf vielen Ebenen mit Nachdruck an neuen Konzepten gearbeitet wird. Bei der Umsetzung werden

innovative Lösungen dann leider oftmals zwischen fachdisziplinären Belangen aufgegeben. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik hat sich die integrierte Planung auf die Fahnen geschrieben. Sehen Sie positive Wirkungen dieser Strategie?

Für mich ist ein integrierter Planungsansatz der verschiedenen Fachdisziplinen sowohl bei der Objektplanung als auch bei der Stadtplanung unerlässlich. Bei der Gebäudeplanung gilt es von Anfang an die energetischen Aspekte ganzheitlich zu betrachten und die technische Gebäudeausrüstung und die Tragwerksplaner von Beginn an in den Entwurfsprozess mit dem Architekten einzubinden. In den integrierten Stadtentwicklungskonzepten der Städte sind alle Fachplanungen von der Verkehrsplanung bis zur Freiraumplanung zusammengeführt. Dies wird im Rahmen der Städtebauförderung als Bedingung formuliert und von den Kommunen auch praktiziert. In der Folge muss sich dies jedoch auch in den ressortspezifischen Förderprogrammen der Länder und des Bundes und in den weitergehenden Fachplanungen wie z. B. in der Schulnetzplanung widerspiegeln, damit die Ziele der Konzepte greifen können. Hier bedarf es der integrierten Handlungsweise auf allen Ebenen.

Unter sozialen und städtebaulichen Aspekten ist die Gartenstadt, die derzeit eine Renaissance erlebt, eines der „smartesten“ Quartierskonzepte überhaupt.

Als öffentlicher Bauherr muss man rechtzeitig erkennen, welche Fachdisziplinen zeitgleich zu betrachten sind, um baukulturell hochwertige Ergebnisse für unsere gebaute Umwelt zu erzielen. In Chemnitz konnten wir durch die zeitgleiche Beauftragung von Verkehrsingenieuren und Landschaftsplanern unerwartete, überzeugende Lösungen für die Platzraumgestaltungen und die Straßenbahnhaltestellen erzielen.

In diesem Sinne sehe ich bei allen Projektbeteiligten eine Verpflichtung zur Kooperation und zu fachdisziplinübergreifenden Planungsprozessen, somit zu integrierten Stadtentwicklungsstrategien und ganzheitlich entwickelten Gebäudekonzeptionen.



EINE ZUKUNFT FÜR BEZAHLBARES WOHNEN

Was kann die Nationale Stadtentwicklungspolitik tun, um eine Zukunft für bezahlbares Wohnen zu ermöglichen? Städte, auch die Innenstädte und innenstadtnahe Quartiere, sind wieder beliebte Wohnstandorte, die Dichte der städtischen Funktionen ist ein wichtiges Kriterium für die Wohnstandortwahl geworden. Die weitestgehend meisten neuen Wohnprojekte sind allerdings eher für die „Happy few“ bezahlbar. Sozialer Wohnungsbau spielt nur noch eine sehr untergeordnete Rolle. Gerade bezahlbarer Wohnraum ist aber von zentraler Bedeutung, wenn soziale Teilhabe in den Städten gelingen soll, vor allem in den Boomregionen. Auch der Leerstand in den Schrumpfungsräumen verlangt nach Lösungen.

- Prof. Harald Herrmann
Direktor und Professor am Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn
- Franz-Georg Rips
Präsident des Deutschen Mieterbundes, Berlin
- Hans Georg Wagner
Präsident des Bundes Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure e. V., Berlin
- Dr. Marc Weinstock
Geschäftsführender Gesellschafter der BIG BAU Unternehmensgruppe, Kronshagen

BEZAHLBARES WOHNEN IN DEN WIRTSCHAFTSSTARKEN STÄDTEN DEUTSCHLANDS

Bezahlbares Wohnen in wachsenden Städten sichern – das Thema hat angesichts der vielerorts angespannten Wohnungsmarktsituation in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik erheblich an Bedeutung gewonnen. Die Ressortforschung kann einen wichtigen Input liefern, um die Initiative bei diesem Thema fachlich zu unterstützen. Ich halte es für wünschenswert und wichtig, die Ergebnisse von Studien und Modellvorhaben des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) stärker als bisher als Gute Praxis der Nationalen Stadtentwicklungspolitik zu verankern. Vor allem die Modellvorhabenforschung zeigt, welche Instrumente für die Ausweitung des Wohnungsangebots funktionieren und wo es Hemmnisse gibt. Aktuelle Projekte widmen sich der Frage, wie Genossenschaften als Partner der Kommunen für das bezahlbare Wohnen gestärkt werden können. Es geht um neue Instrumente für die Aktivierung von Flächen für den Wohnungsbau und um die Rolle lokaler Bündnisse für bezahlbares Wohnen.

Viele Kommunen bestätigen, dass der „Rückenwind“ durch das Bündnis auf Bundesebene es ihnen erleichtert, auch vor Ort gemeinschaftliche Strategien für mehr bezahlbaren Wohnungsbau zu vereinbaren.

Besonders hohe Mietniveaus und Mietsteigerungen finden sich in einigen Kernstädten der Metropolregionen: München, Frankfurt am Main, Stuttgart und Hamburg heben sich mit durchschnittlichen Angebotsmieten von über 10 Euro/m² netto kalt im Jahr 2016 deutlich ab. Die Angebotsmieten legten dort um über 5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu. Aber auch in weiteren wirtschaftsstarken Städten wie Mainz, Ingolstadt, Darmstadt oder Wolfsburg mussten Neumieter tiefer in die Tasche greifen. Auch Großstädte wie Berlin, Nürnberg, Augsburg oder Offenbach haben mittlerweile überdurchschnittliche Mietniveaus erreicht.

Die enorme Zunahme der Nachfrage traf jahrelang auf eine verhaltene Entwicklung des Angebots. Die Neubautätigkeit lag in den Jahren bis 2015 unter dem vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) als nachhaltig erforderlich ausgewie-

senen Niveau von jährlich 272.000 Wohnungen. Dadurch hat sich ein erheblicher Nachholbedarf aufgebaut. Inzwischen hält das BBSR einen Neubaubedarf von jeweils mindestens 350.000 Wohnungen für die nächsten Jahre für erforderlich.

Der Wohnungsneubau reagiert inzwischen auf die hohe Nachfrage sowie die steigenden Mieten und Preise. Die seit 2009 wieder steigende Bautätigkeit erreichte im Jahr 2016 mit 375.000 genehmigten Wohnungen ein Niveau, das es zuletzt in den 1990er Jahren gab. Allerdings reicht die Zahl der Fertigstellungen mit vermutlich ca. 280.000 Wohnungen im Jahr 2016 noch nicht aus, um den erforderlichen Bedarf zu decken. Ergebnisse einer jüngst veröffentlichten BBSR-Studie zeigen, wie schwierig es ist, einerseits die vorhandenen Flächenpotenziale für den Wohnungsbau auszuschöpfen, andererseits das Angebot im günstigen Preissegment auszuweiten. Demnach wird der Bau bezahlbarer Wohnungen vor allem in innerstädtischen Lagen durch den starken Wettbewerb um Baugrundstücke erheblich behindert. Daneben verhindern komplexe Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie knappe Personalressourcen in den Verwaltungen eine rasche Reaktion auf die wachsende Nachfrage. Bürgerschaftliche und nachbarschaftliche Widerstände bei Neubauprojekten sorgen ebenfalls für Verzögerungen wie Kapazitätsengpässe in Planungsbüros und Bauunternehmen.

Erste Erfolge werden sichtbar

Vor dem Hintergrund dieser schwierigen Rahmenbedingungen halte ich es für umso bemerkenswerter, dass die Kommunen und die verschiedenen Wohnungsmarkttakteure die Trendwende geschafft haben. Viele der vor Ort umgesetzten Aktivitäten lassen sich der Wohnungsbauoffensive des Bundes zuordnen oder sind im Zusammenhang damit zu sehen. So werden mehr und mehr lokale Bündnisse gegründet oder bestehende erneuert. Viele Kommunen bestätigen, dass der „Rückenwind“ durch das Bündnis auf Bundesebene es ihnen erleichtert, auch vor Ort gemeinschaftliche Strategien für mehr bezahlbaren Wohnungsbau zu vereinbaren. So hat unter anderem die Landeshauptstadt Hannover den Münchener Aufruf für mehr Bündnisse unterzeichnet und im vergangenen Jahr ihre Wohnungsbauoffensive mit verbindlichen Zielen auf den Weg gebracht. Gegenstand dieser Wohnungsbauof-

Prof. Harald Herrmann, geboren 1953, seit 2012 Direktor und Professor am Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. Davor war Harald Herrmann als Leiter der Zentralabteilung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, als Referent im Ministerbüro und als Leiter des Referats Bauwirtschaft im Bundesbauministerium sowie im Bundesverteidigungsministerium tätig.



Foto: Milena Schlösser

fensive ist wie bei anderen Kommunen auch eine Verstärkung auf mehr Baurechte, schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren durch die Stadt sowie im Gegenzug der verstärkte Neubau von bezahlbaren Wohnungen und eines bestimmten Anteils von Sozialwohnungen durch die beteiligte Wohnungswirtschaft. Derartige Prozesse lassen sich vielerorts im Rahmen lokaler Bündnisse beobachten, wie eine demnächst erscheinende Studie des BBSR zu lokalen Bündnissen bestätigt.

Anhand verschiedener weiterer Forschungsvorhaben und im Rahmen der intensiven fachlichen Zusammenarbeit des BBSR mit den Bündnispartnern zu den zentralen Handlungsfeldern im Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen lassen sich gegenwärtig typische Handlungsmuster und Aktivitäten der Kommunen beobachten: Eine große Zahl der wachsenden Kommunen hat mittlerweile Beschlüsse zur Umsetzung eines Mindestanteils an geförderten Wohnungen beim Verkauf von städtischen Flächen für den Wohnungsbau sowie bei der Schaffung von neuem Baurecht bei privaten Grundstücken gefasst (kooperative Baulandmodelle). Das Grundmodell ist ähnlich, die Ausgestaltung der jeweiligen Situation angepasst.

Der Bund hat mit der Verdreifachung der Ausgleichszahlungen die Rahmenbedingungen für den Ausbau der Wohnraumförderung der Länder maßgeblich verbessert. Die meisten Länder mit Regionen mit erhöhtem Wohnraumbedarf setzen ihrerseits auch mehr Mittel für die Wohnraumförderung ein und haben ihre Förderkonditionen in den letzten Jahren erheblich verbessert, u. a. durch Zuschusskomponenten, die die Darlehensförderung ergänzen. Der Markt hat hierauf reagiert und nimmt die Förderung mittlerweile deutlich besser an als in den relativ schwachen Vorjahren; die Zahl der neu errichteten Sozialwohnungen steigt.

Über den Bau von Sozialwohnungen hinaus bemühen sich zahlreiche Kommunen in Kooperation mit den Investoren um die Ausweitung des Angebots auch für mittlere Einkommensgruppen. Dies wird zunehmend als Standortfaktor gesehen, um Berufsgruppen mit relativ geringen Einkommen an die Städte zu binden. Hier greifen zum Teil auch eigene kommunale Förderangebote wie in München oder Stuttgart mit liegenschaftspolitischen Instrumenten ineinander. In einigen Kommunen beteiligen sich auch größere Arbeitgeber wieder am Wohnungsneubau für ihre Mitarbeiter.

Die Kommunen haben erkannt, dass für mehr bezahlbaren Wohnungsneubau eine Erweiterung des Flächenangebots erforderlich ist und entwickeln gewerbliche Brachflächen, aufgelassene Infrastruktureinrichtungen oder Bahnflächen für den Wohnungsneubau neu bzw. ergänzen vorhandene bauliche Strukturen gezielt durch Nachverdichtung. Hinzu kommen verstärkte Anstrengungen eines aktiven Innenentwicklungsmanagements, das die oft mühsame und kleinteilige Aktivierung von Baulücken und Flächenpotenzialen zum Gegenstand hat. Ergänzend zu den flächenbezogenen Nachverdichtungspotenzialen werden zunehmend auch wieder gebäudebezogene Erweiterungen in den Blick genommen, so wie es bereits Anfang der 1990er Jahre praktiziert wurde. Vor allem mit Dachaufstockungen und Dachgeschossausbauten lässt sich nach und nach zusätzlicher Wohnraum in erheblichem Umfang gewinnen.

Einen wichtigen Beitrag für mehr bezahlbaren Wohnraum leisten auch die Wohnungsgenossenschaften. Sie engagieren sich wieder verstärkt im Wohnungsneubau für verschiedene Zielgruppen. In den Altbeständen bestehen vielerorts sehr günstige Nutzungsentgelte, sodass insgesamt von den Genossenschaften ein deutlich mietpreisdämpfender Effekt auf den Gesamtmarkt ausgehen kann.

Die Städte haben ein großes Potenzial als Standort eines qualitätsvollen und bezahlbaren Wohnens für alle. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass dieses Potenzial bestehen bleibt.

Die Wohnungspolitik entscheidet wesentlich mit darüber, wie wir das Miteinander in wachsenden Städten gestalten. Die Städte haben ein großes Potenzial als Standort eines qualitätsvollen und bezahlbaren Wohnens für alle. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass dieses Potenzial bestehen bleibt. Unsere Forschungsarbeiten können Hinweise bieten, wie das gelingen kann.



Franz-Georg Rips, geboren 1949, seit 2007 Präsident des Deutschen Mieterbundes, dessen Direktor er von 1995 bis 2008 war. Von Oktober 2009 bis Januar 2013 hauptamtlicher Bürgermeister der Stadt Erfstadt. Seit 1986 ist Dr. Rips Mitglied des Beirates des Kölner Mietervereins und seit 1994 Vorstandsmitglied. Er gehört im Bereich der Wohnungspolitik und der Wohnungswirtschaft zahlreichen Vorständen und Fachbeiräten an.

Franz-Georg Rips

WIR BRAUCHEN MEHR UND BILLIGERE WOHNUNGEN

Die Bevölkerungszahl in Deutschland wächst, aber das Wohnungsangebot – vor allem in Großstädten, Ballungsgebieten und Universitätsstädten – hinkt der Nachfrage deutlich hinterher und die Mieten steigen immer weiter. Der aktuelle Stadtentwicklungsbericht der Bundesregierung weist zurecht darauf hin, dass einkommensschwächere Haushalte, aber zunehmend auch Haushalte mit mittlerem Einkommen, Schwierigkeiten haben, eine bezahlbare Wohnung zu finden.

Neubauzahlen unbefriedigend

Der Wohnungsneubau bleibt deutlich hinter dem tatsächlichen Neubaubedarf zurück. Das gilt insbesondere für Mietwohnungen. Um der wachsenden Nachfrage, insbesondere in den Städten, gerecht zu werden, müssten jährlich 400.000 neue Wohnungen gebaut werden, davon mindestens 150.000 bezahlbare Mietwohnungen. Tatsächlich wurden jedoch 2015 (aktuelle Zahlen liegen noch nicht vor) lediglich 248.000 Wohnungen neu gebaut, davon nur rund 45.000 Mietwohnungen. Der Rest entfiel auf den Neubau von Ein- und Zweifamilienhäusern sowie auf hochwertige Eigentumswohnungen. Diese Zahlen machen deutlich, wo Handlungsbedarf besteht. Die Bundesregierung unternimmt aber bisher viel zu wenig, um den Neubau bezahlbarer Mietwohnungen zu fördern. Das Bündnis für bezahlbares Wohnen und die angekündigte Wohnungsbaufensive zeigen noch keine ausreichende Wirkung.

Bestand an Sozialwohnungen schrumpft weiter

Aktuell gibt es noch rund 1,3 Millionen Wohnungen in Deutschland, deren Bau mit staatlichen Mitteln gefördert worden ist. Der Bestand schrumpft jedoch jährlich um etwa 45.000 bis 50.000 Wohnungen, die aus der Belegungsbindung fallen. Dagegen entstehen nur etwa 15.000 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau neu (2015). Dieser Prozess muss gestoppt werden. Benötigt werden jährlich nach unseren Berechnungen rund 80.000 neue Wohnungen für Mieter mit geringem Einkommen. Der Bund hat die entsprechenden Fördermittel aufgestockt. Das ist ein wichtiges Signal, auch in Richtung Bundesländer. Die Länder müssen

die so genannten Kompensationszahlungen des Bundes jetzt zweckgerichtet für den Bau neuer preiswerter Mietwohnungen verwenden und um eigene Fördermittel in mindestens gleicher Höhe aufstocken. Dann sind zumindest 60.000 neue Sozialmietwohnungen im Jahr realisierbar. Wir befürchten jedoch, dass der soziale Wohnungsbau ab 2019 ernsthaft auf der Kippe steht. Schon 2019 fährt der Bund seine Kompensationszahlungen wieder auf 1 Milliarde Euro zurück, und ab 2020 beteiligt sich der Bund überhaupt nicht mehr an der sozialen Wohnraumförderung. Die Forderung des Deutschen Mieterbundes ist eindeutig: Der soziale Wohnungsbau muss Daueraufgabe für Bund, Länder und Kommunen bleiben. Hier steht die Politik in der Verantwortung.

Die Mietpreisbremse wirkt nicht

Um den Anstieg der Mieten in Deutschlands Groß- und Universitätsstädten und deren Nachbargemeinden zu stoppen, hat die Bundesregierung 2015 die Mietpreisbremse eingeführt. Das neue Gesetz ermöglicht es den Bundesländern, bestimmte Gebiete zu „angespannten Wohnungsmärkten“ zu erklären und dort die Mieten zu deckeln. Die Miete darf dann bei Abschluss eines neuen Mietvertrags in einer Bestandswohnung nicht mehr als 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen, wie sie sich aus einfachen oder qualifizierten Mietspiegeln vor Ort ergibt.

Die neuen Regeln haben jedoch nicht dazu geführt, dass einkommensschwache Haushalte tatsächlich profitieren. Vor allem in laufenden Mietverträgen müssen viele Mieter nun deutlich höhere Mieten zahlen, aber auch bei Abschluss eines neuen Mietvertrags. Die Sofortmaßnahme der Bundesregierung ist zu kompliziert und enthält zu viele Ausnahmeregelungen. Außerdem sieht sie keine Sanktionen für Vermieter vor, die sich nicht an das Gesetz halten. Es wird eine wichtige Aufgabe für die nächste Bundesregierung sein, sich diesen Herausforderungen und Problemen mit wirksameren Instrumenten zu stellen.

Hans Georg Wagner, geboren 1938, seit 1999 Präsident des Bundes Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure e. V. Von 2002 bis 2005 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, von 1975 bis 1991 Mitglied des saarländischen Landtags sowie geschäftsführender Beamter des Staatlichen Hoch- und Klinikbauamtes in Saarbrücken.



Foto: BDB

Hans Georg Wagner

QUALITÄT IST NICHT DURCH MASSE ZU ERSETZEN

Die aktuelle Nationale Stadtentwicklungspolitik muss Antworten auf die drängenden Fragen der Stadtentwicklung geben. Gutes und gesundes Wohnen ist ein Grundbedürfnis und Grundrecht aller Bürger unseres Landes und gleichzeitig die Voraussetzung für eine positive Grundhaltung.

Bezahlbare Wohnungen in den Städten der Ballungszentren für alle Einkommensschichten!

In den Ballungszentren unseres Landes ist die Versorgung unterer und auch mittlerer Einkommensgruppen mit bezahlbarem Wohnraum unterdessen kaum mehr sichergestellt. Dies geht einher mit der Gentrifizierung ganzer Stadtteile hin zu exklusivem Wohnen, was zwangsläufig zu einer Verdrängung der angestammten Bewohnerschaft führt, da diese die steigenden Mieten nicht mehr bezahlen kann. Hier braucht es Antworten, Regelungen und Aktivitäten, die das Zusammenleben aller Einkommens- und Bevölkerungsgruppen in unseren Städten und Gemeinden sichert. Hierzu gehören Maßnahmen wie „Milieusicherung“ genauso wie die Diskussion über eine verträgliche Dichte in den Zentren.

Der demografische Wandel erfordert zudem, dass ausreichend barrierefreier Wohnraum zur Verfügung steht. Ebenso muss das Wohnumfeld möglichst barrierefrei ausgestaltet werden.

Der Druck auf dem Wohnungsmarkt wird zusätzlich durch den Raumbedarf der zu uns geflüchteten und in die Städte drängenden Migranten gesteigert. Alle Akteure im Bereich der Stadtentwicklung sind aufgerufen, daran mitzuarbeiten, dass keine Konkurrenzsituation auf dem Wohnungsmarkt zwischen alteingesessenen Bürgern und der Gruppe der Flüchtlinge und Migranten entsteht.

Die Integration dieser Gruppen in unsere Gesellschaft ist Grundvoraussetzung für ein friedliches und positives Miteinander. Durch bauliche und planerische Rahmenbedingungen muss diese Entwicklung unterstützt werden.

Bei aller Notwendigkeit, neuen Wohnraum zu schaffen, darf die Bemühung um Qualität sowohl in der Stadtplanung als auch bei der Gebäudeplanung nicht zurückstehen. Qualität ist nicht durch Masse zu ersetzen. In der Vergangenheit gemachte Fehler dürfen sich nicht wiederholen.

Der ländliche Raum

Im Gegensatz zu den Ballungszentren leidet der ländliche Raum unter schwindenden Bevölkerungszahlen. Hier müssen Konzepte entwickelt und fortentwickelt werden, die einerseits ehrlich mit der Problematik eines „dauerhaften Ausblutens“ dieser Bereiche umgehen und andererseits dafür sorgen, dass dieser Prozess im Interesse und im Sinne der Menschen begleitet und gesteuert wird. Gleiches gilt für die Städte und Gemeinden, die nicht zu den oben genannten Ballungszentren gehören. Hier entwickeln sich neue Chancen, durch Entdichtung neue Qualitäten des Wohnens in den zu dicht bebauten Bereichen zu schaffen.

Gutes und gesundes Wohnen ist ein Grundbedürfnis und Grundrecht aller Bürger unseres Landes.

Konzepte und Perspektiven für den Verkehr

Der Individualverkehr gerade in den dicht besiedelten Gebieten unserer Innenstädte steht dem Bedürfnis nach gesundem Wohnen entgegen. Intelligente Konzepte, die die Belastung der Bewohner der Städte maßgeblich reduzieren, müssen entwickelt, weiterentwickelt und umgesetzt werden. Die Förderung der Elektromobilität und die Stärkung des ÖPNV sind nur zwei Teilbereiche der notwendigen Maßnahmen für den Verkehr. Alle Überlegungen, die zu einer Reduzierung des Individualverkehrs führen, sind intensiv weiterzuentwickeln.

WEITERHIN ANGESPANNTE WOHNUNGSMÄRKTE IN DEN METROPOLREGIONEN

„Die Party ist vorbei“ – so lauteten die Schlagzeilen über die Vorstellung des Frühjahrsgutachtens der Immobilienweisen. Im Wohnungsmarktteil stellen die Verfasser fest, dass in den Hot Spots des deutschen Wohnungsmarkts – genannt werden Berlin, München, Hamburg und Frankfurt – möglicherweise mit einem Trendbruch bei Mieten und Kaufpreisen zu rechnen sei. Teilen Sie diese These?

Der Fokus der Untersuchung ist unseres Erachtens zu sehr auf die Zentren der Metropolregionen verengt und hat zu wenig das Umland als Gesamtentwicklungsraum im Auge. Zudem werden die gesellschaftlichen Veränderungen als Treiber von Bevölkerungsbewegungen weitgehend ausgeblendet. Wenn das Gutachten aufgrund einer veränderten Binnenwanderung in den Großstädten ein Überangebot an Wohnungen erwartet, mit der Folge, dass Mieten und Kaufpreise um bis zu 30 % sinken könnten, muss ich sagen: alle unsere Daten widerlegen diese Folgerung.

In allen Metropolregionen besteht unseres Erachtens weiterhin hoher Bedarf im Wohnungsbau, den man jedoch differenziert beschreiben muss.

Von daher glauben wir nicht daran, dass man von einer Trendwende sprechen kann. Denken Sie nur an die Zuwanderung aufgrund wirtschaftlicher Attraktivität. Leipzig z. B. wird von einem Zuwanderungsboom erfasst. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Die Stadt konnte in den letzten Jahren einen immensen Zuwachs an Arbeitsplätzen verzeichnen. Ein Faktor, der noch immer über Wachstum, Stagnation oder Schrumpfung einer Stadt entscheidet.

Insgesamt ist aber doch eine Abschwächung der Zuwanderung eingetreten?

Ja, die Zuwanderung von außen in die Metropolen hat sich insgesamt abgeschwächt, das ist richtig. Aber: Das muss nicht zwingend die sinkende Attraktivität dieser Städte belegen. Der Fokus darf nicht auf die Stadt allein gerichtet sein. Dann wird klar, dass der Zuzug in die Metropolregionen ungebrochen ist, aller-

dings mit einem wachsenden Trend zur Suburbanisierung. Dies liegt an einem nicht ausreichenden Angebot an Wohnraum in den Großstädten oder, damit korrelierend, sehr hohen Preisen. Alternativen finden die wohnungssuchenden Haushalte im Umland von Hamburg, Berlin, Frankfurt oder München.

Die Immobilienkaufpreise sind stark gestiegen. Halten Sie die geforderten Preise für gerechtfertigt oder kann man von einer Blase sprechen?

In den vergangenen Jahren sind die Kaufpreise für Immobilien schneller gestiegen als die Mieten. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass der Markt für Eigentumswohnungen nicht reguliert ist, während der Markt für Mietwohnungen in hohem Maße – auch schon von der Einführung der Mietpreisbremse – reguliert war. Das bedeutet, dass der Kaufpreis für eine Eigentumswohnung tatsächlich den Gleichgewichtspreis für die Wohnung widerspiegelt, während Mieten aufgrund der bestehenden Regulierung die Nachfrage nach dem Wirtschaftsgut Mietwohnung nur bedingt richtig anzeigen. Aber daraus kann man nicht ableiten, dass alle Käufer von steigenden Mieten ausgehen: Nach unseren Beobachtungen ist sowohl den privaten als auch den institutionellen Erwerbern von Wohnungen bewusst, dass die Immobilienrenditen zwar niedriger sind als in den Vorjahren, aber eben immer noch höher als die Renditen bei anderen Anlagemöglichkeiten – sofern es überhaupt sinnvolle Alternativen gibt.

Sie sehen in den Großstädten also weiterhin einen hohen Bedarf im Wohnungsbau?

In allen Metropolregionen besteht unseres Erachtens weiterhin hoher Bedarf im Wohnungsbau, den man jedoch differenziert beschreiben muss. In Frankfurt konnten in den letzten Jahren deutliche Erfolge bei der Deckung des Wohnraumbedarfs erzielt werden. Allerdings sind die dafür in Anspruch genommenen Flächen hauptsächlich Teil von älteren Entwicklungsmaßnahmen gewesen. Eine Bereitstellung neuer, großer Entwicklungsflächen in ausreichender Zahl im Stadtgebiet ist für die nächsten Jahre nicht zu erwarten. Somit wird die Frage der Bewältigung des Zuzugs in das Rhein-Main-Gebiet immer stärker von der Baulandbereitstellung im Umland abhängig sein, die dann erhebli-

Dr. Marc Weinstock, geboren 1966, seit 2013 geschäftsführender Gesellschafter der BIG BAU Unternehmensgruppe, seit 2012 Sprecher der Geschäftsführung der DSK Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft mbH & Co. KG. Marc Weinstock ist Mitglied im Präsidium des Zentralen Immobilienausschusses Deutschland und Vorsitzender der Bundesfachkommission Stadtentwicklung, Bau und Immobilien im Wirtschaftsrat Deutschland.



Foto: DSK | BIG BAU Gruppe

che öffentliche Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur notwendig machen wird.

In Berlin wird die Innenentwicklung mit einer in gleichem Maße stattfindenden Suburbanisierung einhergehen. Die steigenden Lebenshaltungskosten sind nicht mit entsprechenden Einkommenssteigerungen in allen Branchen einhergegangen. Damit hat Berlin einen wichtigen Standortvorteil vor allem für einkommensschwächere Haushalte verloren. Hinzu kommt der Trend zur Eigentumsbildung bei jungen Familien, die das Einfamilienhaus im Umland suchen, wenn Verkehrsanbindung und soziale Infrastruktur gegeben sind. Dies ist auch in Hamburg festzustellen und bedingt auch hier eine zunehmende Suburbanisierung. Diese geht aber, wie auch in Berlin oder München, nicht auf Kosten der dynamischen Entwicklung innerhalb der Stadtgrenzen.

Wie sehen Sie die Entwicklung der Wohnungsnachfrage?

Der Haupttreiber des anhaltenden Zuzugs wird auch in Zukunft die Wirtschaftskraft und damit die Verfügbarkeit bzw. Erreichbarkeit von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sein. Dies läuft einher mit gesellschaftlichen Veränderungen. So ist ein wesentlicher Faktor der Urbanisierung die steigende Frauenerwerbstätigkeit, die wiederum zu einer Zunahme von Doppelverdiener-Haushalten mit Kindern führt. Für Familien ist Zeit ein wichtiger Faktor, also die Erreichbarkeit der Arbeitsplätze sowie wohnortnahe Angebote an Kinderbetreuung und Schulen. Auch die Nachfrage selbständig lebender, alter Menschen, die neben barrierefreiem Wohnraum auf ärztliche Versorgung und kulturelle Angebote im Umfeld Wert legen, ist ein wichtiger Faktor. Und letztlich bleiben die Zentren der Metropolregionen die entscheidenden Orte des Ankommens und der Integration für die Zuwanderung aus dem Ausland.

Welche Strategien sollten die Kommunen verfolgen?

Von einer Trendwende auf den Wohnimmobilienmärkten der wachsenden Großstädte auszugehen, ist mit erheblichen Risiken behaftet. Sollten die Investitionen in den Wohnungsbau nachlassen und sollte in der Politik der Eindruck entstehen, man könne bei der Flächenbereitstellung wieder etwas langsamer machen, dann

werden Preise und Mieten weiter steigen. Die Wohnungsmärkte in den Metropolregionen brauchen weiterhin ein hohes Engagement aller Beteiligten.

Ich würde mir wünschen, dass die Plattform und die Pilotprojekte offensiv eingesetzt werden, um Ballast abzuwerfen und wohnungspolitische Innovationen voranzutreiben.

Die Ausweisung von Bauland sowie die Einbindung von privatem Kapital und Know-how bleibt eine der wichtigsten kommunalen Aufgaben. Das Ziel der sozialen Mischung in den Quartieren darf nicht zur Verhinderung von Baumaßnahmen führen. Zu Recht fordert die Bundesfachkommission Stadtentwicklung, Bau und Immobilien des deutschen Wirtschaftsrats, dass es auf angespannten Wohnungsmärkten über einen gewissen Zeitraum möglich sein soll, die Kopplung des frei finanzierten Wohnungsbaus mit preisgedämpftem Wohnraum auszusetzen. Über steuerliche Anreize für den Neubau auf angespannten Wohnungsmärkten sollte man ebenfalls nachdenken. Für besonders wichtig halte ich die interkommunale Zusammenarbeit: Wenn es gelänge, die Standorte neuer Wohngebiete mit dem Ausbau umweltfreundlicher Verkehrsmittel zu koordinieren, wäre ein Quantensprung in der stadtregi- onalen Wohnungsversorgung möglich.

Welche Impulse erwarten Sie von der Fortschreibung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik?

Ich würde mir wünschen, dass die Plattform und die Pilotprojekte offensiv eingesetzt werden, um Ballast abzuwerfen und wohnungspolitische Innovationen voranzutreiben. Ich denke da insbesondere an Umwidmungen der Flächennutzung, an einen Verzicht auf kostentreibende Überregulierung und den Abbau überzogener Standards, insbesondere im energetischen Bereich. Angesichts einer geringen Eigentumsquote in der Bundesrepublik liegen mir neue Konzepte zur Eigentumsbildung besonders am Herzen. Neuen Trägerformen und innovativen Finanzierungskonzepten gehört die Zukunft. Wo sollte diesen Experimenten Raum gegeben werden, wenn nicht in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik?



ZUKUNFTSFÄHIGE STADTQUARTIERE

Wie kann die Nationale Stadtentwicklungspolitik zukunftsfähige Stadtquartiere fördern? Integrierte Stadtentwicklung beginnt im Quartier. Im Quartier werden sowohl Fragen von nationalem Interesse verhandelt, als auch spezifische Aufgaben des lokalen Gemeinwesens angegangen, z. B. die Stärkung von Nachbarschaften. Dabei geht es nicht nur um passive Unterstützung, sondern um die Stärkung und Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements. Insbesondere in Quartieren mit starker Entwicklungsdynamik durch den demografischen Wandel stellt sich die Herausforderung, den Zusammenhalt unter den Bewohnerinnen und Bewohnern zu fördern. Bildungseinrichtungen leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration der Bewohnerinnen und Bewohner benachteiligter Quartiere. Belebte öffentliche Räume verleihen den Quartieren eine Identität.

- Prof. Dr. Klaus J. Beckmann
KJB.Kom Prof. Dr. Klaus J. Beckmann Kommunalforschung, Beratung, Moderation und Kommunikation, Berlin
- Frauke Burgdorff
Geschäftsführerin der Burgdorff Stadt – Agentur für kooperative Stadtentwicklung, Bochum
- Prof. Dr. Angela Million
Leiterin des Fachgebiets Städtebau und Siedlungswesen, Institut für Stadt- und Regionalplanung der Technischen Universität Berlin
- Prof. Christa Reicher
Professorin für Städtebau, Stadtgestaltung und Bauleitplanung an der Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund

ZUKUNTSFÄHIGE STADTENTWICKLUNG UND STADTQUARTIERE

Wachsende Aufmerksamkeit für technische Infrastrukturen und Mobilität

Die Leipzig-Charta (2007) und das Memorandum „Urban Energies“ (2013) haben wieder verstärkt den Blick auf die Städte und vor allem auf Quartiere mit besonderem Erneuerungsbedarf gelenkt. Dabei stand und steht die europäische Stadt als Stadttypus im Fokus – also eine „reife“ Stadt mit kontinuierlicher, aber moderater Entwicklungsdynamik, mit weitgehendem, aber durchaus verbesserungsbedürftigem sozialen Ausgleich und sozialer Gerechtigkeit, mit wenig zukunftsfähigen Ressourcenverbänden, mit Umbau-, Erneuerungs- und Veränderungsbedürftigkeit, zum Teil auch mit Schrumpfungstendenzen.

Dieser Typus der reifen Städte ist durch eine verträgliche Dichte, durch eine relativ ausgeprägte Funktions- und Sozialmischung, in großen Städten und Regionen durch polyzentrale Siedlungsstrukturen sowie durch qualitätsvolle öffentliche Räume geprägt. Die Bedingungen für einen verbesserten Klimaschutz, eine erfolgreiche Bewältigung von Klimafolgen sowie für Ressourcenschutz und Energiewende sind hier günstig, aber erst in Ansätzen ausgeschöpft.

Deutsche Position zur New Urban Agenda (2016)

Das deutsche Positionspapier zur New Urban Agenda für Habitat III in Quito 2016 betont die Chancen, aber auch die Handlungserfordernisse unter diesen Ausgangsbedingungen. Als besondere Qualitäten und Stärken werden die lokale Verantwortung und das lo-

Zielen und Maßnahmen, Beteiligungen und Verantwortlichkeiten. Besonders wichtig, gleichzeitig aber auch besonders schwierig übertragbar, sind die Rahmenbedingungen der dezentralen kommunalen Verantwortung, einer entsprechenden demokratisch verfassten und hierarchisch organisierten Politikkultur wie auch einer angemessenen Finanzmittelausstattung. Denn die Chancen, technische Innovationen synergetisch in eine zukunftsfähige Stadtentwicklung einzubinden, beruhen unter anderem – und vor allem – auf dezentralen Verantwortungs- und Prozessstrukturen.

Sind Smart Cities die Zukunftslösung?

Mit fortschreitender Digitalisierung von Wirtschaft, Gesellschaft, Infrastrukturen, Verkehr und Betrieb von Raumstrukturen ergeben sich veränderte Rahmenbedingungen für die Stadtentwicklung. Dezentrale Verantwortungs- und Entscheidungsstrukturen werden erleichtert. Smart Cities dürfen nicht nur technologisch aufgefasst werden, sondern auch und vor allem sozial, ökonomisch, ökologisch, raumstrukturell und prozessual. In der Smart City wachsen im Idealfall die Bereiche von Bedarfen und Nachfragen auf der einen, von Angeboten und Leistungen auf der anderen Seite zusammen. Die Grenzen von Produktionsbereichen und Konsumbereichen werden durchlässig: Konsumenten, d. h. Stadtbewohner, werden in verschiedensten Bereichen auch zu Produzenten. Dies sind die Grundideen von Sharing-Ökonomien, von Vernetzungen dezentraler Energieversorgung untereinander und mit Elektro-Fahrzeugen als Speicher und Verbraucher. Die ausdifferenzierten Infrastrukturbereiche wie Verkehr, Wärme- und Energieversorgung, Wasserversorgung, Regen- und Abwassermanagement, Abfall-/Wertstoffwirtschaft wachsen wieder zusammen und werden zunehmend vernetzt und dezentral organisiert. Große zentrale Anlagen verlieren an Bedeutung oder werden umgebaut und in dezentrale Strukturen und Netzwerke eingebunden. Dies erfordert einen gründlichen strukturellen Umbau der Städte und Regionen.

Handlungsbedarfe und -chancen von Verkehr und Mobilität

Vor dem Hintergrund der Anforderungen aus Klimaschutz und Energiewende sowie der Digitalisierung öffnet sich derzeit ein großes Zeitfenster zur nachhaltigen Umgestaltung der städtischen und regionalen

Lokale Verantwortung und lokales Engagement werden zu Qualitäten und Stärken.

kale Engagement herausgestellt. Beide sind Voraussetzungen für die Akzeptanz notwendiger Maßnahmen durch Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, vor allem aber auch wesentliche Voraussetzungen zur aktiven Ausgestaltung und Umsetzung. Die räumlichen Strukturen der europäischen Städte, aber vor allem auch Akteurskonstellationen, Verantwortlichkeiten und Prozesse sind zwar nicht direkt auf „geplante“ wie auch „informelle“ Städte übertragbar, bieten jedoch Chancen zur kritischen und gestalterischen Reflexion von

Prof. Dr. Klaus J. Beckmann, geboren 1948, seit 2013 Inhaber des Ingenieurbüros KJB. Kom Prof. Dr. Klaus J. Beckmann Kommunalforschung, Beratung, Moderation und Kommunikation, Präsidiumsmitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Zuvor war er wissenschaftlicher Direktor des Deutschen Instituts für Urbanistik, Professor für Stadtbauwesen und Stadtverkehr an der RWTH Aachen, technischer Beigeordneter der Stadt Braunschweig sowie Professor für Kommunale Infrastrukturplanung an der Universität Karlsruhe.



Foto: David Aussenhofer

Verkehrssysteme im Rahmen integrierter Verkehrsentwicklungsplanung (VEP) und Strategic Urban Mobility Plans (SUMP).

Neue Antriebstechnologien wie batterie-elektrische Antriebe, Brennstoffzellen-Antriebe, Hybrid-, Wasserstoff- und Gas-Antriebe für PKW, Busse oder auch Lieferfahrzeuge ermöglichen eine dramatische Reduktion von Emissionen wie Lärm, Schadstoffen (z. B. NO_x) und CO_2 . Sie setzen aber auch veränderte Versorgungsinfrastrukturen voraus, z. B. Ladeinfrastrukturen sowohl auf Privat- wie auch auf öffentlichen Grundstücken. In Verbindung mit „Reservierungsoptionen“ für Elektrofahrzeuge auf gebührenfreien Parkplätzen an Ladesäulen, mit Abrechnungsregelungen entstehen so neue Gestaltungs- und Nutzungserfordernisse von Straßen- und Verkehrsräumen. Dadurch darf die Aufenthaltsqualität dieser öffentlichen Räume nicht noch stärker belastet werden, d. h. die Flächen für Aufenthalt und nichtmotorisierte Verkehre sind zu erweitern, die Verkehrssicherheit zu verbessern und Trennwirkungen abzubauen. Damit bekommen die langjährigen Diskussionen über Geschwindigkeitsbeschränkungen in Städten – Tempo 30 auf allen Straßen – eine neue Fundierung und Ausrichtung, z. B. auch als „Shared Spaces“. Dies findet neben der Gestaltung von Anlagen der technischen Infrastrukturen zunehmend Berücksichtigung in der weiterentwickelten Nationalen Stadtentwicklungspolitik.

Neue städtische Mobilitätsdienste

Smartphones und Mobilitäts-Apps ermöglichen und erschließen neue Mobilitätsdienste im Stadt- und Regionalverkehr. Gute Beispiele integrierter Verkehrssysteme aus öffentlichem Personenverkehr, nicht motorisiertem Verkehr und motorisiertem Individualverkehr zeigen die Entwicklungsoptionen für Inter- und Multimodalität, d. h. eines Wechsels der Verkehrsarten für einzelne Wege. Die Ausweitung inter- und multimodalen Verkehrsverhaltens zeigt ebenso wie die Abnahme der individuellen Motorisierung – insbesondere bei jungen Stadt- und Regionsbewohnern – eine Zunahme zweckrationalen Mobilitätsverhaltens. Erweiterte Angebote sowie deren leichtere Zugänglichkeit zeigen die Chancen für Wertewandel, Bewusstseinsveränderungen und Verhaltensveränderungen im Mobilitätsbereich. Die digitale Unterstützung durch Mobilitäts-

Apps eröffnet Möglichkeiten zur Wahrnehmung neuer Mobilitätsoptionen wie standortfestes oder „free-floating“ Carsharing, Mitnahmedienste oder Einsatz von elektrisch unterstützten Zweirädern wie Pedelecs und E-Bikes, aber auch neuer Lieferdienste („letzte Meile“).

Stärkere Veränderungen sind in den nächsten Jahren durch automatisch fahrende Fahrzeuge zu erwarten. Dabei werden Mobilitätsmöglichkeiten für Nichtmotorisierte eröffnet und erweitert. Die Automatisierung von Fahrzeugen kann zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, zur Steigerung der Leistungsfähigkeit von Verkehrsnetzen oder zur Reduktion des Personaleinsatzes in öffentlichen und privaten Fahrzeugen beitragen. Parksuchverkehre werden verzichtbar, wenn Nutzer am Ziel abgesetzt werden und das Fahrzeug automatisch auf kürzesten Wegen zum nächsten freien Parkplatz fährt oder anderen Fahrgästen zur Verfügung steht. Auch die Erschließung peripherer Räume durch individualisierte automatische Fahrzeuge im ÖPNV ist denkbar.

Smart Cities sind nicht nur technologisch aufzufassen, sondern auch und vor allem sozial, ökonomisch, ökologisch, raumstrukturell und prozessual.

Quartiersentwicklung mit erweiterten Zielen

Die künftige Quartiersentwicklung wird neuen Anforderungen gerecht werden müssen: dem sozialen Ausgleich, der sozialen und ethnischen Integration, der energetischen Erneuerung und dem Klimaschutz sowie der Bewältigung der Folgen des Klimawandels. Hier liegt ebenso eine zentrale Aufgabe der Nationalen Stadtentwicklungspolitik wie in einer zukunftsfähigen Gestaltung von Großsiedlungen. Aufgabe wird es dabei vor allem sein, integrierte und maßstäbliche Lösungen zu finden – durch Mischung von Funktionen, attraktive Gestaltung zentraler Versorgungsbereiche und differenzierte Bau- und Eigentumsformen. Leitprinzip ist eine integrierte Stadt-, Quartiers- und Regionsentwicklung. Hier bietet die Nationale Stadtentwicklungspolitik als Werkstatt und Plattform besondere Chancen zum Erfahrungsaustausch und zur Weiterentwicklung von Programmen.

MEHR BODEN FÜR LAGERFEUER!

In der Leipzig-Charta wird überzeugend formuliert, dass die Europäische Stadt eine große soziale Integrationskraft habe. Angesichts segregierter Quartiere, wachsender nationalistischer Wählerkreise und vermehrter ethnischer Konflikte scheint diese Selbstverständlichkeit ins Wanken geraten zu sein. Auch die Stadtentwicklung muss wieder darum ringen, Städte so zu organisieren, dass ein friedvolles und faires Miteinander, eine dem allgemeinen Wohl und dem demokratischen Konsens verpflichtete Politik möglich ist. Dabei gibt es durchaus hervorragende Beispiele, in denen das gelingt und deutlich wird, dass Städtebau, Stadtplanung und Architektur eine bindende soziale Kraft erzeugen können. Wer Bremen-Tenever vor und nach dem Stadtumbau kennt, im Samtweberviertel in Krefeld spazieren geht oder sich im Bochumer Westend tummelt weiß: diese Investitionen in Steine hatten und haben unmittelbar positive Wirkung auf das Zusammenleben der Menschen vor Ort. Aber sind sie auch nachhaltig? Bleiben sie bestehen, wenn dem Gemeinwesen das Geld ausgeht und der Betrieb dieser Räume so viel verschlingt, dass die personelle Substanz verloren geht?

... Städte so zu organisieren, dass ein friedvolles und faires Miteinander, eine dem allgemeinen Wohl und dem demokratischen Konsens verpflichtete Politik möglich ist.

In Bochumer Westend zum Beispiel kann man die Frage mit einem ausdrücklichen Ja beantworten. Hier gingen private, öffentliche und das Gemeinwesen stützende Investitionen Hand in Hand. Der von einem privaten Investor kernsanierte Bunker wäre ohne die ihn umgebenden gut gestalteten öffentlichen Räume (Marktplatz und Schulplatz vorne, großer Abenteuerspielplatz hinten) eine Insel geblieben. Die zum interkulturellen Quartierszentrum Q1 weiter gebaute Friedenskirche in Stahlhausen wäre ohne die erfahrenen Gemeinwesenprofis aus der Kirche und die engagierten Künstler aus

dem Viertel wahrscheinlich ein weiteres gut gemeintes Raumangebot geworden. Und die solide gestalteten Fassaden und öffentlichen Räume am Springerplatz bieten genau so wie der lebendige Abenteuerspielplatz einen guten Rahmen für die Gäste des unglaublich erfolgreichen Freitagsmarktes an lauen Sommerabenden. Viele kleine und mittelgroße Puzzlesteine haben also in den letzten Jahren ein neues Bild erzeugt. Diese Vielfalt und Diversität der Puzzlestücke schafft auch Stabilität und Resilienz für die weitere Entwicklung. Denn wenn ein Puzzleteil wegfällt, wird dies ziemlich sicher nicht das große Ganze gefährden. Der große Wurf oder das neue Leitbild wurde damit nicht entwickelt. Es wird aber auch nicht vermisst. Weil es darum geht – so Pastor Nollmann aus dem Q1 – eher Lagerfeuer als Leuchttürme zu bauen. Denn der eine Leuchtturm – sei es nun ein Industriedenkmal oder ein Shopping-Center – bleibt so einsam wie Leuchttürme nun einmal sind: am Rande der Küste, ohne Kontakt zu den Seeleuten, die ihn als Orientierung brauchen. Das Lagerfeuer hingegen wird am schönsten, wenn viele das Holz beigesteuert haben, es stört aber auch nicht, wenn einer nicht mitmacht.

Ein riesiges und wirklich beeindruckendes und inspirierendes Lagerfeuer wurde in Bremen-Tenever gebaut. Investitionen in Wohnraum, neue sozialräumlich wirksame Infrastrukturen, engagierte Partner in den Bildungs- und Sporteinrichtung und ein starkes und unabhängig handelndes Quartiersmanagement haben diese für viele als hoffnungslosen Fall eingestufte Großwohnsiedlung zum Besseren gedreht. Eine Arrival City der guten Art ist entstanden. Hier ist Diversität Alltag, hier wird nicht nur Bildung, sondern auch informelles Lernen groß geschrieben, hier gibt es ordentliche und bezahlbare Wohnungen. Das romantische Bild europäischer Urbanität bedient Tenever damit nicht. Aber der Prozess und seine Ergebnisse beweisen, dass die Investition in Steine vor allem dann gut gelingt, wenn sie von einer großen – und nachhaltigen – Investition in Menschen flankiert wird. Wobei auch hier gilt: Mehr Schultern sind besser als eine.

Viele andere Projekte können diese Kraft nicht entfalten, sie schaffen es nicht, eine nachhaltige Substanz

Frauke Burgdorff, geboren 1970, seit 2017 Geschäftsführerin der Burgdorff Stadt – Agentur für kooperative Stadtentwicklung, Bochum. Von 2006 bis 2014 war sie im Vorstand der Montag Stiftung Urbane Räume gAG, von 2014 bis 2016 Geschäftsführerin der Urbanen Nachbarschaft Samtweberei gGmbH in Krefeld. Frauke Burgdorff war bei der Kulturpolitischen Gesellschaft, der EURegionale 2008 und dem Europäischen Haus der Stadtkultur tätig.



Foto: Thomas Hebler

für die Investitionen in Menschen aufzubauen. Weil sie die Förderperioden und deren Projektbezogenheit kurzatmig werden lassen oder weil die Schlüsselinvestitionen im Quartier städtebaulich sinnvoll waren, aber weder die sozialen noch die kulturellen Bedürfnisse der Menschen im Quartier beantwortet haben.

Wenn Stadtentwicklung eigenständig und aktiv etwas gegen die sozioökonomische Spaltung der Gesellschaft oder den kulturellen Unfrieden tun will, dann muss sie die Investition in Steine und in Menschen eng miteinander verknüpfen und vor allem akzeptieren, dass es immer Stadtteile und Nachbarschaften geben wird, die man nie in die „Selbstorganisation“ entlassen kann. Weil ihnen die Agenten des Gemeinwesens abhanden gekommen sind und sie mittel- und langfristig externe Unterstützung brauchen. Aber wie kann das gelingen, wie kann gerade in den Ankommensquartieren eine nachhaltige Substanz für die Investitionen in Menschen aufgebaut werden?

Die Ressource, die hier die größte Wirkung entfalten könnte, ist der Boden. Er kann ein entscheidender Hebel sein für die positive Wirkung dieser Projekte auf und vielleicht sogar für die Finanzierung von Gemeinwesenarbeit.

Wie wäre es also, wenn Investitionen in Steine sich unmittelbar mit der Investition in Menschen verbinden und das Bauen Hand in Hand mit der Unterstützung des Gemeinwesens gehen würde? Einige Projekte machen dies bereits vor und sie laufen ausgesprochen erfolgreich. Zum Beispiel die ehemalige Druckerei Rotaprint in Berlin-Wedding, die Nachbarschaft Samtweberei in Krefeld oder die Rohrmeisterei in Schwerte erwirtschaften mit ihren Immobilien von vielen für viele monetäre und ideelle Überschüsse für das Gemeinwesen und tragen so unmittelbar zum Zusammenhalt einer diversen und heterogenen Gesellschaft bei.

Die öffentliche Hand oder gemeinnützige Organisationen können an diesem Erfolg durchaus einen großen Anteil haben, wenn sie den Boden, auf dem sich die Projekte entwickeln, im Erbbaurecht zur Verfügung stellen. So wird bei der von der Montag Stiftung finanzierten Alten Samtweberei der Erlass des Erbbauzin-

ses durch die Kommune an die Gemeinnützigkeit der Aktivitäten gebunden. So ist bei ExRotaprint die für die Nachbarschaft wichtige Mischung der Nutzen im Erbbaurechtsvertrag der Stiftungen trias und Edith Maryon festgelegt. Und auch die Rohrmeisterei in Schwerte steht auf einem Erbbaurecht, das hilft, die kulturellen Angebote für die ganze Stadt zu sichern.

Projekte gemeinsam mit den Nutzerinnen und Nutzern entwickeln – Überschüsse in ideelle Zwecke investieren.

Die Überschüsse werden also direkt (Samtweberei) oder indirekt (Rohrmeisterei, ExRotaprint) in das Gemeinwesen und den nachbarschaftlichen Zusammenhalt investiert. Diese Modelle sind sicher noch – auch mit der Unterstützung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik – verbesserungs- und ausbaufähig. Sie könnten hier und da einen wesentlich größeren Stil vertragen. Denn gerade in den Arrival Cities wäre es wichtig und richtig, die Steine langfristig als Fundament für die strukturell wirksame Arbeit im Gemeinwesen zu nutzen – weit über Nachbarschaftscafés und Quartiersfonds hinaus.

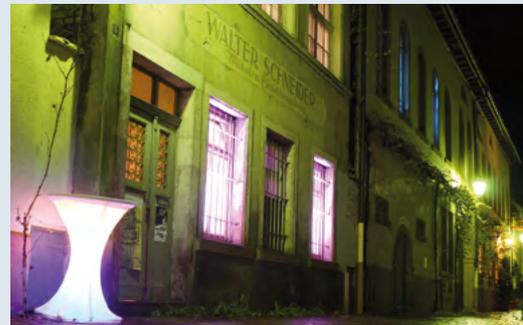
Das würde auch eine größere Unabhängigkeit von bundes- und landespolitischen Wechselfällen bedeuten und den Menschen das geben, was sie – wenn das Leben selber anstrengend genug ist – am nötigsten brauchen: Stabilität und Verlässlichkeit. Vor allem aber würde es den Zusammenhang aus lokaler Investition und lokaler Wirkung deutlich machen. Was dem Selbstbewusstsein der Quartiere zuträglich und dem Neid der Nörgler abträglich wäre. Ein indirekter zwar, aber ein wichtiger Beitrag für den Zusammenhalt in unseren Städten!

Innenstadtoffensive Neustadt an der Weinstraße: Eigentümer und Nutzer mit innovativen Instrumenten vernetzen



Mit der Innenstadtoffensive stärkten die Neustädter die Nutzungsvielfalt und -dichte im Stadtkern: Wohnen, Arbeiten, Gastronomie, Einkaufen, Bildung und Kultur. Grundgedanke der Initiatoren aus Stadtverwaltung und kommunaler Wirt-

schaftsentwicklungsgesellschaft war es, mit einem ganzheitlichen Ansatz, der auf Qualitätsmanagement, Nutzungsmanagement und – wo nötig – Leerstandsmanagement gründet, die Innenstadt weiterzuentwickeln.



Fotos: Bernhard Adams

Kooperationszentrum Sonnenberg, Stadt Halten Chemnitz e. V.



Im gründerzeitlich geprägten Chemnitzer Stadtteil Sonnenberg wurde ein von Immobilieneigentümern getragenes und auf Selbsthilfe und Engagement vor Ort ausgerichtetes Netzwerk von Handwerkern und Dienstleistern aufgebaut, um mit geringem Kapitalaufwand zum Erhalt der Bausubstanz beizutragen. Es wurden eine Kooperationsstelle eingerichtet sowie ein Quartierskümmerer angestellt. Das Projekt erprobte unter schwierigsten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Instrumente einer flexiblen Stadtentwicklung.



Fotos: StadtHalten Chemnitz e. V.

Online City Wuppertal



Foto: Tom V Kortmann

Um dem Einzelhandelsstandort Wuppertal neue Impulse zu verleihen, wurde in Wuppertal der Versuch gestartet, Online-Handel und stationären Einzelhandel miteinander zu verknüpfen. In einem leerstehenden Ladenlokal entstand eine Anlaufstelle für Kunden von Online-Händlern, die zugleich als Servicestelle für Online-Verkäufe des lokalen Einzelhan-

dels dient. Zusätzlich wurde ein Online-Marktplatz eingerichtet, auf Wunsch kann hier noch am Bestelltag geliefert werden. Die Online City Wuppertal gründet auf einem organisatorischen und strategischen Netzwerk aus kommunalen Einrichtungen, Handelsverbänden, Sponsoren, lokalen Dienstleistern, Marketingexperten und Medienpartnern.



Foto: Andreas Fischer

ÜBER DAS VERHÄLTNISS VON STADTENTWICKLUNG UND BILDUNGSLANDSCHAFTEN

Traditionell stehen Bildungseinrichtungen wie Kindertagesstätten, Jugendzentren, Schulen, Volkshochschulen, Bibliotheken, Kulturzentren u. v. m. als relevante soziale Infrastrukturen schon immer im Blick der Planerinnen und Planer. Lange Zeit ging es dabei um eine quantitativ ausreichende Versorgung. Seit den 1990er Jahren, als die Entwicklung von Stadtteilen, die von Strukturwandel und sozioökonomischen Veränderungsprozessen stark betroffen sind, stärker in den Fokus planerischen Handelns gerückt wurde, wird auch die Bedeutung von Bildungsinstitutionen und -angeboten in der sozialen Stadtentwicklung anders wahrgenommen: „Schule und Bildung im Stadtteil“ wird als Handlungsfeld in drei Viertel aller integrierten Entwicklungskonzepte thematisiert. Dabei wird deutlich, dass hier ein breites Verständnis von Bildung in den Konzepten zum Tragen kommt und der ganzheitliche Bildungsprozess in den Blick genommen wird. Demnach findet Bildung an vielen Orten und in vielen Situationen statt (in der Schule, auf dem Stadtplatz, mit Freunden, Eltern etc.). Das zeigen nicht zuletzt auch die Strategien der Sozialen Stadt im Handlungsfeld, die die Schaffung zusätzlicher Nachmittags- und Freizeitangebote, den Ausbau der Ganztagsbetreuung, Maßnahmen der Gesundheits- und Sprachförderung sowie Umfeldverbesserungen (u. a. Schaffung von Spiel- und Lernräumen für Kinder und Jugendliche) beinhalten.

Stadtentwicklungsplanung und Bildungsplanung müssen verknüpft werden.

Bildungs- und Stadtentwicklungspolitik auf Bundes-, Landes- und interkommunaler Ebene befasst sich aktuell mit einer Reihe von Querschnittsthemen, die in der Vergangenheit häufig sektoral, heute aber zunehmend gemeinsam gedacht, wenngleich (noch) selten

koordiniert bearbeitet werden. Und eingespielt erscheint die Zusammenarbeit eben genau in Bezug auf benachteiligte Stadtquartiere, als dasjenige Themenfeld, in dem die Bedingtheit zwischen Bildungswesen und Stadtentwicklung nicht nur aufgrund des Handlungsdrucks frühzeitig wahrgenommen worden ist. Das Quartier wird so auch zum territorialen Zugang zur Bearbeitung von gesellschaftspolitischen Herausforderungen und als geeignete Ansatzstelle für individuelle und kollektive Lösungen angesehen. In diesem Sinne werden sozialraumbezogene Bildungsförderung und nachhaltige Stadtteilentwicklung/-gestaltung diskursiv und vor Ort bereits eng verflochten. Strategien des Quartiersmanagements wurden so zu Testfeld und Vorbild für die Zusammenarbeit von Akteuren in Bildungslandschaften. Sie bilden auch die Grundlage für Forderungen der kommunalen Ebene nach mehr intersektoraler und interministerieller Zusammenarbeit auf Landes- und Bundesebene.

Die Rolle von Bildungseinrichtungen für Stadtbau und Stadterweiterung wurde nicht zuletzt durch Projekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik deutlich und in einem Thesenpapier artikuliert (Biernath et al. 2009):

- These 1:
Bildungseinrichtungen und -gelegenheiten prägen den Stadtteil.
- These 2:
Bildungsinstitutionen sollten als Teil von Stadtentwicklung gedacht werden, um Bildungschancen nicht durch konträre Planungsvorgaben zu beeinträchtigen.
- These 3:
Stadtentwicklungsplanung und Bildungsplanung müssen verknüpft werden.

Prof. Dr. Angela Million, geboren 1974, seit 2011 Leiterin des Fachgebiets Städtebau und Siedlungswesen des Instituts für Stadt- und Regionalplanung an der Technischen Universität Berlin. Seit 2005 Mitinhaberin des Planungsbüros STADTIDEE. Seit 2015 Gastprofessorin an der Michigan State University.



Foto: Jacek Ruda

Die Projekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik verdeutlichen – und haben auch gefördert – eine intensivere Auseinandersetzung mit der gebauten Qualität von Bildungsräumen, ihrer Positionierung im Stadtraum und ihren Bezügen zur Nachbarschaft.

Unsere Untersuchungen von gebauten Bildungslandschaften haben gezeigt, dass in den städtebaulichen und pädagogischen Planungen und Umsetzungen von lokalen Bildungslandschaften besonders verdichtet pädagogische und stadtentwicklungsbezogene Ziele verfolgt werden. In jedem Fall ist die stärkere Verflechtung von Bildungslandschaft und Quartier gewollt (entweder als Einbindung des Quartiers in das institutionelle Bildungsgeschehen oder als Nutzung des Stadtteils für erweiterte Bildungszwecke oder als Bildungscampus zur Schaffung räumlicher Nähe für intensivere Kooperation). Häufig sollen öffentliche Räume als Orte der Begegnung für die Nachbarschaft genutzt oder geschaffen werden. Das Ganze passiert derzeit vor allem durch den Umbau und die Weiterentwicklung bestehender sozialer Infrastruktur, seltener werden gänzlich neue Standorte strategisch platziert – vor allem in innerstädtischen Bereichen. Dennoch sind die Erwartungen an Architektur und Stadtraumgestaltung von Planern, Architekten und auch von Pädagogen hoch. Erste realisierte Beispiele müssen sich erst seit wenigen Jahren im Alltag bewähren, und Phasen der Anpassung und Praxisreflexion werden folgen. Viele der hier beteiligten Akteure betonen jedoch, dass im Idealfall am Ende des gemeinsamen Planens und Bauens auch ein gemeinsames Verständnis von Stadt als Ort von Bildung entsteht.

Am Ende des gemeinsamen Planens und Bauens entsteht auch ein gemeinsames Verständnis von Stadt als Ort von Bildung.

EIN BEKENNTNIS ZUR KOMPLEXEN STADTLANDSCHAFT

Der globale Trend der Verstädterung ist in Deutschland mehr denn je spürbar, wenn auch mit großen regionalen Disparitäten, die sich sowohl in der Raumstruktur insgesamt als auch in den Städten sowie an ihren Rändern zeigen. Daraus ergeben sich eine ungleiche ökonomische Teilhabe und eine wachsende soziale Ungleichheit. Auch die Integration zuziehender Menschen stellt die Städte und die Akteure vor große Herausforderungen.

Die Städte und die Akteure der Stadtentwicklung stehen vor der Herausforderung, die Teilhabe am öffentlichen Leben und die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit von (Frei)räumen möglichst für alle zu gewährleisten

Entscheidend für die Zukunft der Stadt und des Quartiers wird sein, wie mit den veränderten Rahmenbedingungen und den Herausforderungen der sozialen Polarisierung umgegangen wird, wie der städtische Raum als gelebter Ort der Integration funktioniert, welche Lebensqualität geschaffen wird und welchen Beitrag die lokale Baukultur dazu leisten kann. Denn Städte sind nach wie vor Magneten für Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kulturen; sie bieten Arbeit, Vielfalt in der Möglichkeit der Lebensgestaltung und sind somit wichtige Räume zur Bildung von Identität ihrer Bewohnerinnen und Bewohner.

Der öffentliche Raum und das in ihm stattfindende Leben prägen unsere Städte und ihre Quartiere. Öffentliche Räume sind für Städte und Regionen von essentieller Bedeutung, sie machen Städte und Stadtentwicklung lesbar, sie sind zentrale Orte des Austauschs, des Diskurses und der Kommunikation.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik hat daher bisher zurecht den Fokus auf den öffentlichen Raum gerichtet – den öffentlichen Raum dabei aber etwas zu eng definiert. Denn veränderte Rahmenbedingungen haben zu einem Wandel von Orten des öffentlichen Lebens geführt, neue Raumtypen generiert und damit

neue Formen öffentlichen Lebens wie Shopping-Malls und Outlet-Center geschaffen, aber auch unkonventionelle Freiräume wie Brachen mit sozialer Bedeutung aufgeladen und eine Aneignung von halböffentlichen Räumen und Orten ermöglicht. Im Gegensatz zum „klassischen“ Raumverständnis stellen heute Landschaft und Freiraum einen gleichberechtigten Part zur gebauten Struktur dar, insbesondere in Regionen, Städten und Quartieren, die von Schrumpfungsprozessen betroffen sind. Die Akteure der Stadtentwicklung stehen vor der Herausforderung, die Teilhabe am öffentlichen Leben und die Zugänglichkeit und Nutzbarkeit von (Frei)räumen möglichst für alle zu gewährleisten.

Zudem wirken sich die neuen technischen Möglichkeiten der Kommunikation und der Digitalisierung auf das urbane Leben aus: Smart Cities, Städte, in denen intelligente Stadtsysteme mit modernster IT-Technik erprobt werden, versprechen eine Verbesserung der Lebensqualität und eine Erhöhung der Ressourceneffizienz. Insgesamt wird die Digitalisierung den Zugang zu Informationen verbessern und den Informationsfluss im urbanen Raum verändern. Mit den scheinbar grenzenlosen Potenzialen einer Digitalisierung sind vielfältige Möglichkeiten und Risiken verbunden, zum Beispiel die Gefahr der digitalen und sozialen Spaltung der Stadtgesellschaft, abhängig vom Zugang zu Bildung und Medien. Die Chancen digitaler Netzwerke für eine echte Teilhabe, für eine stärkere Identifikation mit dem Quartier und für politische Mitwirkung sind differenziert zu betrachten und mit dem Blick auf mögliche Gefahren auszuloten.

Auch Industrie und Handel erfahren eine fortschreitende Digitalisierung, deren Konsequenzen sich in einer Reduktion von Emissionen und einer Reduzierung des notwendigen Flächenbedarfs für die Produktion niederschlagen. Durch die Zunahme des Online-Handels bedingt sie aber auch Leerstände in urbanen Lagen. Chancen für die Städte entstehen dabei in der Verbindung von additiven Produktionssystemen mit regionalen Produktionsstrukturen. Dadurch kann es zu einer neuen räumlichen Arbeitsteilung kommen, wobei sich Arbeit teilweise wieder zurück in die Städte verlagern wird.

Prof. Christa Reicher, geboren 1960, seit 2002 Professorin für Städtebau, Stadtgestaltung und Bauleitplanung an der Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund. Seit 1993 Mitinhaberin des Planungsbüros RHA reicher haase architekten + stadtplaner.



Foto: Michel Klänge

Die Differenzierung von Lebensstilen und eine spürbare Hinwendung der Konsumenten zu einer nachhaltigen und regionalen Produktion führt zu neuen Chancen für eine urbane Nutzungsmischung. Wohnungsnahen Formen von Produktion und Selbstversorgung kommt eine besondere soziale und ökonomische Bedeutung zu, die in der Folge das Leitbild einer „Stadt der kurzen Wege“ befördern können. So kann die Rolle der Städte als Ort der Wertschöpfung und der Innovation insgesamt gestärkt werden.

Der Diskurs der Nationalen Stadtentwicklungspolitik hat sich bisher konzentriert auf die Kern- und Innenstädte, die mit ihren vielfältigen kulturellen Angeboten und Versorgungsstrukturen für viele Menschen eine neue Attraktivität als Wohnstandort gewonnen haben. Die Ränder der Kernstädte haben weniger Beachtung gefunden, obwohl mehr als die Hälfte der Einwohner in Suburbia lebt. Auch hier besteht unstrittig politisch-planerischer Handlungsbedarf. Denn unter dem Einfluss veränderter gesellschaftlicher und ökonomischer Rahmenbedingungen sind heute nicht nur die Kernstädte von neuen, zum Teil widersprüchlichen Entwicklungsdynamiken gekennzeichnet, sondern zunehmend auch der bebaute Raum am Rande der Zentren mit Wohn- und Gewerbegebieten, Einfamilienhausgebieten, fragmentierten Freiraumstrukturen sowie Einzelhandels- und Dienstleistungsnutzungen. Eine Erneuerung von Suburbia als vitaler und legitimer Teil der europäischen Stadtlandschaft setzt zunächst voraus, dass er anders wahrgenommen wird. Noch bewegt sich das Image der suburbanen Räume zwischen einem Schmutz-Image, das einhergeht mit Zersiedelung, mit Monostrukturen sowie einem Mangel an Baukultur und Ästhetik und dem Image eines Wohlstandsarchipels, das bestimmten Teilgruppen als Wohnstandort vorbehalten ist. Beides wird der komplexen Realität dieses Raumtyps nicht gerecht – es fehlt eine differenzierte Auseinandersetzung mit den suburbanen Räumen.

Ein Blick in die Planungspraxis zeigt, dass die Vision einer lebenswerten Stadt nur dann erreicht werden kann, wenn die unterschiedlichen Ziele zu einer integrierten Entwicklungsstrategie miteinander verbunden werden. Integrierte und integrative Stadtentwick-

lungskonzepte müssen in ausgewogenem Maße Bottom-up-Ansätze mit Top-down-Ansätzen verknüpfen. Zugleich sind neue Formen interkommunaler Kooperationen auch in solchen Handlungsfeldern zu erproben, in denen das Zusammenarbeiten von Kommunen bislang wenig verbreitet ist. Nur wenn städtisch geprägte Regionen als gemeinsame Verantwortungsräume gedacht werden, kann Zukunftsfähigkeit gesichert werden.

Um Städte, ihre Quartiere und ihre Ränder qualitativ weiterzuentwickeln, müssen Planer, Städtebauer, Architekten und Ingenieure mit gut fundierten Positionen in Aushandlungs- und Erkenntnisprozesse mit denen gehen, die die Stadt politisch verantworten und finanzieren. Die Komplexität von Stadt erfordert Allianzen zwischen Experten, Politikern und Investoren sowie neue Formen der Partizipation und des Empowerments. Aber es werden auch neue Planungsmethoden notwendig, welche die Komplexität, Nichtlinearität, die Unsicherheiten und den Wunsch nach Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger stärker berücksichtigen.

Integrierte und integrative Stadtentwicklungskonzepte müssen in ausgewogenem Maße Bottom-up-Ansätze mit Top-down-Ansätzen verknüpfen.

Denn die Voraussetzung jedes erfolgreichen Planungsprozesses ist, die Komplexität der Stadt zu erkennen und zugleich das Spezifische des Ortes zu würdigen, mit dem Wissen darum, dass alle Zukunftsfragen der Stadt auch ästhetisch beantwortet werden müssen. Es gibt keine Blaupause und schon gar keine Zauberformel für Qualität. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik muss sich zur Komplexität von Stadt, ihren Teilräumen und ihrer Einbettung in einen regionalen Kontext bekennen und vor diesem Hintergrund neue Wege in der Stadtentwicklung und im Städtebau – jenseits von bekannten Pfaden und den Kategorien der Steuerung sowie des Ordners – aufzeigen.



AUFGABE UND BEITRÄGE DER HOCHSCHULEN

Was sind Aufgabe und Beiträge der Hochschulen im Kontext der Nationalen Stadtentwicklungspolitik? Integrierte Stadtentwicklung lebt nicht nur von der Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen, sondern auch vom Austausch zwischen Planungspraxis und Planungstheorie. Auch über Stadtplanung und Architektur hinaus ergeben sich durch die Einbindung weiterer Disziplinen neue Potenziale für den Austausch. Es ist erklärter Anspruch der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, die Hochschulen für das Thema der integrierten Stadtentwicklung zu sensibilisieren. Der Austausch unter den Hochschulen gibt Impulse in Lehre und Forschung. Für den Transfer in die Praxis ist wichtig, welchen Beitrag die akademische Forschung für die Stadtentwicklung vor Ort leisten kann. Im Gegenzug können die Hochschulen Anstöße für neue thematische und prozessorientierte Ergänzungen der Politik geben.

- Prof. Dr. Martina Löw
Professorin für Planungs- und Architektursoziologie an der Technischen Universität Berlin
- Prof. Dr. Silke Weidner
Leiterin des Institut für Stadtplanung an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg
- Prof. Julian Wékel
Leiter des Instituts für Städtebau und Wohnungswesen der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, München

SMART CITY: LEBENSWERTE STADT DER ZUKUNFT?

Menschen wollen in Städten leben, mehr denn je. Die moderne Stadt mit Möglichkeiten für alle bleibt ein erstrebenswertes Ideal und doch ist diese Moderne seit Rousseau über Marx bis hin zu Adorno als kalt und entfremdet beschrieben worden. Soll die Stadt der Zukunft lebenswert sein, so müssen wir ernsthafter über die Wirkung von Räumen nachdenken. Die Aufmerksamkeit wird viel zu sehr auf technische Lösungen gelegt. Es stellt sich die Frage, wann Städte auf welche Weise uns (im Idealfall) positiv berühren können, wann sie uns anregen, Glücks- oder Zufriedenheitsgefühle auslösen. Fachleute wissen viel über die Vermeidung von Stau, Lärm und Abgasen, über Verdichtung der Innenstädte bei gleichzeitigem Erhalt der Grünanlagen oder über digitale Netze. Wenig wissen wir darüber, unter welchen Bedingungen Menschen ein Gefühl der Bezogenheit auf die Welt entwickeln. Wie dieses Glückgefühl, in der Welt zuhause zu sein, in Beziehung zur Umwelt zu stehen, entsteht, bleibt bislang ein Geheimnis – auch in der Smart City.

Smart City

Was ist eine Smart City? In der Fachliteratur wird eine Stadt erst dann als Smart City bezeichnet, wenn erstens eine umfassende Erhebung sozial und räumlich relevanter Daten (Big Data) der Nutzer und der von ihnen verwendeten Objekte oder Bauten durch Kommunen und mit ihnen kooperierenden Firmen bzw. Bestandhalter erfolgt. Zweitens wird nur dann eine Stadt als Smart City definiert, wenn zudem eine elektronische Koppelung dieser Daten zur Steuerung und Beschleunigung sozialer Prozesse (Bürokratie, Mobilität,

Energieeffizienz, Krankheitsvorsorge etc.) und darüber hinaus zur Erhöhung von Sicherheit (Verbrechensbekämpfung, Geo Routing von Menschen mit Behinderung etc.) erfolgt. Das setzt neben der Bearbeitung der Daten das Monitoring öffentlicher und auch privater Räume voraus. Drittens wirken auch die Bewohner insofern mit, als sie ihr Smartphone oder eine Smartcard (RFID Card) mit Multifunktionen wie ÖPNV-Nutzung, Krankenversorgung, Wohnungszugang, Bankdienste etc. nutzen. Die einzige Stadt, in der diese umfassende Smartifizierung bereits erfolgt ist, ist die südkoreanische Stadt Songdo.

Songdo wurde ursprünglich als ein Projekt der südkoreanischen Regierung initiiert, die Planung, Finanzierung und Umsetzung der gesamten Smart City jedoch an den privaten Projektentwickler Gale International übertrug. Dieser ging dazu mit dem Informations- und Kommunikationstechnologie Anbieter Cisco eine Partnerschaft für das gesamte Projekt ein. Songdo entsteht nicht in einem durch die regionale oder staatliche Regierung koordinierten Prozess mit einer Vielzahl an einzelnen Projektentwicklern und Anbietern architektonischer, infrastruktureller und technischer Lösungen, sondern ist ein privatwirtschaftliches Planungsprojekt. Für jedes architektonische und technische Produkt dieser Stadt – zum Beispiel für alle Türgriffe – wird ein spezifischer Anbieter vertraglich gebunden. Dies führt zu einer hohen Standardisierung des öffentlichen und des privaten Raums, hier hat Richard Sennett recht. Stanley Gale von Gale International selbst bezeichnet Songdo als „city in a box“, eine reproduzierbare Stadt als Produkt. Songdo dient als Vorzeigemodell und ist eine der ersten von wahrscheinlich vielen smarten „assembly-line cities“ in Asien, die von Gale International umgesetzt werden. Zwei Städte nach dem Modell Songdos wurden bisher nach China exportiert. Songdo fasziniert durch technische Machbarkeit und vermeintliche Kontrolle. Songdo erschreckt durch individuellen Kontrollverlust über persönliche Daten, durch den Verlust an politischer Steuerung zugunsten ökonomischer

Soll die Stadt der Zukunft lebenswert sein, so müssen wir ernsthafter über die Wirkung von Räumen nachdenken. Die Aufmerksamkeit wird viel zu sehr auf technische Lösungen gelegt.

Prof. Dr. Martina Löw, geboren 1965, seit 2013 Professorin für Planungs- und Architektursoziologie an der Technischen Universität Berlin. Zuvor war sie als Professorin für Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt und als wissenschaftliche Oberassistentin am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle (Saale) tätig.



Foto: Michael Pasternack

Interessen, aber als reproduzierbares Produkt auch durch den drohenden Verlust an städtischer Einzigartigkeit.

Schwächen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Das Thema der Smart City zeigt, dass Stadtentwicklungspolitik in der Durchführung zuweilen national, aber konzeptionell international sein muss. Die Komplexität der anstehenden Aufgaben erfordert es, unsere Städte viel stärker in internationale Entwicklungen eingebunden zu sehen. Ich würde mir mehr Zeit für Reflexion im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik wünschen: mit internationalen Experten und Expertinnen, aber auch im breiteren fachlichen Diskurs. Im konkreten Politik-Machen geht oft unter, was genau an den Universitäten zu Städten geforscht und gedacht wird.

Zu den Themen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik wird auch an der Fakultät Planen, Bauen, Umwelt der TU Berlin gearbeitet. Themen wie Innovation, Baukultur, Zivilgesellschaft und Soziale Stadt werden oft in interdisziplinärer Zusammenarbeit insbesondere zwischen Architektur, Planung und Soziologie erarbeitet. Es gibt an den Universitäten zahlreiche Studien zu den genannten Themen und eine sehr hohe Reflexionskompetenz, die noch deutlich stärker in die Nationale Stadtentwicklungspolitik einfließen könnte. Der Hochschultag ist eine sinnvolle Institution. Allerdings wird hierdurch (fast) nur die Planungspraxis erreicht. Wäre es nicht sinnvoll, hier stärker interdisziplinär zu denken? Stadt wird auch aus den Kulturinstitutionen und der sozialen Arbeit heraus gestaltet (um nur zwei Beispiele zu nennen).

Ich begrüße, dass die Nationale Stadtentwicklungspolitik auf vielen sozialen Komponenten aufbaut. Allerdings sind viele Bausteine entweder sozial oder sie sind räumlich. Die Wechselwirkung zwischen Raum und Gesellschaft kommt zu kurz. Das ist fatal, weil sich durch Globalisierung und Medialisierung das Verhältnis der Menschen zu Räumen radikal verändert.

Fachleute wissen viel über die Vermeidung von Stau, Lärm und Abgasen, über digitale Netze. Wenig wissen wir, unter welchen Bedingungen Menschen ein Gefühl der Bezogenheit auf die Welt entwickeln. Wie dieses Glückgefühl, in der Welt zuhause zu sein entsteht, bleibt bislang ein Geheimnis – auch in der Smart City.

Fachlicher Nachwuchs entwirft Zukunft

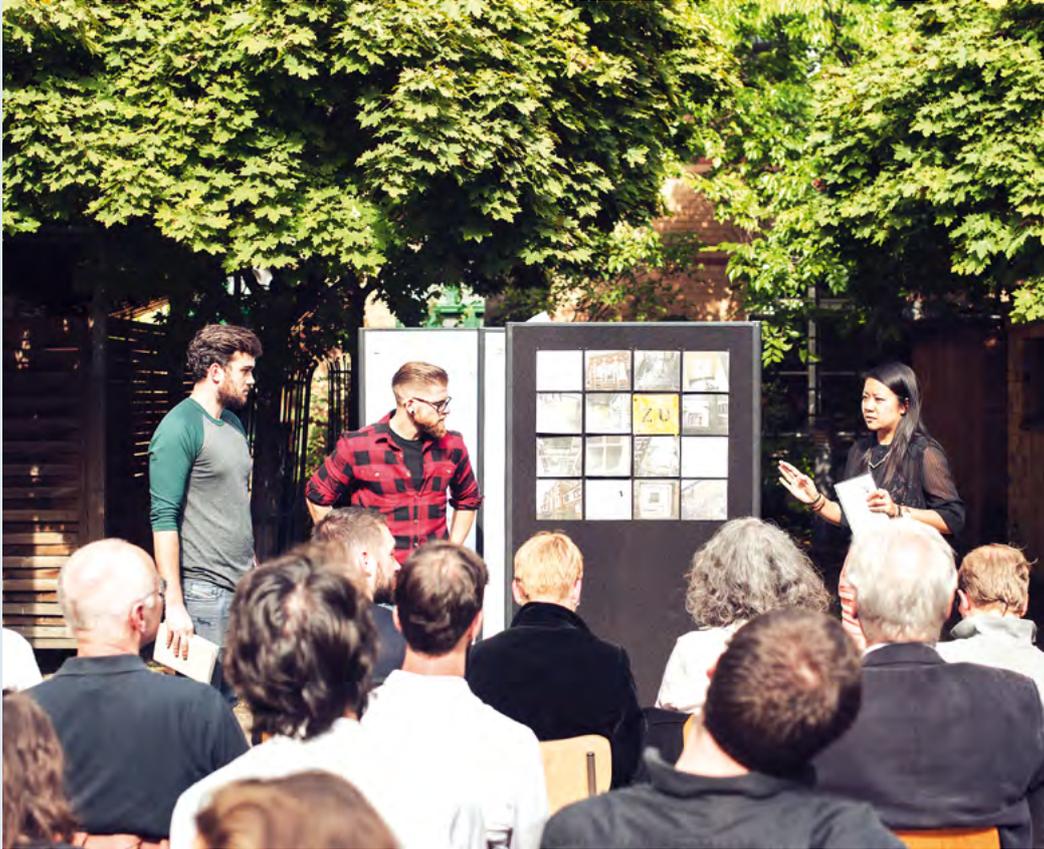


Foto: Felix Grimm

Die Sommer- und Winter-
schulen des Projekts „Fach-
licher Nachwuchs entwirft
Zukunft“ im Rahmen des
Hochschuldialogs der Nati-
onalen Stadtentwicklungs-
politik bieten angehenden
Stadtplanerinnen und Stadt-
planern eine Plattform, auf
der sie ihre Ideen und Ge-
danken mit aktuellen For-
schungsfeldern zusammen-
bringen können. Bislang
wurden dabei die Themen
„Innovationen für Stadtquar-
tiere der Zukunft“, „Die un-
sichtbare Stadt“, „Die res-
sourceneffiziente Stadt“,
„Die zeitgerechte Stadt“ und
„Die selbstgemachte Stadt“
bearbeitet. Die Themen wur-
den in Lehrveranstaltungen
und Studienprojekten wäh-
rend des Semesters einge-
führt und in den Sommer-
beziehungsweise Winter-
schulen als Workshop ver-
tieft.



Foto: Janet Weidemann



Foto: Felix Grimm



Foto: Susanne Thomaier

Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik



Der alle ein bis zwei Jahre stattfindende Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik dient als Format für den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis in der Stadtentwicklung. Zunächst galt es, den Dialog in Gang zu setzen und die Erwartungen und Wün-

sche der Akteure zu formulieren. In den vergangenen Jahren widmeten sich die Hochschultage dann spezifischen Themen, z. B. „Nachhaltige Entwicklung und Gestaltung der Stadt“, „Wohnen“ sowie „Mischung und Dichte“.



Fotos: Sergej Horowitz



Foto: Franz Pesch



Foto: Franz Pesch



Foto: Sergej Horowitz

SELFMADE CITY

Sie beschäftigen sich in Lehre und Forschung mit dem Thema Stadtmanagement. Kann unsere Gesellschaft in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts zufrieden damit sein, wie Städte und Gemeinden gemanagt werden?

Wenn wir zunächst auf die besonders große Herausforderung des Zusammenwachsens der beiden Teile Deutschlands sehen, konnte in der letzten Dekade viel Positives erreicht werden: Es gibt nicht mehr die extremen Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Städten, vielmehr haben sich Städte hier wie da regeneriert, kamen von dramatischer Schrumpfung in ruhigeres Fahrwasser oder sind nun sogar auf Wachstumspfaden. Diese Entwicklungen basieren zumindest zum Teil auf richtungsweisen strategischen Entscheidungen und Planungen. Und wenn wir auf Europa blicken, ist – ausgehend von der Leipzig-Charta – in den Ländern der Mitgliedsstaaten Stadtentwicklung mehr und mehr als zentrales Politikfeld anerkannt. Planer und Politiker, Entwickler und Investoren trauen sich an partizipative Elemente und Instrumente in der Stadtentwicklung heran, probieren mit der Zivilgesellschaft neue Verantwortungsmuster aus, um den immer wieder neuen Herausforderungen an das Stadtmanagement zu begegnen: z. B. Risiken und Chancen der Digitalisierung, Reurbanisierung mit neuen Dichteverhältnissen, gesunde Wohnbedingungen oder attraktive und sichere öffentliche Räume.

Die eigene Lebensumwelt steht zu wenig im Fokus. Prozesse der Nachbarschaftsgestaltung oder lokaler Stoffkreisläufe können nur durch Initiativen und Aktivisten zielgerichtet umgesetzt werden.

Sehen Sie Stadtplanung und Prozessgestaltung in der Praxis bereits in einem ausgewogenen Verhältnis? Oder sehen Sie Defizite beim Management der Stadt?

Bei den Organisationsprozessen in der Planung, der Beteiligung von Akteursgruppen und der – modellhaften – Umsetzung von Projekten gibt es sehr spannende Entwicklungen, insbesondere an der Schnittstelle zwischen formellem und informellem Vorgehen. Die informellen Instrumente und Prozesse haben in den letzten

Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen, dies bleibt aber ein Experimentierfeld auch für die nächsten Jahre. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik hat hier vieles mit angeschoben, Modell-/Pilotprojekte unterstützt und die Auswertung unterstützt, um Übertragbarkeit zu ermöglichen. Dies sollte noch weiter ausgebaut werden – durchaus auch in den investiven Projektbereich.

Sollten wir in der Stadtentwicklung mehr auf Initiativen und informelle Prozesse setzen?

Informelle Prozesse sind mittlerweile ein Muss. Die Zivilgesellschaft möchte informiert sein, sich einbringen und auch selbst Dinge in die Hand nehmen (Selfmade City). Mein Eindruck ist in der Tat, dass in unseren Quartieren sehr effektives und nachhaltiges Engagement zu finden ist. Dabei ist mir der Verweis auf Quartiere wichtig: Die Diskussionen um Leitbilder, integrierte strategische Konzepte etc. auf gesamtstädtischer Ebene bleiben für die Bevölkerung meist sehr abstrakt, es fehlt an konkret Fassbarem, die eigene Lebensumwelt steht zu wenig im Fokus. Insbesondere Prozesse der Nachbarschaftsgestaltung, lokaler Stoffkreisläufe etc. können nur durch Initiativen und Aktivisten zielgerichtet umgesetzt werden.

Wird diese Entwicklung in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik aus Ihrer Sicht gut abgebildet? Welche Stärken und welche neuen Aspekte sollten bei einer Weiterentwicklung herausgearbeitet werden?

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik hat viele Diskussionen in diese Richtung angeschoben, finanzielle und organisatorische Möglichkeitsräume geboten. Gleichwohl ist es von der Bundesebene bis ins Quartier ein großer Schritt, hier müssen im Gegenstromprinzip – um mal einen Begriff aus der formellen Planung zu verwenden – Rückmeldungen und Anpassungen gegeben werden. So sollten nun die Handlungsfelder aktualisiert und neu justiert werden. Nach zehn Jahren hoch dynamischer Entwicklungen ist es unabdingbar, die Nationale Stadtentwicklungspolitik und die Leipzig-Charta auf den Prüfstand zu stellen. Themenfelder, die heute hohe Relevanz haben, konnten damals noch nicht auf der Agenda stehen, z. B. völlig geänderte Mobilitätsanforderungen, Digitalisierung, geänderte Standortanforderungen und logistische Konzepte der

Prof. Dr. Silke Weidner, geboren 1970, seit 2009 Leiterin des Fachgebiets Stadtmanagement an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg und seit 2016 Leiterin des Instituts für Stadtplanung an der Hochschule. Zuvor nahm sie verschiedene internationale Lehraufträge wahr und war als Mitarbeiterin in mehreren Stadtplanungsbüros tätig. Als Gesellschafterin führt sie seit 2004 mit einem Kollegen in Leipzig das Büro |u|m|s| Stadtstrategien.



Foto: Carmen Jasmyrn-Hoffmann

Wirtschaft, die Integration und die Bedeutung des öffentlichen Raums (im Zusammenhang auch mit Sicherheit). Der Austausch zwischen EU, Bund, Ländern und Städten ist unerlässlich. Für viele greifbarer sind – und das sollte ausgebaut werden – (internationale) Städte-/Akteurspartnerschaften. Der Austausch mit den europäischen Nachbarn sollte intensiviert werden. Die Etablierung der integrierten Stadtentwicklung als zentrales Politikfeld bedarf eines besonderen Engagements in einigen Staaten. Mit unserem Erfahrungshintergrund können wir dabei zum einen Lerneffekte weitertragen, zum anderen müssen wir von den internationalen Umständen und Gegebenheiten anderswo lernen (vgl. z. B. Umgang mit Flüchtlingen).

Sehen Sie eine Chance, dass die Hochschulen die Nationale Stadtentwicklungspolitik bereichern können?

Ich bin ganz unbedingt dieser Meinung. Die Studierenden und der wissenschaftliche Nachwuchs bringen immer wieder neue Ideen und frischen Wind in Prozesse und Veranstaltungen. Im Vergleich zu anderen Disziplinen findet bereits ein intensiver Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Praxis statt – besser geht aber immer! Im Einzelnen gibt es auch schon erfolgreiche Formate wie das Leuchtturmprojekt Winterschule „Fachlicher Nachwuchs entwirft Stadt“. Es ist aber weit mehr vorstellbar, so z. B. scheint eine stärkere Präsenz von Promotionsergebnissen/wissenschaftlicher Nachwuchs beim Bundeskongress der Nationaler Stadtentwicklungspolitik spannend, oder auch Wettbewerbe/Ausschreibungen zur Bearbeitung und Unterbreitung relevanter neuer Themen (siehe oben) durch z. B. drei Hochschulen im Verbund. Wichtig ist, die Dinge, die mit Hochschulen gemeinsam angegangen werden, auch entsprechend zu verankern und – so notwendig – zu dotieren. Die seit Jahren bestehende Dissertationsdatenbank etwa wird nicht gepflegt, es muss also entweder mehr investiert oder auf das Angebot verzichtet werden.

Der jährlich stattfindende Hochschultag soll die Verbindung zwischen Wissenschaftlern und ihrem Nachwuchs mit der Planungspraxis stärken. Hat sich das Format bewährt oder braucht der Hochschultag neue Impulse?

Das Format des Hochschultags hat sich bewährt, Studierende und wissenschaftliche Mitarbeiter haben bewiesen, dass sie mindestens auf Augenhöhe mitdiskutieren können. Nach wie vor verbesserungswürdig ist die Einbindung der Praxis. Nur wenige wollen sich auf akademische Diskurse einlassen, insbesondere auch in der Vorbereitung des Programms. Zudem spricht die Bezeichnung dieses Formats die Praxis kaum an. Der Hochschultag vor Ort scheint hier eine hervorragende Ergänzung, denn die Bezüge zwischen den lokalen Praxisvertretern und den Hochschulakteuren vor Ort sind bereits vertrauter und lassen sich einfacher nutzen. Eine wichtige Herausforderung für die Zukunft ist die Einbindung der Immobilienwirtschaft. Dies versuchen wir 2017 beim Hochschultag vor Ort an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg zu realisieren.

Was wäre für eine Fortschreibung der Leipzig-Charta ihre wichtigste Botschaft?

Bei einer Fortschreibung der Leipzig-Charta scheint mir zuvorderst sinnvoll, die Governanceaspekte nochmals dezidiert in den Fokus zu nehmen sowie die Themenfelder und Schwerpunkte zu aktualisieren, etwa durch Abgleich des Memorandums mit der New Urban Agenda und den drängenden Themen der Zeit wie ich sie vorne bereits erwähnt habe. Dabei sollten die Schnittstellen, die Bezüge und Abhängigkeiten zwischen den Schwerpunkten herausgearbeitet werden und diese mehr noch in den raumstrukturellen Kontexten diskutiert werden. Die Leipzig-Charta fokussiert richtigerweise alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit und gibt darüber hinaus der Partizipation hohen Stellenwert, insbesondere auch der künftigen Generationen, der Zuwanderer, der Bewohner mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft, sprich der bislang gar nicht oder kaum organisierten Interessen. Dazu gehört auch die Weiterbildung, das lebenslange Lernen der bereits ausgebildeten Architekten, Stadtplaner, Geografen etc., die in der integrierten strategischen Stadtentwicklung tätig sind. Mit dem Akademie-Gedanken und nationalen wie internationalen Austausch- und Qualifizierungsformaten könnte hier ein großer Schritt nach vorne gemacht werden.

DIE KOMMUNIKATION VERBESSERN

Herr Professor Wékel, sehen Sie die Einbeziehung der Hochschulen an der Schnittstelle zur Praxis, die den Initiatoren der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ein besonderes Anliegen war, als gelungen an?

Das muss man sicherlich differenziert betrachten und sich Anlass wie Ansatz der Nationalen Stadtentwicklungspolitik nochmals bewusst machen. Zum einen war einer der Gründe für deren Initiierung die im Vergleich zu anderen europäischen Staaten kaum ausgeprägte Kompetenz der nationalen Ebene in Fragen der Stadtentwicklung über die Verteilung von Fördermitteln hinaus. Der Bund hatte dazu weder ein politisches Mandat noch eine ausgeprägte fachliche Haltung. Um diese zu entwickeln, erschien die Einrichtung einer nationalen Plattform erfolgversprechend. Zum anderen war der handlungsorientierte Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis im Vergleich zu anderen Disziplinen damals ziemlich unterentwickelt. Häufig arbeiteten sogar die Lehrstühle einer Fakultät isoliert voneinander. Mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik

Strategisch wünsche ich mir eine stärkere Verankerung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in den bestehenden Strukturen.

ist es gelungen, Forschung und Lehre stärker mit der Praxis zu verknüpfen und gleichzeitig die Kommunikation innerhalb der Wissenschaft zu intensivieren. Dazu trug insbesondere der Hochschultag bei, der gleich auf erstaunlich großes Interesse bei den Hochschulen stieß. Dazu ist anzumerken, dass mittlerweile Forschung deutlich systematischer betrieben wird als noch vor einigen Jahrzehnten, nicht nur an den Planungsfakultäten, sondern insbesondere auch in der Architektur.

Wie könnte man aus Ihrer Sicht die Sichtbarkeit der Leipzig-Charta und der Ziele der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in der Planungspraxis und an den Hochschulen verbessern?

Das eine Kernanliegen der Leipzig-Charta, also der integrierte Planungsansatz, war an Hochschulen bereits vor der Verabschiedung der Charta weitgehend, beispielsweise im Projektstudium, präsent und wurde insofern nur noch einmal akzentuiert. Die Frage ist vielmehr, warum integrierte Planung in der Praxis immer wieder scheitert. Das ist anscheinend ein strukturelles Problem der Ressortzuständigkeiten. Andererseits benötigen wir die qualifizierte sektorale Sicht, sie darf nicht nivelliert werden. Darüber hinaus muss es aber immer auch Planer geben, die eine integrierte Perspektive vertreten. Und auch in der Politik muss die integrierte Betrachtungsweise für die Abwägung gefördert werden.

Die zweite Hauptaufgabe der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, die Stärkung benachteiligter Quartiere, war ebenfalls, zumindest in Deutschland bereits vor der Verabschiedung der Leipzig-Charta in Wissenschaft und Praxis etabliert. In der Sichtbarkeit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik an den Hochschulen nehme ich erhebliche Unterschiede zwischen den Fakultäten wahr. An den Architekturfakultäten, an denen ohnehin nicht überall Städtebau und vor allem kaum Planung gelehrt wird, verschieben sich nach meinem Eindruck die Schwerpunkte zurück zur Hochbauarchitektur. Demgegenüber werden viele Planungsstudiengänge mit stadtgestalterischen Themen ergänzt. Insofern spiegeln sich die Inhalte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in den Planungsstudiengängen gut wider, wohingegen in Architekturfakultäten zunehmend Defizite bestehen. Umgekehrt zur Thematisierung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik an den Hochschulen könnten die Erkenntnisse der dortigen Forschung wiederum verstärkt aufgenommen und in die Praxis transferiert werden, sodass ein wechselseitiger Austausch entsteht. Wobei die universitäre Forschung natürlich über die praktisch verwertbaren Bezüge hinausgeht, aber dafür gibt es auf Bundesebene wiederum passende Formate.

Prof. Julian Wékel, geboren 1951, wissenschaftlicher Sekretär der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung und Leiter ihres Instituts für Städtebau und Wohnungswesen München. Von 2001 bis 2016 Professor für Entwerfen und Regionalentwicklung am Fachbereich Architektur der Technischen Universität Darmstadt. Zuvor war er Senatsdirigent für Stadtplanung und Freiraumplanung in Berlin, Leiter des Fachbereichs Gesamtplanung im Planungsdezernat der Stadt Frankfurt am Main sowie Leiter des Stadtplanungsamtes im Bezirksamt Hamburg-Harburg.



Foto: TU Darmstadt

Böte sich zur Verstetigung des Dialogs zwischen Hochschulen und Praxis, der mit dem Hochschultag initiiert wurden, die Einbindung in eine Rechtsform an, wie sie international bereits praktiziert wird, etwa in Form einer Akademie?

Nach meinem Verständnis sollten die Pilotprojekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik immer das Angebot an die Hochschulen beinhalten, die Realisierung mit Forschung, aber vor allem mit Lehrveranstaltungen aufzugreifen. Natürlich erreichen Stadtentwicklungsprojekte mit ihren komplexen Prozessen heutzutage zeitliche Dimensionen, die in der Lehre schlecht abgebildet werden können. Daher plädiere ich für ihre Übersetzung in didaktische Konzepte, für die nicht zwingend eine Institutionalisierung erforderlich ist. Die Frage ist immer, wie sich die Inhalte in die Taktung der Lehre integrieren lassen.

Hat sich das Format des Hochschultags aus Ihrer Sicht konsolidiert? Mit welchen neuen Impulsen ließe er sich weiterentwickeln?

In der Rückschau wird schnell offensichtlich, dass die einzelnen Hochschultage sich deutlich voneinander unterscheiden. Zu Beginn ging es darum, ein Kommunikationsformat für Praxis und Hochschulen zu etablieren. Nachdem dies gelungen war, wurde der Dialog fachlich vertieft. Durch eine intensivere Vorbereitung konnte die Diskussion bereits vorab inhaltlich qualifiziert werden. Gegenüber der Anfangsphase ist mittlerweile auch die gesamte Hochschullandschaft auf dem Hochschultag vertreten, wobei die Universitäten mit ihrem akademischen Mittelbau natürlich über mehr Kapazitäten verfügen. Die Studierenden sind über den Bundesfachausschuss für Stadt- und Raumplanung in die Konzeption eingebunden. Zusätzlich vertiefen wir mit dem „Hochschultag vor Ort“ bestimmte regionale und lokalspezifische Themen. Weiterentwickelt werden könnte der Hochschultag mit Überlegungen, wie die Inhalte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik noch stärker in die Lehre eingebunden werden können. Vor dem Hintergrund der Forderung nach integrierter Stadtentwicklung wäre es zudem denkbar, je nach

Thema auch andere an Stadtentwicklungsprozessen beteiligte Disziplinen einzuladen, ohne den Fokus auf die Planung zu vernachlässigen. Vor allem muss der Hochschultag für Vertreter der Planungspraxis aus Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung attraktiv sein.

Welche Stärken und welche neuen Aspekte sollten bei einer Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik herausgearbeitet werden?

Inhaltlich läuft die Nationale Stadtentwicklungspolitik vor allem als Bühne des Erfahrungsaustausches bislang gut. Sie besetzt viele Themen und ist praxisnah ausgerichtet, sodass Akteure auf der lokalen Ebene davon profitieren können. Ein Defizit sehe ich eher in der Kommunikation der Themen. Wie können die Inhalte in die Praxis getragen werden? Die Frage nach den richtigen Mitteln ist natürlich schwierig zu beantworten. Insbesondere für kleine und mittlere Kommunen wäre ein einfacherer Zugang zu Informationen über gute Projekte nützlich, auf deren Erkenntnissen sie aufbauen können.

Strategisch wünsche ich mir eine stärkere Verankerung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in den bestehenden Strukturen. Es könnte mehr Werbung dafür gemacht werden, um die Initiative in ein institutionelles Netzwerk einzubinden und eine fruchtbare Arbeitsteilung anzustoßen. Außerdem sollten die einzelnen Projekte und Förderprogramme auf Bundesebene stärker mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik verwoben werden, um deren Einbindung in den Gesamtzusammenhang deutlicher hervorzuheben.

Die einzelnen Projekte und Förderprogramme auf Bundesebene sollten stärker mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik verwoben werden, um deren Einbindung in den Gesamtzusammenhang deutlicher hervorzuheben.



INTERNATIONALE STIMMEN ZUR NATIONALEN STADTENTWICKLUNGSPOLITIK

Was sagen internationale Stimmen zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik? Die Leipzig-Charta fordert von jedem einzelnen EU-Mitgliedstaat eine eigene nationale Initiative zur Umsetzung. Die Themenstellung und Umsetzung integrierter Stadtentwicklung im internationalen Kontext ist sehr unterschiedlich. Einzelne Themenstellungen ähneln denen in Deutschland, andere unterscheiden sich fundamental. Dennoch können alle Mitgliedstaaten voneinander lernen. Auch die Europäische Union und ihre Institutionen können auf übergeordneter Ebene zur Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik beitragen.

- Andreas Kipar
KLA Kipar Landschaftsarchitekten GmbH, Mailand/
Duisburg
- Prof. Rudolf Scheuvs
Professor für Örtliche Raumplanung und Stadtentwicklung der Technischen Universität Wien
- Dr. Emmanuel Moulin
Head of URBACT Secretariat, Paris
- Mart Grisel
Direktor des European Urban Knowledge Network
EGTC, Den Haag

EMERGENZA OHNE PANIKMACHE

Was sind die wichtigsten Probleme, mit denen sich die Städte in Italien zurzeit auseinandersetzen?

Die Orientierungslosigkeit auf der Verwaltungs- und der politischen Ebene. Es gibt zurzeit keine nachvollziehbare Stadtentwicklungspolitik, weder national, noch regional.

In der Zeit vor Berlusconi, also vor dem Einbruch der politischen Landschaft Italiens, konnten wir durchaus noch von nationaler Stadtentwicklungspolitik reden. Es gab die Regionen, den deutschen Ländern vergleichbar, es gab die Regierungsbezirke, und zu guter Letzt die Städte. Alle hatten auf ihrer eigenen Ebene ihre Verfahren, ihre Pläne, die in der Regel einem Konzept folgten. Die zwanzig Jahre währende Aushöhlung der Verwaltung hat in den Städten, Regionen und Provinzen zu problematischen Zuständen geführt. Unter dem Vorwand zu rationalisieren wurden von heute auf morgen Regierungsbezirke ohne adäquaten Ersatz abgeschafft, und die Kohäsion zwischen Landesebene und Stadtebene übernimmt zurzeit niemand. Die vierzehn neuen Metropolregionen – zum Beispiel Venedig, Turin, Mailand, Rom – die per Gesetz mit über 140 Gemeinden ausgewiesen wurden, können nicht funktionieren, weil der Bürgermeister der größten Stadt per Gesetz auch Vorsitzender der Regionalkonferenz ist: Der hat kein Interesse daran, dass die Metropolregionen funktionieren können. Wir haben also eine orientierungslose, finanzschwache, gelähmte Verwaltungsstruktur.

Italien ist einem harten Druck ausgesetzt: der Migration. Wie gehen die italienischen Städte und die neuen Metropolregionen mit diesem Phänomen um?

Der italienische Report für die UN Habitat-Konferenz in Quito beschreibt sehr gut, was eigentlich zu tun wäre: soziale Integration, Erneuerung, neuer Wohnraum, Energie, demografische Entwicklung, Klima, Mobilität.

In Italien gibt es schon seit Jahrzehnten Migration, sowohl Emigration als auch Immigration. Geschichtlich gesehen fällt es den Italienern daher nicht schwer, mit dieser Problematik umzugehen, sie thematisieren sie einfach nicht sonderlich. Der Staat übt da sogar eine gewisse Schutzfunktion aus, indem er einfach nicht fragt: Wo bleiben die Flüchtlinge? Der italienische Staat weiß das nicht, und dass ihm per Saldo 450.000 Wohnungen fehlen, kommt beim Statistischen Bundesamt einfach nicht an. Obwohl 30 % des Wohnungsbestands leer stehen und Italien das Land mit der höchsten Eigentumsquote ist, rufen alle nach neuen Wohnungen. Dabei liegt der Bestand an Mietwohnungen gerade mal bei 18 %, und der italienische Staat baut seit über dreißig Jahren keine Wohnungen mehr. Im Prinzip hat er den Wohnungsbau und, was schlimmer ist, das Verwalten von Wohnungen verlernt. In Rom gibt es 250.000 nicht zensierte Wohnungen, die man der Immigration überlassen hat. Da wird keine Miete gezahlt, da verlangt auch keiner Miete. Es gibt Dinge, die sich irgendwie auspendeln, weil man sie nicht offensiv anspricht.

Probleme nicht aktiv anpacken, sondern schauen, dass sie sich von allein regeln, ohne dass es den Staat größeren Aufwand kostet?

Alle wissen, dass die meisten Migranten nach Deutschland wollen, also winkt man sie durch. Allerdings befinden wir uns der Phase der Neuordnung eines ungelinkten Chaos. Der italienische Report für die UN Habitat-Konferenz in Quito beschreibt sehr gut, was eigentlich zu tun wäre: soziale Integration, Erneuerung, neuer Wohnraum, Energie, demografische Entwicklung, Klima, Mobilität.

Das große Problem sind die Notlagen der Peripherien. Mittlerweile haben sie sich zu einem sehr großen Problem ausgewachsen. Aber auch die Stadtregionen (die sogenannte „unendliche Stadt“ Italiens) sind mit ihrer enormen Dichte ein Beispiel für die Notwendigkeit einer Städtebaupolitik. Hier geschieht de facto, was in Deutschland erst noch zu erwarten ist. München hat beispielsweise eine mittlere Dichte von 4.400 Menschen pro Quadratkilometer, in Mailand liegt die mittlere Dichte fast bei 8.000. Alle italienischen Städte sind verglichen mit Deutschland gewohnt, mit der doppelten bis dreifachen Dichte zu leben, und es funkio-

Andreas Kipar, geboren 1960, seit 1985 Inhaber des Büros Kipar Landschaftsarchitekten GmbH, seit 2000 Lehrbeauftragter für Landschaftsarchitektur an der Università degli Studi di Genova. Andreas Kipar nimmt seit 2009 einen Lehrauftrag für Public Space Design am Politecnico di Milano wahr. Zudem ist er seit 1990 Mitglied der interdisziplinären Planungsgruppe LAND. Zwischenzeitlich war er Gastprofessor an mehreren italienischen Universitäten.



Foto: LAND S.r.l.

niert. Der Verkehr funktioniert mehr oder weniger, die Produktion funktioniert. Das Organisationsgefüge ist anders, aber es funktioniert auch. Aber reicht das angesichts der europäischen und globalen Herausforderungen – Klima, Migration, Armut – aus?

Wenn Italien starke Metropolregionen hat, müsste dann nicht für die Peripherien eine Politik formuliert werden, die gleichwertige Lebensbedingungen schaffen könnte?

Das wäre vollkommen richtig. Die Zeit von Berlusconi hat allerdings dazu geführt, dass eine ganze Generation von Intellektuellen und Fachleuten nicht mehr da ist. Die Verwaltung hat auf keiner Ebene mehr die Kraft, neue Programme zu entwickeln. Daher die absolute Orientierungslosigkeit.

In Deutschland wird die Vernunft von Politik und Verwaltung von Rechtsextremen angegriffen. Wie sieht das in Italien aus?

Die letzten Stadtwahlen haben gezeigt, dass Städte, die fest im Ruder der Linken waren und gut dastanden, die Bürgermeisterwahl verloren haben. Jetzt hat Rom eine neue Bürgermeisterin von den Cinque Stelle. Hat sie in einer Maschinerie wie Rom die Kraft, einen Verwaltungsapparat aufzubauen, oder läuft sie aus populistischen Gründen den sogenannten Notlagen hinterher, dem großen Thema der Emergenza, womit Italien immer sehr gut gefahren ist? Man lässt die Dinge einfach laufen. Den Deutschen wirft man vor, dass sie Probleme herbeireden, wo es sie noch gar nicht gibt. Was in Deutschland Vorsorge heißt, nennen die Italiener Panikmache. Wenn die Probleme akut sind, sagen sie, es wird uns schon was einfallen.

Emergenza heißt Notfall?

Ja, Notfall. Wenn plötzlich neue Kräfte in eine ausgehöhlte Verwaltung kommen, ganz junge Menschen, die Stadt überhaupt noch nicht kennen – was können die da machen? Vernünftig regieren bestimmt nicht. Im Prinzip können sie erst mal nur zeigen: Jetzt kommen wir und räumen mit zwanzig Jahren Laissez-faire auf. Das Thema Stadtentwicklung ist dem italienischen Staat eigentlich egal. Es steht nicht auf der Agenda, da

passiert gar nichts. Investieren heißt, dass man versucht, Gelder aus Europa locker zu machen und damit schöne Projekte zu schaffen – in Rom oder Venedig.

Was könnte aus Ihrer Sicht für die Entwicklung anderer europäischer Länder wichtig sein? Worauf sollte man achten?

Das Fehlen von abgestimmten formalen Planungen führt immer wieder dazu, dass sich Freiräume für informelle Planungen bieten. Städte tun sich zusammen, um informelle Konzepte zu realisieren. Das hat in Italien insofern Tradition, als Stadtentwicklung historisch gesehen immer von privaten Investoren über Rendite betrieben wurde, aber das geht in den Städten mittlerweile kaum noch. Dafür funktioniert es in den Peripherien, wo man noch mit hohen Renditen rechnen kann, weil sehr viel Bauland zur Verfügung steht, das in der Krise nicht genutzt wurde. Mit diesem Bauland hat man spekuliert, und die Banken haben es finanziert. Aber dieses Bauland war nie als Bauland ausgewiesen.

Das Fehlen von abgestimmten formalen Planungen führt immer wieder dazu, dass sich Freiräume für informelle Planungen bieten.

Italien hat einen enormen Altbaubestand. Es gibt kaum Bedarf an neuen Wohnungen – wenn überhaupt, brauchen alte Wohnungen eine Restaurierung. Das wird schwierig in einer Zeit, in der ausländische Investoren ihr Geld in italienischen Immobilien positionieren und noch etwas rausholen wollen. Das funktioniert in Mailand, das funktioniert vielleicht in zwei, drei großen Städten, aber auf dem Land funktioniert es nicht.

Wie könnte eine italienische nationale Stadtentwicklungspolitik aussehen?

Das Städtebaugesetz müsste reformiert werden. Wir haben noch immer ein Gesetz, das vor dem Zweiten Weltkrieg verabschiedet wurde. In jedem Fall ist die Leipzig-Charta eine gute Orientierung.

VON WIEN LERNEN

Was sind die drängendsten Herausforderungen der Stadtentwicklung in Österreich?

Die Herausforderungen in Österreich sind sicherlich vergleichbar mit jenen in den Nachbarländern. Dem Wachstumsdruck in den Städten stehen Stagnations- oder auch Schrumpfungsprozesse in den peripheren Regionen entgegen. Nehmen wir als Referenz die Hauptstadt: Die Donaumetropole bewegt sich in der Zahl der Einwohner wieder auf die 2-Millionen-Marke zu, die sie zur Wende vom 19. auf das 20. Jahrhundert schon einmal hatte. Die Stadt wird zum Bezugs- und Aktionsraum von Migration, von ethnischer und soziokultureller Vielfalt. Etablierte Strukturen sind in Bewegung. Es geht um Fragen der Integration und um die Gestaltung urbaner Lebenswelten. Parallel dazu steigt der Druck auf den leistbaren Wohnraum. Auch in Wien sind steigende Mieten im freifinanzierten Wohnungsbau Ausdruck des Auseinanderklaffens zwischen Angebot und Nachfrage. Immer mehr Menschen in prekären Verhältnissen und Lebenssituationen konkurrieren um das knappe Gut des leistbaren Wohnraums.

Gibt es verbindliche Leitlinien für die Entwicklung der Städte? Warum Wien?

Neben den standardisierten örtlichen Entwicklungskonzepten gibt es in der Regel nur wenige etablierte Instrumente und Leitlinien zur Steuerung der Stadtentwicklung. Vieles wird daher direkt am Projekt entschieden. Aber auch hier möchte ich den Fokus wieder auf Wien richten, weil es in dieser Stadt eine gute Tradition von Stadtentwicklungskonzepten gibt. Die im aktuellen Stadtentwicklungsplan 2025 zum Ausdruck gebrachte Zielrichtung ist unmissverständlich: Unter der Überschrift „Mut zur Stadt“ geht es um ein klares Be-

kenntnis zur Stadt als „Ort der verdichteten Unterschiedlichkeit“ und letztlich um eine Stadtentwicklungsstrategie, die darauf setzt, Qualität und vor allem die Leistbarkeit des städtischen Raums nachhaltig sichern zu wollen.

Der Stadtentwicklungsplan 2025 versteht sich weniger als verbindlicher Rahmen, sondern als Vision von einem Wien der Zukunft. Er soll Orientierungen geben, Zielsetzungen vermitteln und Werte benennen, an denen sich die Stadtentwicklung der nächsten Dekade orientieren sollte. Was aber bislang weitgehend fehlt, ist eine Zwischenebene in der Planung, die wir beispielsweise aus Deutschland kennen: es ist die Stadtteilebene und es sind die integrierten Konzepte zur Stadtteilentwicklung. Der Maßstabssprung zwischen dem Stadtentwicklungsplan und den konkreten Projekten ist dann doch zu groß, um die entsprechenden programmatischen Aussagen auf den größeren Stadtteilzusammenhang übersetzen zu können.

Welche Programme, welche Projekte stehen exemplarisch für neue Orientierungen der Stadt?

Der Prozess zur Stadtentwicklung ist eingewoben in die Smart-City-Rahmenstrategie von Wien. Diese versteht sich als eine langfristige Dachstrategie, deren Zielhorizont das Jahr 2050 ist. Die Initiative Smart City Wien unterstützt die Stadtentwicklungsprozesse durch Aktivitäten und Projekte, die einen maßgeblichen Beitrag zur Reduktion von CO₂, Emissionen und Ressourcenverbrauch leisten. Über die Rahmenstrategie definiert die Stadt Wien einen eigenen Zugang zur weltweiten Diskussion über Smart Cities. Der Tradition der Stadt folgend, steht die Smart-City-Rahmenstrategie in einer politischen Verantwortung und wird nicht an die Wirtschaft delegiert. In diesem Verständnis ist die Integration der sozialen Komponente – oder anders ausgedrückt der Anspruch einer sozialen Inklusion – wesentlicher Bestandteil der Rahmenstrategie.

Auch aus einer anderen Perspektive richtet sich der Blick vieler europäischer Städte auf Wien, verfügt diese Stadt doch über ein besonderes wohnungspolitisches Instrumentarium im Bereich des sozialen Wohnungsbaus. Während beispielsweise in Deutschland die Wohnungsfrage zunehmend der Immobilienwirtschaft überlassen wurde, hat Wien konsequent an seiner 100-jährigen Tradition des geförderten Wohnungs-

Die Smart-City-Rahmenstrategie steht in einer politischen Verantwortung und wird nicht an die Wirtschaft delegiert. In diesem Verständnis ist die Integration der sozialen Komponente – der Anspruch einer sozialen Inklusion – wesentlicher Bestandteil der Rahmenstrategie.

Prof. Rudolf Scheuvs, geboren 1963, seit 2008 Professor für Örtliche Raumplanung und Stadtentwicklung an der Technischen Universität Wien, seit 1994 Mitinhaber des Planungsbüros scheuvs + wachten und seit 2014 Mitinhaber des Planungsbüros Raumposition. Vor seiner Berufung an die Technische Universität Wien lehrte Scheuvs als Professor für Städtebau an der Fachhochschule Oldenburg und als Professor für Städtebau und Baugeschichte an der Fachhochschule Hannover.



Foto: Wilke

baus festgehalten. Dies unter anderem mit dem Ergebnis einer im internationalen Vergleich sehr gedämpften Wohnkostenbelastung. Doch gleichermaßen ist auch in Wien zu beobachten, wie der soziale Wohnbau angesichts stark steigender Grundstückspreise, eines durchschnittlich stagnierenden bzw. sinkenden Realinkommens und eines stagnierenden Wirtschaftswachstums zunehmend unter Druck gerät. Mit dem Instrument der Internationalen Bauausstellung hat sich die Stadt Wien nun dazu entschlossen, hier auch neue Akzente setzen zu wollen. Im Kern geht es darum, beispielgebende Zugänge und Projekte zu einem Neuen Sozialen Wohnen zu entwickeln.

Warum eine Internationale Bauausstellung?

Das Format und der Anspruch einer internationalen Bauausstellung scheinen geeignet, über die laborartige Atmosphäre neue Akzente und Anstöße zu einem weiterführenden Diskurs im Wohnungs- und Stadtbau setzen zu können. Dabei rückt die Sicherung des leistbaren, sozialen Wohnens und der Aufbau sozialer, inklusiver Quartiere in den Fokus. Über die Befriedigung des quantitativen Wohnraumbedarfs hinaus geht es hier um die Auseinandersetzung mit kultureller und ethnischer Vielfalt, mit technologischen und gesellschaftlichen Innovationen, mit neuen Arbeitsformen, Erwerbsformen und Mobilitätsbedürfnissen wie auch mit neuen Partnerschaften, Träger- und Finanzierungsmodellen.

Gilt das über Wien hinaus?

Mit der Erklärung zur Durchführung einer Internationalen Bauausstellung hat sich Wien in den Fokus der internationalen Debatte zu den Herausforderungen eines Neuen Sozialen Wohnens gestellt. Ob Berlin, Köln, Hamburg, Stuttgart, München – die Herausforderungen in der Stadtentwicklung, in der Sicherung des leistbaren Wohnens sind bezogen auf die Entwicklung sozial inklusiver und urbaner Quartiere durchaus vergleichbar. Insofern kann die IBA Wien zu einem internationalen Labor in Fragen des Neuen Sozialen Wohnens in wachsenden Städten werden.

Gibt es einen Anschluss an die internationalen Debatten?

Es gibt wohl kaum eine Stadt im europäischen Raum, die derzeit nicht vor ähnlichen Herausforderung wie Wien steht. Migration und Integration, Segregation und Inklusion, steigende Wohnungspreise und Gentrifizierungsprozesse, die Auseinandersetzung mit urbaner Vielfalt und Mischung, die Verantwortung des Staates im und für den sozialen Wohnungsbau: all dies sind Themen, die international diskutiert werden. Es wäre zu wünschen, dass sich weitere Städte im Rahmen des Laboratoriums der IBA dem Diskurs, beispielsweise als Korrespondenzstandorte, anschließen würden. Wir müssen auf europäischer Ebene daran arbeiten, die unterschiedlichen Erfahrungen und Zugänge wie die differenzierten Instrumente und Prozesse in der Quartiers- und Wohnbauentwicklung und die drängende Wohnungsfrage zu einem großen Lernfeld der Stadtentwicklung zu machen.

Wir müssen auf europäischer Ebene daran arbeiten, die unterschiedlichen Erfahrungen in der Quartiers- und Wohnbauentwicklung zu einem großen Lernfeld der Stadtentwicklung zu machen.

Wo liegen Unterschiede zur Nationalen Stadtentwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland?

Anders als in Deutschland gibt es in Österreich keine Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes. Planungspolitische Themen bleiben so meist den Ländern und den Kommunen überlassen. Die Österreichische Raumordnungskonferenz übernimmt hier eine Koordinationsfunktion und erarbeitet das Österreichische Raumentwicklungskonzept, welches ein Set von Handlungsvorschlägen umfasst, die im Rahmen von Partnerschaften umgesetzt werden sollen. Darin geht es beispielsweise um Aufgabenbereiche des leistbaren Wohnens, um Herausforderungen der Energieraumplanung und um das Zusammenwirken von Integration und Raumentwicklung. Stadtentwicklungspolitische Themen werden dabei meist nur am Rande gestreift.

KOHÄSIONSPOLITIK UNTERSTÜTZEN

Herr Moulin, es gibt zwei Anlässe, Sie um Ihre Positionen zu bitten. Sie leiten das europäische URBACT-Sekretariat in Paris, sind aber auch ein profilierter französischer Raumplaner. Lassen Sie uns mit dem europäischen Programm beginnen. URBACT und Nationale Stadtentwicklungspolitik – gibt es Gemeinsamkeiten in den Strategien?

Mit der Charta von Leipzig haben wir als gemeinsame Basis auch die europäische Ebene. Vergleichbares Prinzip ist die soziale Subsidiarität. Frankreich unterscheidet sich insofern, als die Operative bei uns in der Zentrale sitzt und wir damit ganz andere Instrumente haben, Projekte durchzusetzen..

Was läuft anders, wenn der Staat operativ den direkten Zugriff hat?

Die unterschiedlichen Strukturen wirken sich insofern aus, als problematische Quartiere in Frankreich zentral gefördert werden, was in der Struktur der Bundesrepublik Deutschland so nicht möglich wäre. Wir verfügen über eine zentrale Agentur mit einem großen Haushalt, der mit etwa 300 Millionen Euro problematische Viertel in französischen Städten fördert und einen zentralen Durchgriff ermöglicht. Obwohl diese beiden Politiken national durchaus unterschiedlich gehandhabt werden, sind sie doch beide europäisch bestimmt.

Länder wie die Bundesrepublik sollen die Kohäsionspolitik unterstützen. Es kommt darauf an, dass die Mitsprache über die Verwendung dieser Mittel erhalten wird.

Wie steht es heute mit der Anerkennung von URBACT als einer europäischen Politik in einer Zeit, in der Europa zunehmend in nationalstaatliche Politiken zu zerfallen droht? Trägt die Idee der europäischen Stadt heute noch weit genug, um auch eine gemeinsame europäische Politik zu formulieren?

Wir können immerhin feststellen, dass das URBACT-Programm zur Zeit wesentlich stärker von der Europäischen Union gefördert wird als bisher. Der Etat von URBACT ist um 40 % erhöht worden. Auch wenn Europa voll von krisenhaften Situationen ist – die Bedeutung der europäischen Stadtentwicklungspolitik wird keineswegs geringer. Im Gegenteil: das Thema „Integrierte Stadtentwicklung“ erfährt sogar eine wesentlich höhere Aufmerksamkeit. Mit neuen Instrumenten wie der „Action Innovatrice“ werden innovative Projekte in den Städten gefördert, und zwar nicht nur vermittelt durch Austausch von Wissen, sondern auch unmittelbar mit Investitionen. Insgesamt sind etwa 20 Millionen Euro für die Förderung innovativer Projekte im Bereich der integrierenden Stadtentwicklungspolitik vorgesehen. Damit verbunden ist eine wesentlich höhere Selbstbestimmung der Gemeinden bei ihren wichtigen Projekten. Immerhin laufen die Programme URBACT und Action Innovatrice unter einem gemeinsamen Namen mit der integrierten Stadtentwicklung Europas. Damit zieht sich so etwas wie ein roter Faden von der Leipzig-Charta zu den aktuellen Politiken auf der europäischen Ebene.

Wir sehen in Europa, dass je mehr die Metropolregionen florieren, andere Bereiche auch abgehängt werden. Angesichts der Wahlen 2017 in Europa wird das Thema der schlechter gestellten Regionen sicherlich in den Vordergrund rücken. Haben Sie eine Idee für die europäische Stadtentwicklungspolitik, wie man hier ausgleichen und die Dinge ins Lot bringen kann?

Das ist ein Thema der europäischen Kohäsionspolitik, die einerseits räumlich orientiert ist, andererseits aber auch sozial, kulturell und wirtschaftlich gedacht wird.

Dr. Emmanuel Moulin, seit 2012 einer von vier Direktoren im Sekretariat für die Themengebiete des URBACT-Programms für integrierte Stadtentwicklung der Europäischen Kommission. Zuvor war er an verschiedenen Stellen in den Feldern Stadtentwicklung und Umweltpolitik in Frankreich und Deutschland tätig, unter anderem als Leiter einer französischen Behörde für Wohnungspolitik, Stadterneuerung, Raumplanung und Umwelt.



Foto: Emmanuel Moulin, URBACT

Wie geht es – perspektivisch gesehen – weiter mit dem in der Welt einmaligen europäischen Städte-system, das in seiner polyzentrischen Struktur sicherlich am ehesten einen Ausgleich zwischen schwächeren und stärkeren Städten ermöglichen kann? Zur Zeit sind die kleineren und mittleren Städte ja eher die Verlierer im Globalisierungsprozess. Wenn der Ausgleich innerhalb dieses Systems nicht funktioniert und die Bewohner kleinerer und mittlerer Städte nicht angemessen versorgt werden können, wird das politische Aus-wirkungen haben?

Mir fällt da spontan Stefan Zweig ein: „Die Welt von gestern“, das schwarze Szenario. Die positive Perspektive bietet jetzt die Kohäsionspolitik, über die nicht zuletzt die Innenstädte in Osteuropa gefördert werden. Diese Kohäsionspolitik wird aber von einzelnen Staaten immer wieder infrage gestellt. Deshalb ist es wichtig, dass Länder wie die Bundesrepublik die Kohäsionspolitik unterstützen. Es kommt darauf an, dass die Mittel nicht gekürzt werden und gleichzeitig die Mitsprache der Städte über die Verwendung dieser Mittel erhalten bleibt. Zur Zeit besteht eher die Gefahr, dass zunehmend einzelne Fachpolitiken diese Mittel für sich beanspruchen. Das ist verständlich, solange es etwa um die aktuelle Flüchtlingspolitik geht, trotzdem muss aber gesichert werden, dass es sich dabei um eine integrierte und integrierende Politik handelt. Da ist auch die Bundesrepublik Deutschland gefordert. Die europäische Gemeinschaft gibt den größten Teil ihrer Mittel für die Kohäsionspolitik aus. Zuerst müssen Disparitäten innerhalb der Länder, aber auch innerhalb der Städte ausgeglichen werden. Das ist beispielsweise für Programme wie die Soziale Stadt in Deutschland wichtig, viel wichtiger allerdings noch für die Länder und Städte Osteuropas. Diese Städtepolitik funktioniert in Deutschland, in Frankreich, in den Niederlanden, aber die anderen Staaten stellen sie weitaus weniger in den Mittelpunkt ihrer Politik. Deutschland müsste im Rahmen der europäischen Diskussion ganz besonders intensiv dafür eintreten, diese Politik durchzusetzen.

Was sind Ihre Botschaften für die Nationale Stadtentwicklungspolitik in Deutschland?

Erstens Stärkung der europäischen Kohäsionspolitik und der dazugehörigen Mittel, gedacht im nationalen wie im europäischen Sinn gleichermaßen. Zweitens: weniger Stärkung einzelner Fachpolitiken als die bitter nötige Stärkung der integrierenden Arbeit, auch auf Regierungsebene. Und drittens: Stärkung des europäischen Städtesystems im Sinne der europäischen Stadt insgesamt und verbunden damit eine Neuorientierung der Raumordnungspolitik einzelner Staaten.

Nationale Stadtentwicklungspolitik muss von Anfang an europäisch gedacht werden. Die europäische Politik unterstützt solche integrierenden Ansätze, wie die Nationale Stadtentwicklungspolitik sie auf den Weg bringt.

Das Thema „Integrierte Stadtentwicklung“ erfährt eine steigende Aufmerksamkeit. Deutschland müsste im Rahmen der europäischen Diskussion ganz besonders intensiv dafür eintreten, diese Politik durchzusetzen.

Wenn Sie die Wirkungen der Stadtentwicklungspolitik in Frankreich und Deutschland vergleichen: Was macht Frankreich zur Zeit besser als die Bundesrepublik Deutschland?

Trotz aller Skepsis gegenüber einem zentralistischen System und seinem Einfluss auf die sozialen Verhältnisse in einzelnen Quartieren muss ich sagen, dass es in Frankreich relativ gut läuft. Die französischen Städte haben in den letzten 20 Jahren sehr viel in die Stadtentwicklung investiert. Das kann man bei jedem Rundgang durch die größeren Städte – ob Lyon, Bordeaux oder Nantes – sehen. Aber das zeigt sich ebenso in kleineren Städten, unter denen es inzwischen attraktive Beispiele gibt für die Ideen der Weiterentwicklung der europäischen Stadt. Das reicht noch bei weitem nicht aus, aber ich denke, die französischen Städte haben gute Fortschritte gemacht.

THEMATISCHE PARTNERSCHAFT

Sie haben eine Studie zu den Wirkungen der Leipzig-Charta in europäischen Ländern abgeschlossen. Was können Sie über den Stand der Umsetzung in nationale Politik sagen?

Wir haben festgestellt, dass die Prinzipien integrierter Stadtentwicklung mit ihrer gebietsbezogenen Logik in den meisten europäischen Ländern Mainstream geworden sind. Zugleich hat aber auch die Zahl der Länder mit umfassenden, integrierten, gebietsbezogenen Stadtentwicklungsansätzen mit dem Status einer nationalen Stadtpolitik eher abgenommen. Zehn Jahre nach der Leipzig-Charta gibt es weniger Länder mit umfangreichen nationalen Stadtentwicklungsansätzen. Deutschland, Frankreich und die Schweiz haben noch immer eine starke nationale Stadtentwicklungspolitik, und es gibt auch neue Länder, die gerade nationalen Stadtpolitiken entwickeln, wie Polen, die Slowakei, Irland und Serbien. Wir beobachten aber einen deutlichen Trend zur Übertragung von Zuständigkeiten an regionale oder lokale Regierungsebenen. Deutliche Beispiele dieses Trends sind Belgien, die Niederlande und das Vereinigte Königreich. Diese Tendenz gehört zur allgemeinen Entwicklung einer sich verändernden Rolle des Staates, gegründet auf neue Prinzipien wie Mehrebenen-Governance, Dezentralisierung, stärkere Beteiligung von sub-staatlichen Akteuren wie Städten, Regionen und Metropolregionen, und die immer wichtiger werdende Beteiligung von Nichtregierungsakteuren wie Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft.

Die Prinzipien integrierter Stadtentwicklung mit ihrer gebietsbezogenen Logik sind in den meisten europäischen Ländern Mainstream geworden.

Ein Schwerpunkt der Leipzig-Charta ist die Stabilisierung benachteiligter Viertel. Wie fällt Ihre Bilanz in diesem Handlungsfeld aus?

In fast allen europäischen Ländern gibt es politische Strategien und Maßnahmen, die auf benachteiligte Viertel ausgerichtet sind. Diese unterscheiden sich allerdings sehr stark, was Umfang, Qualität und Orientierung betrifft. Die umfangreichsten nationalen Strategien für benachteiligte städtische Gebiete mit spezialisierten Förderprogrammen sind in Frankreich und Deutschland zu finden.

Sie haben den Blick ja weiter schweifen lassen. Welche Schlüsse ziehen Sie aus den Analysen der fünf außereuropäischen Vergleichsländer?

Wir können lernen von den Erfahrungen in Brasilien, China, Indien, Südafrika und den Vereinigten Staaten auch in Bezug auf nachhaltige und integrierte Stadtentwicklung. Der partizipative Planungsansatz der brasilianischen Stadt Porto Alegre ist ein Muster für manche Städte in Europa. Viele chinesische Städte sind große urbane Labore und Testgebiete für die Umsetzung neuer nachhaltigen Technologien. Das 100-Smart-Cities-Projekt in Indien ist ein Vorbild einer ehrgeizigen Strategie zur Belebung der städtischen Wissensökonomie. In Südafrika liegen einige der grünsten und CO₂-neutralsten Städten der Welt. In den USA ist die Partnerschaft mit privaten Akteuren stärker ausgebaut als in europäischen Governance- und Finanzierungsstrukturen. Ein Blick nach Übersee kann interessante Hinweise für gemischte Finanzierungsstrukturen ergeben. Die Urbanisierung in den fünf Ländern, insbesondere in den Schwellenländern, verdeutlicht einmal mehr die Notwendigkeit proaktiver Planung und integrierter Strategien. Dies ist von entscheidender Bedeutung für die Erreichung der Sustainable Development Goals (SDGs), insbesondere für die Ziele der New Urban Agenda.

Mart Grisel ist Direktor des European Urban Knowledge Network EGTC, Den Haag. Er war an zahlreichen EU-Förderprojekten und Forschungsprojekten während mehrerer EU-Ratspräsidentschaften beteiligt. Zudem wirkte er an der Erarbeitung der European Urban Agenda mit. Grisel erlangte seinen Abschluss in Französisch und Vergleichenden Literaturwissenschaften an der Universität Groningen, in Philosophie an der Universität Paris VIII à Saint-Denis und in Strategic Urban Studies an der Niederländischen Hochschule für Öffentliche Verwaltung.



Foto: Mike van Bemmelen, Platform 31

Wenden wir uns noch einmal dem europäischen Raum zu. Welche Schlüsse lassen sich aus Ihrer Studie ziehen?

In Europa sind die stadtentwicklungspolitischen Rahmenbedingungen sehr unterschiedlich, insbesondere im Hinblick auf integrierte, ganzheitliche, partizipative Ansätze. Zwar wird die Idee einer Konzentration auf integrierte, gebiets- und quartiersbezogene Stadtentwicklungskonzepte von allen politischen Entscheidungsträger gleichermaßen gutgeheißen. Diese Konzepte spielen ja eine zunehmende Rolle in nationalen stadtpolitischen Ansätzen, aber auch in der Politikgestaltung der EU und in den EU-Fonds-Regelungen. Es zeigt sich deutlich, dass die Kernprinzipien der Leipzig-Charta, die eine integrierte, gebietsbezogene Herangehensweise an Stadtentwicklung mit hochrangiger politischer Unterstützung und einer breiten Einbeziehung von Interessenvertretern vorschlägt, heute so relevant sind wie vor zehn Jahren.

Wie können diese Partnerschaften im Sinne der Städteagenda der EU wirksam werden?

Die neu etablierte Governance-Struktur der Städteagenda für die EU mit ihren thematischen Partnerschaften zwischen verschiedenen Regierungsebenen und Interessenvertretern bietet einen vielversprechenden Ansatz zur Bearbeitung stadtspezifischer Themen in einem europäischen Kontext. Zum ersten Mal arbeiten Städte, Regionen, Mitgliedsländer und die europäische Kommission zusammen an der Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen. Allerdings ist eine stärkere Berücksichtigung der Querschnittsthemen wichtig, um eine monothematische Herangehensweise zu verhindern. Da viele der Partnerschaftsthemen miteinander und darüber hinaus mit weiteren sozialen, wirtschaftlichen und umweltbezogenen Herausforderungen verknüpft sind, ist die Integration von Lösungen und Zielkonflikten eine wichtige Aufgabe für alle Beteiligten. Die Einbindung einer breiten Basis von Interessensvertretern ist notwendig. Um dies zu erreichen, ist eine stärkere Beteiligung von Nichtregierungsakteuren, insbesondere Unternehmens- und Wissenschaftsakteuren, unentbehrlich.

Lassen sich aus der Sicht Ihrer Bilanz in europäischen Ländern Erwartungen an die Fortschreibung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik formulieren?

Im Einklang mit der Leipzig-Charta, der Städteagenda für die EU, und der New Urban Agenda betont unsere Studie die Notwendigkeit der Verpflichtung hoher staatlicher Ebenen in der Stadtpolitik. Die massiven europäischen und globalen Herausforderungen erfordern ein starkes System der Mehrebenen-Governance in der Stadtpolitik. Auch in Deutschland. Viele der städtischen Herausforderungen sind zunehmend europäischer Natur und können nur kooperativ gelöst werden. Unsere Studie macht deutlich, dass sich trotz der europaweiten Prominenz der Idee integrierter Stadt- und Stadtteilentwicklung seit der Leipzig-Charta nationale

Die deutsche Nationale Stadtentwicklungspolitik muss den Dialog mit der Städteagenda für die Europäische Union (Urban Agenda for the EU) verstärken.

Stadtentwicklungspolitiken in ihrer (u. a. partizipativen) Qualität, in ihrem finanziellen und thematischen Umfang und in ihrer generellen Anlage doch stark unterscheiden. Es ist naheliegend, dass die deutsche Nationale Stadtentwicklungspolitik den Dialog mit der Städteagenda für die EU verstärken muss. Die Ergebnisse der heutigen Partnerschaften können wichtige Impulse geben, um europaweit das Konzept integrierter Stadtentwicklung entlang zentraler Themen wie städtischer Armut, der Integration von Migranten und Flüchtlingen, der Kreislaufwirtschaft, der Anpassung an den Klimawandel und an die Energiewende, städtischer Mobilität oder digitalem Wandel mit Leben zu erfüllen. Dieser partnerschaftliche Ansatz sollte in jedem Fall weitergeführt werden, damit neue gesellschaftliche Herausforderungen adressiert werden können.



3 NEUE AUFGABEN FÜR DIE NATIONALE STADTENTWICKLUNGSPOLITIK

Was sind neue Aufgaben für die Nationale Stadtentwicklungspolitik? Zehn Jahre nach Verabschiedung der Leipzig-Charta und Etablierung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ist eine neue Generation von Planern in Wissenschaft und Praxis tätig. Sie sehen sich mit einer wachsenden Unsicherheit von Planungsprozessen und ihren Voraussetzungen und Ergebnissen konfrontiert. Internationale Vernetzungen bieten vielfältige Chancen, erfordern jedoch auch einen höheren Organisationsaufwand. Globale Nachhaltigkeitsvereinbarungen und lokales Handeln müssen in einen Zusammenhang gesetzt werden, neue Themen rücken auf die Agenda, alte Themen bleiben weiterhin aktuell. Gleichzeitig stehen die Planerinnen und Planer vor der Aufgabe, zunehmend spezifischere Fachinformationen an die Öffentlichkeit zu vermitteln, um Transparenz und Beteiligung zu stärken und das Angebot als Kommunikationsplattform zu stärken.

- Prof. Dr. Vanessa Miriam Carlow
Professorin für Städtebau an der Technischen Universität Braunschweig
- Prof. Dr. Philipp Misselwitz
Professor der Habitat Unit am Lehrstuhl für internationalen Urbanismus und Design am Institut für Architektur der Technischen Universität Berlin
- Prof. Klaus Overmeyer
Professor für Landschaftsarchitektur an der Bergischen Universität Wuppertal
- Prof. Stefan Rettich
Professor für Städtebau an der Universität Kassel
- Tim von Winning
Bürgermeister für Stadtentwicklung, Bau und Umwelt der Stadt Ulm

PERSPEKTIVEN EINER WISSENSBASIERTEN, KOOPERATIVEN UND OFFENEN STADTENTWICKLUNGSPOLITIK

Die größte Herausforderung zukünftiger Stadtentwicklung sehe ich in dem, was Ulrich Beck „Metamorphose der Welt“ nennt – und als größte Chance und Reaktion darauf die Offenheit, die Richard Sennett, Kees Christiaanse, Sophie Wolfrum, Harald Welzer und andere als Selbstverständnis zeitgemäßer Städte beschreiben.

Wichtige Zukunftsfragen einer Stadtentwicklungspolitik sind daher, wie nachhaltige Stadtentwicklung vor dem Hintergrund multipler Ungewissheiten betrieben werden kann und wie Städte dennoch die „Utopiemaschinen“ (Düwel, Mönninger) bleiben können, die seit jeher das Versprechen auf ein besseres Leben repräsentieren.

Im Zeitalter der Globalisierung ist es im Kontext einer nationalen Stadtentwicklung notwendig, nicht allein kompakte europäische Städte zu fokussieren, sondern auch über die Grenzen hinauszuschauen denn die

nationaler Stadtentwicklung: Weltweite, durch kriegerische Auseinandersetzungen und Konflikte, Hungers- und/oder Klimakatastrophen ausgelöste Bevölkerungsbewegungen sind neben der Zerstörung von verbleibenden Naturreserven, dem Anstieg des Meeresspiegels, der Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden Indizien einer noch bevorstehenden radikalen Veränderung der gebauten und sozialen Umwelt. Dieses sich auf dem Terrain von Städten manifestierende Spannungsfeld zwischen globalen Herausforderungen und lokalen Folgewirkungen im Kontext gesamtgesellschaftlicher Entwicklung erfordert neue Werkzeuge, Strategien und Formate einer nachhaltigen Stadtentwicklung auf nationaler Ebene, die transnationale Effekte lokalen Handelns mitdenkt. Daraus lassen sich eine Reihe von Empfehlungen für die zukünftige Stadtentwicklungspolitik ableiten:

Das Spannungsfeld zwischen globalen Herausforderungen und lokalen Folgewirkungen im Kontext gesamtgesellschaftlicher Entwicklung erfordert neue Werkzeuge, Strategien und Formate.

Grenzen der Entwicklung liegen im Zweifelsfall auch in Subsahara Afrika.

Städte stehen vor radikalen Umbrüchen mit multiplen ungewissen Konsequenzen: So beschleunigen sich im Nexus von Ressourcenschwund, Klimawandel und Migration – oder wie Erol Yildiz positiv formuliert „Mobilität“ – nicht nur Prozesse der Urbanisierung, sondern vor allem auch Prozesse der Segregation, der Verhärtung von Strukturen mangelnder Teilhabe und eingeschränkter Lebenschancen. All dies geschieht auf dem Terrain von Städten als Teil eines globalen Kreislaufs, der auch durch unser (Konsum-)Verhalten angetrieben wird und im Umkehrschluss unser unmittelbares Lebensumfeld betrifft.

So stehen Städte heute in ihrer Planung und Entwicklung vor globalen Herausforderungen, die sich lokal als Folgewirkungen von Klimawandel, Ressourcenschwund und Migration manifestieren, aber in ihren Ursachen und Auswirkungen nationale Grenzen längst überwunden haben. Diese ungeheure Dynamik umschreibt paradoxerweise die grundlegende Konstante

1. Mehr Wissenschaften in der Stadtentwicklung!

In den Naturwissenschaften ist es gute Praxis, in offenen Systemen zu denken und insbesondere in der Geoökologie die globalen Bilanzierungsgrenzen lokalen Handelns aufzuzeigen. So werden uns durch viele naturwissenschaftliche Arbeiten die Auswirkungen des Klimawandels auf Städte immer deutlicher vor Augen geführt. Sozialwissenschaftler sind kompetent, diese hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Bedeutung einzuordnen. Die Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis durch Instrumente der Stadtplanung könnte Bürgern und politischen Entscheidungsträgern verstehen helfen, welche globalen Folgen lokalpolitische Entscheidungen haben können. Die Betrachtung globaler Auswirkungen sollte Teil einer validen Nachhaltigkeitsbetrachtung für europäische Stadtquartiere werden. Naturwissenschaftler können uns die dafür notwendigen Modelle zur Verfügung stellen. Architekten und Stadtplanern käme dabei – neben ihrer klassischen Entwurfs- und Planungspraxis – auch immer mehr die Rolle zu, naturwissenschaftliche Erkenntnisse in allgemeinverständliche Bilder als Grundlage partizipativer Planung und politischer Entscheidungsfindung zu übersetzen. Dies könnte zu einer stärkeren „Verwissenschaftlichung“ von Teilbereichen der Städtebau-Disziplin führen, die geeignet wäre, Entwurfs- und Planungsroutrinen zu überwinden, die den heutigen Herausforderungen nicht mehr gerecht werden.

Prof. Dr. Vanessa Miriam Carlow, geboren 1975, seit 2012 Professorin für Städtebau an der Technischen Universität Braunschweig. Mitgründerin COBE (Kopenhagen) und Inhaberin COBE Berlin. Prof. Dr. Carlow promovierte 2012 an der Königlich Dänischen Kunstakademie Kopenhagen. Sie war als Gastdozentin an zahlreichen internationalen Universitäten tätig und engagiert sich in ihrer beruflichen Tätigkeit und Forschung insbesondere für nachhaltige Stadtentwicklung.



Foto: ISU

2. Szenarien vor Plänen!

Daran schließt die Idee des Planens in Szenarien direkt an. Die Idee ist seit vielen Jahren gute Praxis in den Niederlanden. Nur das Denken und Planen in Szenarien wird der Tatsache gerecht, dass z. B. Bevölkerungszuwachs oder Klimawandel allein ganz unterschiedliche Folgen auf lokaler Ebene haben können. Um mit den multiplen Herausforderungen ungewisser Zukunft umgehen zu können, empfiehlt es sich also, eine Vielzahl wissenschaftlich fundierter, möglicher Zukünfte darzustellen und zur Grundlage kooperativer, ergebnisoffener, partizipativer und integrierter Planungsprozesse zu machen.

Dabei kann über Akteurgrenzen hinweg gemeinschaftlich erarbeitet werden, welches Ergebnis eine Entwicklung erzielen soll und welche Aktionen auf lokaler Ebene hierfür notwendig und möglich sind. In diesen Entscheidungsprozess müssen unterschiedliche Stakeholder, einschließlich Bürger, aktiv einbezogen werden, denn ihr Alltagshandeln hat unmittelbare Auswirkungen auf lokaler und globaler Ebene. Im Verbund mit Wissenschaftlern aus den Sozial- und Politikwissenschaften können Umsetzungschancen eruiert werden. Erst wenn die wünschenswerte Zukunft gemeinsam ausgehandelt wurde, werden konkrete Pläne gemacht. Diese werden mit Blick auf das angestrebte Ergebnis jedoch immer wieder auf den Prüfstand gestellt und ggf. justiert. Erst ein solch zyklisches Verfahren würde einen „fehlerfreundlichen“ Umgang mit den zu vergegenwärtigenden Unsicherheiten ermöglichen.

3. Von der nachhaltigen Form einer Stadt zu einer nachhaltigen Praxis!

Die Fokussierung auf das alltagsweltliche Handeln von Bürgerinnen und Bürgern schließt eine Überprüfung tradierter Vorstellungen von Stadt und ihrer Planungs-Instrumentarien ein. So stammen Formalkriterien wie bestimmte Bauformen, Kompaktheit, Traufhöhen und Dichten aus einer Zeit zu Beginn der Industrialisierung Europas. Damals war die drängendste Aufgabe der Stadtplanung die Herstellung hygienischer und gesunder Lebens- und Arbeitsverhältnisse. Aufgrund ihrer einfachen Handhabbarkeit haben diese Formalkriterien der Stadtplanung auf dem Terrain europäischer Städte ein starkes Beharrungsvermögen bewiesen. Heute stellt sich die Situation aber anders dar: Wenn wir tatsächlich nachhaltige Städte bauen wollen, haben The-

men wie Erreichbarkeit, der Zugang zu Angeboten der Kultur, Bildung und demokratischer Teilhabe, Klimagerechtigkeit, die Bezahlbarkeit von Wohn- und Arbeitsstätten zwar unmittelbare räumliche Konsequenzen, sie werden aber viel stärker an das Alltagshandeln gebunden sein statt an eine bestimmte Form von Stadt oder allein an ein ästhetisches Stadtbild.

Dies erfordert auf politischer Ebene eine Offenheit gegenüber neuen Bau-, Gebiets- und Stadtraumtypen, die mit den aus dem 19. Jahrhundert stammenden Regelwerken und normativen Vorstellungen kaum in Einklang zu bringen sind. So werden neben „Urbanen Gebieten“, bald „Fünf-Minuten-Dörfer“ und „Flüsterquartiere“ entstehen.

Die Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis durch Instrumente der Stadtplanung könnte Bürgern und politische Entscheidungsträgern verstehen helfen, welche globalen Folgen lokalpolitische Entscheidungen haben können.

Am Institute for Sustainable Urbanism und im Forschungsschwerpunkt „Stadt der Zukunft“ der TU Braunschweig arbeiten wir seit 2012 an den hier aufgeworfenen Themen: Wie nehmen Menschen unterschiedlicher Herkunft unterschiedliche Stadträume wahr? Welche Chancen bieten Open und Big Data für die nachhaltigere Entwicklung von Städten? Wie können die in Stadtregionen bereits gebundenen Ressourcen quantifiziert und als Grundlage zukünftiger Transformation bereitgestellt werden? Welche ökologischen, sozialen, ökonomischen Zusammenhänge bestehen zwischen Stadt und Land? Wie können Stadtregionen ausreichend Nahrungsmittel, Frischluft- und -wasser sowie andere Ökosystemleistungen zur Verfügung stellen?

Wir freuen uns darauf, unsere Erkenntnisse in die zukünftige Nationale Stadtentwicklungspolitik einbringen zu dürfen.

LEIPZIG GOES GLOBAL?

Globale Nachhaltigkeitsagenden

Noch nie zuvor gab es eine so intensive globale Auseinandersetzung mit grundlegenden zivilisatorischen Fragen wie in den letzten beiden Jahren: 2015 hat sich die globale Staatengemeinschaft zu einer durchaus beeindruckenden Nachhaltigkeitsagenda, der Agenda 2030, bekannt, begleitet von einer Vielzahl von weiteren globalen Agenden: der Addis Ababa Action Agenda, dem Pariser Klimaabkommen, dem Sendai Framework for Disaster Risk Reduction, dem World Humanitarian Summit und zuletzt der Habitat III-Konferenz mit der New Urban Agenda im Oktober 2016. Um das Positive gleich vorweg zu nehmen: Durch alle Agenden zieht sich eine noch nie dagewesene Anerkennung nachhaltiger Urbanisierung. Wie sollte es auch anders sein: Da bereits heute mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten lebt und diese Zahl bis 2050 auf 70 % (bzw. zwei Milliarden neue Stadtbewohner) steigen könnte, ist es eigentlich offensichtlich, dass ohne die Berücksichtigung von Städten weder die negativen Auswirkungen des Klimawandels noch die globale Armut bekämpft werden können.

Die UN-Konferenzen machen die Kluft zwischen Wissen und Handeln nur allzu deutlich mit einer fast schwindelerregenden Fallhöhe zwischen dem, was nötig wäre, und dem, was vielerorts in einer Stadt konkret möglich ist.

Ziele ohne einer Klärung des Wie und Wer

Obwohl Ziele durchaus klar und sogar mutig definiert werden oder Grundprinzipien wie „Leave no one behind“, die Bedeutung von Inklusion und Partizipation anerkannt werden, bleiben die Agenden doch vage, da sie keine konkreten Implementierungsvereinbarungen enthalten, an denen Umsetzungsbemühungen gemessen werden können. Anstelle eines verpflichtenden Rahmens ist zumeist die Rede von „voluntary commitments“. Die UN-Konferenzen machen die Kluft zwischen Wissen und Handeln nur allzu deutlich mit einer fast schwindelerregenden Fallhöhe zwischen dem, was nötig wäre, und dem, was vielerorts in einer Stadt konkret möglich ist. Gerade von der New Urban Agen-

da hat man sich durchaus konkretere Empfehlungen für die Umsetzung der SDGs in Städten und urbanen Gebieten erhofft. Im Verhandlungsprozess hat sich gezeigt: Die in Deutschland verbreiteten Grundprinzipien von Subsidiarität und Mehrebenenansatz gelten in anderen Ländern, vor allem Diktaturen, als wenig konsensfähig. Das Endprodukt einer UN-Agenda folgt dann dem Konsensprinzip.

Normativer Kompass oder Irrgarten?

Können die nun vorhandenen neuen Agenden der Weltgemeinschaft nun tatsächlich effektiv helfen, den globalen Urbanisierungsprozess nachhaltig zu gestalten? Können sie städtische Akteure bei Transformation zur Nachhaltigkeit sinnvoll unterstützen? Vom Schreibtisch eines deutschen Planers oder Baudezernenten aus betrachtet kann sich schnell Ernüchterung einstellen: Wie ist eine derartige Komplexität globaler Agenden eigentlich noch zu überblicken? Was haben die in universalistischer, teils verschwurbelter UN-Sprache formulierten Texte mit der Alltagsrealität einer deutschen Stadt zu tun, sollen sie doch gleichermaßen für Nairobi, Kuala Lumpur, Seattle oder Bangalor gelten, obwohl sich die lokalen Transformationsherausforderungen, Planungskulturen, oder zur Verfügung stehenden Ressourcen so radikal unterscheiden? Wie passen die Agenden zusammen? Viel grundsätzlicher gefragt: Wer kennt sie überhaupt? Die meisten deutschen Städte sind bereits heute in ein komplexes Gewebe lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Agenden wie der Leipzig-Charta eingebunden. Wie ließe sich da der praktische Mehrwert der SDGs oder der New Urban Agenda für Städte tatsächlich definieren und konkret nutzen?

Warum globale Nachhaltigkeitsprozesse dennoch essentiell sind

Schnell ist das Argument zur Hand, globale Probleme wie Klimawandel lassen sich nur gemeinsam lösen. Wir tragen hierbei als einer der Hauptverschmutzer besondere Verantwortung und müssen andere Länder, die teils viel stärker von negativen Effekten betroffen sind, solidarisch unterstützen. Armutsbekämpfung etwa mittels deutscher Entwicklungshilfe in afrikanischen Städten heißt gleichzeitig auch Fluchtursachen bekämpfen. Doch im Folgenden möchte ich eher Ar-

Prof. Dr. Philipp Misselwitz, geboren 1974, seit 2013 Professor der Habitat Unit am Lehrstuhl für internationalen Urbanismus und Design am Institut für Architektur der Technischen Universität Berlin. Zuvor war er Professor für internationalen Urbanismus an der Universität Stuttgart, arbeitete für die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit und als Berater des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten. Sein Forschungsschwerpunkt liegt auf Stadtentwicklungs- und Urbanisierungsprozessen im internationalen Kontext.



Foto: Ruth Ur

gumente ausführen, die nicht direkt mit globaler Verantwortung und Solidarität zu tun haben, sondern die Frage nach den konkreten Mehrwerten der globalen Agenden für deutsche Städte stellen. Nur wenn diese Argumente überzeugen, werden das Interesse an einer Internationalisierung des Denkens und Handeln in deutschen Kommunen und die Bereitschaft zur Teilnahme an globalen Agendaprozessen steigen.

Politische Hebel nutzen

Die globalen Agendaprozesse sind nicht abgeschlossen. Gerade die New Urban Agenda ist eher ein Auftakt zu einer intensiven Debatte um die Schaffung besserer Handlungsbedingungen für Städte. Im Sinne des englischen Sprichworts „better to be at the table than to be part of the menu“ sollten deutsche Städte sich hier aktiv einbringen und haben viele wertvolle Erfahrungen zu bieten. Globales Engagement ist nicht nur den Schwergewichten unter den deutschen Städten vorbehalten. Gerade mittlere Städte wie Mannheim, Bonn oder Dresden haben engagiert an globalen Agendaprozessen teilgenommen, konnten eigene lokale Entwicklungsagenden mit internationalen in Einklang bringen, eine hohe globale Sichtbarkeit erreichen und effektiv an globalen Entscheidungsprozessen teilhaben.

Korrektiv für lokales Handeln

Die Nachhaltigkeitsziele und die New Urban Agenda sind in ihrem Anspruch umfassend und integrierend. Auch wenn sie den Städten die Entwicklung von lokalen Leitbildern gar nicht abnehmen können und wollen, könnten sie doch zu einem Spiegel zur kritischen Selbstreflexion und möglichen Adjustierung lokaler Entwicklungsagenden und Politiken werden. Sie zwingen Städte zu einem langfristigen, strategischen Planen. Nicht zuletzt können Bürgerinnen und Bürgern so auch ihre eigene Stadtpolitik aus einem neutralen Blickwinkel besser bewerten und gegebenenfalls Änderungen einfordern.

Teilhabe an einem globalen Wissenspool

Deutsche Städte können nicht nur Erfahrungen anbieten, sondern auch von innovativen Finanzierungsmodellen, integrierten Handlungsansätzen, der Integration von Migranten oder effektivem Ressourcenmanage-

ment und Koproduktionsansätzen anderer Städte vieles lernen. Doch in den meisten Städten reduziert sich das internationale Engagement auf das persönliche Engagement einzelner Überzeugungstäter. In international ausgerichteten, horizontalen Stadt-Lern-Netzwerken sind effektivere Schnittstellen zwischen lokaler Verwaltung und globalen Agenda-Prozessen notwendig. Hier könnten lokale, sektorenübergreifende Nachhaltigkeitsträte eine wichtige Rolle spielen.

Internationalisierung braucht Unterstützung

Viele globale Think Tanks und Netzwerke beschäftigen sich derzeit mit der Entwicklung von Lokalisierungsansätzen für die SDGs. Um dieses Wissen lokal verfügbar zu machen, bedarf es nicht nur der Übersetzung in die deutsche Sprache oder zentraler Handlungsvorgaben. Hierzu gehört auch die Schaffung von Anreizen, wie die finanzielle Unterstützung von internationalem Erfahrungsaustausch, die Teilhabe am globalen Wissenspool, Innovationstransfers oder die Teilnahme an Aktivitäten internationaler Stadtnetzwerke. Nicht zuletzt wäre es wichtig, dass in Zukunft die nationalen Foren und Konferenzen für deutsche Stadtentwicklung als Plattformen für den internationalen Vergleich und Austausch genutzt werden.

Leipzig goes global

Doch die Implementierung der Nachhaltigkeitsziele und der New Urban Agenda ist kein Selbstläufer. Sie kann nur gelingen, wenn einige Staaten und Regionen und Städte mutige Zeichen setzen. Deutschland hätte die Ressourcen und die Kompetenzen dazu. Und viele mutige Städte wie Leipzig.

Die Implementierung der Nachhaltigkeitsziele und der New Urban Agenda ist kein Selbstläufer. Sie kann nur gelingen, wenn einige Staaten und Regionen und Städte mutige Zeichen setzen. Deutschland hätte die Ressourcen und die Kompetenzen dazu.

PROZESSORIENTIERUNG ALS ZUKUNFTSSTRATEGIE

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik kann man als Labor und Denkraum für die nachhaltige europäische Stadt verstehen. Wird sie dem aus Ihrer Sicht gerecht?

Auf jeden Fall. Die Initiative leistet mit ihren Programmen eine wichtige Übersetzungsarbeit, die Kommunen hilft, die Herausforderungen der zeitgenössischen Stadtentwicklung auf lokaler Ebene zu meistern. Gut finde ich, dass mit den Handlungsfeldern der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ein enger Bezug zwischen den räumlichen, gesellschaftlichen, umweltrelevanten und ökonomischen Dimensionen aktueller Transformationsprozesse aufgespannt wird.

Wie nehmen Sie die Pilotprojekte aus der Perspektive Ihrer Arbeit wahr? Werden die Inhalte und Konzepte in der Lokalpolitik wahrgenommen?

Mittlerweile ist ein dichtes Netz an Pilotprojekten im ganzen Land entstanden. Damit ist die Nationale Stadtentwicklungspolitik zu einem lokalen Impulsgeber für die kommende Stadt geworden. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass Pilotprojekte viele Türen in der lokalen Politik geöffnet haben. Der Modellcharakter der Projekte in Verknüpfung mit lokalen Initiativen, professioneller Begleitung und Unterstützung vom Bund entfaltet vor Ort eine eigene Kraft, die allerdings manches Mal versiegt, wenn die Förderung ausläuft. Der Übergang zu Formen der Verstetigung bleibt sicher auch in Zukunft ein virulenter Punkt.

Die Kommunikation des Ministeriums gleicht nach außen einem Hefekuchen aus Einzelthemen – von der Nitratbelastung im Grundwasser zur Förderung von Wohneigentum (im Einfamilienhaus?!). Der Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Transformation und den damit verbundenen Auswirkungen auf Raum wie auch individuelle Lebensweisen und -welten werden nicht deutlich vermittelt.

Vermitteln sich die Politikfelder „Stadt und Umwelt“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit an die Fachöffentlichkeit?

Aus meiner subjektiven Sicht eher weniger. Die Kommunikation des Ministeriums gleicht nach außen einem Hefekuchen aus Einzelthemen – von der Nitratbelastung im Grundwasser zur Förderung von Wohneigentum (im Einfamilienhaus?!). Der Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Transformation und den damit verbundenen Auswirkungen auf Raum wie auch individuelle Lebensweisen und -welten werden nicht deutlich vermittelt.

Wo liegen Ihrer Meinung nach die größten planungspolitischen Herausforderungen für die Städte und Gemeinden im nächsten Jahrzehnt?

Ich finde, dass die Nationale Stadtentwicklungspolitik der letzten Jahre wichtige Eckpfeiler und Ziele für die Zukunftsentwicklung von ländlichen Räumen und Städten gesteckt hat, auf die sich gut bauen lässt. Für die Zukunft würde ich mir wünschen, dass in den Projekten der integrative Ansatz der Handlungsfelder noch weiter gestärkt wird. Schwerpunktsetzungen auf Projektebene werden sicher auch in Zukunft sinnvoll sein. Es wird zunehmend um Einbettung und Kontextualisierung gehen – einerseits mit Blick auf globale Herausforderungen und internationale Urbanisierungsprozesse, wie sie in der New Urban Agenda beschrieben werden. Andererseits muss es uns gelingen, lokale Projektimpulse noch mehr mit Themen und vorhandenen Ressourcen vor Ort zu verknüpfen.

Können Sie das an einem Beispiel verdeutlichen?

Als ein Projekt der Nationale Stadtentwicklungspolitik wird die Gestaltung von drei neuen Plätzen im Zentrum einer Großwohnsiedlung mit multiethnischer Bevölkerung gefördert. Die Bewohnerinnen und Bewohner aktiv zu beteiligen, zählt heute zum Standard in der Planungspraxis. Neue Horizonte öffnen sich, wenn es nicht allein um die Gestaltung von Bodenbelägen, Brunnen und Bänken geht, sondern die Platztransformation in einen Prozess eingebettet ist, der wesentliche Zukunftsfragen bewegt: Wie müssen öffentliche Plätze für Menschen aus unterschiedlichen Kulturen gestaltet sein?

Prof. Klaus Overmeyer, geboren 1968, seit 2010 Professor für Landschaftsarchitektur an der Bergischen Universität Wuppertal. Gründer von Urban Catalyst Studio. Der Schwerpunkt des Büros liegt auf strategischen Planungs-, Forschungs- und Beteiligungsprojekten im Feld der räumlichen Transformation.



Foto: Hans F.

Wie können wir die soziale Kontrolle über den öffentlichen Raum zurückgewinnen, sodass sich auch schwächere Randgruppen dort wieder aufhalten können und wollen? Wo können mit der Umgestaltung der Freiräume Anknüpfungspunkte zu Bildungsprogrammen, sozialen Trägern oder Unternehmen geschaffen werden? Gibt es für örtliche Initiativen die Möglichkeit, im öffentlichen Raum eigene Nutzungspläne wie einen Treffpunkt, eine Outdoor-Sportfläche, eine Tanzbühne oder ein offenes Klassenzimmer selbst zu bauen und zu betreiben? Falls ja, wie kann das umgesetzt werden?

Haben Sie organisatorische Anregungen, um die Verbindung vom Experiment zur guten Praxis zu stärken?

Fördergelder sind an Förderperioden gebunden. In der Praxis zeigt sich bei vielen Projekten, dass neue Ansätze Zeit brauchen und die besten Ideen erst im Laufe eines Transformationsprozesses entstehen. Genau das lassen die Rahmenbedingungen der Förderung aber nicht zu. Dort sind nach der Bestandsaufnahme die Idee und der Plan vorgesehen, der anschließend bis zum Tag X gebaut sein muss. Wer mit Ideen zu spät kommt, den „bestraft“ sozusagen die Förderung. Aus meiner Sicht besteht hier Handlungsbedarf. Vor allem, weil es kaum noch um Tabula Rasa und Neubau geht, sondern um die schrittweise Umwandlung des Bestehenden. Wie die Zukunft wird, lässt sich immer weniger im Voraus planen. Sie wird greifbar durch das aktive Verändern und Erproben von Orten.

Welche Themen für Projektauftrufe könnten Sie sich in den nächsten Jahren vorstellen?

Interessant fände ich, wenn es in Zukunft mehr Projektauftrufe mit einem prozessorientierten Ansatz gäbe. Noch immer liegt der Fokus auf der gestalterischen Fixierung eines Endzustands. Für die Gestaltung von Transformationsprozessen mit offenem Ausgang fehlen uns oftmals Vertrauen, Mut und der Umgang mit den richtigen Werkzeugen. Auf der anderen Seite böten vielerorts organische Entwicklungsmodelle eine echte Alternative zu den Ready-Made-Konzepten. Ich denke da zum Beispiel an die Projekte einer dynamischen Parkentwicklung, in denen urbane Parks als Mix aus Stadtnatur, Aneignungsfreiräumen, Mehrfachcodierungen

und gezielten gestalterischen Interventionen sukzessive entstehen. Oder an organische Städtebauprojekte, in denen neue Quartiere aus der Verknüpfung von pioniergenutzten Bestandsgebäuden, nutzergetragenen Organisationsformen und punktuellen Neubau geschaffen werden. Projektauftrufe in diesem Themenfeld würden sicherlich auf eine große Resonanz stoßen.

Welche inhaltlichen Schwerpunkte würden Sie bei einer Fortschreibung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik setzen? Welche Strategien würden Sie einleiten wollen?

Lebensqualität ohne Wachstum und das öffentliche Interesse sind für mich zwei zentrale Themenfelder, die in Zukunft an Bedeutung gewinnen werden. Die Sicherung von Wachstum und Wohlstand gründete in der Vergangenheit vor allem auf einem Mehr an Raum- und Ressourcenverbrauch. Wie wir in Zukunft von allem weniger verbrauchen, dichter zusammenleben und trotzdem über eine bessere Lebensqualität verfügen können, wird zu einer zentralen Fragestellung, die in der Fortschreibung auch aus einer wachstumskritischen Perspektive heraus aufgegriffen werden sollte. Eng verbunden mit dem Aspekt der Lebensqualität sehe ich die Werte des Gemeinsamen. In der Stadtentwicklung manifestiert sich das Gemeinsame als öffentliches Interesse in der Bodenpolitik, dem öffentlichen Raum, öffentlichen Infrastrukturen etc. In der aktuellen Debatte um Teilhabe, Zugänglichkeit und Commons wird das öffentliche Interesse neu verhandelt.

Welche neuen Modelle entstehen an der Schnittstelle von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft? Wie und in welchen Akteurskonstellationen wird es sich künftig räumlich manifestieren?

Die Bedeutung des öffentlichen Interesses und seiner Gestaltungsspielräume sollten in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in Zukunft eine verstärkte strategische Rolle spielen.

NEUE AUFGABEN FÜR DIE NATIONALE STADTENTWICKLUNGSPOLITIK

Man könnte die Nationale Stadtentwicklungspolitik als Labor und Denkraum für die Umsetzung der Leipzig-Charta verstehen. Leistet sie das aus Ihrer Sicht?

Die Leipzig-Charta war der Versuch, das Primat der Nachhaltigkeit gesamteuropäisch vorzudenken, auf nationaler Ebene zu verankern und auf lokaler Ebene mit dem Instrument der integrierten Stadtentwicklung umzusetzen. Zusammen mit der zeitgleich verabschiedeten Territorial Agenda of the European Union zielte sie außerdem darauf ab, die Stadt als Territorium von besonderer Bedeutung für Wirtschaft und Wachstum im Bewusstsein anderer Fachpolitiken und Ministerien zu verankern. Stadtentwicklungspolitik sollte demnach als zentrales politisches Feld und als Schlüssel für eine positive Gestaltung gesellschaftlicher und ökonomischer Transformation etabliert werden.

Rückblickend stellt sich die Frage, ob es gelungen ist, die planenden Disziplinen aus ihrem Nischendasein herauszulösen und Stadtentwicklung als zentrales Politikfeld zu etablieren. Auf Bundesebene muss man dies klar verneinen. Stadtentwicklung und Städtebauförderung werden bei jeder Koalitionsverhandlung neu zwischen den Ministerien hin- und hergeschoben. Sie sind keine zentralen Politikfelder, sondern politische Verhandlungsmasse. Das ist sehr bedauerlich, denn es steht außer Frage, dass Raumfaktoren das Gelingen von Initiativen anderer Politikfelder, z. B. Inklusion und Integration oder auch wirtschaftliches Wachstum, maßgeblich beeinflussen, im Positiven wie im Negativen: Space matters. Auf lokaler Ebene sieht das ganz anders aus. Nachhaltigkeit und insbesondere integrierte Stadtentwicklung sind im Mainstream der kommunalen Politik angekommen. Das liegt auch daran, dass die Länder die Bereitstellung von Fördermitteln an die Aufstellung von Integrierten Stadtentwicklungskonzepten knüpfen. Daran hat sicher auch die Nationale Stadtentwicklungspolitik einen entscheidenden Anteil, indem sie die Thematik auf die Agenda der Bundespolitik gehoben und damit deren Bedeutung herausgestellt hat. Zudem hat sich der Bundeskongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik zum wichtigsten Branchentreff von Planern, Vertretern der Länder und Kommunen und in Teilen auch der Zivilgesellschaft entwickelt. Leider fehlt die Wirtschaft als drittes Governance-Segment.

Wie nehmen Sie die Politik insgesamt, wie die Pilotprojekte aus Ihrer Perspektive wahr?

Integrierte Stadtentwicklung ist in der kommunalen Arbeit ein sehr theoretisches Feld. Es ist daher nicht einfach, die positive Wirkung auf den städtischen Alltag zu beschreiben. Sie stellt sich erst zeitversetzt an konkreten Projekten ein. Wir haben diese Erfahrung mit der Kommunikation des Projekts KoopStadt selbst gemacht. Es ging um den Austausch der Städte Bremen, Leipzig und Nürnberg über ihre Ansätze der integrierten Stadtentwicklung. Als Medium haben wir ein klassisches Magazin gewählt und dort als Format die Reportage. Im Fokus standen konkrete Personen, die darüber berichtet haben, wie Stadtentwicklung geht, welche konkreten Ziele im städtischen Alltag verfolgt werden, was klappt, aber auch was schief geht.

Ich würde sagen, dass die Vermittlung auf lokaler Ebene ganz gut gelungen ist und das Projekt an sich für die beteiligten Städte ein großer Gewinn war. Ich bin mir aber nicht sicher, ob das Potenzial des Projekts im Detail auch auf Bundesebene oder von anderen Kommunen erkannt wurde, denn mir geht es ähnlich. Die meisten Pilotprojekte kenne ich gar nicht oder nur sehr oberflächlich und kann deren Erkenntnisse daher auch nicht anwenden. Die Mehrzahl ist zudem kaum von ExWoST zu unterscheiden, sie firmieren eben nur unter einem anderen Label. Das zeigt schon das Format des Projektauftrags. Um sich davon abzusetzen, könnte die Nationale Stadtentwicklungspolitik Projekte direkt initiieren und investiv fördern. Solche, die wichtige strategische Fragen der Bundespolitik auf lokaler Ebene beantworten.

Spielen die Projekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in der Hochschuldebatte über die Stadt der Zukunft eine Rolle?

In der Hochschuldebatte über die Stadt der Zukunft spielen die Projekte keine bedeutende Rolle. Dafür sind sie in der Regel zu konkret an der städtischen Gegenwart ausgerichtet. Das Verbundprojekt „Fachlicher Nachwuchs entwirft Zukunft“ hat sich dagegen als fester Bestandteil in den Curricula der Hochschulen und als Labor für Zukunftsfragen etabliert. Unter der Bezeichnung der neo-europäischen Stadt befassen sich aktuell zwölf Hochschulen in Seminaren und Projekten mit einem Update der Leipzig-Charta aus Sicht der Genera-

Prof. Stefan Rettich, geboren 1968, ist Professor für Städtebau an der Universität Kassel und Partner von KARO* architekten. Von 2011 bis 2016 war er Professor für Theorie und Entwerfen an der Hochschule Bremen, zuvor lehrte er vier Jahre am Bauhaus Kolleg der Stiftung Bauhaus Dessau.



Foto: Barbara Sinner

tion Y, also der Generation, die gerade ausgebildet wird. Die Studierenden befassen sich mit den Metathemen, die in der Charta behandelt werden, um diese auf Aktualität und Zukunftspotenzial hin zu überprüfen. Und auch mit Themen, die in der Charta nicht oder nur am Rande behandelt wurden, aber aus heutiger Sicht zu einem bedeutenden Thema der integrierten Stadtentwicklung geworden sind. Es ist ein kluger Schachzug der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, sich regelmäßig die Meinung des Nachwuchses einzuholen, der in der Zukunft unsere Städte und Regionen planen wird.

Hätten Sie Anregungen, wie die Verbindung von Experiment und Praxis gestärkt werden könnte?

Im Grunde bin ich kein großer Fan von Projektaufrufen. Wer schon einmal in die Arbeit einer IBA involviert war, weiß, dass dadurch nur sehr wenige zufriedenstellende Ansätze entstehen und Projektaufrufe eher eine befriedende Wirkung der Teilhabe und Mitwirkung vieler am großen Ganzen haben. Wegweisend sind meist die Projekte, die direkt initiiert werden. Viel mehr Potenzial sehe ich deshalb darin, dass der Bund Projekte direkt initiiert, die wichtige, strategische Fragen der Bundespolitik auf lokaler Ebene beantworten. Denkbar wäre beispielsweise eine Nationale IBA Wohnungsbau.

Das von allen Experten als zentral benannte Problem bei der aktuellen Wohnungsfrage ist die Verfügbarkeit von Grundstücken in integrierten Lagen. Gerade der Bund verfügt über solche Grundstücke. In Bezug auf die Wohnungsfrage böte das eine einmalige Chance. Mit einer Nationalen IBA Wohnungsbau könnten auf den bundeseigenen Flächen nicht nur schnell Wohnraum mit verträglichen Mieten geschaffen werden, sondern über eine Konzeptvergabe der Grundstücke auch wegweisende Konzepte und Leuchttürme mit internationaler Strahlkraft. Das wäre dann auch eine Nagelprobe für das dicke Brett der integrierten Stadtentwicklung. Denn die Bereitstellung von öffentlichen Grundstücken für zentrale Projekte der Stadtentwicklung scheitert ja oft an den Kämmerern, wenn diese nicht zu Konzeptvergaben bereit sind.

Wenn es eine Fortschreibung der Leipzig-Charta geben sollte, würden Sie neue inhaltliche Schwerpunkte setzen?

Bedenkt man die vielen unerwarteten Herausforderungen wie die Auswirkungen der Weltfinanzmarktkrise oder den Einfluss der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank auf den Immobilienmarkt und die Wohnungsfrage, Zuwanderung und Migration, aber auch Terrorismusgefahr und ihre Auswirkungen auf die Nutzung und Gestaltung des öffentlichen Raums, dann wäre ein Update der Charta in kürzeren Zyklen, vielleicht im Abstand von ein bis zwei Jahren zum Beispiel, durch das Kuratorium eine sinnvolle strategische Neuerung. Zudem sollten Resilienz und Subsistenz als kleinere Schwestern der Nachhaltigkeit stärker im Diskurs verankert werden, da sie durch die Zunahme von Klimaereignissen an Bedeutung gewonnen haben.

Mit einer Nationalen IBA Wohnungsbau könnte auf den Bundesflächen nicht nur schnell Wohnraum mit verträglichen Mieten geschaffen werden, sondern über eine Konzeptvergabe der Grundstücke auch wegweisende Leuchttürme mit internationaler Strahlkraft. Das wäre eine Nagelprobe für ein dickes Brett der integrierten Stadtentwicklung.

Wesentlich erscheint mir auch, dass die Reflexion über die Nationale Stadtentwicklungspolitik nicht nur mit der nationalen Brille betrachtet wird. Wir müssen uns auch in Verhältnisse und Interessenlagen anderer EU-Länder hineindenken. Im Jahr 2011 war ich im Rahmen der Initiative Cities of Tomorrow in einen Workshop des Departments of Regional Policy der Europäischen Kommission eingebunden und habe dabei viel gelernt. Aus Sicht eines bulgarischen Stadtplaners zum Beispiel sind viele Themen, mit denen wir uns befassen, Luxusprobleme.

NATIONALE STADTENTWICKLUNGSPOLITIK ALS UMSETZUNGSSTRATEGIE DER LEIPZIG-CHARTA

Die Formulierung der Leipzig-Charta im Jahr 2007, und damit die Hervorhebung der Stadtentwicklung und ihrer Bedeutung für das Zusammenleben der Menschen in Europa, war ein ehrenvolles Unterfangen. Während die Charta von Athen versucht hat, die Brüche der historisch gewachsenen Stadt aufzulösen und unter Trennung der einzelnen Bestandteile eine neue Ordnung für städtisches Leben zu finden, stellt sich die Leipzig-Charta der gesamten Komplexität der europäischen Stadt. Und das zu Recht, haben sich doch die Städte über mehrere tausend Jahre als die Orte und Motoren für Fortschritt, Bildung, Handel, Wirtschaft und den sozialen Austausch etabliert. Auch wenn es für den Erfolg von Städten keine allgemeingültige Formel gibt, sind ein paar Merkmale für unser Verständ-

Zukunft des ländlichen Raums ist in der Abwägung zwischen Daseinsvorsorge und ökonomischem Umgang mit Infrastrukturen eine schwierige Aufgabe. Die effiziente Nutzung der Infrastrukturen ist eine der zentralen Grundlagen für eine zukunftsfähige und nachhaltige Stadtentwicklung, die immer abhängig von räumlichen Entfernungen ist. Egal ob im ländlichen Umfeld oder im Weichbild großer Städte – es geht darum, urbane Strukturen zu befördern und disperse Entwicklungen zu vermeiden. Das Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse darf nicht dazu führen, dass ökonomische Vorteile von urbanen Strukturen „ausnivelliert“ werden. Gerade zur Entlastung der großen Metropolen hat in diesem Zusammenhang die Zielsetzung der „Dezentralen Konzentration“ nicht an Aktualität eingebüßt.

Eine dauerhafte Aufgabe ist der Umgang mit sozialer Segregation. Die zunehmende soziale Ungleichheit der Einkommenssituation und die Flüchtlingsthematik haben die Tendenz zu homogenen Nachbarschaften verstärkt.

nis von Urbanität konstituierend. Zu nennen sind hier, neben einer hohen baulichen Dichte, eine umfassende und kleinteilige Mischung der Sozialstrukturen und der verschiedenen städtischen Funktionen sowie öffentliche Räume, die mehr sind als reine Verkehrsflächen. In diesem komplexen Themenfeld kann eine Charta nur ein übergeordnetes Leitbild bieten. Die große Schwierigkeit liegt darin, diese allgemeine Zielsetzung in konkrete Stadtentwicklung zu übersetzen. Mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik hat sich die Bundesregierung dieser Aufgabe gestellt

Was bewegt die Kommunen in den nächsten Jahren?

In den Teilräumen in Deutschland stellen sich sehr unterschiedliche Aufgaben. Aufgrund der Wanderungsbewegungen in die Städte steht die Steuerung von Wachstum, großer Wohnungsnachfrage und expandierender wirtschaftlicher Entwicklung dem Umgang mit Bevölkerungsrückgang gegenüber. Vor allem die

Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir eine große Anzahl öffentlicher Infrastrukturen geschaffen haben (Straßen, Schienen, Tunnel, Brücken, Kanäle, aber auch Bildungseinrichtungen, Krankenhäuser und andere soziale Einrichtungen), deren notwendige Sanierung mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln kaum zu stemmen sein wird. Auch aufgrund des demografischen Wandels wird es daher Ideen brauchen, wie z. B. eine effizientere Nutzung durch gezielte Nachverdichtung oder auch eine kritische Überprüfung der tatsächlichen Bedarfe.

Eine dauerhafte Aufgabe ist der Umgang mit sozialer Segregation. Der Wunsch nach einem Wohnumfeld mit möglichst wenigen Konflikten führt vielerorts zu einer Aufgliederung der verschiedenen sozialen Milieus in homogene Nachbarschaften. Die zunehmende soziale Ungleichheit bei der Einkommenssituation und die Flüchtlingsthematik haben diesen Trend verstärkt. Auch die Ergebnisse von Bildungsstudien lassen eine besondere Aufmerksamkeit für die sozialen Rahmenbedingungen notwendig erscheinen.

Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Entwicklung des Mobilitätsverhaltens innerhalb und zwischen den Städten. Die in den letzten Jahrzehnten gestiegene Verkehrsleistung mit Lärm, Abgasen und Flächenbedarfen ist neben den ökologischen Fragen zu einem der großen Störfaktoren städtischen Lebens geworden. Der Ansatz liegt im grundsätzlichen Verständnis

Tim von Winning, geboren 1970, seit 2015 Bürgermeister für Stadtentwicklung, Bau und Umwelt der Stadt Ulm. Zuvor war er Sachgebietsleiter in Tübingen, Erlangen und Ulm. Von Winning war als Mitarbeiter in einem Stadtplanungsbüro tätig und absolvierte eine Ausbildung für den höheren bautechnischen Verwaltungsdienst in der Fachrichtung Städtebau im Freistaat Bayern.



Foto: Stadt Ulm

von Mobilität. Tatsächlich mobil ist man, wenn viele Bedürfnisse (Arbeiten, Einkaufen, Freizeit etc.) auf einfache Weise erfüllt werden können, wenn viele Optionen offen stehen. Der dafür erforderliche Ortswechsel ist nur Mittel zum Zweck. Der gängige Mobilitätsbegriff beschreibt aber vielmehr den Wegeaufwand. Wer lang und viel unterwegs ist, ist nach dieser Definition mobiler. Die Bedürfnisse sind dieselben, es müssen nur immer größere Entfernungen zurückgelegt werden. Ansätze hierzu bietet die europäische Stadt. Dichte und Mischung machen es möglich, zu vielen täglichen Bedürfnissen kurze Wege zu haben und damit die Voraussetzung für eine umfeldverträgliche Mobilität zu erreichen. Die Entwicklung umweltschonender Antriebstechniken, die digitalen Potenziale, zum Beispiel die Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsträger und viele andere technische Neuerungen, wirken dabei unterstützend. Ohne eine Stadt der kurzen Wege wird uns eine Umkehr sehr schwer fallen.

Handlungsfelder für die Nationale Stadtentwicklungspolitik?

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik hat drei strategische Ansatzpunkte: Die Unterstützung besonderer Projekte einschließlich Dokumentation und Verfügbarmachung der Ergebnisse, die Förderung des Austauschs unter Fachleuten und die Erhöhung der Wahrnehmung von Themen der Stadtentwicklung in der Öffentlichkeit. Nach meiner Einschätzung ist man bei der Erreichung dieser Ziele sehr unterschiedlich erfolgreich.

Die Vorgehensweise der letzten Jahre, mit definierten Inhalten eine breite Palette von Vorhaben und Planungsprozessen zu unterstützen und dabei subsidiär auf die Innovationsfähigkeit einzelner Kommunen zu bauen, ist eine richtige Entscheidung. Während allerdings die Projektförderung gut funktioniert, ist die Wahrnehmung der Ergebnisse eher auf die unmittelbar Beteiligten beschränkt. Eine Reflektion und Diskussion über die Beteiligten hinaus erfolgt leider nur in einem geringen Umfang. Das liegt sicherlich daran, dass es nicht ganz einfach ist, in der großen Anzahl an Veröffentlichungen, Projektdokumentationen und Konferenzen eine eigenständige Aufmerksamkeit zu etablieren.

Ein Ziel könnte zukünftig darin liegen, die Ergebnisse für den Austausch zwischen den verschiedenen Akteuren verständlich und leichter zugänglich zur Verfügung zu stellen. Das beinhaltet eine größere Öffentlichkeit, besonderes Augenmerk auf eine prägnante Dokumentation sowie eine niederschwellige Suchfunktion für die Recherche. Auch die Berücksichtigung negativer Erfahrungen und Stolpersteine könnten die Anwendbarkeit in der Praxis erhöhen.

Eine große Anzahl unserer gesellschaftlichen, steuerlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen nivelliert die verschiedenen Vorzüge der europäischen Stadt zugunsten anderer Entwicklungen (Dispersion, Konzentrationsprozesse von Monofunktionen etc.) und benachteiligt urbane Strukturen. Dies betrifft neben vielen anderen beispielsweise die überwiegend solidarisch finanzierten Kosten für Verkehr und andere Infrastrukturen, Themen wie Grundsteuer oder die steuerliche Anrechenbarkeit von Wegekosten für Pendlerverkehre. Hier zeigt sich ein großes Theoriedefizit. Spannend wäre es aus meiner Sicht, wenn über die konkrete praktische Projektförderung hinaus auch ein Schwerpunkt in der Förderung der wissenschaftlichen Forschung oder in der Durchführung von entsprechenden Planspielen liegen würde. Es gibt einen großen Bedarf, diese für die Stadtentwicklung so relevanten Rahmenbedingungen zusammenzutragen, wissenschaftlich aufzuarbeiten und auch in ihren Auswirkungen zu erforschen.

Über die konkrete praktische Projektförderung hinaus sollte ein Schwerpunkt in der Förderung der wissenschaftlichen Forschung oder in der Durchführung von entsprechenden Planspielen liegen.

Es lebe die Stadt!



MQ Point

Ovalhalle

MQ Point
Info - Tickets - Shop



4 ZUR WEITERENTWICKLUNG DER NATIONALEN STADTENTWICKLUNGSPOLITIK

In Interviews und Beiträgen haben sich die Mitglieder des Kuratoriums sowie Stadtforscher und Planer 2017 zu Bilanz und Fortschreibung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik geäußert: Wo sind Erfolge zu verzeichnen? Wo sind die Ergebnisse hinter den Erwartungen zurückgeblieben? In welchen Bereichen ist eine Umsteuerung, Ergänzung oder Feinjustierung erforderlich? Die Kuratoren stimmen überein, dass Diskurse über innovative Konzepte und experimentelle Projekte heute mehr benötigt werden denn je, um neue Wege bei der Umsetzung der Stadtentwicklungsziele zu erkunden. Gleichzeitig ist bereits heute erkennbar, dass die sich abzeichnende Veränderung der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen sich auch in neuen Akzenten der Nationalen Stadtentwicklungspolitik niederschlagen muss. Die gesammelten Thesen und Anregungen des Kuratoriums weisen folglich über die Bewertung des Erreichten hinaus und werden in diesem Schlusskapitel zu einem Orientierungsrahmen für die Fortschreibung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik zusammengefasst.

4.1 NATIONALE STADTENTWICKLUNGSPOLITIK – ORIENTIERUNGEN ZUR FORTSCHRIBUNG

Von außen betrachtet ist es nicht eben einfach, die Nationale Stadtentwicklungspolitik im Spektrum der Programme und Fördergegenstände zu verorten. Diese Unschärfe in der Außenwirkung über den Zirkel der „Eingeweihten“ hinaus wird als Hindernis für die Vermittlung des politischen Anliegens wahrgenommen. Dies gilt insbesondere für das Nebeneinander der Projektreihe der Nationalen Stadtentwicklungspolitik und der Nationalen Projekte des Städtebaus. Während Anspruch und Diktion ähnlich scheinen, bleibt der inhaltliche Zusammenhang wie auch die politische Arbeitsteilung unklar. Es geht jedoch nicht nur um ein Wahrnehmungsproblem: offenbar fehlt auch die Routine, wie die Erkenntnisse der Plattform und der Pilotprojekte in die Programmlandschaft übertragen werden können. Ein Anlass, die Herausforderungen an die Städte herauszuarbeiten und das dringende Erfordernis politischen Handelns zu reflektieren.

Das 21. Jahrhundert – die urbane Herausforderung

Im Oktober 2016 hat sich die dritte UN-Weltkonferenz zu Wohnen und nachhaltiger Stadtentwicklung in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito auf die „New Urban Agenda“ verständigt. Mit der Verabschiedung dieser politischen Richtschnur für die nächsten Jahrzehnte bekennen sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zur Bedeutung der Städte für die Lösung der globalen Herausforderungen.

Über den internationalen Austausch – sei es zur New Urban Agenda im Rahmen von Habitat oder der Urban Agenda for the EU im Rahmen des Paktes von Amsterdam – bringen sich die Akteure der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in die Diskussion um die Zu-

kunft der Städte ein. Der nächste Meilenstein wird die deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 sein.

Leitplanken für die Urbanisierung sind dringend erforderlich. Wie in den Phasen der Geburt der modernen Großstadt im anbrechenden Industriezeitalter geht auch im 21. Jahrhundert das dynamische Wachstum der Städte und Stadtregionen nicht konfliktfrei vonstatten: Reichtum und Verarmung, Luxuswohnen und Wohnungsnot, Migration und soziale Polarisierungen, Ressourcenverbrauch, Klimawandel und Luftverschmutzung begleiten in einem bisher unbekanntem Ausmaß die weltweite Verstädterung.

Die spektakulären Bilder der Urbanisierungsfolgen lenken den Blick zunächst auf die Schwellen- und Entwicklungsländer Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Mit ihrem dynamischen Bevölkerungswachstum, das mit der Megacity einen neuen Stadttyp hervorgebracht hat, sind sie der neue Schwerpunkt der weltweiten Verstädterung.

Die urbane Entwicklung kennt jedoch auch andere Ausprägungen und Geschwindigkeiten. In hoch entwickelten Ländern mit fortgeschrittener Urbanisierung driften die Szenarien in Abhängigkeit von ökonomischen Voraussetzungen und demografischen Trends auseinander. Während wirtschaftlich stabile Großstädte wieder wachsen und eine Renaissance der urbanen Kultur feiern, verlieren andere Städte im Strukturwandel Arbeitsplätze und Einwohner. Dieses Ungleichgewicht, das sich in der Gleichzeitigkeit von Wachstum und Schrumpfung ausdrückt, wird die Stadtentwicklung der industrialisierten Länder in den nächsten Jahrzehnten bestimmen. Allerdings folgt heute aus Wachstum keineswegs auch zwangsläufig Wohlstand. So, wie es weltweit unter den Städten

(Globalisierungs-)Gewinner und Verlierer gibt, vertieft sich auch innerhalb der Städte die soziale Kluft zwischen denen, die an diesem Wachstum partizipieren und denen, die hiervon ausgeschlossen sind. „Bridging the urban divide“, diese Forderung von UN-Habitat (2011) hat sich zu einer der *zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts* entwickelt.

Die Städte – Kumulation von Problemen, aber auch von Lösungspotenzialen

Der Zuzug von Arbeitskräften, der Zugang zu Informationen und die Verfügbarkeit von Technologien und Mobilitätssystemen machen die Städte zu Orten der Innovation und Produktion. In ihnen werden nach Schätzungen des UN-Umweltprogramms (UNEP) rund 80 % der weltweiten Wertschöpfung erarbeitet. Der damit verbundene Verbrauch der begrenzten Ressourcen und die Verbrennung fossiler Energieträger haben ihren Preis. Auf wenigen Prozent der Erdoberfläche entstehen in den urbanen Räumen fast 80 % aller Treibhausgasemissionen. Die gravierenden Folgen der globalen Erwärmung, zu der diese Emissionen entscheidend beitragen, – Trockenheit, Starkregen, Überschwemmungen – haben inzwischen auch in den gemäßigten Klimazonen dramatisch zugenommen.

In den Städten entscheiden sich weltweit existenzielle Fragen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Wenn es gelingt, den Rückfall in autoritären Nationalismus und Protektionismus zu verhindern, wenn internationale Vereinbarungen, Klima- und Stadtentwicklungsagenden wirklich Kraft entfalten und wenn multinationale Konzernstrategien hierin eingebunden werden können, dann eröffnen sich in den Städten enorme Chancen für Wohlstand und Lebensqualität. Wenn sich Bürger, Unternehmen, städtische Politik und Verwaltung in Partnerschaften für sozial gerechte und nachhaltige Entwicklung zusammenfinden, können die bestehenden Disparitäten bei Einkommen und Vermögen verringert, der Zugang zu den staatlichen und kommunalen Dienstleistungen vereinfacht und der Übergang von der fossilen Verbrauchswirtschaft in die Kreislaufwirtschaft beschleunigt werden.

Aufgrund der globalen Vernetzung nahezu aller Sektoren wächst die Verantwortung für die städtische Zukunft weltweit. Die konsolidierten Städte der westlichen Welt werden von der globalen Urbanisierung nur

dann profitieren, wenn nachhaltige Lösungen zur Gestaltung urbaner Lebensräume in den Entwicklungs- und Schwellenländern greifen. Europäisches Know-how zur urbanen Entwicklung ist international gefragt und kann wichtige Beiträge zur Lösung der anstehenden Aufgaben leisten, so wie auch umgekehrt hiesige Städte von internationalen Erfahrungen profitieren.

4.2 DIE GROSSEN AUFGABEN DER NATIONALEN STADTENTWICKLUNGSPOLITIK

Für die europäische Stadt lassen sich aus den globalen Megatrends folgende Aufgaben ableiten.

Klima- und Ressourcenschonung – konsequent und vernetzt. Die Dramatik der Klimafolgen erfordert ein konsequentes und koordiniertes Handeln von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Ziel der Europäischen Union ist es, mit umfassenden Maßnahmen die Emission von Treibhausgasen zu reduzieren. Auch wenn die eingeleiteten Maßnahmen erfolgreich sein werden, verlangt die Langlebigkeit der Treibhausgase nach einer Strategie zur Anpassung der urbanen Räume an die Folgen des Klimawandels. Nachhaltige Lösungen setzen voraus, dass neue Wege beschritten werden, die auf Ideenreichtum gründen und mit politischer Gestaltungskraft umgesetzt werden. Mehr denn je gilt es dabei, Verfahren und Prozesse zu entwickeln, in denen die auf diesem Feld unvermeidlichen Ziel- und Interessenkonflikte fair und ausgleichend verhandelt werden können. Neben der notwendigen Änderung von Verhaltensweisen und Lebensstilen tut sich hier ein weites Feld für technologische Innovationen in allen Lebensbereichen auf – von der energieeffizienten Arbeitsorganisation über neue Mobilitätskonzepte und den offensiven Einsatz smarterer Technologien bis hin zu nachhaltigen Baumaterialien und einem verantwortungsbewussten Ressourcenmanagement (Urban Mining).

Migration – die bleibende Herausforderung. In der europäischen Stadt besteht ein besonders enger Zusammenhang zwischen Stadtentwicklung und Migration. Zuwandernde Menschen haben den Arbeitsmarkt entlastet und die Städte kulturell bereichert. Obwohl ein „Kennzeichen moderner Urbanität“ (Martin Baumeister) wird die Zuwanderung doch auch vielfach in Frage gestellt oder als Ausnahme wahrgenommen. Die-

ser Eindruck täuscht. Selbst wenn es gelingen sollte, Krieg und Terror als Fluchtursache einzudämmen, werden Armut und Arbeitslosigkeit weiterhin Millionen veranlassen, für Sicherheit und Wohlstand beschwerliche und gefährliche Fluchtrouten in Kauf zu nehmen. Zusätzlich werden die Folgen der Klimaveränderung – Hitzewellen, Trockenheit und versinkende Küstenregionen – in den nächsten Jahrzehnten Millionen Menschen zwingen, sich eine neue Heimat zu suchen. Migration und Integration bleiben also zwangsläufig – als Herausforderung und angesichts anhaltend niedriger Geburtenraten als Chance – auf der Agenda.

Die Integrationskraft der Gesellschaft konnte in den letzten Jahrzehnten immer wieder unter Beweis gestellt werden. Gegründet auf langjährige Erfahrungen mit einer schrittweisen Integration haben sich Städte und Dörfer – getragen von einer Welle zivilgesellschaftlichen Engagements – offen für die Aufnahme von Flüchtlingen gezeigt. Integration ist dann erfolgreich, wenn die Entwicklung eines Dreiklangs aus Integration in den Arbeitsmarkt, aus Bildungsangeboten und kultureller Teilhabe und integrierenden Wohnkonzepten gelingt.

Was aber, wenn Menschen in existentiell ungesicherter Situation sich durch Fremde in ihrer sozialen Identität bedroht fühlen? Oder wenn die Zuwandernden Bereitschaft zur Anpassung verweigern und die Lebenswelten isoliert nebeneinander fortbestehen? Die aus wachsendem Sozialneid, Konkurrenzsituationen und politischen Radikalisierungen erwachsenden Gefahren sind evident und europaweit in wachsendem Maß spürbar. Diese ambivalenten Erfahrungen weisen auf die Notwendigkeit hin, den Beitrag der Stadtentwicklungspolitik im Kontext der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik zu bestimmen.

Demografischer Wandel – ein weltweites Phänomen.

Wie in vielen Ländern der Erde hat auch in Deutschland der Alterungsprozess zwei einander teilweise verstärkende Komponenten: Aufgrund besserer gesundheitlicher Versorgung leben die Menschen durchschnittlich immer länger. Zugleich wird der Bevölkerungsanteil älterer Menschen – vor allem durch die nun ins Rentenalter kommenden Babyboomer-Jahrgänge – in den nächsten Jahrzehnten erheblich wachsen. So wird nach den Angaben des BMI der „Alten-

quotient“, das Verhältnis der 65-Jährigen und Älteren zu je 100 Personen im erwerbsfähigen Alter, zwischen 2015 und 2035 von 34,7 auf 46,8 zunehmen. Der nicht aufzuhaltende und auch durch die Zuwanderung nur relativ geringfügig abgeschwächte Alterungsprozess verläuft in Geschwindigkeit und Ausprägung regional unterschiedlich: In Ballungsräumen und großen Städten werden die Auswirkungen des demografischen Wandels durch den Zuzug junger Menschen teilweise überdeckt. Als Ziel von Binnen- wie Außenwanderung sind sie Orte mit stabilen Einwohnerzahlen und zahlreichen Bürgern mit ausländischen Wurzeln. In den eher strukturschwachen peripheren Regionen verbindet sich der hohe Altenquotient mit sinkenden Einwohnerzahlen.

Die Folgen des demografischen Wandels für Wirtschaft und Gesellschaft werden heftig und kontrovers diskutiert. Grundsätzlich zeigt sich jedoch ein deutlicher Wandel in der Wahrnehmung des Alterns. Statt der vorrangigen Betonung seiner Defizite (Altern als defizit- und verlustgeprägter Verfallsprozess) rücken nun stärker Kompetenzen und Chancen, Aktivierung und Stimulierung und damit letztlich die Vorstellung eines gelingenden Alterns in den Fokus (Pro-Ageing). Zugleich stehen allerdings mit der sinkenden Zahl von Erwerbstätigen sowohl die Rentensysteme als auch die Wirtschaft vor gewaltigen Herausforderungen. Mit dem Übergang ins „vierte Lebensalter“ ab ca. 80 bis 85 Jahren gewinnen außerdem körperliche Einschränkungen, Multimorbidität und Demenzerkrankungen ein immer höheres Gewicht. Nach den Prognosen des Statistischen Bundesamts könnte die Zahl der Pflegebedürftigen von gegenwärtig etwa 2,9 Mio. bis 2060 auf ca. 4,8 Mio. Personen steigen. Angesichts der weiter abnehmenden Tragfähigkeit der familiären Netzwerke, die notwendige Pflegeleistungen bislang überwiegend erbracht haben, werden hier die sozialen Sicherungssysteme auf eine harte Probe gestellt.

Auch die Anforderungen an die Stadtentwicklung werden steigen: Gefordert sind eine Gestaltung des öffentlichen Raums, Serviceleistungen und Mobilitätskonzepte, die unabhängig von Alter und Konstitution eine Teilhabe am urbanen Leben ermöglichen. Gleichsam rahmensetzende Bedeutung kommt dabei der Qualität des öffentlichen Raums als Erweiterungsfläche des privaten Wohnens, als Erholungsfläche und

als Kommunikations- und Begegnungsraum für Menschen aller Altersgruppen zu. Im Wohnungsbau geht es nicht um die Entwicklung von Sonderwohnformen für einzelne Gruppen, sondern im Sinne eines „universal design“ um möglichst alter(n)sgerechte und generationenübergreifende Wohnformen und Angebote für Austausch und Kontakt sowie gegenseitige Hilfe.

Wirtschaftlicher Strukturwandel – globale und lokale Herausforderung. Die Informations- und Kommunikationstechnologien verändern alle Lebensbereiche. Was es bedeutet, wenn klassische Dienstleistungen von Computerprogrammen und Robotern übernommen werden, Geräte direkt über das Internet kommunizieren („Internet der Dinge“) und digital vernetzte Systeme Produktionsprozesse organisieren, wird zurzeit in allen Medien diskutiert. Mit welchen Chancen und Risiken ist eine tendenziell komplett vernetzte und digitalisierte Gesellschaft konfrontiert? Die Chancen zur Entwicklung vielfältiger Assistenzsysteme, im medizinisch-technischen Bereich, im Bildungssektor und den Medien oder für Produktivitätssteigerungen („Industrie 4.0“) erscheinen enorm. Auf der anderen Seite wird die optimistische Sicht der Konzerne, dass digitale Technologien mit neuen Produkten die zu erwartenden Arbeitsplatzverluste kompensieren könnten, eher kritisch kommentiert. Es überwiegen die Befürchtungen, dass die in Gang gekommene Digitalisierung auf längere Sicht jeden zweiten Arbeitsplatz obsolet machen könnte. Ebenso schwer wiegen die Sorgen über die durch Big Data ausgelösten Datensicherheits- und Datenschutzprobleme.

Der Einfluss der Digitalisierung auf die Stadtentwicklung lässt sich am Begriff der Smart City festmachen. Die unter diesem Label entworfenen Zukunftsbilder sind ambivalent und pendeln zwischen Effizienzsteigerung und Kontrolle auf der einen und Transparenz und Mitgestaltung auf der anderen Seite. In Forschungsprojekten und Modellprojekten wird derzeit erprobt, wie man mit digitaler Steuerung der ressourcenschonenden und emissionsfreien Stadt näher kommt. Das Anwendungsspektrum ist vielfältig und reicht von der Verknüpfung der Mobilitätsangebote über die Wärme- und Stromversorgung auf Quartiersebene bis hin zu Frühwarnsystemen bei Extremwetterereignissen. Gleichzeitig profitieren die Bewohner im Zuge der Vernetzung und des verstärkten Einsatzes von Technologi-

en von einer höheren Servicequalität und neuen Leistungen der städtischen Infrastruktur. Dabei fällt den Bürgern keineswegs nur die Rolle als passiver Konsument zu. Die Open-Data-Philosophie fördert die transparente und bürgerfreundliche Arbeit der Verwaltung. Neue Möglichkeiten eröffnen sich auch in der Bürgerbeteiligung: Über digitale Plattformen können Möglichkeiten zu niedrigschwelliger Mitgestaltung in der Stadtentwicklung erweitert werden.

Der Einfluss der Digitalisierung auf das Stadtleben hin zu einer effizienten und technik-integrierten Zukunft ist nicht ohne Risiken. Kritiker argwöhnen, dass hinter dem Smart-City-Ansatz primär wirtschaftliche Interessen und eine allzu sehr auf das „autonome Fahren“ konzentrierte Mobilitätsvision stehen – alles in allem eine Marketingstrategie der Technologie- und Automobilkonzerne, um den Kunden neue Produkte und Dienste näherzubringen. Der amerikanische Soziologe Richard Sennett befürchtet einen negativen Einfluss auf das öffentliche Leben. Er warnt, dass die Unterordnung aller Lebensbereiche unter die Logik des Kalkulierens, Kontrollierens und Steuerns zu einer „leblosen Stadtödnis“ führen könnte und verweist auf die erfolgreiche Politik des „Re-Manufacturing“ amerikanischer Großstädte, das zur Stabilisierung wirtschaftlicher Strukturen und zur Integration auch von Migranten beiträgt. Diesem Ansatz entspricht eine Politik der Stärkung lokaler Ökonomien und dezentraler Produktionen auch in Deutschland.

Nachhaltige Stadtentwicklung – integriert und ortsbezogen. Die Leipzig-Charta, die Memoranden wie auch die New Urban Agenda orientieren sich am Prinzip der Nachhaltigkeit, das alle Planungen und Maßnahmen danach befragt, ob sie ökologisch verträglich, sozial gerecht und wirtschaftlich leistungsfähig sind. Getragen von dieser Idee können Umwelttechnologien, Energieeffizienz und Digitalisierung ebenso wie produzierendes Gewerbe wesentliche Beiträge leisten. Voraussetzung für den Erfolg sind jedoch politische Mehrheiten, die sich für die nachhaltige Stadt begeistern und einsetzen. Nur über eine intensive Partizipation wird in den Stadtgesellschaften ein breiter Konsens über die notwendigen Weichenstellungen bzw. der in vielen Konfliktfällen unumgängliche Interessenausgleich erreicht werden können.

Das Bekenntnis zu einer ganzheitlichen Sicht und integrierten Handlungskonzepten bestätigt sich in der städtebaulichen Praxis immer wieder aufs Neue. Wo man sich mit sektoralen Lösungen begnügt und nicht vernetzt denkt und handelt, wird die beabsichtigte Wirkung der Konzepte geschwächt oder kann sich – in ungünstigen Fällen – sogar ins Gegenteil verkehren. Glücklicherweise mehren sich die Projekte, in denen eindrucksvoll nachgewiesen wird, welch sozialer und städtebaulicher Mehrwert entsteht, wenn alle Dimensionen einer Planung zusammen gedacht werden: So zum Beispiel, wenn als Ergebnis ressortübergreifender Kreativität der notwendige Hochwasserschutz als einladender Uferpark gestaltet wird.

Der städtebauliche Diskurs wird heute auf drei räumlichen Ebenen geführt – Stadtregion, Stadt und Quartier. Für den Erfolg nachhaltiger Stadtentwicklung spielt das Quartier eine entscheidende Rolle. Das Quartier ist der primäre soziale Bezugspunkt der Bewohner. Hier werden urbane Qualitäten, Alltagskultur und Daseinsvorsorge konkret erfahren. Hier begegnen sich die Lebenswelten der Bewohner. Als Keimzellen für soziale Kohäsion und politische Teilhabe sind Quartiere Seismographen weltoffener und nachhaltiger Lebensweise. Über die Diskussion der Lebensbedingungen vor Ort kann das Verständnis für notwendige Weichenstellungen auf der gesamtstädtischen Ebene geweckt werden.

Ideen und Projekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik akzentuieren zu Recht die Quartiersentwicklung. Hier kann der Dialog mit den Bürgern an konkreten Erfahrungen und Kenntnissen vor Ort ansetzen. Hier zeigt es sich, ob innovative Konzepte lediglich in Teilbereichen wirken oder ob sie erfolgreich ineinandergreifen. Das Programm Soziale Stadt steht mit seiner fachübergreifenden Konstruktion beispielhaft für quartiersbezogen integrierte Planungspolitik, mit der die Erfolgsgeschichte deutscher Städtebaupolitik fortgeschrieben wird.

Aus der Kultivierung des Lokalen wird jedoch nur dann ein Baustein nachhaltiger Stadtentwicklung, wenn in diesen Plänen nicht der Blick für das Ganze verloren geht. Themen für die Verzahnung der Handlungsebenen gibt es viele – etwa die Verbindung von Mobilität und Wohnungsbau, die Sicherung der Nahversorgung oder die Integration von Einwanderern. Zukunftsorientierte Quartiersentwicklung ist deshalb einzubetten in Strategien für Stadt und Region.

In der Summe weisen diese lokalen Aufgaben auf ein dringendes Handlungserfordernis hin, das nicht allein auf kommunaler Ebene bewältigt werden kann. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik bietet eine Plattform zum Austausch von Orientierungen und Erfahrungen im Sinne lernender Prozesse.

4.3 ZUR INHALTLICHEN AUSRICHTUNG DER NATIONALEN STADTENTWICKLUNGSPOLITIK

Die zukünftigen Aufgaben der Kommunen sind nur zu lösen, wenn alle Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft bereit sind, sich aktiv in die Gestaltung einer nachhaltigen Stadt einzubringen. Stadt muss wieder verpflichten! Die Nationale Stadtentwicklungspolitik bietet Raum für einen intensiven Austausch über die Ziele und Konzepte der Stadtentwicklung. Ihre wichtigste Aufgabe ist es, Netzwerke und Bündnisse für integriertes Handeln anzustoßen. Aus Sicht der Interviewpartner sind in den nächsten Jahren insbesondere folgende Themen aufzugreifen:

Zukunftsfähige Stadtquartiere – stabil und vielfältig.

Gesellschaftliche Veränderungen wie der wirtschaftliche Strukturwandel und demografische Veränderungen werden nicht nur individuell erfahren, sie bilden sich auch im Alltag der Quartiere ab. In deutschen Städten und Gemeinden ist heute ein differenziertes Bild der Quartiersentwicklung zu zeichnen.

Stadt- und Ortszentren sind Identifikationspunkte für Bürgerinnen und Bürger, sie prägen das Gesicht unserer Städte. Die Leipzig-Charta hebt hervor, welchen Wert die vielfältigen und dichten Zentren für die Lebensqualität und die Atmosphäre der europäischen Städte haben. Nach sorgfältiger Erneuerung präsentieren sich viele Stadt- und Dorfkerne heute als Kleinode europäischer Stadtkultur. Die aktuellen Veränderungen im Handel – seien es neue Betriebsformen wie auch der Online-Handel – lassen jedoch erwarten, dass sich vertraute Nutzungsbilder in den Zentren ändern werden. Die Aufgabe wird sein, auch mit weniger Handelsflächen eine stabile Mischung zu halten bzw. zurückzugewinnen. Die Pilotprojekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik tragen dazu bei, indem sie Kreativwirtschaft und Gründerinitiativen fördern und die Stadt- und Ortszentren als Kultur-, Wohn- und Arbeitsorte stärken.



ЭТО ПРОСТО
ОХУЯТНО

rolly
161

Stevens



Trotz reger Bautätigkeit will die Kritik an monotonen *Neubauquartieren* nicht verstummen. In Kommentaren wird immer wieder die Frage aufgeworfen: Ist die Gesellschaft heute noch im Stande, vielfältige und lebenswerte Quartiere zu bauen? Es reicht offenbar nicht, Forderungen nach funktionaler und sozialer Mischung, nach belebten Erdgeschoss und Parzellenstädtebau zu stellen. Entscheidend wird es sein, ob es gelingt, die von der Immobilienwirtschaft favorisierten großen Einheiten zu überwinden und zu den für die europäische Stadt typischen kleinteiligen und gemischten Stadtbausteinen zurückzukehren. Die heute in der Immobilienwirtschaft erwirtschafteten Renditen sollten die Kommunen bestärken, die in erfolgreichen Modellprojekten nachgewiesenen urbanen Qualitäten offensiv einzufordern. Die Einführung der neuen Baugebietskategorie „Urbane Gebiete“ ins Städtebaurecht gibt den Kommunen ein flexibles Instrument für die Realisierung funktionaler Vielfalt in die Hand. Auch darüber hinaus ist ein vertieftes Nachdenken über bodenpolitische Strategien und Instrumente (Erbbaurecht, sozialgerechte Bodennutzung, Mobilisierung von Grundstücksreserven, Konzeptvergabe, Bodenvorratspolitik und Besteuerungsalternativen) unumgänglich geworden.

Das wichtigste Arbeitsfeld bleibt die kontinuierliche Erneuerung der *Bestandsquartiere*. Wird über einen längeren Zeitraum nicht in Gebäude und Wohnungen investiert, konzentrieren sich dort Haushalte ohne Wahlmöglichkeit auf dem Wohnungsmarkt. Mit dieser erzwungenen Segregation beginnt eine Abwärtsspirale, an deren Ende sozial abgehängte Quartiere stehen. Zu den klassischen Stadterneuerungsgebieten – den Gründerzeitvierteln am Innenstadtrand, die heute für eine einkommensstarke Klientel als Wohnort interessant geworden und dem Risiko der Gentrifizierung ausgesetzt sind, kommen inzwischen vor allem marginalisierte Gebiete im Siedlungsbau der 1960er und 1970er Jahre („überforderte Nachbarschaften“). In der räumlichen Konzentration prekärer Lebenssituationen verbirgt sich Sprengstoff für den sozialen Frieden. Die Kommunalpolitik muss der Ausgrenzung der segregierten Armut entgegenwirken und bedarf dabei dringend der Unterstützung durch Bund und Länder. Für Stabilisierung städtebaulich, wirtschaftlich und sozial benachteiligter Stadt- und Ortsteile ist das Programm Soziale Stadt inzwischen eine wichtige Säule geworden.

Das prägende Merkmal der europäischen Städte sind ihre *öffentlichen Räume*. Mit ihrer Architektur, den Straßen, Plätzen und Parks prägen sie die urbane Identität. Mit der Transformation der städtischen Öffentlichkeit scheint der Stadtraum seine urbane Funktion als soziale Klammer verloren zu haben. Seiner Aufmerksamkeit im Stadtleben hat das keinen Abbruch getan: Das gilt einerseits für die ungebrochene Attraktivität als kultureller Spielort und als Freizeitziel, andererseits aber auch für die regelmäßige Kritik am Niedergang der Flaniermeilen, an Gewalt und Vandalismus. In seiner sozialen Funktion ist der öffentliche Raum das Spiegelbild der multikulturellen Gesellschaft, als politischer Raum ist er auch der Austragungsort für Konflikte. Hinter manchen Kontroversen über gestalterische Konzepte und Details stehen Ängste vor dem Verlust an Sicherheit und Atmosphäre. Öffentliche Räume bedürfen kontinuierlicher Begleitung, umfassender und vor allem ressortübergreifender Entwicklung, der Pflege und des Managements. Heute ist die Qualifizierung und Wiederaufwertung des öffentlichen Raums untrennbar verbunden mit neuen Mobilitätskonzepten, der Reduktion des Autoverkehrs und der Steigerung seiner Funktion als Aufenthalts-, Kommunikations- und Begegnungsraum.

Nachhaltigkeit und Partizipation – Prüfsteine für die Stadtgesellschaft. Um Konflikte bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele zu vermeiden, ist die Arbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern eine zentrale Aufgabe. Ortskenntnis und Wünsche der Bürgerschaft können so als Potenzial für die Stadt- und Gemeindeentwicklung erschlossen und Misstrauen gegen Planungen und Entscheidungen von Politik und Verwaltung abgebaut werden. Auf diese Weise gewinnen Planungen und Entscheidungen an Transparenz, Verbindlichkeit und Verlässlichkeit.

Die Projekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik zeigen, wie wichtig es ist, Kräfte zu bündeln und gemeinsame Problemlösungen zu erarbeiten. Zunehmend wichtiger werden dabei soziale Medien, die neue Formen der Mitwirkung und Mitgestaltung ermöglichen. Die neuen Medien werden aber auch für selbstinitiierte soziale Interaktion im urbanen Raum genutzt, als „smarte“ Technologien zur Verstärkung innovativer Ansätze für die Mitgestaltung und Teilhabe im digitalen Zeitalter.

Die neuen Formen der Kommunikation in integrierten Planungs- und Umsetzungsprozessen sind ein wichtiges Handlungsfeld der Nationalen Stadtentwicklungspolitik.

Migration, Pluralität und Diversität – sozialen Zusammenhalt durch Integration gestalten. Städte sind seit jeher Orte der Integration, des Einübens und Praktizierens des sozialen Miteinanders. In der politischen Debatte wird häufig ausgeblendet, dass in der Bundesrepublik bereits rund 15 Millionen Zugewanderte und Menschen mit Migrationshintergrund leben und arbeiten. Soll die Integration gelingen und sich das Zusammenleben fruchtbar entwickeln, muss allen Menschen der Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen offenstehen: zu Bildungs- und Kultureinrichtungen, vor allem zum Arbeitsmarkt. Als Grundlage für den sozialen Zusammenhalt in Städten und Gemeinden braucht es also neben bezahlbarem Wohnraum eine gut erreichbare und aufnahmefähige soziale Infrastruktur.

Nationale Stadtentwicklungspolitik kann dazu beitragen, Zuwanderung als Gewinn und nicht als Bedrohung zu sehen. Stadtentwicklung und Migration sind ebenso untrennbar miteinander verbunden wie kulturelle Annäherung und Integration.

Zukunft des Wohnens – bezahlbare Wohnungen in sozialer Mischung. Der inzwischen seit Jahrzehnten andauernde Rückgang des sozialen Wohnungsbaus hat in vielen Kommunen – vor allem in wachsenden Städten – zu einer angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt geführt. Wenn einkommensschwache Haushalte mit Zuwanderern um preiswerte Wohnungen konkurrieren, kann sozialer Sprengstoff entstehen.

Um bei insgesamt wachsendem Neubauvolumen die Defizite in kurzer Zeit abzubauen, müssen die Kommunen und die Wohnungswirtschaft die gesamte wohnungspolitische Klaviatur ausnutzen – von der Bereitstellung günstiger Grundstücke über Quoten für preiswerte Miet- und Eigentumswohnungen bis hin zur Förderung von Baugemeinschaften und Genossenschaften. Dabei sollte auch über ergänzende wohnungspolitische Weichenstellungen nachgedacht werden – etwa über eine Verlängerung der viel zu kurzen Bindungsfristen von öffentlich geförderten Wohnungen. Zukunftsorientierter Wohnungsbau darf angesichts des akuten Bedarfs qualitative Ansprüche nicht ver-

nachlässigen. Vor allem geht es darum, stabile, sozial ausgeglichene Nachbarschaften zu gestalten, in denen die Breite der Nachfrage abgebildet wird.

In den Wachstumsregionen haben sich – insbesondere seit Einsetzen des gegenwärtigen Immobilienbooms mit den begleitenden exorbitanten Miet- und Kaufpreissteigerungen – die Sorgen um ein Auseinanderdriften der Stadtgesellschaft massiv verstärkt. Statt der planerisch angestrebten sozialen und funktionalen Vielfalt und Mischung erleben wir gegenwärtig sich beschleunigende, über die Wohnungsmärkte vermittelte „Entmischungsprozesse“.

Hoffnungen richten sich dabei auch auf Wohnexperimente wie die „Urbane Nachbarschaft Samtweber“ der Montag Stiftung Urbane Räume in Krefeld oder die Initiativen für gemeinschaftliches Wohnen auf dem Turley Areal in Mannheim. Diese Projekte wollen das Zusammenleben im Stadtteil fördern, kulturelle Impulse auslösen und mit innovativen Finanzierungskonzepten einen Mehrwert für das Quartier erwirtschaften.

Wohnen im städtischen Kontext muss ein wichtiger Baustein in der zukünftigen Arbeit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik werden. Neue, am Gemeinwohl orientierte Modelle des Zusammenlebens und Lebens in der Stadt und neue Formen einer Gemeinnützigkeit mit hoher „Stadtrendite“ sind ein wichtiges Experimentierfeld.

Stadt und Wirtschaft – Innovationsräume und Wettbewerbsfähigkeit. Zur klassischen symbiotischen Beziehung von Stadt und Wirtschaft kommen neue Handlungsfelder: Der Einsatz neuer Technologien macht die Stadt selbst zum wirtschaftlichen Aktionsfeld – von der Ausstattung einzelner Wohneinheiten mit Steuerungstechniken und Assistenzsystemen bis zur Idee der Smart City, die das städtische Leben sauberer, effizienter, komfortabler und gestaltbarer machen soll. Hier erschließt sich ein weites Feld für die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und Unternehmen.

Effiziente Technologien dürfen das Alltagsleben nicht dominieren. Deshalb wird die Anwendung der Informations- und Kommunikationstechnologien letztlich an ihrem Beitrag zur urbanen Lebens- und Arbeitswelt zu messen sein. Das Potenzial der interaktiven Systeme für mehr Transparenz, Partizipation und Demokratisierung darf nicht ungenutzt bleiben.

Auch wenn die Hochtechnologien alles zu überstrahlen scheinen, in der Stadtentwicklung geht es um mehr. Die Leistungen kleiner spezialisierter Unternehmen für die Stärkung lokaler Kreisläufe und die Stabilisierung lokaler Ökonomien werden häufig übersehen. Gemeint sind hier nicht nur die Gründerszenen der Kreativwirtschaft, sondern auch in die Stadtteile eingebettete Produktionsbetriebe. Mit ihren wohnungsnahen Versorgungsangeboten, Arbeitsplätzen und Ausbildungsangeboten sind Betriebe in Stadtteil und Quartier ein Baustein einer funktionierenden lokalen Ökonomie – in abgehängten Quartieren leisten sie einen wichtigen Beitrag zu sozialer Integration und Stabilisierung. Besonderes Augenmerk verdienen deshalb Initiativen in Stadterneuerungsgebieten, die als informelle Strukturen beginnen und in die Gründung von Unternehmen münden.

Die neuen Technologien eröffnen Chancen, produzierendes Gewerbe in die Stadt zurückzuholen. Die Wiederentdeckung der produktiven Stadt wird möglich durch neue Herstellungstechniken mit geringen Emissionen, durch den wachsenden Bedarf an wohnungsnahen Arbeitsplätzen und die Nachfrage nach produktiven Dienstleistungen im Wohnbereich. Die aktuelle Novelle des Baugesetzbuchs nimmt diese Tendenz mit der Einführung der Kategorie „Urbane Gebiete“ auf.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik konnte in Pilotprojekten aufzeigen, wie aus informellen Projekten Arbeitsplätze entstehen und wie mit dem Einsatz neuer Technologien die kompakte und funktionsgemischte Stadt wiederbelebt werden kann.

Stadt- und umweltgerechte Mobilität – Quartiersmischung und Intermodalität. Nicht nur die globalen Wachstumspole versinken im Verkehrschaos, auch die deutschen Städte müssen mit einer weiteren Zunahme des Personen- und Güterverkehrs rechnen. Trotz guter Ideen ist die Realität im Straßenverkehr weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Im Mobilitätssektor konnte der Treibhausgasausstoß seit 1990 um lediglich zwei Prozent reduziert werden und liegt damit weit hinter der Gesamtabnahme von rund 30 %. Die Integration des Verkehrs in die Stadt bleibt deshalb eine Aufgabe höchster Priorität. Vor allem muss die Frage beantwortet werden, wie hohe Mobilität mit möglichst wenig Verkehr ermöglicht werden kann. Mit der Dekarbonisierung über alternative Antriebe, die Eindämmung von

Verkehrslärm und Flächenverbrauch wird die Lebensqualität in den Städten und Gemeinden gesteigert.

Der Gegenentwurf zur autogerechten Stadt beginnt im Quartier. Städtebauliche Dichte und Nutzungsmischung im Quartier verkürzen die Wege zum Arbeitsplatz, zu Schule und Kindergarten und zu den Geschäften für den täglichen Bedarf. Im alltäglichen Pendlerverkehr liegt ein weiteres Einsparpotenzial. Wenn es darüber hinaus gelänge, mit smarten Technologien (z. B. Conferencing etc.) den berufsbedingten physischen Transport zu reduzieren, wäre ein weiterer Meilenstein erreicht. Wichtige Bausteine sind zudem umweltfreundliche Antriebe (Elektromobilität und Brennstoffzelle) oder eine ausbalancierte Infrastrukturnutzung etwa über ein verkehrslastorientiertes Preissystem.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik kann dazu beitragen, mit integrierten Konzepten den Weg aus der automobilen Gesellschaft heraus zu finden: mit einer reibungslosen Intermodalität, d. h. einem Wechsel zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln – ob Bahn, Tram, Bus, Fahrrad, Carsharing oder E-Bike.

Kultur – Impulse für eine urbane Zukunft. Die Anziehungskraft der Städte, ihre Lebensqualität und ihre Atmosphäre sind nicht allein in der Qualität der Gebäude und Infrastrukturen begründet. Wenn die UNESCO in ihrer jüngst veröffentlichten Studie „Kultur: Urbane Zukunft“ die Zukunftsperspektiven der Städte vor allem nach ihrem kulturellen Reichtum bemisst, so ist damit ein umfassender Kulturbegriff gemeint, der über traditionelle kulturelle Einrichtungen wie Museen, Oper und Theater hinausgeht und die Entwicklung offener Räume für Kreative und eine neue Kultur des Zusammenlebens einschließt. So wird erklärlich, warum Berlin sich im letzten Jahrzehnt so rasant entwickelt hat, warum Leipzig oder Bochum zu einem Hort der Kreativwirtschaft geworden sind und warum – um die globale Dimension zu verdeutlichen – Shanghai sein neuestes Stadterweiterungsgebiet mit der Umnutzung alter Fabriken und Flugzeughangars, der Ansiedlung von Museen und Galerien und dem Bau eines elf Kilometer langen Uferparks beginnt. Urbanität durch Kultur ist nicht nur eine Option großer Städte. Jede Stadt unabhängig von ihrer Größe und Position im Städtenetz muss sich fragen, wie ihre Zukunft aussehen soll und welchen Beitrag eine urbane Entwicklung dazu leisten kann. Mit

ihren Pilotprojekten erschließt die Nationale Stadtentwicklungspolitik den Städten und Gemeinden neue Dimensionen – Gemeinschaftliche Wohnprojekte, urbaner Gartenbau und kreative Gründer leisten viel für die Stadtteilkultur.

Baukultur und lokale Identität – Gestaltqualität über einen kontinuierlichen Dialog. Baukultur schafft Lebensqualität und sichert lokale Identität. Sie schließt alle Akteure ein und bezieht sich auf den gesamten Prozess: von der Idee über die Planung und den Bau bis hin zur Nutzung. In diesem Sinne ist Baukultur ein umfassendes Anliegen, das soziale, ökonomische, ökologische und kulturelle Rahmenbedingungen berührt. Der Forderung nach einer hohen Qualität des Planens und Bauens kann nur im kontinuierlichen Dialog entsprochen werden, der oftmals von Interessenkonflikten begleitet ist: Baukultur ist Streitkultur.

Baukultur stärkt die kreativen Kräfte einer Gesellschaft: Der kontinuierliche öffentliche Diskurs, qualitätssichernde Verfahren im Planungsprozess und eine Bildungsoffensive Baukultur beschreiben den Weg zu besseren und nachhaltigen Gebäuden, Räumen und Infrastrukturen.

Nationale Stadtentwicklungspolitik kann dazu beitragen, den in Zertifizierungsverfahren und Preisverleihungen sich immer wieder abzeichnenden Konflikt zwischen ökologischem Bauen und hoher Architekturqualität zu überwinden.

Grüne und blaue Infrastruktur – in die Lebensqualität der Stadt investieren. Die Versorgung mit wohnungsnahen Freiräumen gilt als klassische Pflichtaufgabe der Stadtentwicklung. Dem Stadtgrün verdanken viele

Quartiere ihre Lebensqualität. Wohnatmosphäre und Adressbildung, soziale Begegnung und gute Nachbarschaft, Gesundheitsvorsorge und sportliche Aktivitäten, Luftqualität und biologische Vielfalt profitieren von einer guten Versorgung mit Freiräumen. Mit seinen positiven Impulsen ist Stadtgrün ein entscheidender Stabilisator in Erneuerungskonzepten für benachteiligte Quartiere, die häufig unterversorgt sind und einer besseren Ausstattung bedürfen.

In Zuzugsgemeinden, in denen der steigende Wohnungsbedarf möglichst ressourcenschonend an integrierten Standorten gedeckt werden soll, kann die Innenentwicklung mit den Erfordernissen der Klimaanpassung in Konflikt geraten, wenn Baumaßnahmen die Frischluftzufuhr und die Ausgleichsfunktion der Vegetation einschränken. In verdichteten Räumen wird es als grüne Infrastruktur dann zum existenziellen Baustein der Quartiersentwicklung. Im Sinne einer doppelten Innenentwicklung gilt es urbanes Grün besonders zu pflegen, besser zu vernetzen und zu qualifizieren.

Wenn sich die Kommunen dieses Argument zueigen machen, wächst die Chance, urbanes Grün gegen konkurrierende Ansprüche durchsetzen. Mit dem Weißbuch „Grün in der Stadt“ wird deutlich, dass die Gesellschaft bereit ist, in die grüne Infrastruktur zu investieren. Um das ökologische und soziale Potenzial zu erschließen, ist das urbane Grün ressortübergreifend zu entwickeln. Inspiration kommt aus der Bevölkerung, ihrer Wahrnehmung und ihren Ansprüchen an den Gebrauch.

Nationale Stadtentwicklungspolitik kann dazu beitragen, die Ergebnisse der Forschungsinitiative Stadtgrün in die ressortübergreifende Routine der Stadt- und Quartiersentwicklung zu überführen.

Weichenstellungen in den Kommunen – interkommunale Kooperation. Das Wachstum in die Fläche hat im 20. Jahrhundert auch in Europa einen Stadttyp entstehen lassen, der durch das Zusammenwachsen der Siedlungsstrukturen, aber auch durch eine Ausdehnung der alltäglichen Wege bestimmt ist. Vor allem in den Stadtregionen bestehen enge Verflechtungen zwischen Stadt und Umland. Im fachlichen Diskurs konsensfähig erweist sich die Regionalisierung in der Praxis als ein brisantes Handlungsfeld, das immer wieder Konflikte auslösen kann. Dabei zeigen inzwischen zahlreiche Projekte, was mit der interkommunalen Zusammenarbeit bewegt werden kann; sei es, wenn in schrumpfenden Regionen arbeitsteilig die Grundversorgung gesichert wird, sei es, wenn über die Abstimmung großer Einzelhandelsprojekte die Balance im regionalen Zentrengefüge gewahrt wird oder wenn die Wohnbauflächen mit dem Ausbau des regionalen Umweltverbunds koordiniert werden.

Lebensqualität, kulturelles Profil und wirtschaftliche Innovationskraft verlangen Kooperation über Gemeindegrenzen hinweg – ein verträgliches Miteinander bei der Nutzung von Flächen, einen abgestimmten Ausbau der Infrastruktur, eine gemeinsame Entwicklung der Mobilitätssysteme und eine nachfragegerechte Wohnraumversorgung.

Von einer Verstärkung und Verstetigung der regionalen Zusammenarbeit können die Bürger eine Qualifizierung der Infrastruktur sowie einen sparsamen Umgang mit den Ressourcen und Haushaltsmitteln erwarten. Mit Unterstützung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik kann hier ein Aufgabenfeld mit großen Effekten für die nachhaltige Entwicklung erschlossen werden.

Stadtplanung mit neuem Rollenverständnis – Bürger machen Stadt. Integrierte Stadtplanung setzt auf veränderte Prozesse – interaktiv und beteiligungsorientiert. Klassische Verfahren der Bauleitplanung können mit kreativen Impulsen angereichert werden. Informelle Pläne, über die sich die Akteure – befreit von Regularien formalisierter Verfahren – verständigen, werden zunehmend wichtiger. Mit der Öffnung der Planungsprozesse werden alte urbane Tugenden lebendig: „Gemeinsam Stadt machen“ ist hier die Devise. In offenen Planungsprozessen können sich jenseits der formalisierten Stadtplanung subversive Formen der Raumaneignung entfalten: Gleichsam als Gegenentwurf zum traditionellen Verständnis von Stadtplanung entwickeln sich urbane Szenarien aus teilweise episodischen Aktivitäten. Wo sich flüchtige soziale Netze zu eigenverantwortlich organisierten Projekten verdichten, entstehen vitale Nachbarschaften – mit Kulturprojekten, informellen Unternehmen, gemeinschaftlichen Wohnformen, Bürgerläden und Stadtgärten.

Stadtplanung kann hier nicht allein mit traditionellen Instrumenten operieren, sondern muss Wege finden, den kreativen Akteuren Freiräume für den Umbau ihrer Quartiere zu schaffen.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik setzt auf innovative Verfahren in der Stadtentwicklung. Sie kann die entsprechenden Verfahren begleiten und Möglichkeitsräume für die gezielte Entwicklung neuer Formen des Zusammenwirkens entwickeln.



Nationale Stadtentwicklungspolitik | Kuratoriumssitzungen aus den Jahren 2009 bis 2016



Fotos: Andreas Kaufmann

In der Reflexion der Herausforderungen an die Städte und Gemeinden, im Blick auf die Erwartungen der Zivilgesellschaft kommen die Kuratorinnen und Kuratoren zu Empfehlungen, die in den folgenden Punkten zusammengefasst werden.

1. Die Nationale Stadtentwicklungspolitik als Rahmen raumbezogener Programme gestalten

In Wissenschaft, Kommunen, Politik und Wirtschaft arbeiten Initiativen und Institutionen an der Lösung der Zukunftsaufgaben in Städten und Gemeinden. Aber selbst große Formate wie die Veranstaltungsreihe „Zukunftsstadt“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Wissenschaftsjahr 2015 oder die Forschungsinitiative „Morgenstadt“ der Fraunhofer Gesellschaft – die sich nebeneinander mit den drängenden Aufgaben der Stadtentwicklung befassen – sind nur wenig mit der Städtebaupolitik des Bundes vernetzt. Inzwischen stärkt die Innovationsplattform Zukunftsstadt (IPZ) als Teil des interministeriellen Arbeitskreises (IMA Stadt) unter Federführung des BMUB die *Verbindung von Stadtforschung und kommunaler Praxis*. Im Dialog mit Experten aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Kommunen sollen ressortübergreifende Programme und Initiativen für die nachhaltige Stadtentwicklung entstehen.

Wenn – wie es Bundesministerin Barbara Hendricks formuliert – „mit starken Städten nach der Richtschnur der New Urban Agenda die richtigen Weichen zu stellen“ sind, übernimmt die Nationale Stadtentwicklungspolitik in diesem Prozess künftig eine zentrale Rolle. In diesem Sinne erscheint es dringend notwendig, einen interministeriellen Arbeitskreis Nationale Stadtentwicklungspolitik einzurichten.

2. Die koordinierende Funktion der Nationalen Stadtentwicklungspolitik stärken

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik wurde als Überbau für die Übersetzung der Leipzig Charta in die Städtebaupolitik und Städtebauförderung des Bundes etabliert. Inzwischen hat sich die Position der Nationalen Stadtentwicklungspolitik innerhalb der Politikfelder verändert. Ist aus der Stellung eines Schrittmachers für die Städtebaupolitik des Bundes ein Schwerpunkt unter anderen geworden? Dieser Eindruck verstärkt sich, wenn man das Engagement des Bundes, insbesondere auch bei neuen, von der Nationalen Stadt-

entwicklungspolitik inspirierten, oft aber kaum in ihre Strukturen integrierten Programmen bewertet und sich in seiner ganzen Breite vergegenwärtigt.

Wenn die ursprüngliche Bedeutung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik zurückgewonnen werden soll, muss sie sich von anderen stadtpolitischen Diskursen (BMBF-Zukunftsstadt) und Handlungsebenen (Städtebauförderung) stärker abheben und sich explizit als integrierender Rahmen für die in der Bundesrepublik bestehenden strategischen Kampagnen und Programme behaupten. Als Plattform und Experimentierraum sollte sie Weichenstellungen in der Programmlandschaft vorbereiten.

- Als *etablierte Plattform* für den Diskurs über die Zukunft der europäischen Stadt, die nicht auf formalisierte Verfahren festgelegt ist, kann die Nationale Stadtentwicklungspolitik Weichenstellungen der nachhaltigen Städtebaupolitik vorbereiten (z. B. für die Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes, für neue Formen der Gemeinnützigkeit etc.) und den interdisziplinären Transfer intensivieren.
- Wenn die *ressortübergreifende Schnittstellenfunktion* wieder deutlicher ins Licht gerückt werden soll, braucht sie ein Mandat, in dem die herausgehobene Stellung und die Einbindung in das Politikfeld Stadtentwicklung verankert sind. Eine engere Verzahnung ähnlich strukturierter, derzeit aber nebeneinander stehender Programme – nennen wir es eine „gebündelte Programmlandschaft“ – könnte zu mehr Kontur und Wirkung der Städtebaupolitik beitragen.

In den Pilotprojekten werden unter dem Dach der Nationalen Stadtentwicklungspolitik neue Themen und Verfahren untersucht. Damit die Initiativen nicht im Sande verlaufen, muss geklärt sein, wie erfolgreiche Konzepte ihren Weg in die Städtebaupolitik finden. Dringendes Anliegen ist die stärkere Verknüpfung der Nationalen Projekte des Städtebaus und der Städtebauförderung mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Wenn es gelänge, die Projekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik mit dem Experimentellen Wohnungs- und Städtebau zu verzahnen, wäre viel gewonnen. Dazu braucht es eine definierte Agenda für den Weg von der Idee über das Experiment zum Eingang in die Programme.

3. Impulse und Wirkungen der Stadtentwicklungspolitik verstärken

Heute, zehn Jahre nach der Unterzeichnung der Leipzig-Charta und einer Phase der Konzepte und Experimente, richten sich die Fragen besonders an die Wirkung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in der *städtebaulichen Praxis* – vor allem auch deshalb, weil die Umsetzung nicht schnell genug geht und sektorale Maßnahmen allein nicht genügen. Denn seit Veröffentlichung der Charta und der Memoranden 2007 und 2012 sind die Anforderungen eher noch gestiegen – und zwar im gesamten Spektrum der Nachhaltigkeitsziele: von Landschaftsschutz und Innenentwicklung über Stoffkreisläufe und Energieeinsparung, Mobilität und Infrastrukturauslastung bis hin zu sozialem Zusammenhalt und lokaler Kultur. Redner auf dem Bundeskongress „Städtische Energien – Urban Energies“ 2012 haben betont, dass die neuen Herausforderungen ein „radikales Umdenken und Handeln“ erfordern.

Von zentraler Bedeutung ist die Stellung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in der Gesamtorganisation des Bundes. Sind die Diskurse über Stadtentwicklung und die Pilotprojekte fest verankert als explorative Ebene der Städtebaupolitik des Bundes oder laufen sie parallel zu den anderen Politikbereichen? Die Klärung dieser Frage dürfte entscheidend sein für die Fortschreibung. Dringendes Anliegen aus zahlreichen Gesprächen ist die Kontinuität. Stadtentwicklungspolitik braucht feste Strukturen, Vertrauen und Verlässlichkeit. Am Beispiel der Wohnungspolitik war zu sehen, wie Diskontinuitäten zu fatalen Folgen führen.

4. Kooperationen im politischen Möglichkeitsraum ausbauen

Ein Erfolg der Nationalen Stadtentwicklungspolitik ist die vertikale Kooperation vom Bund über die Länder bis zu den Kommunen und zivilgesellschaftlichen Gruppen auf lokaler Ebene. Hier sind es vor allem die Pilotprojekte, die unterschiedlichste Akteure zusammenführen. Ihre Erfahrungen kommen wiederum der Weiterentwicklung der Bundespolitik zugute. Die Kommunen verstehen die Nationale Stadtentwicklungspolitik als Bereicherung und nicht als Einmischung in städtische Belange. Da die großen Themen in vielen Städten gleich sind, ist ihnen eine Plattform, die einen kontinuierlichen Austausch über Probleme und Lösungsansätze bietet, willkommen.

Schwieriger erscheint indes die *horizontale Kooperation*, auf Bundesebene wie auch auf der kommunalen Ebene. Dies liegt sicherlich an den unterschiedlichen Denkschulen der Disziplinen wie auch der Ressorts, hier vor allem an unterschiedlichen Ausstattungen und auch an unterschiedlichem Politikverständnis. Die komplexe Struktur der Stadtentwicklung braucht jedoch einen interdisziplinären Zugang zur Lösung ihrer Probleme. So lassen zum einen die Verabschiedung der ressortübergreifenden Strategie „Soziale Stadt“ durch das Bundeskabinett im August 2016 und zum anderen der im September 2015 eingerichtete interministerielle Arbeitskreis „Nachhaltige Stadtentwicklung in nationaler und internationaler Perspektive“ für die Zukunft eine verstärkte Kooperation auf Bundesebene erhoffen.

Im Sinne nachhaltiger Stadtentwicklung sind Umweltgerechtigkeit, soziale Verträglichkeit und wirtschaftliche Tragbarkeit bei jeder Planungsentscheidung mitzudenken: Was sind die Folgen veränderter Umweltbedingungen für die unterschiedlichen sozialen Gruppen in der Stadt? Wie können sie sich in die Planung einbringen, welche Gestaltungsspielräume werden ihnen eingeräumt? Wie gerecht oder ungerecht sind planerische Interventionen aus dieser Perspektive? Die integrierte Folgenabschätzung ist – noch – kein etabliertes Praxisfeld in Deutschland.

5. Umsetzung der zukunftsweisenden Politik beschleunigen

Die Weiterentwicklung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik sollte sich auf zwei Säulen stützen: auf zentrale Veranstaltungen und auf experimentelle Projekte. Der einmal im Jahr stattfindende *Bundeskongress* bezieht internationale Erfahrungen ein und wird von einer breiten Öffentlichkeit wahrgenommen.

Der fachliche Diskurs über thematische Schwerpunkte wird in regelmäßig stattfindenden Konferenzen gepflegt. In den Konferenzen tauschen sich die Projektbeteiligten über die Pilotprojekte aus. Unter dem Motto „Voneinander Lernen“ fungieren die Konferenzen als Plattform des Erfahrungsaustausches, an der inzwischen auch Vertreter aus den Bundesländern teilnehmen – eine wichtige Weichenstellung für die Verbesserung der Kommunikation.

Trotz ihres Erfolges vermögen beide Formate allerdings den Transfer in die Kommunen hinein noch nicht in gewünschtem Umfang zu leisten. Die Verstetigung des Diskurses in die Kommunen hinein steht noch aus: Es wäre zu überlegen, ob man über regelmäßig stattfindende, thematisch fokussierte dezentrale *Symposien* zu einer besseren Vermittlung beitragen kann. Um das so gewonnene Netzwerk und das fachliche Know-how zukünftig nicht nur punktuell bzw. zu konkreten Anlässen zu nutzen, erscheint auch eine Institutionalisierung bzw. Verstetigung von Austauschformaten sinnvoll. So kann eine noch breitere und nachhaltigere Wirkung erreicht werden. Es geht nicht nur um die Möglichkeit, von guten Erfahrungen zu lernen, sondern auch darum, in einem Team von Experten aus unterschiedlichen Städten und mit unterschiedlichen Hintergründen an der Entstehung solcher guter Beispiele mitzuwirken. Im Idealfall kann durch die Einrichtung eines *Kompetenzzentrums* der Nationalen Stadtentwicklungspolitik die gesammelte Erfahrung der Akteure der Stadtentwicklung zur Verfügung gestellt werden.

Vorerst sollte dringend der Auftritt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik auf der *Website* des Ministeriums aktualisiert und verbessert werden.

6. Thematische Offenheit der Pilotprojekte erweitern

Mit den sich schnell verändernden Fragestellungen in den Kommunen hat sich die thematische Offenheit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik bestätigt. Sie bietet den Vorteil, neue Aufgaben ohne formalen Kraftakt schnell in die Politik zu integrieren.

Für die Akteure ergeben sich aus den – für die Städtebauförderung ungewöhnlich geringen – Fixpunkten Spielräume für Erfindungen. Diese Freiheit wird in den Kommunen sehr geschätzt und ist auch aus der Perspektive des Bundes gewollt – trägt sie doch dazu bei, Neues auf den Weg zu bringen und den Mut zum Experiment zu fördern.

Mit dieser Eigenschaft hat die Nationale Stadtentwicklungspolitik eine eigene Projektkultur entwickeln können und sich als lernendes System etabliert. Als „Labore der urbanen Zukunft“ erschließen Pilotprojekte neue Lösungswege und neue Dimensionen der Zusammenarbeit zwischen Bürgern und Entscheidern.

Das dokumentieren die erfolgreichen Projektaufträge in den letzten Jahren, die Institutionen, Initiativen und Vereine ermutigt haben, sich zusammenzuschlie-

ßen, um Themen der Stadtentwicklung experimentell zu bearbeiten. Damit hat der Prozess der Projektauswahl und -bearbeitung die Stellung der zivilgesellschaftlichen Akteure gestärkt, Beteiligung auf Augenhöhe ermöglicht und eine neue Kultur zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung geschaffen, die der öffentlichen Entscheidungsvorbereitung den Rang einräumt, der ihr angesichts der großen Herausforderungen in den Kommunen zusteht. Man könnte hier von einer Wiederbelebung urbaner Urtugenden sprechen. Ganz in der Tradition der europäischen Stadt werden Energien freigesetzt und Allianzen organisiert, um Projekte voranzubringen.

7. Projekterfahrungen für die kommunale Praxis aufbereiten

Vieles spricht dafür, die Verbindung zwischen den weitreichenden politischen Leitlinien und der Handlungsebene der Nationalen Stadtentwicklungspolitik deutlicher herauszustellen. Der aus den experimentellen Projekten gewonnene Erfahrungsschatz ist eine reiche Quelle für Städte und Gemeinden, die vor vergleichbaren Aufgaben stehen. Es lohnt sich deshalb, Kraft zu investieren, damit die Erfahrungen ausgewertet und im Erfolgsfall als Best Practice an interessierte Kommunen weitervermittelt werden können. Diese Transferleistung erfordert eine Öffnung der Plattform über die Fachöffentlichkeit hinaus.

Eine wichtige Rolle im Transferprozess übernehmen Wissenschaftler, die im Austausch mit den zuständigen Abteilungen des Ministeriums stehen. Sie übernehmen Aufgaben bei der Querschnittauswertung der Programme und Projekte. Noch wichtiger wäre es allerdings, den direkten Austausch zwischen der Projektebene und der Entscheidungsebene sowie zwischen Projekten zu intensivieren und zu verstetigen.

Für die nachhaltige Wirkung der Pilotprojekte in die städtebauliche Praxis hinein müsste die Schnittstelle mit der Städtebauförderung geklärt und gestaltet werden. Der oftmals singuläre lokale Charakter, ihre Abhängigkeit von nicht wiederholbaren personellen Konstellationen, erschwert bisher die Übertragbarkeit. In der Diskussion zur Gestaltung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik nehmen Ideen Gestalt an, wie der Transfer in die Praxis über eine Evaluierung verbessert werden kann:

- Die Idee, die Projekte der Nationalen Stadtentwicklungspolitik kontinuierlich in einem „Projekt-radar“ abzubilden, unter dem recherchiert, gesammelt und ausgewertet wird, sollte weiterverfolgt werden.
- Für die Intensivierung des Diskurses stehen Überlegungen zu einer Urban Task Force wie auch zur Gründung einer Akademie, die Forschung und Praxis in projektbezogenen Workshops zusammenführt.
- Um die Schnittstelle zur Städtebauförderung zu stärken, sollte ein Projektformat entwickelt werden, das zeitnah reagiert, wenn auf neue Herausforderungen der Stadtentwicklung neue Antworten gefunden werden müssen.

8. Dialog mit den Hochschulen intensivieren

Auf den Hochschultagen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik findet ein Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis statt. Von diesem Forum werden Beiträge für die Bilanzierung des Erreichten und Hinweise zur Weiterentwicklung von Politik und Praxis erwartet. Nachdem sich der Teilnehmerkreis zunächst auf die Universitäten konzentrierte, ist es inzwischen gelungen, die Hochschullandschaft im Bereich Städtebau und Stadtplanung in ihrer ganzen Breite zu erreichen. Mit dem „Hochschultag vor Ort“ verbindet sich die Chance, die Diskussion zu verstetigen und die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis zu beleben. Unter dem Dach des Projekts „Fachlicher Nachwuchs entwirft Zukunft“ bieten die Hochschulen Sommer- bzw. Winterschulen für Studierende an, in denen sich die Nachwuchsforscher kreativ mit aktuellen Fragestellungen der Stadtforschung auseinandersetzen.

Trotz kontinuierlicher Weiterentwicklung des Hochschultags scheint die Einbindung der Hochschulen in die Nationale Stadtentwicklungspolitik weiter klärungsbedürftig. Das zeigt sich u. a. an der wechselnden Beteiligung am Hochschultag und an anhaltenden Diskussionen über das Verhältnis zu Veranstal-

tungen der Fachverbände. Nicht zuletzt müssen die Hochschulen ihr Engagement für den Hochschultag koordinieren und verstetigen.

Es scheint dringend geboten, dieser wichtigen Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Städtebaupraxis besondere Aufmerksamkeit zu widmen – etwa über neue Formate, in denen Nachwuchswissenschaftler und -planer an der Lösung konkreter Aufgaben der Urbanisierung arbeiten.

9. Das Kuratorium über die Jahrestreffen hinaus beteiligen

In Interviews bedauern Kuratoriumsmitglieder den zeitlich begrenzten Raum zum Engagement vor allem während der Sitzung: zu seltene Termine (es ist schwierig, im Jahresabstand den „roten Faden“ zu behalten), zu viel Selbstdarstellung einzelner Redner, zu wenig Zeit für Diskussion und weiterführende Empfehlungen, zu unverbindliche Verabschiedungen. Es überwiegt der Eindruck, dass im Kuratorium zu wenig gearbeitet wird.

Wenn das Kuratorium stärker in die konzeptionelle Arbeit eingebunden werden soll, müsste sich der Kreis öfter treffen (zwei- bis dreimal pro Jahr) und in die inhaltliche Arbeit der zuständigen Abteilung des Bundesministeriums eingebunden werden. Ergänzend zu den Sitzungen im Jahresabstand sollten thematische Symposien eingeführt werden. Ziel wäre es, in diesen Symposien thematisch fokussierte Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Stadtentwicklungspolitik zu formulieren.

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik kann in ihrer integrierenden Funktion politisch wirksam bleiben, wenn sie die gesellschaftlichen Veränderungen in den Städten aufgreift und nach Antworten für die städtebauliche Praxis und Förderung sucht. In seiner interdisziplinären Zusammensetzung von Vertreterinnen und Vertretern wichtiger gesellschaftlicher Gruppen kann das Kuratorium diese Politik wirkungsvoll unterstützen.

FAZIT

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik – innovative Nische oder Schrittmacher?

In der letzten Dekade haben sich die Herausforderungen, denen sich Städte und Gemeinden stellen müssen, zugespitzt, im globalen Maßstab wie auch im europäischen Raum. Wo Nachhaltigkeitsziele ausgeblendet und der Rationalität kurzfristiger Marktmechanismen ausgeliefert werden, offenbart das „Weiter so“ seine zerstörerische Kraft für Lebensqualität, Gemeinwohl und soziale Kohäsion. Für die Kommunen und die Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft erwächst daraus die Verpflichtung, alle Kräfte auf die nachhaltige Entwicklung zu konzentrieren. Als Instrument für die Umsetzung der Leipzig-Charta hat die Nationale Stadtentwicklungspolitik die Aufgabe, die Transformation zur Nachhaltigkeit zu beschleunigen – mit innovativen Konzepten und integrierten Strategien. Um von gut gemeinten ganzheitlichen Konzepten zu einer effizienten ressortübergreifenden Zusammenarbeit zu kommen, braucht es mehr als eine Plattform. Hier gibt die Leipzig-Charta der Bundesregierung auf, Rahmenbedingungen zu schaffen und Kooperation einzufordern.

Die Überlegungen zur Fortschreibung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik erinnern deshalb an die ursprünglich duale Intention: die Wege zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele experimentell zu erforschen und über integrierte Strategien in der Praxis wirksam werden zu lassen.

Wer Innovationen fördern will, wird nicht unbedingt auf ein geregeltes System setzen, er muss Freiheiten anbieten und auch ein Scheitern von Projekten riskieren. Insofern spricht vieles für die Einordnung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in die Politik des Bundes – wenn man so will, als Innovationspool.

Wer an die Wirkungen der Politik in die kommunale Praxis hinein interessiert ist, muss eine stringente Verbindung zwischen den Ebenen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik – Plattform für den Dialog, für

Wissenschaft und Kreativität, für Kooperation und Integration von Politiken – bevorzugen.

Die Herausforderungen für die europäische Stadt zwischen lokaler Lösungsfindung und globalem Wissenstransfer sprechen deutlich für eine Positionierung der Nationalen Stadtentwicklungspolitik als Innovator und Impulsgeber. Damit rücken die Verbindungen – von den Richtlinien bis zur Förderung und Umsetzung – ins Zentrum der Betrachtung:

- Wie werden die Ergebnisse der Diskurse und der Experimente ausgewertet?
- Auf welchem Weg beeinflussen sie die Politik, insbesondere die Städtebauförderung?
- Wie kann die Wissenschaft stärker in die Plattform und in die Pilotprojekte hineinwirken?

In der politischen Arbeitsteilung zwischen den Ministerien und den Kommunen ist diese Akzentuierung bereits angelegt. Die Ausgestaltung der Schnittstellen ist die zu lösende politische Aufgabe.

Ob der Schwerpunkt auf Innovationen oder auf der unmittelbaren Wirkung in die kommunale Praxis liegt: Zwischen den Herausforderungen an die Nationale Stadtentwicklungspolitik und der aktuellen Mittelausstattung dieses Programms besteht ein harter Widerspruch. Es ist beeindruckend, mit welchem Engagement die Nationale Stadtentwicklungspolitik im nationalen wie auch im internationalen Rahmen positive Wirkungen erzeugt hat. In der Einschätzung des Kuratoriums können die Erwartungen an dieses Programm kaum zurückgenommen werden. In der Konsequenz heißt dies, die personelle und finanzielle Ausstattung den Aufgaben anzugleichen.

Titelbild: Guido Erbring

Adams, Bernhard: Seite 124
ANP: Seite 65
Ausserhofer, David: Seite 61, 121

Bartsch, Christian: Seite 90
Batier, Frederic: Seite 105
BBSR: Seite 18
Beierle, Edward: Seite 69
BDB: Seite 115
Blank, Rainer: Seite 47
Budde, Till: Seite 67, 71

Conradi, Maria: Seite 77

Dahl, Ulf: Seite 109
Dase, Philipp: Seite 37
DStGB [Deutscher Städte- und Gemeindebund]: Seite 49
Die Hoffotografen GmbH Berlin: Seite 79
DMB [Deutscher Mieterbund]: Seite 114
DRAGOMIR STADTPLANUNG GmbH: Seite 53
DSK|BIG BAU Gruppe: Seite 117

F., Hans: Seite 157
Fabry, Andrea: Seite 73
FiggeArchitekten PartGmbH: Seite 102
Fischer, Andreas: Seite 125
Fischer-Pesch, Doris: Seite 110
Franzen, Harald: Seite 4

Gräbener, Michael (Stadt Köln): Seite 91
Grimm, Felix: Seite 134

Hahn, Paul (GIZ): Seite 85
Hatzfeld, Ulrich: Seite 31
Hebler, Thomas: Seite 123
Heddergott, Andreas: Seite 107
Hermann, Chris: Seite 46
Hermannsen, Sandra (Flughafen-Berlin-Brandenburg GmbH): Seite 29
Heyde, M.: Seite 87
Hochschule für Technik Stuttgart: Seite 103
Hoffmann, Carmen Jasmyn: Seite 137
Hoffmann, Christoph: Seite 56
Horowitz, Sergej: Seite 130, 135

IWS: Seite 46, 96
ISU: Seite 153

Johnke, Simeon: Seite 46

Kappler, Johannes: Seite 24, 150, 162
Kaufmann, Andreas: Seite 40, 174
Kitenge, Michel: Seite 129
Kortmann, Tom V.: Seite 125
Kröger, Julia (Entwicklungsagentur Region Heide): Seite 102
KSD [Katholischer Siedlungsdienst e. V.]: Seite 93
Kuntz, Klaus: Seite 90

LAND Seiter, I.: Seite 143
Landes, Jürgen: Seite 21 links
Landeshauptstadt München: Seite 103
Lauerer, Andreas: Seite 118
Lüftner, H. Jürgen: Seite 47

Mahler, Dirk (MLV Sachsen-Anhalt): Seite 44
Maier, Franz-Josef: Seite 59
Mayer-Dukart, Anne: Seite 74
Moulin, Emmanuel (URBACT): Seite 143
Müller, Frank (BUND BW): Seite 99

Neuhof, Martin: Seite 57, 168

Pasternack, Michael: Seite 133
Pesch, Franz: 135
Petersen, Nils A.: Seite 47
Pfisterer, Reiner: Seite 12
Photostudio D29: Seite 101
Plan und Praxis GbR: Seite 140

Ruta, Jacek: Seite 127
Ruths, Urban: Seite 39, 45

Sauter, Anna: Seite 57, 82
Schicke, Jens: Seite 77
Schlösser, Milena: Seite 7, 91, 113
Schmid, Jakob F.: Seite 32, 33
Schmid, Jakob F.; Stotz, Patrick: Seite 32
Schnier, Daniel: Seite 69
Schörner, Hans-Georg: Seite 56
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin: Seite 55
Silz, Torsten, DOSB: Seite 95
Sinner, Barbara: Seite 159
Sommer, Inga: Seite 81
Stadt Köln (THJS): Seite 91
Stadt Ludwigshafen am Rhein: Seite 43
Stadt Ulm: Seite 161
Stadt Halten Chemnitz e. V.: Seite 124
StadtStrategen, Ulla Schaubert/Ulrike Jurrack: Seite 68

Thalgott, Lilli: Seite 35
Thomaier, Susanne: Seite 50, 134
TMWWDG: Seite 27
TU Darmstadt: Seite 41, 139

Ur, Ruth: Seite 155

van Bemmelen, Mike (Platform31): Seite 149

Wächter, Markus: Seite 113
Weidemann, Janet: Seite 134
Wendt-Kummer, Elke, Seite 21 links, Seite 89
Wetzstein, Diana: Seite 62, 68
Wilke: Seite 145
Wolf, Veronika: Seite 102

Zobel, Gabriele (Landkreis Lindau): Seite 91

